



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 11. Sitzung  
- endgültige Fassung\* -

**1. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 20. Oktober 2022, 12.00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Saal E.400  
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

<b>Einzigiger Tagesordnungspunkt</b>	Seite
<i>Zeugenvernehmung</i>	
<b>O</b> ■ ■ ■ ■ <b>S</b> ■ ■ ■ ■ Referent der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel (Beweisbeschluss Z-6)	9
<b>Andreas Krüger</b> Ehem. Referatsleiter AP 05, AA (Beweisbeschluss Z-7)	78

\* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt.  
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.01 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere 11. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 4. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist - die Türen sind gleich wohl geschlossen -, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen als Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Raum befinden, die später als Zeugen in Betracht kommen. Menschen, die wir als Zeugen hier einladen, sehen wir am liebsten zum ersten Mal, wenn sie als Zeugen kommen.

An dieser Stelle möchte ich noch den Damen und Herrn von der Presse einen Hinweis geben.

Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt; das heißt aber nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte deshalb sehr darum, dass in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses auch nach den Regelungen im Pressekodex die Namen der Zeugen nicht veröffentlicht werden, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind, und Sie können sicher sein, dass die, die öffentlich bekannt sind, in der Tagesordnung dann auch genannt werden, ab einer entsprechenden Ebene. Aber für die anderen gilt der Persönlichkeitsschutz, und ich bitte darum, das auch zu respektieren, zumal die Zeugen, manche vielleicht sogar ganz besonders, nicht daran interessiert sein können, dass ihre Namen in der Öffentlichkeit dargestellt werden.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir noch einige wenige Vorbemerkungen:

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigsten Tagesordnungspunkt** auf:

### *Zeugenvernehmung*

**O** ■ ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■ ■  
Referent der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel  
(Beweisbeschluss Z-6)

**Andreas Krüger**  
Ehem. Referatsleiter AP 05 im Auswärtigen Amt  
(Beweisbeschluss Z-7)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Der Ausschuss hat sich mehrheitlich darauf verständigt, den Zeugen Krüger am heutigen Tag nur zu Ereignissen zu befragen, die vor dem Sommer 2020 liegen und den Zeugen für die Zeit danach erneut zu laden. Diese Verständigung hindert kein Mitglied des Ausschusses, auch heute schon zum ganzen Untersuchungsauftrag Fragen zu stellen. Es wäre gleichwohl schön, wenn das die Ausnahme bliebe, weil es uns Wiederholungen erspart und die Verhandlung erleichtert.

### **Vernehmung des Zeugen**

**O** ■ ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■ ■

Unser erster Zeuge, Herr S ■ ■ ■ ■ ■, hat bereits Platz genommen.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr S ■ ■ ■ ■ ■, Sie haben den Erhalt der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ladung am 29. September und den Erhalt der Umladung am 17. Oktober 2022 bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich auch für Ihr Verständnis, dass wir Sie auf den heutigen Tag umladen müssen. Sonst hätten Sie nachts um 3 Uhr zu Wort kommen müssen. Das ist doch deutlich besser bei Tageslicht.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Sie sind als Zeuge geladen worden, und als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, das der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Nein, keine Fragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Sie verstehen, dass das jedem Zeugen hier vorgetragen werden muss. - Dann will ich Sie gern noch darauf hinweisen, dass es eine Tonaufnahme geben wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen und sich auch in der Nähe des Mikrofons befinden, sodass man es verstehen kann. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Mein letzter Hinweis an den Zeugen ist: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, dass es sich hier um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen hat Verfassungsrang und ist für Untersuchungsausschüsse im Artikel 44 des Grundgesetzes geregelt. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Deswegen befindet sich auch der Ausschuss darüber und niemand sonst.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Nein, vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung.

Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Im Anschluss daran habe ich dann im Rahmen der Berichterstattung die Ergebnisse eben entsprechend wieder zurückberichtet an die Zentrale und entsprechend anderen Empfänger, die dann in diesem Zusammenhang Interesse an den Ergebnissen dieser Sitzung hatten. - Das vielleicht nur von mir als einführende Worte. Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Die Mitglieder des Ausschusses - zunächst ich als Vorsitzender, dann die anderen - haben die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Werden Ihnen dabei Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen die Fragestellerin/der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

An dieser Stelle erinnere ich die Kolleginnen und Kollegen, bei Aktenvorhalten bitte die MAT-Nummer und die Blattzahl zu nennen, bevor der Vorhalt erfolgt. Das erleichtert es allen, das schnell zu finden, und erübrigt dann auch Nachfragen.

Ich verzichte zunächst auf das Fragerecht, und es geht an die SPD-Fraktion.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Herr S██████, vielen Dank, dass Sie als Zeuge zur Verfügung stehen. - Sie haben als einer der wenigen die Möglichkeit genutzt, zu Ihrer Funktion bereits von sich aus vorzutragen. Deswegen fallen an der Stelle einige Fragen weg, die ich Ihnen ansonsten gestellt hätte.

Ich möchte nur noch mal Bezug nehmen auf Ihre Ausführungen, dass Sie in diesem Prozess bei der NATO derart eingebunden waren, dass Sie Weisungen vorbereitet haben, die zurück in das Auswärtige Amt geliefert haben und dann von dort aus die entsprechenden Dokumente in den Sitzungen verwendet haben und die Ergebnisse der Sitzungen zurückberichtet haben. In diesem Zusammenhang haben Sie angeführt, dass das auch an weitere Stellen geliefert worden ist. Können Sie erläutern, an welche Stellen genau Sie Ihre Berichte dann abgeliefert haben?

**Zeuge O██████ S██████:** Ja. Die Empfänger dieser entsprechenden Berichte waren je nach Sitzungs-

inhalt natürlich immer ein klein wenig unterschiedlich gelagert. Wer standardmäßig immer als Empfänger bei unseren Berichten vorhanden war, war das uns Weisungen gebende Referat in der Zentrale, das Referat 201 für Grundsatzfragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, das eben auch die entsprechenden Vorgänge in der NATO betreut und, wie gesagt, unser Weisungsgeber war. Darüber hinaus waren eigentlich immer standardmäßig eingebunden die Kollegen im Referat AP 05 für Asien, pazifische Angelegenheiten, insbesondere zu Afghanistan und Pakistan. Also im Normalfall war das immer der kleinere Kreis der Ansprechpartner bei den Sitzungen der Komitees.

Bei Sitzungen der höher geordneten Gremien, insbesondere des NATO-Rates, wo ja auch ein entsprechend formelles Berichtsformat gewählt wurde, war der Empfängerkreis dann eben zu meist größer. Da waren standardmäßig darüber hinaus beteiligt das Bundeskanzleramt, das BMVg, das Bundesinnenministerium sowie verschiedene Auslandsvertretungen, die mit der Thematik befasst waren, also unter anderem sämtliche NATO-Vertretungen, aber wenn es zum Beispiel eben dann auch um Fragen der Resolute-Support-Mission ging, die entsprechenden Vertretungen in den Ländern, die sich eben im Rahmen dieser Mission auch beteiligt hatten. Das war im Normalfall der größere Empfängerkreis, der dann gewählt wurde. Das konnte sich je nach Thema natürlich dann immer noch mal speziell ein klein wenig anpassen, je nachdem, ob für einen bestimmten Empfängerkreis ein bestimmter Unteraspect der Thematik, die besprochen wurde, dann halt noch mal besonders interessant war.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Haben Sie zu dem Thema Afghanistan an das Auswärtige Amt regelmäßig oder nur anlassbezogen berichtet? Gab es Formate, wonach Sie regelmäßige Berichte aus den NATO-Sitzungen weitergeleitet haben, oder war es immer nur bezogen auf einen tatsächlichen anlassgegebenen Grund?

**Zeuge O██████ S██████:** Sowohl als auch. Also, bei den verschiedenen Sitzungen der Komitees,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der höheren Gremien des NATO-Rates, des gesamten Ausschusses\*, war das standardmäßig so, dass wir berichtet haben - immer. Darüber hinaus, wenn es halt Einzelgespräche gab, zum Beispiel am Rande von Sitzungen, oder auch sonstige Abstimmungen informeller Natur dann eben auch jedes Mal im Anschluss an die Sitzungen, sofern eben da ein entsprechender Inhalt tragfähig genug war, um einen entsprechenden Bericht dann auch zu rechtfertigen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Das war das Vorwort. Jetzt kommen wir wieder zu den eigentlichen Sachen, und der Herr Vorsitzende hat Ihnen ja angegeben, dass wir die MAT-Nummern immer zunächst angeben werden, auf die wir uns beziehen. Ich möchte das auch so halten.

Es geht um ein Dokument mit der MAT-Nummer A AA-8.285, Blatt 5 bis 6. Und zwar geht es um einen informellen ressortübergreifenden Austausch am 4. März 2000 [sic!] - und Sie dürfen sich diese Unterlagen auch bringen lassen, wenn Sie sich nicht erinnern können - zur RSM-Mission, und zwar zwischen dem Auswärtigen Amt, dem BMVg und dem Bundeskanzleramt. M████ K████ aus dem Referat 201 des AA hat dazu einen Kurzvermerk geschrieben und auch an Sie verschickt. Aus diesem Vermerk ergibt sich leider nicht, ob Sie auch an dem Austausch selber teilgenommen haben. Daher zunächst die Frage: Waren Sie an diesem Austausch beteiligt?

**Zeuge O████ S████:** Ich wäre zunächst dankbar für Vorlage des Dokumentes.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist übrigens, glaube ich, nicht der 4. März 2000, sondern - -

**Jörg Nürnberger (SPD):** 2020 selbstverständlich. So weit in die Vergangenheit zurück reicht unser Auftrag nicht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nur damit das richtig im Protokoll steht nachher.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge O████ S████:** Vielen Dank für die Vorlage. - Nur für meine Rückversicherung: Die Frage bezog sich, ob ich an dieser informellen ressortübergreifenden Besprechung selbst teilgenommen habe.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Genauso ist es.

**Zeuge O████ S████:** Das war nicht der Fall. Ich war Empfänger der Niederschrift der Ergebnisse dieses Austausches.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank für die Klarstellung. - Wir können uns trotzdem auf das Dokument beziehen, weil Sie haben nämlich auf diesen Vermerk per Mail geantwortet und berichten über einen kurzen weiteren informellen Austausch mit █████ US████. Wir beziehen uns dabei auf die gleiche MAT-Nummer, A AA-8.285, Blatt 5 bis 6. Sie berichten davon, dass Sie folgende „Irritation/Klärungsbedarf“ zum Doha-Abkommen kommuniziert haben - ich darf zitieren -:

US☒Zusagen zu Lasten der Allianz (Komplettabzug in 14 Monaten) gehe weit über unsere Zustimmung zu Phase A „light“ hinaus und widerspreche der von uns mehrfach im NAC und anderen Gesprächen kommunizierten Linie (weitere Reduzierungen unter NAC-Vorbehalt; nur in enger Kopplung an politischen Prozess; IAV

- damit sind wohl der innerafghanische Friedensprozess und die Verhandlungen gemeint -

für uns zentrale Phase des Friedensprozesses - Truppenpräsenz dabei unser wichtigster Hebel) ...

Diese Passage klingt so, als wäre das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Taliban und Doha [sic!], die ja kurz zuvor abgeschlossen worden sind, nicht unbedingt das, was Sie erwartet hatten. Könnten Sie darauf bitte näher eingehen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Ich möchte mich dazu bitte ganz kurz rückbesprechen mit dem Beauftragten der Bundesregierung zu meiner Aussagegenehmigung, da ich mir nicht ganz sicher bin, ob dies hier dann auch Beziehungen berührt zu Dritten, die entsprechend - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Meines Wissens war das Gegenstand der Aussagegenehmigung, die das Ministerium erteilt hat. Das ist schriftlich erklärt worden gegenüber dem Ausschuss.

**LR I Andreas Gloßner (AA)**: Darf ich vielleicht noch mal - - Ich bin mir nicht ganz sicher bei der Frage und würde vielleicht um Präzisierung der Frage bitten - da bin ich mir jetzt bei dem Untersuchungszeitraum nicht ganz sicher -, wenn das möglich wäre. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Wir sind ein bisschen großzügig mit der Zeit, und der Kollege wiederholt seine Frage bitte noch mal.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Es bezieht sich auf den Zeitraum nach dem 4. März, wo das erste Gespräch war, und es geht darum, ob Sie die Einschätzung tatsächlich so vorgebracht haben, dass Irritationen vorlägen in den Punkten, die ich aus diesem Zitat zitiert habe.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Das ist der Fall. So wie ich es hier auch berichtet habe.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Wir sind sehr gut sortiert und haben das schriftlich. - Bitte.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Welche Erwartungen hatten Sie an das Abkommen in Doha, wenn Sie durch das Ergebnis irritiert waren? Was hätten Sie erwartet, was dabei herauskommt?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Welche konkreten Erwartungen für uns mit Blick auf das Doha-Abkommen vorlagen, ist insofern schwierig zu beantworten, dass wir nicht Teil der Verhandlungen waren für dieses Abkommen. Die NATO selber war nicht selbst an den Aushandlungen dieses Abkommens beteiligt, war nicht Teil des Verhandlungsprozesses. Was wir erwartet haben, war - - Oder: Was meine persönliche Erwartung

war zum damaligen Zeitpunkt, war, dass die grundsätzlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Allianz die Mission Resolute Support in Afghanistan gelenkt hat und auch gesteuert hat, dass diese grundsätzlichen Rahmenbedingungen beibehalten würden und in einen Einklang gebracht würden mit dem hier angestrebten Friedensprozess, den die USA mit den Taliban - - bzw. den die USA hiermit vorbereitet hatten oder versucht hatten vorzubereiten, nach unserer Analyse, im Verhältnis zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung.

Diese Rahmenbedingungen waren nach unserem Verständnis immer so gewesen, dass wir die Präsenz der Mission und auch die Ausrichtung der Mission von lageabhängigen Kriterien abhängig gemacht haben. Das heißt, für uns war es entscheidend, dass entsprechende Anpassungen in der Stärke der Präsenz, in der Ausrichtung dieser Präsenz in der Phase der jeweiligen Operation immer damit einhergehen mussten, dass die Ziele, die wir versucht haben mit dieser Präsenz zu erreichen, auch im Einklang waren. Das waren die Erwartungen, die ich hatte, die auch eben entsprechend respektiert würden im Rahmen dieses US-Doha-Abkommens.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Lässt sich das mit dem Begriff „Konditionierung“ gut beschreiben?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Absolut.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Das führt mich zu der nächsten Frage - und Sie haben das ja auch zum Teil schon angedeutet -: Gab es denn während dieses Verhandlungszeitraums zwischen den USA und den Taliban tatsächlich Besprechungen auf Ihren Ebenen - oder wo Sie zumindest Zugang oder Kenntnis davon hatten - zwischen den USA und den NATO-Partnern, um diese Parameter dieses Truppenabzuges näher zu besprechen?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Die Frage bezieht sich natürlich auf einen Zeitpunkt vor dem Untersuchungszeitraum. Ich kann aber bestätigen, dass es immer wieder Austausch gab zwischen den USA und den NATO-Partnern auf Ebene des



## Nur zur dienstlichen Verwendung

NATO-Rates, in dem die USA uns in groben Zügen, allerdings ohne eine besondere Detailtiefe, über grundsätzliche Elemente auf dem Laufenden gehalten haben mit Blick auf die laufenden Verhandlungen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich möchte da ganz kurz unterbrechen. - Ich wäre Ihnen schon dankbar, wenn Sie sozusagen aus eigener Souveränität die Fragen beantworten, die an Sie gestellt werden. Wenn die Bundesregierung sich zu Wort zu melden wünscht, tut sie das. Aber Sie werden befragt nach Ihren Kenntnissen im Untersuchungszeitraum - - nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten. Ich wäre dankbar, wenn wir das hier so auch halten könnten. - Das Fragerecht ist noch bei der SPD.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich bin mir durchaus bewusst, dass manche Frage vielleicht heikel sein kann, aber es geht hier um die Sachverhaltsaufklärung. - In diesem Zitat, das ich Ihnen vorhin vorgelesen habe, taucht der Begriff „Zustimmung“ auf: „weit über unsere Zustimmung zu Phase A ‚light‘“ hinausgehen. - Um welche Zustimmung geht es da? Wie hat sich diese Zustimmung manifestiert, und auf was bezieht sie sich?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Um zu erklären, was diese Zustimmung umfasste, muss ich kurz eingehen darauf, was die Phase A des Operationsplans bedeutete. Die Phase A des Operationsplans für die Mission Resolute Support bedeutete, dass die Präsenz in Afghanistan aufgebaut war in einer regionalen Ausprägung, die mit verschiedenen regionalen - wie soll man sagen? - Schwerpunkten halt über das gesamte afghanische Staatsgebiet verteilt war.

Das heißt, die Mission war präsent zum einen natürlich in der Hauptstadt Kabul, aber darüber hinaus in sogenannten „Train, Advice and Assist“- Zentren, sogenannten TAACs, bei denen wir als Rahmennation im Norden eben unter anderem die Präsenz in Masar-i-Scharif aufrechterhalten haben. Die USA hatten uns im Vorfeld zum Abkommen, des Doha-Abkommens, mitgeteilt, dass die Präsenz im Rahmen dieser regionalen Ausprägung, dieses sogenannten Speichenmodells, mit Blick auf dieses Abkommen und auf

den Prozess, der damit angestoßen wurde, in seiner Truppenstärke ein Stück weit reduziert werden sollte, um eben damit einen ersten Vertrauensvorschuss mit Blick auf die Umsetzung dieses Abkommens zu ermöglichen. In diesem Kontext hatten wir dieser ersten Reduzierung, einer relativ überschaubaren Reduzierung, durchaus auch eine Zustimmung signalisiert, weil nach unserem Dafürhalten eben die Fähigkeit der Mission, ihre Ziele vor Ort dadurch weiter umzusetzen, nicht in einer sehr fundamentalen Art und Weise berührt war, sodass wir eben mit Blick darauf, dass es sich hierbei um eine vertrauensbildende Maßnahme handeln sollte, zu dieser ersten moderaten Reduzierung im Rahmen der Phase A, die dann eben zu diesem Status Phase A „light“ - das ist der Terminus, der dann dafür verwendet wurde - - führen sollte. Das war das, was dann am Ende im Doha-Abkommen die ersten 135 Tage umfasste, innerhalb derer diese Reduzierung stattfinden sollte.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank für diese Erläuterungen. - Wenn man einen Schritt weitergeht, schreiben Sie in dieser Mail auch, dass Ihr US-Kollege verwundert gewesen sei - und das ist dann offensichtlich ein Zitat von Ihnen -, dass wir als Deutsche „von den konkreten Zusagen einer Nullreduzierung ... für die Allianz überrascht waren“. Dies sei auch so nicht auf NATO-Kanälen kommuniziert worden. - Trifft das tatsächlich zu?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Das trifft zu.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Haben Sie im Nachhinein Kenntnis darüber erhalten, wie diese Truppenreduzierung auf null Bestandteil des Doha-Abkommens geworden ist? Oder erschließt sich das Ihnen nicht?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Ich möchte meine Aussage gerne ein wenig präzisieren, wenn ich darf, von gerade eben, und zwar insofern, dass schon grundsätzlich bekannt war, dass ein Element dieses Abkommens eben auch beinhalten sollte, dass man perspektivisch, zu irgendeinem nicht näher spezifizierten Zeitpunkt in der Zukunft, eben auch eine Reduzierung auf null anstreben könnte. Der entscheidende Faktor, der hier eben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mit reingespielt hatte, war diese Frist auf 14 Monate, mit der eben ein fundamentaler Wandel der Rahmenbedingungen stattfand, weg von diesem konditionsbasierten Ansatz hin zu einem kalenderorientierten Ansatz. Das ist der entscheidende Punkt, auf den ich eigentlich hinauswollte. Wie genau dieses Zeitelement am Ende in die Verhandlungen mit eingeflossen ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich würde gern die nächste Frage darauf fokussieren, dass Sie ebenfalls den Begriff „Irritation“ bzw. „Klärungsbedarf“ in der Mail auch für folgenden Sachverhalt angewendet haben. Wir beziehen uns wieder auf MAT A AA-8.285, Blatt 5 bis 6. Da steht hier - Zitat -:

Bedingungen für Truppenabzug fokussierten laut Abkommen exklusiv auf ct-Zusagen, Bindung an politischen Prozess (Start, konstruktiver Verlauf IAV)

- afghanische Friedensverhandlungen -

sei nicht explizit gegeben und sollte gestärkt werden. US-Unterstützung des NAC

- dann gibt es eine Schwärzung -

(u. a. ... hätten u. a. auch Start IAV und konstruktives TLB Verhalten bzgl. Waffenstillstand als Bedingungen benannt.

Haben Sie nach den Beratungen im NATO-Rat also erwartet, dass die USA tatsächlich diesen Truppenabzug an einen Waffenstillstand zwischen den Taliban und den afghanischen Regierungskräften koppeln?

**Zeuge O. S.:** Wie gesagt, die exakten Erwartungen sind schwierig zu umreißen. Uns wurde im Vorfeld mitgeteilt, dass diese Elemente, der Beginn intraafghanischer Verhandlungen, eine Reduzierung des Gewaltniveaus der Taliban, die natürlich als Endpunkt irgendwann auch in letzter Konsequenz, in unserer Hoffnung

einen möglichen Waffenstillstand mit sich bringen könnten, dass diese Elemente, die ja auch im Doha-Abkommen, allerdings sehr, sehr viel schwammiger und flüchtiger, auftauchen, sehr viel stärker verknüpft worden wären, im Rahmen eines wirklichen substanziellen Prozesses, der eben diese Abzugsschritte mit entsprechenden Fortschritten in diesen Bereichen verknüpfen würde - - Das war unsere Erwartung und ja dann eben auch in Folge das, was wir versucht haben im NATO-Rahmen wieder stärker zu etablieren.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Und vielleicht meine letzte Frage in der ersten Runde, wenn ich noch darf von der Zeit her. Es gibt ja den veröffentlichten Teil des Doha-Abkommens vom 29. Februar 2021. Es gibt aber auch noch geheime, nicht-veröffentlichte Annexe zum Abkommen. Aus einem Mail-Wechsel von Ende März 2020 - MAT A AA 8.285, Blatt 21 bis 25 - ergibt sich - und zwar geht es da um einen Mail-Wechsel zwischen Ihnen und dem Referat 201 im Auswärtigen Amt -, dass Sie die Möglichkeit gehabt haben, diese Annexe einzusehen, und dafür einen Fragenkatalog aus dem Auswärtigen Amt erhalten haben. Können Sie uns - und jetzt kommt die Einschränkung, und ich sehe das Auswärtige Amt - in dieser öffentlichen Sitzung berichten, welche neuen Erkenntnisse - ich rede nicht über den Inhalt der Dokumente - Sie aus der Einsichtnahme in die Dokumente gezogen haben?

**Zeuge O. S.:** Dazu möchte ich mich bitte einmal kurz mit dem Beauftragten rückbesprechen, wenn dies möglich ist, da es sich hier um Geheim eingestufte Dokumente handelt, die zudem ein integraler Bestandteil dieses Abkommens seitens der USA, einem wichtigen Verbündeten für uns, waren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich gebe Ihnen gern Gelegenheit, sich kurz auszutauschen, wobei explizit ja nicht nach den Inhalten gefragt worden ist, sondern nach Ihren Wertungen.

**Zeuge O. S.:** Vielen Dank. - Dessen bin ich mir bewusst.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich unterbreche kurz.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge berät sich mit  
LR I Andreas Gloßner (AA))

Dann habe ich noch einen Hinweis sozusagen für alle Beteiligten, dass das ein übliches Verfahren ist - das haben wir auch im Übrigen, wenn hier Rechtsbeistände sind -; das ist zulässig.

Und an Sie noch mal die Bitte, ein bisschen lauter zu reden, weil ich den Kolleginnen und Kollegen und den Gästen auf der Tribüne ansehe, wenn ich in die Gesichter gucke, dass sie teilweise Schwierigkeiten haben, zu folgen, wenn man das Mikrofon zu weit weghält. - Also bitte noch mal ein bisschen lauter, und jetzt haben Sie das Wort.

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Dem komme ich gerne nach. - Vielen Dank. Ich hoffe, dass ich jetzt besser zu verstehen bin. Ich werde mich bemühen, auch weiterhin in dieser Lautstärke zu sprechen.

Was ich Ihnen dazu sagen kann, ohne auf die Inhalte einzugehen, ist, dass sich aus der Einsichtnahme dieser Dokumente für uns keine neuen Erkenntnisse ergeben haben, die unsere Wertungen mit Blick auf dieses Abkommen in irgendeiner Form grundsätzlich verändert hätten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eine Minute hätten wir noch. Dann würde ich vielleicht die Frage anschließen, was Sie mit „uns“ und „wir“ meinen, weil Sie jetzt ein paar Mal mit „uns“ und „wir“ geantwortet haben auf Fragen, die Ihnen der Kollege Nürnberger gestellt hat. Das ist mir aufgefallen. Deswegen wüsste ich gern, wen Sie meinen, wenn Sie von „uns“ und „wir“ reden.

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Sehr gerne. - Wenn ich von „uns“ und „wir“ rede, dann meine ich damit in erster Linie vor allem meine Person in Rücksprache mit meinem Abteilungsleiter in der Ständigen Vertretung bei der NATO, meinem direkten Vorgesetzten, -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank.

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** - und dann in darüber hinausgehender Konsequenz den Botschafter, der

eben zu solchen grundsätzlichen Fragen natürlich auch immer involviert war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Danke schön. - Das war eine Punktlandung. Dann sind wir beim Fragerecht der Union. Herr Kollege Röwekamp.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr S■■■■. - Am Anfang vielleicht auch von meiner Seite noch mal eine kurze Frage zur Einbindung. Sie haben berichtet, dass Sie weisungsgebunden waren im Referat 201 und berichtet haben auch an AP 05; so habe ich das richtig verstanden. Meine Frage ist jetzt: Inwieweit haben Sie aus dem Auswärtigen Amt selbst Informationen bezogen? Also sind Sie für Ihre Tätigkeit regelmäßig mit beispielsweise Berichten und Lageeinschätzungen, was die Sicherheitslage und politische Lage in Afghanistan betrifft, versorgt worden?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Ja, das ist der Fall. Wir waren regelmäßig - - So wie wir eben unsere Berichterstattung neben dem Auswärtigen Amt, also neben der Zentrale des Auswärtigen Amtes, auch gerichtet haben an die entsprechenden Auslandsvertretungen, die mit dem Dossier befasst waren, so waren wir auch regelmäßig Empfänger von entsprechenden Berichten aus Kabul, aus Masari-Scharif, aus Doha, aus Washington, immer dann, wenn entsprechende Vorgänge, die für uns eben relevant waren, dann auch in solchen Berichten verfasst waren. Also diese Informationen haben wir regelmäßig erhalten.

Zudem standen wir in einem sehr engen und regelmäßigen Austausch mit dem Referat 201 und insbesondere AP 05. Das manifestierte sich regelmäßig immer zum Beispiel vor entsprechenden Sitzungen natürlich, bei denen wir noch mal mit Blick auf die Abstimmung zur Weisungslinie auch Hintergrundinformationen herangezogen haben, aktuelle Sachstände erbeten haben zur Sicherheitslage, zum politischen Prozess, zum Stand der Verhandlungen und all derjenigen Punkte, die für uns vor Ort eben relevant waren für die Einlassung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Darüber hinaus gab es auch kurzfristig immer die Möglichkeit und einen etablierten und gut funktionierenden Draht, sich zum Beispiel, wenn ad hoc Gespräche anstanden, im kleineren Kreis noch mal telefonisch auch auszutauschen oder eben, wenn man auch mal mehrere Beteiligte sinnvollerweise einbezogen hatte, sich dann entsprechend über die verschiedenen anderen Möglichkeiten, die es gab, halt auch mal zu zweit oder zu dritt zusammenschalten, sodass man eben die Möglichkeit hatte da, sich auch auszutauschen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Wir haben in unseren bisherigen Zeugenvernehmungen von Zeugen aus dem Militärischen Nachrichtenwesen, aber auch aus dem Referat und der Botschaft unterschiedliche Szenarien für die Zukunft Afghanistans vermittelt bekommen. Stichworte sind die Errichtung eines „Emirates 2.0“, Zweiteilung des Landes, schnelle Machtübernahme durch die Taliban. Also das sind alles so Szenarien, die offensichtlich in der Lagebeurteilung des BMVg, aber auch des Auswärtigen Amtes eine Rolle gespielt haben. Inwiefern waren Sie in der Erstellung eines solchen Lagebildes eingebunden, und haben Sie selber eine Lageeinschätzung vorgenommen, wie eine Zukunft Afghanistans zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens - das ist ja der Beginn unseres - - also vorher nicht - - aber die Ausgangslage 29. Februar 2000 [sic!] - - Also was war Ihre Lageeinschätzung, was Sicherheit und Stabilität in Afghanistan betrifft?

**Zeuge O** **S**: Meine Einschätzung dazu zu diesem Zeitpunkt, als wir nach dem Doha-Abkommen angefangen haben, uns mit dieser Thematik dann in den jeweiligen Sitzungen zu befassen, war die, dass wir auf der einen Seite natürlich mit dem Abkommen die theoretische Chance hatten, zum ersten Mal seit sehr, sehr langer Zeit durch eben die entsprechenden Verhandlungen der USA, die grundsätzlichen Rahmenbedingungen in Afghanistan dergestalt beeinflussen zu können, dass man die Notwendigkeit unserer Präsenz durch einen politischen Prozess gegebenenfalls lösen könnte.

Diese Chance war erst einmal etwas Positives, was wir entsprechend auch wahrgenommen haben. Wir haben allerdings sehr, sehr schnell gemerkt, dass die Taliban vor Ort eben - so wie es uns auch aus unterschiedlichsten Quellen berichtet wurde - sich nicht an den Geist dieses Abkommens gehalten haben, sondern im Endeffekt die Rahmenbedingungen dieses Abkommens genutzt haben, um in einer sehr intensiven Art und Weise die Gewaltanwendung in Afghanistan gegen die afghanischen Sicherheitskräfte, gegen die Zivilbevölkerung zu intensivieren, die afghanische Seite entsprechend sehr stark unter Druck zu setzen und damit vor allem die Zugeständnisse für sich möglichst umfangreich durchzusetzen, die in diesem Abkommen veranlagt waren, die ja auch für die Talibanseite relativ gut und deutlich ausbuchstabiert waren.

Wir hatten den Eindruck nach sehr, sehr kurzer Zeit, dass eben trotz der theoretischen Chance, hier zu einer politischen Einigung zu kommen, die Taliban nicht gewillt waren, diesen Prozess in einer konstruktiven Art und Weise zu begleiten. Entsprechend haben wir uns dafür eingesetzt, diese Sichtweise dann eben auch in denjenigen Prozessen, die in der NATO stattgefunden haben, bei der Erstellung eines Lagebildes dann eben dementsprechend einzupflegen und zu unterstreichen. Diese Lageeinschätzung im Rahmen der NATO fand natürlich regelmäßig statt in den Austauschen mit anderen Partnern und Alliierten vor Ort, aber eben zum Beispiel auch bei der Erarbeitung von NATO-Produkten, wie zum Beispiel der periodischen Missionsüberprüfung für die Resolute-Support-Mission, bei denen auch immer ein Lagebild mit eingeflossen war, bei dem wir am Ende auch im Rahmen der gesamten Allianz halt dann eben unsere Sichtweise mit einpflegen konnten.

Eigene Erkenntnisse aus Afghanistan vor Ort hatten wir nur über Dritte, natürlich auch Quellen der NATO, wie zum Beispiel eben die Ausführungen des Oberbefehlshabers der Resolute-Support-Mission, der zum Beispiel bei entsprechenden Sitzungen des NATO-Rates häufig eine entsprechende Einschätzung abgegeben hat, des höchsten zivilen Repräsentanten, des Generalsekretärs,\* der ja auch in Kabul vor Ort war und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

entsprechend dann aus seiner Perspektive berichtet hat, und diese Einschätzungen deckten sich mit unserer Sicht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich weiß, dass es immer schwer ist, jetzt retropektiv so Sperren zu ziehen. Aber ich bin noch am 29. Februar 2020. Sie haben jetzt etwas zur Bewertung des Doha-Abkommens schon gesagt; aber mich interessiert eigentlich - ich will es vielleicht so formulieren -: Gab es ein gemeinsames NATO-Lagebild zu dem Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens, insbesondere hinsichtlich der Beurteilung der Notwendigkeit der weiteren Truppenpräsenz? Also gab es sozusagen eine Einschätzung auf NATO-Ebene: „Wie schätzen wir die Stabilität und die mögliche Bedrohungslage durch die Taliban ein, und was würde sich ändern, wenn wir das Land jetzt verlassen“ - sage ich jetzt mal -, „und welche politischen Auswirkungen hätte das?“? Gab es aus den Quellen, die Sie jetzt eben zuletzt geschildert haben, ein solches gemeinsames Lagebild, und, wenn ja, wie sah das aus?

**Zeuge O■■■■ S■■■■**: Es gab ein gemeinsames Lagebild. Das wurde regelmäßig erstellt im Rahmen der sogenannten periodischen Missionsüberprüfung. Diese periodische Missionsüberprüfung - wenn ich dazu kurz erläutern darf - ist ein Produkt, das regelmäßig im Abstand von sechs Monaten entwickelt wurde. Darin flossen ein die verschiedenen Beiträge aus einer ganzen Reihe von Akteuren, die mit der Mission betraut waren, unter anderem dem Oberbefehlshaber vor Ort, dann die entsprechenden Beiträge der militärischen Strukturen, und landete dann irgendwann auch bei uns im Komitee für Operationspolitik, in dem halt eben genau diese Fragen auch bewertet wurden, wie: Inwiefern hat die Mission in den letzten sechs Monaten ihr Operationsziel umgesetzt? Wo existieren weiterhin eben Defizite? Was muss weiter betreut werden? Wo ist man weitergekommen? Und wie muss die Mission eben entsprechend im Lichte dieser Lage angepasst werden? Insofern gab es in diesem Zusammenhang eben ein solches Lagebild, und zum Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens war aus diesem Lagebild heraus klar, dass

die Mission eben weiterhin Aufgaben zu erledigen hatte, um ihre Missionsziele erreichen zu können, also noch nicht an dem Punkt war, um die Präsenz unmittelbar zu beenden.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nun kam ja die vereinbarte Truppenreduzierung in dem Doha-Abkommen nicht vom Himmel, sondern es gab ja vorher entsprechende öffentliche Ankündigungen des US-Präsidenten. Deswegen meine Frage: Haben Sie konkret zum Zeit- - Also, wie gesagt, Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens ist unser Startpunkt. Gab es zu dem Zeitpunkt eine gemeinsame politische Bewertung der NATO im Hinblick auf die Folgen eines Truppenabzugs? Sie haben eben gesagt: Wir waren uns eigentlich einig, dass wir weiter bleiben müssten - so habe ich Sie sinngemäß - - oder dass die Mission fortgesetzt werden muss. Jetzt umgekehrt die Frage: Gab es sozusagen Beratungen oder einen Common Sense zu der Frage: „Was passiert eigentlich, wenn wir rausgehen?“?

**Zeuge O■■■■ S■■■■**: Was es gab, waren Diskussionen zu dieser Frage im NATO-Rat, bei der eine sehr deutliche Dynamik wahrzunehmen war, bei einer Vielzahl von Alliierten, dass ein Abzug zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Doha-Abkommens den Friedensprozess gefährden könnte, weil dadurch ein wichtiger Hebel zur Umsetzung dieses Friedensprozesses, nämlich die Präsenz vor Ort, eben entsprechend aus der Hand gegeben würde, ohne dass man dafür im Gegenzug entsprechende Fortschritte bei dem Versuch erhalten hätte, eine politische Lösung für diesen Konflikt herbeizuführen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Aber eine Verständigung sozusagen in dem Sinne „Truppenabzug nur gemeinsam mit innerafghanischen Friedensverhandlungen“ oder so was, eine solche gemeinsame Strategie der NATO, war die verabredet, oder hat es die gegeben? Sie haben eben von informellen Gesprächen gesprochen. Gab es dazu entsprechende Vereinbarungen?

**Zeuge O■■■■ S■■■■**: Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Doha-Abkommens gab es keinen ausgearbeiteten Prozess dafür. Was es gab,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

war das Bekenntnis dazu, gemeinsam Anpassungen vorzunehmen und auch gemeinsame Entscheidungen zu fällen über die Fortentwicklung der Mission, auch im Lichte des Doha-Abkommens, in letzter Konsequenz dann eben auch gemeinsam am Ende zu entscheiden über den Abzug.

Was es zu diesem Zeitpunkt nicht gab, war ein ausgearbeiteter Prozess, der im Detail eben entsprechend, so wie wir uns das ja auch gewünscht haben, Fortschritte in den zentralen Bestandteilen des Doha-Abkommens verknüpft hätte mit entsprechenden Anpassungsschritten bei der Mission.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wenn das die gemeinsame Auffassung war, ist meine Frage jetzt: Waren Sie dann von dem Inhalt des Abkommens vom 29. Februar überrascht, weil diese Bedingung ja - korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch interpretiere - eben nicht enthalten war? Also, die unkonditionierte Truppenabzugsplanung war ja dann offensichtlich im Widerspruch zu dem, was vorher Beratungsgegenstand war. Waren Sie insoweit inhaltlich überrascht?

**Zeuge O** ■■■ **S** ■■■: Ja, insbesondere mit Blick auf genau diesen Konnex.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): In Ihren Rückkopplungen mit dem Auswärtigen Amt wurde diese Überraschung geteilt, oder hatten Sie den Eindruck, dass das Auswärtige Amt besser vorbereitet war oder vorgewarnt war?

**Zeuge O** ■■■ **S** ■■■: Nein, auch dort wurde die entsprechende Irritation geteilt über diese neue Situation.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Jetzt würde ich gern noch mal springen zu einem anderen Thema, nämlich zu der Frage der Abänderbarkeit der von den Amerikanern im Doha-Abkommen gegebenen Abzugszusagen; so will ich das mal nennen. Ich halte dem Zeugen vor: MAT A AA-8.285, Blatt 84. Da berichten Sie dem Auswärtigen Amt am 4. Juni 2020 aus einem Gespräch des deutschen NATO-Botschafters - Namen kann ich wohl sagen - Lucas, beim NATO

Assistant Secretary General for Operations, und da soll dieser Secretary General dargestellt haben, dass Berlin klar werden müsse, dass die Abzugsdynamik der USA nicht mehr zu ändern sei und dass für die USA alleine die im Doha-Abkommen verschriftlichten Bedingungen zählen. Deswegen meine Frage: Hat sich zu irgendeinem Zeitpunkt nach Abschluss dieses Abkommens Ihnen gegenüber der Eindruck vermittelt, dass über die Abzugsgeschwindigkeit und die Abzugsplanung der Amerikaner noch zu verhandeln sei und insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen vielleicht noch eine Änderung erfolgen könne?

**Zeuge O** ■■■ **S** ■■■: Dürfte ich um Vorlage des Dokuments bitten?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Danke für die Vorlage. - Dürfte ich Sie bitten, noch einmal die Frage mit Blick darauf zu wiederholen?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Das ist ja jetzt ein Bericht von einem Gespräch, das Sie liefern, über die Unabänderlichkeit sozusagen der gegebenen Truppenabzugszusagen im Doha-Abkommen. Meine Frage ist als Ausgangspunkt jetzt, ob nach Abschluss des Doha-Abkommens zu irgendeinem Zeitpunkt Sie aus Ihren Gesprächen die Erkenntnis hatten, dass über den Zeitpunkt und die Geschwindigkeit des Truppenabzugs seitens der Amerikaner noch mal verhandelt oder nachgedacht werden könne, insbesondere im Hinblick auch auf die Präsidentschaftswahl.

**Zeuge O** ■■■ **S** ■■■: Ja. Uns war bewusst, dass die Amerikaner die Vorgaben des Doha-Abkommens sehr eng am Text ausgelegt haben. Wir haben gleichwohl im Rahmen der NATO bei vielen Alliierten neben uns den Eindruck gehabt, dass - ebenso wie wir auch - der Wunsch bestand, diese Abzugsgeschwindigkeit und die Abzugsdynamik eben stärker zu koppeln an eine substanzielle Verbindung mit Fortschritten in diesen elementaren - vor allem aus unserer Sicht elementaren -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bereichen des Abkommens, bei Fortschritten im intraafghanischen Friedensprozess, insbesondere mit Blick auf die Gewaltanwendung, das Gewaltniveau und eben diese Punkte, die ja mit Blick auf einen wirklich genuinen Friedensprozess eben notwendig wären, um entsprechend weitere Schritte bei einer Truppenreduzierung einzuleiten. Vor diesem Hintergrund haben wir dieses Anliegen von Anfang an eben über beide Administrationen hinweg weiterverfolgt mit dem Ziel, das eben auch als NATO-Konsens verankern zu können.

Die Haltung der USA war uns dazu bekannt. Wir haben gleichwohl an diesem Anliegen festgehalten, eben auch, weil wir angestrebt haben, diese Verbindung in irgendeiner Form doch als Konsens in der Allianz verankern zu können. Das erfolgte sowohl unter der Trump-Administration als dann eben auch noch mal sehr verstärkt und sehr zielgerichtet, nachdem es in den USA zum Wechsel kam, zu Biden.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Die Bemühungen habe ich gelesen. Meine Frage war: Gab es irgendwann, zu irgendeinem Zeitpunkt, ein Signal der Amerikaner Ihnen gegenüber oder anderen NATO-Partnern gegenüber, dass es eine Bereitschaft gab, über die Geschwindigkeit und den Umfang des Truppenabzuges noch mal zu verhandeln oder neu nachzudenken oder eine Abstimmung unter den NATO-Partnern herbeizuführen?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Es gab zu Beginn der Biden-Administration die Zusage, sich noch mal sehr eng zu konsultieren mit den NATO-Alliierten über den Review-Prozess, der ja zu dem damaligen Zeitpunkt auch auf US-Seite mit Blick auf das US-Doha-Abkommen lief, bei dem uns eben auch signalisiert wurde, dass die US-Administration selbst sich noch einmal dieses Abkommen und die Umsetzung genau anschauen will. Und dabei wurden wir eben auch gebeten, unsere Sichtweise darauf kundzutun und darzulegen. Das haben wir getan, auch unter dem Eindruck, dass wir damit unseren Punkt verankern könnten. Darüber hinaus hatten wir oder hatte ich allerdings schon durchgehend den Eindruck, dass die USA sich sehr schwertun würden, über

den Text des Abkommens hinaus, einer solche Spezifizierung oder einer solchen anderen Ausbuchstabierung eines wirklich konditionierten Abzuges vorzugehen zuzustimmen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Nun ist die Fragezeit zu Ende. - Ich weise nur noch einmal darauf hin, dass wir, immer wenn unsere Aktenläufer unterwegs sind, die Zeit sozusagen anhalten. Diese kontemplativen Teile werden nicht eingerechnet.

Jetzt geht das Fragerecht an die Fraktion der Grünen. Herr Kollege Wagener.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr S ■ ■ ■ ■, für die Ausführungen bislang. - Wir waren ja jetzt gerade die ganze Zeit bei dem US-Taliban-Abkommen. Da würde ich auch gerne weiter bleiben. Jetzt aber erst mal so grundsätzlich zur Frage, wie die Einblicke dazu gelaufen sind. Können Sie uns mal schildern, wann und wie Sie informiert wurden über die Inhalte der Annexe?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Bundesregierung wünscht das Wort. - Bitte schön.

**LR I Andreas Glosner** (AA): Vielen Dank, Herr Stegner. - Ich wollte einfach noch mal wiederholen, was ich sozusagen auch schon ganz kurz angesprochen hatte in der letzten Sitzung. Wenn wir sozusagen dann über konkrete Gespräche mit ausländischen Gesprächspartnern, ob jetzt im NATO-Rahmen oder auch bilateral, beispielsweise mit US-Gesprächspartnern, sprechen sollten, dann würde ich eben darum bitten, dass wir das in nichtöffentlicher Sitzung tun. Das wollte ich jetzt einfach sozusagen noch mal erwähnt haben, auch wenn jetzt die Frage nicht zu einem konkreten Gespräch war. Dessen bin ich mir bewusst. Nur sozusagen auch mit Blick dann auf gegebenenfalls Folgefragen. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir bleiben jetzt noch am Ufer der Öffentlichkeit. - Bitte schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Geht gar nicht um ein konkretes Gespräch, geht nur darum, wie das vonstattengegangen ist, das Ganze.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Vielen Dank. - Wir hatten die Möglichkeit, die Texte dieser Annexe einzusehen in einem entsprechenden Setting, das dem Geheimhaltungsgrad dieser Dokumente angemessen war, und den Wortlaut dieser Texte entsprechend dann auch für uns schriftlich festzuhalten.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie haben die Texte abgeschrieben.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Das ist korrekt.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, wann das war?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Das war zum Ende - - Der genaue Zeitpunkt - - müsste ich noch mal in den Akten nachschauen. Aber das war relativ kurz nach der Veröffentlichung des US-Doha-Abkommens, also zeitlich nicht sehr weit entfernt. Das war noch im März, wenn ich mich richtig erinnere.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Kann das Ende März gewesen sein?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Ja, sehr gut.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich bin nicht so geläufig damit, wie die genauen Arbeitsabläufe innerhalb der NATO sind und zwischen NATO-Partnern und so. Ist das was, was den üblichen Gepflogenheiten entspricht, NATO-Verbündete auf die Art und Weise zu informieren, also eine ganze Zeit nach Abschluss der Abkommen etwas zur Einsicht vorzulegen, wo man schnell mitschreiben muss?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Diese spezifische Situation war in der Tat außergewöhnlich, allerdings aus unserer Sicht insofern nachvollziehbar, weil es sich hierbei eben um Geheim eingestufte Zusatzdokumente gehandelt hat, die zusätzlich zu den öffentlichen Dokumenten entstanden waren.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber andere Geheim eingestufte Dinge wurden auch ausgetauscht miteinander und auch schriftlich kommuniziert?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Der Unterschied hier besteht darin, dass es sich nicht um ein NATO-Dokument gehandelt hat, sondern um ein Dokument, das die USA eben bilateral verhandelt hatten.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie selber im Vorfeld versucht, nähere Informationen zu bekommen, was da reinverhandelt werden soll, und haben Sie Versuche unternommen, auch schriftlich dieses Dokument zu bekommen - Sie oder jemand anderes in der NATO-Vertretung?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Wir haben im Vorfeld mehrfach darum gebeten, dass wir Kenntnis erhalten über den Inhalt dieser Dokumente. In welcher Form, in welcher Art und Weise diese Kenntnis erfolgen sollte, daran kann ich mich nicht genau erinnern, wie wir das jetzt genau eingefordert hatten. Aber was wir erbeten hatten, war eben Kenntnis darüber zu erhalten, was sich in diesen Dokumenten beinhaltet.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie selbst derjenige, der in die Dokumente reingekuckt hat?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Ja.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Ihnen gerne was vorhalten aus MAT A AA-8.280, Blatt 56. Das ist eine E-Mail von Herrn P [REDACTED], dem damaligen Gesandten an der Botschaft Kabul. Da geht es genau um diese Anhänge, und da ist einfach eine Aufzählung drin, was er in diesem Dokument schildert, was dadrin so gesehen wurde. Da steht halt - Spiegelstrichaufzählung zum Abzug - als Verpflichtung unter anderem:

- Keine Luftschläge etc. durch CF.
- Keine Unterstützung durch CF für offensive Einsätze der ANDSF ...



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- Selbstverteidigung weiter erlaubt.
- Zu RiV lediglich allgemein gehaltene Ausführungen und Verpflichtung für beide Seiten, nach Unterzeichnung des Abkommens graduell die Gewalt zu reduzieren. Keine Kopplung an das RiV-Abkommen.

**LR I Andreas Gloßner (AA):** Herr Wagener, also Herr Vorsitzender, wenn ich da kurz vielleicht reinspringen darf. Also, wenn ich das richtig sehe - wir konnten gerade erst sozusagen die Datei jetzt aufrufen -, geht es da ja schon sozusagen um - - folgt das ja eben Gesprächen oder zumindest einem Treffen mit der US-Seite und da sozusagen - - Wir haben ja, wie gesagt, eine - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind im Augenblick aber noch im Verlesen von etwas, was nicht als Geheim eingestuft ist.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Das ist eine NfD-E-Mail.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist hier zulässig, das vorzulesen.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Richtig.

**LR I Andreas Gloßner (AA):** Wir haben ja als Bundesregierung sozusagen explizit zugestimmt, dass aus VS-NfD-Dokumenten zitiert werden darf, allerdings eben mit der Einschränkung, dass wir uns vorbehalten, dann auch reinzuspringen, wenn eben besondere Interessen, wie eben der Schutz der bilateralen Beziehungen beispielsweise, berührt sind, und das würde ich sozusagen jetzt auf den ersten Blick - - Zumindest müssten wir uns jetzt das vielleicht noch mal kurz ansehen. Deswegen bin ich da unmittelbar reingesprungen. Wenn man das jetzt ausführlich vorträgt - - eben schon berührt sehen. Aber vielleicht - - Wenn wir kurz eine Minute dazuhaben könnten, um uns das kurz anzuschauen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Können wir gerne machen. Ich hatte jetzt nicht den Eindruck, dass

der Kollege Wagener eine halbe Stunde vorlesen wollte, aber - - Ansonsten hätte ich vielleicht abgewartet, welche Frage sich daran anschließt. Aber wenn Sie mögen, unterbrechen wir auch jetzt schon, um zu gucken - -

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir können auch gerne erst unterbrechen. Im Grunde bin ich auch quasi fertig mit dem, was ich vorlesen wollte. Aber wenn Sie es unterbrechen wollen, können wir es gerne machen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte.

(Der Zeuge berät sich mit  
LR I Andreas Gloßner (AA))

**LR I Andreas Gloßner (AA):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, noch mal, auch für diese Möglichkeit, ganz kurz noch mal draufschauen zu können. - Ich würde bei der Einschätzung bleiben, dass sozusagen ein ausführliches Vorlesen oder Zitieren aus diesem Dokument wirklich auch zumindest den Schutz der bilateralen Beziehungen berührt. Also, wir müssten - - Wenn da noch ausführlicher draus vorgelesen werden sollte, dann würde ich drum bitten, eben in eine nichtöffentliche Sitzung zu gehen. Also nicht die Frage ist jetzt, die wir ja noch gar nicht gehört haben, der Grund, warum ich jetzt hier eingesprungen bin, sondern einfach das ausführliche Zitieren aus dem Dokument und - - Genau. Da bin ich also - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Präventive Bemerkung: Der Kollege Wagener hatte aber signalisiert, dass das Vorlesen schon zu Ende war. Jetzt hören wir uns mal in Ruhe die Frage an, und dann kümmern wir uns.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Also, meine Frage zu dem Teil - ich habe ja selber das Dokument nicht gesehen - ist einfach die Frage, ob Sie sich daran erinnern, dass das im Wesentlichen das ist, was da auch an Bedingungen festgehalten war in dem Dokument. Ich kann es jetzt leider nicht noch mal vorlesen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das wollen wir unbedingt vermeiden. - Bitte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Ich habe den Eindruck, dass in dem Moment, in dem ich mich dazu äußere, eventuell genau der Punkt erreicht sein könnte, den der Beauftragte gerade für berührt erachtet hielt, und würde mich deswegen gerne kurz rückversichern, ob ich meine Aussage dann in diesem Kontext hier tätigen kann.

(Der Zeuge berät sich mit  
LR I Andreas Gloßner (AA))

Vielen Dank. - Ich kann das bestätigen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Ich begrüße die zügige Klärung. - Bitte schön.

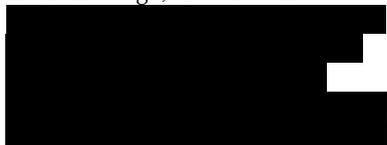
(Heiterkeit)

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Das ist eine gute präzise Antwort. Danke. - Ich würde jetzt auch ein Stück weitergehen und einfach zur Bewertung des Dokuments kommen. Die erste NATO-Rat-Sitzung nach der Unterzeichnung des US-Taliban-Abkommens fand dann am 25.03. statt, und Sie haben die Weisung für diese Sitzung geschrieben und haben da in MAT A AA-8.285 auf Blatt 13 festgehalten:

Eindruck des US-Brechstangen-Ansatzes ggü. AFG und die daraus resultierende Verunsicherung sollten wir begeben, indem wir die Konditionalisierung des int. Truppenabzugs innerhalb der Allianz betonen.

Und in dem DKOR dann als Bericht über die Sitzung haben die Kollegen die, so liest es sich jedenfalls, nicht ganz so gute Stimmung unter den Partnern in diplomatischer Weise festgehalten in MAT A AA-8.285, Blatt 18, an dieser Stelle:

Wortnehmende Alliierte stellten erste Phase des Abzugs ("A light") nicht in Frage, kritisierten aber



Meine Frage: Was genau haben Sie gemeint mit der Formulierung des „Brechstangenansatzes“, und wie unterscheidet sich diese Vorstellung eines Brechstangenansatzes von dem Ansatz der Bundesregierung und gegebenenfalls anderer NATO-Partner?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Dürfte ich um Vorlage des Dokumentes bitten?

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Ja klar.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Vielen Dank für die Vorlage. - Dürfte ich noch mal bitten, die Frage vor diesem Hintergrund zu wiederholen?

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Klar. Was genau haben Sie unter dem Begriff „Brechstangenansatz“ verstanden? Was meinten Sie damit, und wie unterscheidet sich dieser von Ihnen so bezeichnete Brechstangenansatz der USA von dem Ansatz der Bundesregierung und gegebenenfalls weiterer NATO-Partner?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Ich kann Ihnen nicht bestätigen, dass dieser Ausdruck von mir persönlich stammt. Mein Name steht zwar oben auf diesem Dokument, das bedeutet allerdings in diesem Zusammenhang nicht, dass diese Weisung in der Form, in der sie hier finalisiert vorliegt, durch mich so an allen Stellen auch geschrieben wurde.

Ich möchte noch mal in diesem Zusammenhang kurz auf den Prozess eingehen, bei dem solche Weisungen, insbesondere für den NATO-Rat, eben abgestimmt wurden. Meine Rolle mit Blick auf die Abstimmung solcher Weisungen lag darin, nach dem Erhalt der Tagesordnung für die Sitzung und entsprechender weiterführender Information dazu, was eben diskutiert werden sollte, einen ersten Aufschlag zu verfassen, in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dem sozusagen die Verhandlungssituation dargestellt wurde, in dem, wie hier eben auch, dann entsprechend solche grundsätzlichen Punkte unserer Haltung für den Botschafter, der diese Weisung ja im Normalfall vorgetragen hat, eben festgehalten wurden, und - - dann eben mit einem Vorschlag für Sprechpunkte zu versehen.

Die Weisung oder dieses Ausgangsdokument, das ich verfasst habe, durchlief dann, bevor letztlich der Botschafter damit in die Sitzung gehen konnte, um sich dann entsprechend auf dieser Grundlage einzulassen, einen relativ langen Prozess, bei dem viele verschiedene Personen mitgewirkt haben an der Erstellung dieser Weisung, Inhalte angepasst haben, umgeändert haben.

Dementsprechend kann ich Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, von wem dieser Ausdruck, wie er sich hier wiederfindet, stammt. Insofern habe ich Schwierigkeiten damit, die Frage zu beantworten, was ich mit diesem Ausdruck hätte meinen können, da ich mir gar nicht mehr sicher bin, ob der überhaupt von mir in dieser Art und Weise hier eingepflegt wurde.

Dürfte ich noch mal den zweiten Teil Ihrer Frage hören?

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Also, der zweite Teil der Frage ist, wie sich dieser Brechstangenansatz unterscheidet von dem Ansatz der Bundesregierung und gegebenenfalls weiterer NATO-Partner. Ist jetzt auch nicht so wichtig, ob der Begriff des Brechstangenansatzes dann von Ihnen ist. Sie werden ja eine Vorstellung haben, was damit gemeint war, wenn Sie an der Erarbeitung des Dokumentes beteiligt waren. Von mir aus können Sie auch einfach beschreiben, wie der von Ihnen in irgendeiner Weise, die Sie vielleicht näher bezeichnen können, wahrgenommene US-Ansatz sich unterscheidet von dem Ansatz der Bundesregierung.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Gut. - Darauf zurückkommend - und das ist meine Lesart dieses Ausdrucks hier - ging es uns zu diesem Zeitpunkt dieser NAC-Sitzung am 25.03.2020 vor allem darum, die Unterschiedlichkeit darzustellen zwischen dem kalenderbasierten Ansatz, der sich ja

aus diesem US-Doha-Abkommen ableitete und im Prinzip einen festgesetzten Zeitpunkt für den vollständigen Abzug der internationalen Streitkräfte aus Afghanistan festgesetzt hat - - sich eben entsprechend nur ausschließlich orientierte an der Fortentwicklung dieses Zeitstrahls. Dem wollten wir entgegenhalten oder wollten entgegenbringen eben eine Rückkehr zu dem conditions-based Ansatz, dem kriterienabhängigen Ansatz, bei dem wir eben versuchen wollten, wieder stärker zurückzugehen, wie ich es ja auch gerade schon dargestellt hatte, auf den Ansatz, Anpassung bei der Truppenpräsenz in Afghanistan eng zu verknüpfen mit konkreten Fortschritten im politischen Prozess, insbesondere bei der Gewaltreduzierung, bei dem Beginn und einem substanziellen inhaltlichen Fortschritt bei den intra-afghanischen Verhandlungen, und eben dadurch sicherzustellen, dass die Truppenpräsenz in Afghanistan nicht in irgendeiner Form irreversibel reduziert würde, ohne dass davor eben auch der Eindruck entsteht, dass dafür die Gegebenheiten gegeben sind auf politischer Seite.

Also, um es noch mal zuzuspitzen: der Unterschied zwischen dem kalenderbasierten Ansatz, bei dem wir den Eindruck hatten, dass der eben jetzt unter dem Doha-Abkommen maßgeblich im Vordergrund stand, und einer Rückführung auf einen genuinen, substanziellen, kriterien- und lageabhängigen Ansatz, so wie wir ihn eben im Rahmen der NATO kontinuierlich beworben haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt wechselt das Fragerecht und geht zu Herrn Keuter.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Morgen, Herr S [REDACTED]! Ich möchte an die Fragen der Union anknüpfen. Sie fertigten am 4. Juni 2020 einen Vermerk für Botschafter Lucas. Es ging hier um das Gespräch mit Herrn [REDACTED] Ich zitiere aus MAT A AA-4.27, Blatt 115:

... Berlin müsse aber klar sein, dass US-Abzugsdynamik letztlich nicht mehr zu ändern sei („there must be a tipping point for D to understand the US is leaving and we have to go“).



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- übersetzt: Es muss einen Kipppunkt geben, an dem Deutschland begreift, dass die USA gehen, und wir gehen müssen. -

Zumindest im NATO-Rahmen sei es hierfür zu spät.

Ende des Zitates.

Das klingt doch so, als habe Herr [REDACTED] den Eindruck gehabt, dass Deutschland um jeden Preis weiter in Afghanistan bleiben wollte und sich hier Illusionen machte, was die Umsetzung der Operation des Abzuges anging. Stimmen Sie dem zu?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Nein. Dem stimme ich so nicht zu. - Was genau der Eindruck von Herrn [REDACTED] letztlich war, kann ich hier nur anhand dessen wiedergeben, was ich hier auch niedergeschrieben hatte. Darüber hinaus wäre es aus meiner Sicht spekulativ, zu versuchen, mich in den Kopf von Herrn [REDACTED] hineinzusetzen. Insofern kann ich dem so, wie Sie - -

**Stefan Keuter (AfD):** Herr S [REDACTED], dann frage ich anders: Wie haben Sie damals diese Äußerung von Herrn [REDACTED] aufgenommen? Fanden Sie seine Mahnung hilfreich? Es geht um Ihre Wahrnehmung.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Meine Wahrnehmung war zu diesem Zeitpunkt, sofern ich mich erinnern kann, dass Herr [REDACTED] uns vor allem darauf aufmerksam machen wollte, dass die Dynamik, die im Rahmen des US-Doha-Abkommens entstanden war - die einer Abzugsdynamik -, sehr stark war und wir uns durchaus darauf einstellen müssten, dass diese Dynamik eben auch andauern würde trotz unserem Versuch, zurückzukommen zu einem kriterienabhängigen Ansatz - - also, dass dieser kalenderbasierte Ansatz entsprechend durchaus fortgesetzt werden könnte. Das war mein Eindruck zu diesem Zeitpunkt.

**Stefan Keuter (AfD):** Lassen Sie uns mal das Thema wechseln. Sie erhielten am 30. April 2020 eine E-Mail von Peter Prügel, dem deutschen Botschafter in Kabul. Er berichtete aus Gesprächen

über die Prozeduren zum geplanten Gefangenen-austausch zwischen Taliban und afghanischer Republik. Ich zitiere hier aus MAT A AA-8.456, Blatt 8:

Gute Zusammenarbeit mit der TLB Delegation, die sehr präzise Listen über inhaftierte TLB führe (auch aus Kontakten mit Häftlingen in den einzelnen Gefängnissen), Identifizierung der ANDSF

- Streitkräfte der afghanischen Republik -

in TLB-Gefangenschaft hingegen extrem schwierig, da AFG

- gemeint ist hier wohl die afghanische Republik -

Seite keinerlei verlässliche Listen haben, wen sie eigentlich vermischen und in TLB Gefangenschaft vermuten (viele vermutlich tot, manche ggf. desertiert). Große Zweifel und wohl auch diesbezügliche Aussagen seitens der TLB, dass diese überhaupt 1000 ANDSF-Gefangene haben. ...

TLB informieren ICRC verlässlich über ihre Freilassungen ...

Zitat Ende.

Was haben Sie damals bei der Lektüre dieser E-Mail gedacht in Bezug auf die Professionalität unserer afghanischen Partner?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Dürfte ich um Vorlage des Dokumentes bitten?

**Stefan Keuter (AfD):** Selbstverständlich.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bevor Sie antworten, will ich gern noch sagen, dass ich das schön fände, wenn die Dokumente übergeben würden ohne Erläuterungen, die vom Ausschuss nicht nachvollzogen werden können. - Bitte schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Vielen Dank. - Ich habe das damals so zur Kenntnis genommen, wie das hier berichtet wurde, und habe das erst mal einfach als Information für mich abgespeichert, die keine weiterführenden Überlegungen in die Richtung, die Sie gerade genannt hatten, nach sich gezogen hat, zumal die Frage des Gefangenen-austausches natürlich für uns relevant war, weil es einer der Punkte war, die eben wichtig waren, um weiterzukommen im politischen Prozess, mit denen wir jetzt aber tatsächlich als direkt Involvierte nicht zu tun hatten. Also, das war sozusagen für mich in erster Linie eine von vielen, vielen Informationen, die das Lagebild ergänzt haben, das sich uns eben dargestellt hatte zu der damaligen Zeit.

**Stefan Keuter** (AfD): Wie erklärten Sie es sich damals, dass die Seite unserer afghanischen Partner noch nicht einmal darüber Bescheid wusste, wer und wie viele Männer in Talibangefangenschaft waren, also ihre eigenen Männer?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Wie ich gerade ausgeführt habe, ist das ein Punkt, den ich zur Kenntnis genommen habe, der aber für die operative Arbeit vor Ort bei uns nicht unmittelbar relevant war, sondern der das Lagebild vervollständigt hat, das wir eben zu der Situation und zu den Prozessen, die sich aus dem Doha-Abkommen ableiteten - - eben erfolgt waren. Insofern kann ich Ihnen diese Frage leider nicht beantworten.

**Stefan Keuter** (AfD): Sie können sich nicht dran erinnern, was Sie sich damals dabei gedacht haben, als Sie diese Informationen bekommen haben?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Das ist korrekt.

**Stefan Keuter** (AfD): Dachten Sie damals noch, dass die afghanischen Streitkräfte dazu in der Lage seien, sich den Taliban auf dem Schlachtfeld zu stellen und gegebenenfalls auch siegen zu können?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Der Auftrag der Mission Resolute Support war es, die afghanischen Streitkräfte dazu zu befähigen, dazu in der Lage zu sein, perspektivisch. Zum damaligen Zeitpunkt -

wir reden hier über den 30. April 2020, von dem diese E-Mail stammt -, war für uns klar, dass die Mission mit Blick auf dieses Ziel in bestimmten Bereichen Fortschritte erzielt hatte, aber eben auch in vielen anderen Bereichen noch sehr viel zu tun war, was ja eben auch einer der Gründe für uns war, entsprechend das Ziel dieser Mission weiterzuverfolgen.

**Stefan Keuter** (AfD): Wann wäre der Zeitpunkt für Sie gekommen, dass Sie sich die Frage stellen, ob die afghanische Armee auf sich allein gestellt bestehen könne?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Diese Frage stellte sich für uns laufend, weil sie eben die zentrale Frage für die Ausbildungsmission Resolute Support war. Es war ja eben genau Ziel dieser Mission, die afghanischen Streitkräfte dazu zu befähigen. Insofern stellte sich diese Frage für uns über den gesamten Zeitraum.

**Stefan Keuter** (AfD): Okay. - Ich frage abschließend noch mal anders: Wann hatten Sie das Gefühl, dass die afghanischen Streitkräfte auf sich allein gestellt wahrscheinlich nicht mehr bestehen könnten?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Ich persönlich hatte dieses Gefühl über den gesamten Zeitraum, weil wir die Mission eben vor diesem Hintergrund ja weiter vor Ort auch aufrechterhalten wollten, weil wir eben das Ziel dieses Operationsplans für noch nicht umgesetzt erachtet haben, zumindest nicht in Vollständigkeit - in Teilen ja, aber in anderen Bereichen eben noch nicht.

**Stefan Keuter** (AfD): Vielen Dank. - Wir machen in der nächsten Runde weiter.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Danke schön. - Das Fragerecht wechselt zu den Liberalen. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr S ■ ■ ■ ■, ich würde Sie gerne nach Ihrer persönlichen Einschätzung befragen: War denn das Doha-Abkommen - also die Sie im Jahr 2020 im Verlauf hatten - für Sie bezogen auf einen Endpunkt, oder war es tatsächlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

an Konditionen gebunden? Was war Ihr inneres Bild, was Sie in dem Jahr hatten?

**Zeuge O** **S**: Mein persönlicher Eindruck war, dass das Doha-Abkommen der Versuch war, den ja auch seit Jahrzehnten andauernden militärischen Konflikt in Afghanistan durch eine mögliche politische Lösung zu beenden. Die Mechanismen, die dafür innerhalb dieses Abkommens verankert wurden, erschienen mir allerdings nicht tragfähig genug, um dieses Ziel innerhalb eines festgesetzten Zeitrahmens zu erreichen, wie das Doha-Abkommen es ja eben auch vorsah.

Das Doha-Abkommen hat ja zwei spezifische Zeitpunkte für die Truppenreduktion vorgesehen, einmal innerhalb dieser ersten 135 Tage und dann eben ein Komplettabzug innerhalb von 14 Monaten. Daraus, hatte ich den Eindruck, entstand ein inhärenter Widerspruch, der auf der einen Seite ein fixes Zieldatum setzte für den vollständigen Abzug der internationalen Präsenz und - dem gegenüber setzte Erwartungen für einen politischen Prozess, die eben umgesetzt werden sollten, aber beides nicht wirklich in einer kohärenten Art und Weise miteinander verknüpft hatten.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP)**: Ist das auch dieser Unterschied zwischen „Geist des Abkommens“ und „Wort des Abkommens“? Also, mir ist das aufgefallen, dass im AA immer wieder zwischen dem Wort „Geist des Abkommens“ und „Wort des Abkommens“ differenziert wird, also zum Beispiel in MAT A AA-8.285, Blatt 340. Und Sie selbst treffen diese Unterscheidung zum Beispiel in MAT A AA-8.285, Blatt 28 ebenfalls und schreiben, dass man sich mit Blick auf die Bedingungen für den Abzug notfalls auf den Geist des Abkommens berufen könne. Und Ihre Kollegen **S** und Bledjian haben in der Anhörung letzte Woche dieses Konzept auch verwendet. Was müssen wir uns denn in diesem Konzept unter „Wort“ und „Geist“ in dem Kontext vorstellen? - Danke.

**Zeuge O** **S**: Danke Ihnen. - Wenn ich um Vorlage des Dokumentes bitten dürfte, auf das Sie sich beziehen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP)**: Selbstverständlich.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Vielleicht könnten Sie bei der Beantwortung der Frage auch noch drauf eingehen, warum diese Unterscheidung dem Auswärtigen Amt wichtig ist.

**Zeuge O** **S**: Vielen Dank. - Ich habe die Stelle jetzt in der Zwischenzeit auch finden können im Dokument. - Die Unterscheidung, auf die wir uns oder auf die ich mich hier bezogen habe mit Blick auf diesen Bericht, der ja eben auch entsprechend das wiedergibt, worauf Sie sich gerade beziehen, ist die Unterscheidung zwischen dem tatsächlichen Text des Doha-Abkommens, das ja mit Blick auf für uns elementare Bereiche - Gewaltreduzierung, Fortschritte im politischen Prozess -, die wirklich eine genuine, tragfähige, nachhaltige politische Lösung für den Konflikt in Afghanistan erreicht hätten, sehr schwammig formuliert waren.

Die Anforderungen an die Taliban im Doha-Abkommen selbst waren in vielerlei Hinsicht kaum quantifizierbar, kaum so formuliert, dass man sie jetzt wirklich in einer Form hätte nachprüfen können, die den Schluss zugelassen hätten, dass sich daraus ein Prozess entwickelt, der tatsächlich zu einer Befriedung dieses Konfliktes führen könnte. Das ist das, was wir mit dem „Geist“ meinen.

Das Doha-Abkommen sollte ja in erster Linie dazu führen, dass dieser militärische Konflikt in Afghanistan politisch gelöst werden könnte, sprich: zu einem Zustand führen, in dem Afghanistan ja militärisch und politisch zur Ruhe kommen würde. In dem Moment, in dem klar wurde - und das war ja sehr, sehr schnell der Fall, nachdem das Abkommen auch raus war -, dass die Taliban trotz dieser Zielsetzung des Abkommens weiter an einer sehr starken Gewaltanwendung und ja eben entsprechend auch an einer Zuspitzung dieses Gewalthebels interessiert waren, war



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für uns klar, dass eben dem Geist, dem übergeordneten Ziel dieses Abkommens - - dort anscheinend kein Interesse war, nachzukommen, sondern dass man sich wirklich nur an die Buchstaben des Abkommens halten würde - in der engstmöglichen Auslegung -, ohne das Abkommen in dieser Textform zu brechen, aber eben weiterhin eher diesen militärischen Druck halt versucht aufrechtzuerhalten seitens der Taliban. Das ist für uns der Unterschied gewesen, für mich der Unterschied gewesen hier bei dieser Berichterstattung zwischen dem „Text des Abkommens“ und „dem Geist des Abkommens“.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Hat Ihrer Ansicht nach Trump Zweifel aufkommen lassen, dass er zu einem bestimmten Zeitpunkt abziehen würde?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Trump als Präsident in seinen Äußerungen, wie sie mir bekannt waren, nicht.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und welchen Hebel hätte Deutschland gehabt, daran was zu ändern, Ihrer Ansicht nach?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Nun, wie ich bereits versucht habe auszuführen, war es unser Wunsch, im Rahmen der Allianz für einen Ansatz zu werben, der eben entsprechend diesen kalenderbasierten Ansatz überführt hätte zu einem Ansatz, der Truppenreduzierungen in Einklang bringt mit wirklich nachprüfbar substantziellen Fortschritten bei der Erreichung einer politischen Befriedung dieses Konfliktes. Das war eben entsprechend der Versuch unsererseits, im Rahmen der Allianz hierfür ein entsprechendes Momentum zu generieren, um am Ende - das war unser Ziel - eben entsprechend auch einen Konsens vielleicht erreichen zu können, die weiteren Truppenreduzierungen in dieser Form durchzusetzen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** MAT A AA-8.285, Blatt 32: Bei der Überarbeitung eines NAC-Statement-Entwurfs zu Afghanistan im April 2020 haben Sie in den Diskussionen mit den internationalen Partnern Wert darauf gelegt, Bezüge zum Doha-Abkommen gegen den Widerstand der

USA, Großbritanniens und Italiens weitgehendst aus dem Text zu streichen. Warum war Ihnen das so wichtig, diese Bezüge zu dem Abkommen aus dem Text zu streichen?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Dürfte ich um Vorlage des Dokumentes bitten?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

- Danke.

(Der Zeuge liest in den ihm  
vorgelegten Unterlagen)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Frau Dr. Jurisch demonstriert uns gerade, wie gut die Mikrofonanlage funktioniert. Also insofern: Meine Bitte ist noch mal, so zu sprechen, dass das alle gut verstehen können. Es ist sonst oben kaum zu verstehen; es ist für die Stenografen schwierig und für alle anderen. Also wäre meine Bitte einfach - - Bei Ihnen war das vorbildlich - das wollte ich gerade sagen -, was die Mikrofonanlage hergibt.

(Heiterkeit - Dr. Ann-  
Veruschka Jurisch (FDP):  
Ich dachte gerade schon!)

- Ich wollte ich Sie als gutes Beispiel hier nehmen, wenn ich das darf, Frau Kollegin.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Vielen Dank. - Der Punkt, auf den ich mich hier in diesem Bericht bezogen habe, bei der Erarbeitung, war in der Tat - - Also, die Referenz, auf die ich mich hier bezogen habe zum US-Taliban-Abkommen, der Gedanke dahinter, der Wunsch, diese Referenz zu streichen, kam daher, dass das US-Taliban-Abkommen eben nicht mit der NATO als Verhandlungspartner gemeinsam verhandelt wurde.

Das heißt, dass die Allianz selbst dieses Abkommen ja auch zu keinem Zeitpunkt für sich politisch vereinnahmt hat. Und uns war es eben wichtig, diese Vereinnahmung durch die NATO, die jetzt hier im Rahmen eines öffentlichen Statements gegebenenfalls der Eindruck entstanden sein könnte - - dem halt eben auch entgegenzuwirken. Das war der Grund, warum wir uns



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder ich mich hier dafür ausgesprochen habe, dass wir die Streichung dieser Referenz durchsetzen wollten.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Dann würde mich noch interessieren: Das BMVg und auch der BND haben die Option „Emirat 2.0“ als wahrscheinlichsten Entwicklungspfad in Afghanistan gesehen. Haben Sie das auch so geteilt oder, wenn nein, warum nicht?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Für den Fall einer Machtübernahme durch die Taliban mit militärischen Mitteln war das durchaus das Szenario, das ich auch geteilt habe. Wie gesagt, dem gegenüber stand halt der Wunsch, zu versuchen, in irgendeiner Form auf Grundlage dieses Doha-Abkommens mit einem substanziell konditionierten Ansatz dahin gehend entgegenzuwirken, dass man eben eine politische Lösung für diesen Konflikt erreichen könnte. Mir war aber während dieses Zeitpunkts durchaus bewusst - und das war auch meine Einschätzung -, dass für den Fall, dass die Taliban ohne einen solchen tragfähigen politischen Prozess militärisch die Macht wiedererlangen würden, das vermutlich das Szenario sein würde, auf das wir zusteuern würden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt wechselt das Fragerecht. Frau Kollegin Büniger, bitte schön.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Ich möchte noch mal darauf zurückkommen - das haben Sie jetzt auch schon mehrfach betont -, dass Sie Hoffnung hatten, von dem zeitlichen Ansatz, den die USA gesetzt haben, zu einem condition-based Ansatz zu kommen, und dass Sie da auch noch Hoffnung hätten in den Verhandlungen. Herr Röwekamp und Herr Wagener hatten auch schon dazu gefragt. Und auch beim Lesen der Dokumente ist bei mir der Eindruck entstanden, dass die europäischen NATO-Länder den Entwicklungen eher hinterherliefen, als sie aktiv mitzugestalten.

Und ich möchte deshalb auf einen Kurzvermerk vom 22.10.2020 verweisen und zitieren. Verfasser der Mail ist Herr M [REDACTED] K [REDACTED]. Die Mail ging auch an Sie. Das wäre MAT A AA-8.285, Blatt 104. Da heißt es - ich zitiere -:

bezugnehmend auf Trump [REDACTED] Tweet vom 07.10. mit Forderung Abzug aller US [REDACTED] Truppen aus AFG bis Weihnachten.

Ich zitiere weiter:

Informell wurde mündlich mitgeteilt, dass solange Präsident im Amt sei, letztlich auch sein Befehl gelte.

Zitat Ende. - Zitat geht weiter:

US MilAtt dort zusätzlich mit der Aussage, es sei nicht auszuschließen, dass über **Eventualfall-Planungen nachgedacht werde, Anfang 2021 auf 2.500 zu reduzieren.**

Zitat Ende. - Worauf ich hinausmöchte, ist Folgendes: Wir können ja lesen, dass seit dem Abkommen unterschiedliche Szenarien im Gespräch diskutiert worden sind. Dann kommt ein Tweet des amerikanischen Präsidenten, und der darauffolgende Mailverkehr lässt schon darauf schließen, dass unter den NATO-Partnern eine große Verunsicherung herrschte, was die Amerikaner denn jetzt tatsächlich machen würden.

Deshalb meine Frage an Sie: Wie groß war die Verunsicherung im Oktober 2020?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Vielen Dank. - Dürfte ich um Vorlage des Dokuments bitten?

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Ja.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Vielen Dank. - Um auf Ihre Frage zurückzukommen, müssen wir uns kurz den zeitlichen Kontext vergegenwärtigen, in dem diese Berichterstattung hier erfolgte. Wir hatten in den Monaten vor dem Oktober im Rahmen der NATO es erreicht, dass wir einen Prozess etablieren konnten, bei dem eine - also nach den ersten Reduzierungen im Rahmen dieser ersten 135 Tage, auf den Stand der sogenannten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Phase A „light“ - gemeinsame Lageanalyse durchgeführt werden sollte im Rahmen der NATO. Das war etwas, was Bundesminister Maas angeregt hatte. Diese Lageanalyse war - -

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Meine Frage war, ob es Verunsicherung gab nach dem Tweet.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Darauf möchte ich hinaus, genau. Diese Frage kann ich nur in diesem Kontext beantworten.

Im Rahmen dieser Lageanalyse war deutlich, also war im Rahmen der Allianz deutlich die Message zu hören, dass eben die Lage in Afghanistan weitere Reduzierungen über diesen Punkt hinaus, die ja hier angedacht werden oder auf die man eben hier Referenz hat - - dass die Lage so etwas eigentlich nicht zulassen würde. Insofern waren die Ankündigungen des damaligen US-Präsidenten hier natürlich schon eine - - haben schon eine Verunsicherung ausgelöst, weil eben nicht klar war, ob die USA über den zuletzt reduzierten Zeitpunkt - - oder über die zuletzt reduzierte Zahl von 4 500 hinaus eben auch noch weiter reduzieren würden.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Eine persönliche Frage an Sie: Konnten Sie sich dann nicht vorstellen, dass er das umsetzen würde?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Doch, das konnte ich mir persönlich schon vorstellen, dass er das umsetzen würde.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Und haben Sie in Bezug auf Ihre Vorstellungen dann auch Planungen angestellt?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Die Planungen mit Blick auf die Abzugsdynamik, die im US-Doha-Abkommen grundsätzlich verankert war, fanden im Prinzip unmittelbar nach Veröffentlichung dieses US-Doha-Abkommens statt.

Wie ich ja bereits erläutert habe, hat ja das Doha-Abkommen selbst einen auf ein sehr klares Abzugsdatum fokussierten Prozess eigentlich vorskizziert. Das heißt, wenn man sich das Doha-Abkommen durchliest, dann ist sehr schnell klar,

dass darin festgelegt ist, dass innerhalb von 14 Monaten eigentlich angestrebt wird, die gesamte Präsenz in Afghanistan auf null zu reduzieren.

Dass das etwas war, was wir politisch so nicht mittragen wollten, ist hoffentlich aus meinen Ausführungen bislang klar geworden. Es ist natürlich gleichzeitig trotzdem etwas, auf das man sich im Rahmen von Eventualfallplanungen vorbereiten musste. Und diese Eventualfallplanungen haben im Prinzip unmittelbar nach der Veröffentlichung dieses Abkommens auch - - also, wurden initiiert. Sie waren nicht politisch in Auftrag gegeben, aber sie fanden statt und deckten somit das Szenario ab, dass, falls in dieser Art und Weise der Truppenabzug innerhalb von 14 Monaten umgesetzt würde, man eben entsprechend mit Planungen darauf vorbereitet sein würde, das dann eben auch zu begleiten.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Aber der Tweet war deutlich - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt sind wir am Ende, -

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Okay. Nächste Runde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** - und jetzt wissen Sie alle, was eine Berliner Stunde ist. Wir haben nämlich die erste Runde hinter uns gebracht, und ich eröffne die zweite. Und das Fragerecht geht zur SPD.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich möchte an das anschließen, was die Kollegin der Linken versucht hat herauszuarbeiten. Ich möchte es noch mal chronologisch angehen. Sie haben das Doha-Abkommen vorgelegt bekommen. Sie waren mit den politischen Inhalten dieses Abkommens nicht konsentiert. Die Inhalte widersprachen der Politik, wie sie Deutschland versucht hat vorzunehmen.

Und wenn man das jetzt chronologisch betrachtet: Über das erste Thema haben wir bereits gesprochen. Sie haben bereits im März, MAT A AA-8.285, Blatt 11, eine Mail an Frau K [REDACTED] [sic!] geschrieben: „Sachstand zu AFG/RSM“. Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

berichten in dieser Mail von einem „Quad-Treffen“ auf Gesandtenebene. Könnten Sie vielleicht zunächst erläutern, was ein „Quad-Treffen“ ist? Ich nehme nicht an, dass das mit vierrädigen Fahrzeugen zu tun hat.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Das kann ich auch ohne Vorlage des Dokuments tun. Ich würde trotzdem, wenn Sie sich mit Ihrer Frage auf den Inhalt dieses Dokuments beziehen wollen, auch gerne um Vorlage bitten.

Ein Quad-Treffen bezeichnet im NATO-Rahmen ein Treffen zwischen den Vertretern der Bundesrepublik Deutschland, der USA, Frankreichs und Großbritanniens.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Vielen Dank. - Ich glaube, wir müssen nicht vorlegen. Die nächste Frage ist relativ einfach zu beantworten.

In der Mail wird dann zitiert, dass die Reduction in Violence aus der Sicht der USA dauerhaft angelegt ist. Die Taliban würden das aber anders interpretieren. - Ist es auch Ihre Auffassung - und Sie haben ja vorhin bereits zum Teil dazu ausgeführt -, dass es diese Auslegungsunterschiede tatsächlich gab?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Ja, das ist auch meine Auffassung zu diesem Zeitpunkt damals gewesen.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Zeitsprung in den Juni 2020: Sie berichten in MAT A AA-8.285, Blatt 84 - auch auf das ist bereits Bezug genommen worden - auch ein Gespräch mit [REDACTED] der NATO, [REDACTED]. Und dieses Gespräch war im Vorfeld des NATO-Rats am 3. Juni. - Was ist die Funktionsbezeichnung? Was verbirgt sich hinter der Funktion vom Herrn [REDACTED] tatsächlich?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Herr [REDACTED] oder die Funktionsbezeichnung von Herrn [REDACTED] war - - Die Funktion von Herrn [REDACTED] war im Prinzip in der Hierarchie der NATO - - Der höchste NATO-Vertreter ist natürlich der Generalsekretär. Ihm untergestellt ist der stellvertretende Generalsekretär, und auf der Hierarchieebene darunter

folgen dann eine Reihe von Assistant Secretary Generals, von denen Herr [REDACTED] einer war, der sich eben in seinem Portfolio insbesondere um [REDACTED] der NATO dann eben auch inhaltlich befasst hat. Darunter fiel dann eben auch die Resolute-Support-Mission.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Vielen Dank. Sie berichten in der Mail Folgendes: Die betreffende Person, Herr [REDACTED]

erkundigte sich zur des DEU FFT Papiers [sic!]. US/TLB Abkommen sei insb. mit Blick auf Bedingungen für weitere Abzugsschritte nicht eindeutig.

**LR I Andreas Gloßner (AA)**: Entschuldigung, Herr Nürnberger, ich würde da auch sozusagen wieder drum bitten, dass, wenn attribuiert zitiert wird, wenn Aussagen von Gesprächspartnern, ausländischen Gesprächspartnern zitiert werden, auch wenn sie sozusagen in Mails beispielsweise des AAs wiedergegeben werden, wir dann eben in nichtöffentliche Sitzung gehen. Das sind ja Gespräche, die sozusagen im Vertrauen stattfinden und wo sich die Gesprächspartner, egal ob sie jetzt noch im Amt sind oder nicht, darauf verlassen können, dass die eben das auch bleiben und deswegen eben nicht in der Öffentlichkeit sich die Aussagen dann wiederfinden.

Also, deswegen haben Sie Verständnis dafür, dass ich hier reinspringen muss und, wenn Sie jetzt das zitieren würden, drum bitten würde, dass wir dann in die nichtöffentliche Sitzung gehen. - Danke.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Ich kann dieser Anmerkung ohne Weiteres Rechnung tragen, und ich hätte auch Herrn [REDACTED] nicht zitiert, sondern das, wie Sie darauf reagiert haben. Es geht nämlich darum, dass es auch inhaltlich um die Frage dieses Gewaltniveaus ging und wie sich es reduzieren lässt oder nicht reduzieren lässt. Wir haben diese Schwierigkeiten in der Interpretation des Textes: Wie genau müssen die Taliban das befolgen oder auch nicht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Mich würde aber interessieren der Bezug, auf den genommen wird. Was ist denn ein „DEU FFT Paper“? Und was ist genau gemeint gewesen? Und worum ging es in diesem Papier, auf das das Gespräch mit dieser Person, deren Aussagen wir nicht zitieren möchten, sich bezogen hat?

**Zeuge O** ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■ ■ : „DEU“ ist im Rahmen der Berichterstattung häufig ein Kürzel, das für „Deutschland“ oder „deutsch“ verwendet wird. „FFT“ ist die Abkürzung für ein sogenanntes „Food-for-Thought-Papier“, ein Gedankenpapier, etwas, das wir in einer infor- - ein Instrument, das wir in einer informellen Form anlässlich verschiedener Entwicklungen immer mal wieder genutzt haben, um im Rahmen der NATO unsere Sichtweise auf bestimmte Entwicklungen oder bestimmte Punkte darzulegen.

Die NATO ist ja eine Organisation, bei der, wenn Sie jetzt im Rahmen einer regulären Komiteesitzung etwas verabschieden wollen, Sie immer den Konsens aller 30 Alliierten brauchen, um sozusagen eine bestimmte Formulierung in irgendeiner Form dort festzuziehen. Ein solches Gedankenpapier bietet also die Möglichkeit, jenseits dieser konsensuell verabschiedeten offiziellen NATO-Produkte auch unsere Sichtweise zu bestimmten Punkten darzustellen, falls wir das eben für nötig erachtet haben.

Das hier zitierte deutsche Food-for-Thought-Papier war zum damaligen Zeitpunkt eben ein solches Instrument, mit dem wir im NATO-Rahmen, insbesondere eben auch mit Blick auf die Sitzungen des NATO-Rates, der dann kurze Zeit später folgte, unsere Sichtweise dazu noch mal verschriftlicht verteilen wollten, als Referenz für die übrigen Alliierten in der NATO, warum aus unserer Sicht es eben so wichtig ist oder so wichtig war, die Umsetzung des Doha-Abkommens nicht rein kalenderbasiert fortzusetzen, sondern eben in einer Art und Weise, die zu einer substanziellen Verschränkung mit Fortschritten in diesen zentralen Bereichen des Abkommens einhergehen würde.

Und um diesen Kontext einmal sauber aufzuschreiben und darzulegen und dann unsere

Sichtweise dazu auch noch mal als vorher eingehenden Input beizusteuern, haben wir eben dieses Food-for-Thought-Papier zu der damaligen Zeit entworfen. Das ist das Produkt, auf das wir uns hier beziehen.

**Jörg Nürnberger** (SPD): Vielen Dank. - Und das bezieht sich ja auf diese E-Mail, die Sie dann an den deutschen Botschafter Lucas und eben an Herrn ■ ■ ■ auch gerichtet haben, aus der ich vorhin bereits zitiert habe.

Da berichten Sie weiter:

Berlin müsse aber klar sein, dass US-Abzugsdynamik letztlich nicht mehr zu ändern sei

Das englische Zitat ist:

(„there must be a tipping point for D to understand the US is leaving and we have to go“).

War zumindest zu diesem Zeitpunkt für Sie einigermaßen klar, dass weitere Initiativen wahrscheinlich nicht von Erfolg gekrönt sein werden, die USA noch von einem anderen Vorgehen zu überzeugen?

**Zeuge O** ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■ ■ : Nein, das war nicht der Fall. Wir hatten weiterhin für uns klar das Ziel, dass wir eben genau zu dieser Umlenkung, also zu dieser Änderung des Ansatzes, mit einem sinnvollen Beitrag beisteuern können, dass wir eben wegkommen von dieser kalenderbasierten Abzugsdynamik hin zu einer Abzugsdynamik, die in einer sinnvollen Art und Weise Fortschritte im politischen Prozess, bei der Gewaltreduzierung verknüpft mit weiteren Anpassungsschritten. Genau diese Dynamik wollten wir im Rahmen der Allianz erzeugen, und das haben wir zum damaligen Zeitpunkt durchaus als sinnvoll erachtet und eigentlich bis zum Schluss auch weiter so verfolgt.

**Jörg Nürnberger** (SPD): Sie haben es ja offensichtlich dann auch bei diesem NATO-Rat am 3. Juni entsprechend versucht. Aber darauf möchte ich jetzt im Detail nicht eingehen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Der nächste Versuch, weil offensichtlich auch da keine wirklichen Fortschritte erzielt worden sind - - Oder wurden da tatsächlich Fortschritte in Bezug auf dieses Anliegen erzielt, beim NATO-Rat am 3. Juni 2020?

**Zeuge O** **S**: Was wir beim NATO-Rat an diesem 3. Juni definitiv verzeichnen konnten, war eine sehr breite Unterstützung vieler wortnehmender Nationen, die sich dazu geäußert haben, unter deutlichem Bezug auch eben auf dieses Gedankenpapier, und diesen Ansatz geteilt haben. Insofern hatten wir damit zumindest eine Dynamik erzeugt, die sehr klar verdeutlicht hat, dass eben das nicht nur unser Wunsch war, sondern eben durchaus auch von einer Reihe weiterer Alliiertes geteilt wurde.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Die Dynamik war aber eine durchaus - - Oder sagen wir andersherum: Das Brett, das Sie bohren mussten, war offensichtlich ein sehr dickes, weil Sie haben - und das ist dann immerhin nur knapp sieben Wochen später - eine Weisung aus Berlin bekommen - es geht um MAT A BMVg-5.163, Blatt 257 bis 259 -, dass Sie in einer IS-OPS-Sitzung, NATO International Staff Operations, die Folgen eines nicht haltbaren militärischen Abzuges, den Sie ja aus Ihrer Sicht als solchen bezeichnet haben, anmahnen sollten.

Dort heißt es im Wortlaut:

Für eine geordnete Rückverlegung  
und Auflösung des TAAC N

- den Begriff haben Sie vorhin erläutert -

werden 6 Monate benötigt. Im Falle einer ungeordneten ad-hoc Rückverlegung bestünde durch ungewollte Hinterlassenschaften Gefahr für Leib und Leben, das Risiko von Umweltschäden und damit von negativen Bildern. Das Ansehen von DEU und der NATO könnten Schaden nehmen. Zudem innenpolitische Problematik für weitere Stabilisierungseinsätze. Flexibilität kann nur durch eine politische Entscheidung zur Verschiebung des Abzugstermins

29. April 2021 oder der politischen Inkaufnahme negativer Außenwirkung infolge einer ungeordneten ad-hoc-Rückverlegung gewonnen werden.

Können Sie uns erklären, wie diese Abmahnung, falls sie tatsächlich in diesen Gesprächen ausgesprochen wurde - - welche Rückmeldung es da gab und ob sie von den Amerikanern tatsächlich aufgenommen wurde?

**Zeuge O** **S**: Vielen Dank. Ich wäre dankbar für Vorlage des Dokuments.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Das gibt mir Gelegenheit, mich bei unseren Läuferinnen und Läufern zu bedanken, die heute fleißig im Einsatz sind.

**Zeuge O** **S**: Vielen Dank für die Vorlage des Dokuments. - Wie ich sehen kann, habe ich diesen Punkt gemacht, wie eben entsprechend auch angewiesen.

Hier - ich zitiere aus dem Bericht - steht: Ich verwies auf „einschlägige Zeitlinien einer geordneten Rückverlegung“, „betonte Risiken und Kosten“. Das ist das, worauf ich mich hiermit bezogen habe.

Wie aus dem Bericht hervorgeht, haben die USA sich entsprechend so dazu eingelassen, wie ich das hier auch dargestellt habe. An den genauen Wortlaut kann ich mich leider nicht mehr erinnern, weil diese Sitzung jetzt auch schon einige Jahre her ist.

Was ich aus den Ausführungen dieses Berichts herleiten kann, ist, dass insbesondere zwei Punkte gemacht wurden seitens der USA, die sich darauf zu beziehen scheinen. Das eine ist der Verweis, dass es eben darum gehe, ein Maximum an Flexibilität zu erhalten, und der Hinweis, dass der im US-Taliban-Abkommen festgelegte Prozess „aspirational“ sei. Das war sozu-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen der Hinweis der USA darauf, dass sozusagen aus dortiger Sicht schon eine gewisse Querverbindung bestand zwischen der Umsetzung der Punkte im Taliban- - die, wie gesagt, im Text leider sehr, sehr schwammig formuliert waren, so dass eigentlich das sehr schwierig war, zu entscheiden, wann ein bestimmter Punkt umgesetzt war, und diesen Zeitlinien, die darin festgelegt waren.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Das nächste Dokument, auf das ich mich beziehen möchte, hat die Nummer MAT A AA-8.285, Blatt 143 bis 145. Es geht bei diesem Dokument, auf das Bezug genommen wird, nicht um ein Dokument aus Ihrem Haus, sondern aus dem BMI. Und zwar bitten Sie um die Rückmeldung zu einem „Entwurf des Pol/Mil-Ratschlages zum D+135 Tage Assessment“, Klammer auf: BMI-Initiative, der informell in bestimmten Kreisen zirkuliert sei.

Können Sie uns bitte erklären, was hier Inhalt der Initiative des Bundesministers des Innern gewesen ist und was hierdurch erreicht werden sollte und um was es in dieser Initiative geht? Hängt das auch mit den Abzugsplänen zusammen?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Ich wäre wiederum dankbar für Vorlage des Dokuments.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich muss mich korrigieren, Herr Zeuge: nicht aus dem BMI, sondern tatsächlich aus Ihrem Hause, vom Herrn Bundesminister. Das I ist wahrscheinlich meiner Schwäche geschuldet.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Dürfte ich bitte noch mal fragen, auf welcher Seite die Textstelle sich befindet, auf die Sie sich beziehen?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die Textstelle ist auf Seite 143 bis 145.

(Thomas Röwekamp  
(CDU/CSU): Das ist eine  
längere Textstelle!)

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Nur um sicherzugehen: Mir liegen vor die Seiten 149 bis 153. - Verzeihung, ich glaube, ich habe mich auf falsche Zahlen bezogen. Hier sind noch weitere: 141 bis 145 liegen mir vor.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Es ist der Übergang zwischen den Seiten 143 und 144.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Vielen Dank für den Hinweis.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt kennen wir die richtige Seite, und jetzt können wir antworten.

(Jörg Nürnberger (SPD):  
Ganz oben auf der Seite!)

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Sorry, es geht um die Seite 143 oben, ja?

(Ein Mitarbeiter der SPD-  
Fraktion begibt sich zum  
Zeugen und weist ihn auf  
eine bestimmte Stelle in  
den Unterlagen hin)

- Vielen Dank. Ich habe die Textstelle gefunden. Bitte um Nachsicht für die etwas längere Suche.

Die BM-Initiative, auf die ich mich hier bezogen habe, war der Vorschlag oder die Forderung des Bundesministers Maas zu Beginn - - oder in dem ersten Außenministertreffen nach Veröffentlichung des Doha-Abkommens vom - ich glaube, Anfang April hat das stattgefunden, im Jahr 2020 - - dass man eben nach einer ersten - - nach dieser ersten Reduzierung innerhalb der 135 Tage keinen Automatismus bei weiteren Truppenreduzierungen hinnehmen sollte, sondern dass man eben ab diesem Zeitpunkt noch einmal die Lage gemeinsam bewerten müsse, schauen müsse, inwiefern sich eben der politische Prozess und die für uns wesentlichen Aspekte dieses Doha-Abkommens entwickelt haben, und dann erst auf dieser Grundlage weitere Truppenreduzierungen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gemeinsam entscheiden sollte. Das war die hier referenzierte BM-Initiative einer gemeinsamen Lagebewertung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Ich möchte zum Abschluss dieser Fragerunde noch einen letzten Zeitpunkt nennen. Das ist der 8. September. Auch da haben Sie wieder ein Weisungsdokument erstellt: MAT A AA-8.285, Blatt 169 bis 173. Sie brauchen es sich nicht vorlegen lassen, weil der Inhalt ist ungefähr ähnlich. Auch da wurde von Ihnen wieder entworfen, dass sich Deutschland weiterhin dafür einsetzen soll, dass eben diese Konditionalisierung vorgenommen wird.

Darf ich Sie fragen, ob dieses Dokument erfolgreich war? Der NATO-Rat am 8. September: Wurde darauf Rücksicht genommen, auf unsere Initiative, oder wurde sie von den USA so nicht akzeptiert?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Dazu müsste ich mir den Bericht für diese NATO-Sitzung noch einmal anschauen. Aber was wir - - Unsere Initiative hatte insofern einen Effekt, als dass, wie ich auch vorhin im Zuge der Beantwortung einer anderen Frage bereits dargestellt hatte, wir im Rahmen des NATO-Rates eine Reihe von Fürsprechern hatten, die eben mit uns gemeinsam den Wunsch sehr deutlich vorgetragen haben, dass wir die weiteren Schritte in dieser Richtung und in dieser Form halt vornehmen wollten.

Das hat allerdings am Ende nicht dazu geführt, dass wir bei den USA die Lesart des Abkommens in der Form, in der sie bis zu diesem Zeitpunkt stattfand, nämlich mit einem sehr deutlichen Bezug auf den Text selbst, ändern konnten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Sie haben es jetzt geschildert, und zwar sehr eindrücklich - und das war auch der Zweck meiner Befragung -, dass Sie immer wieder, Monat für Monat, jeden Monat, versucht haben, in allen Gremien der NATO tatsächlich Einfluss darauf zu nehmen, dass die deutsche Position gehört wird. Der Erfolg war in Teilen zumindest eine Kommunikation, aber offensichtlich nicht das Ergebnis.

Dann kam am 7. Oktober 2020 ein bestimmter Tweet eines hochgestellten US-Repräsentanten, des Präsidenten Trump, der ankündigte, dass bis Weihnachten alle Truppen, US-Truppen aus Afghanistan abgezogen werden. Sie haben dazu einen Vermerk verfertigt an Herrn K [REDACTED] aus dem Referat 201; MAT A AA-8.285, Blatt 104.

Können Sie beschreiben, was dieser Tweet von Herrn Trump in der NATO ausgelöst hat, wie die NATO darauf reagiert hat?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Ich wäre dankbar für Vorlage des Dokuments.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**LR I Andreas Gloßner (AA):** Herr Vorsitzender, wenn Sie gestatten, wenn ich einfach die Zeit, während der Zeuge liest, kurz nutze: Also, auch da - wurde ja vorhin auch schon kurz herangezogen, das Dokument - wird aus einem vertraulichen Gespräch berichtet, wo auch der Counterpart auf US-Seite Vertraulichkeit voraussetzt. Daher würde ich da meine Anmerkung mit Blick auf die potenziellen Zitate wiederholen, dass wir da in eine nichtöffentliche Sitzung gehen müssen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, jetzt muss ich doch mal sagen: Hier ist gar nicht aus dem Dokument vorgetragen worden. Und eine Frage wie „Was hat das ausgelöst, der Tweet des amerikanischen Präsidenten bei den Verhandlungen der NATO?“ - mit Verlaub, das kann wirklich beantwortet werden, ohne dass da irgendwas verletzt wird. Also, bei aller Liebe und bei aller Rücksicht, das ist schon ein Sachverhalt, der hat nichts zu tun mit einem Aktenvorhalt aus persönlichen Gesprächen. - Herr Gloßner, bitte schön.

**LR I Andreas Gloßner (AA):** Herr Stegner, vielen Dank. - Also: Genau, so war das auch nicht gemeint, sondern ich wollte eben vermeiden, dass ich dann, falls draus zitiert wird, abrupt irgendwie reinspringen muss. Natürlich: Also, diese Frage - - Es war nicht auf diese Frage bezogen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist in Ordnung. Der Kollege Nürnberger ist ein außerordentlich besonnener Kollege, der das sicherlich berücksichtigt. - Ich wäre dankbar, wenn jetzt die Frage beantwortet werden könnte, die gestellt wurde.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Zumal ich einige Schwierigkeiten habe, einen Tweet als geheimes Dokument zu sehen, weil die Funktion von Tweets ist offensichtlich das genaue Gegenteil.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das kommt erschwerend hinzu.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Vielen Dank. Vielen Dank auch für die Vorlage des Dokumentes. - In der Tat hat der Inhalt des hier übermittelten Tweets durchaus für größere Sorgen und Irritationen gesorgt, weil ja hier insinuiert wurde mit diesem Tweet, dass ein vollständiger Abzug gegebenenfalls schon weit vor den ursprünglich im Doha-Abkommen vollzogenen Linien sogar stattfinden könnte.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann würde ich gern noch eine Frage in unserer Redezeit stellen wollen. - Wenn man das alles betrachtet, was Sie jetzt beantwortet haben, nämlich eigentlich diplomatische Sisyphosarbeit, immer wieder den eigenen Standpunkt betonend, letztlich, undiplomatisch ausgedrückt, eher erfolglos: Hat sich denn die Haltung, ohne dass Sie aus Gesprächen zitieren müssen, bei den NATO-Partnern, mit denen Sie gesprochen haben, ähnlich entwickelt, dass die auch immer wieder nur das Gleiche vortragen haben? Oder hat das angefangen sich zu verändern, die Wahrnehmung aufgrund der erkennbaren Erfolglosigkeit des Wiederholens dieser Position?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Nur um sicherzugehen, dass ich Ihre Frage richtig verstanden habe: Sie nehmen Bezug auf die Haltung der übrigen NATO-Partner, auf den Wunsch, von einem kalenderbasierten Ansatz zu einem konditionsbasierten Ansatz zu kommen, ob das sozusagen

dann im Laufe der Zeit nachgelassen hat angesichts der Widerstände.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Nein, also nicht nach unserem - - nicht nach meiner Erinnerung. Wir haben, wie gesagt, durchgehend eigentlich immer auch da sehr eng und vertrauensvoll mit den Alliierten zusammengearbeitet, die das so gesehen haben wie wir, und uns eigentlich konsequent dafür eingesetzt, dass wir diesen Standpunkt weiter vertreten, auch wenn wir damit natürlich die entsprechenden Widerstände wahrgenommen haben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann ist das Rede-recht erschöpft und geht über zur Union. Der Kollege Röwekamp hat das Wort.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Herr S [REDACTED], ich würde Ihnen gern vorhalten - und lasse es Ihnen auch gleich vorlegen - MAT A AA-4.23, Blatt 24 und 25. Dabei handelt es sich um eine Mail, die Sie am 3. August 2020 geschrieben haben. Und da merken Sie anlässlich des bevorstehenden Botschafterwechsels an, dass laut BMVg für einen „geordneten Rückzug 6 Monate veranschlagt“ werden müssen. Ein schneller Abzug wäre - Zitat - „mit politischen Kosten verbunden“; Zitat Ende.

Was meinen Sie mit diesen politischen Kosten? Oder was haben Sie mit diesen politischen Kosten gemeint?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Vielen Dank für die Vorlage des Dokuments, das ich in der Tat sonst auch erbeten hätte. - Die politischen Kosten, auf die ich mich hier bezogen habe, waren Kosten im Sinne der - - Also, das Szenario, das hierbei sozusagen für mich ausschlaggebend war, war das eines überhasteten, zu schnell durchgeführten Abzuges, der eben nicht in einer geordneten Art und Weise vollzogen worden wäre. Die politi-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schen Kosten, auf die ich mich damit hier bezogen habe, waren die, dass eben auf diese Art und Weise ein - - dass man auf diese Art und Weise, durch die Nichteinhaltung eines geordneten Abzuges, eben ein so unstabiles Umfeld hinterlassen hätte, dass es dadurch eben zu entsprechenden chaotischen Zuständen hätte kommen können, die die Glaubwürdigkeit, das Ansehen der internationalen Präsenz entsprechend politisch angegriffen hätten.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nur noch mal nachgefragt, damit ich das richtig verstehe: Also, Sie meinen, es hätte zu Zuständen geführt - in Afghanistan, das meinen Sie -, die den ganzen Einsatz oder die Akzeptanz des Einsatzes in irgendeiner Weise politisch infrage gestellt hätten. Habe ich das richtig verstanden, oder?

**Zeuge O ■■■ S ■■■■**: Nicht so sehr die politische Akzeptanz des Einsatzes, sondern vielmehr - - Also, worauf ich mich hier bezogen habe, war das Szenario, was ja eben auch in der Vorfrage mal kurz im Raum stand, dass gegebenenfalls ein Abzugsdruck vielleicht entstehen könnte, der deutlich kürzer wäre als die dafür eigentlich vorgesehenen Zeitlinien, die eben dann zu einer Art und Weise des Abzuges geführt hätten, die den - - sozusagen die - - also keine geordnete Übergabe der Verantwortung oder der entsprechenden Aufgabenverteilung, die bis zu diesem Zeitpunkt eben durch die Präsenz vor Ort wahrgenommen worden wäre, ermöglicht hätten. Und das hätte halt eben entsprechend aus meiner Sicht damals politische Kosten mit sich gebracht, weil das natürlich die Allianz als Ganzes in dieser Frage angreifbar gemacht hätte.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Zu der Mail habe ich noch eine anschließende Frage. Kurz darunter steht, mit einem Pfeil markiert - Zitat -: „Thema hat Aufmerksamkeit der Leitung (BM-Initiative, s. u.)“. Das ist dann leider geschwärzt. - Meine Frage jetzt: Woher wissen Sie, was die Aufmerksamkeit der Leitung hat? Und ist hier mit „BM-Initiative“ die Initiative von Außenminister Maas gemeint?

**Zeuge O ■■■ S ■■■■**: Ja. Um den zweiten Teil Ihrer Frage als Erstes zu beantworten: Damit ist

exakt diese Initiative gemeint. Die Informationslage, auf die ich diese Aussage basiert habe, war in der Tat der - - also war einfach der Umstand, dass in sämtlichen Kontakten zur Umsetzung dieser Initiative wir regelmäßig auch vonseiten des Auswärtigen Amtes, der Zentrale, unserem weisungsgebenden Referat halt genau diese Informationen erhalten haben und das Thema auch einfach so hoch aufgehängt war, dass regelmäßig die Hausleitung bei uns sich auch darüber hat informieren lassen, wie es mit Blick auf die Umsetzung dieser Initiative aussieht und welche Fortschritte oder Schwierigkeiten wir halt im Rahmen der NATO vorgefunden haben, um diese Initiative dann auch in irgendeiner Form in einen Prozess umzusetzen im Rahmen der NATO.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich habe Sie so verstanden, dass Sie sagen, „Aufmerksamkeit der Leitung“ haben Sie daraus geschlossen, dass regelmäßig von Ihnen zu dieser Initiative Berichte angefordert wurden. Kann man das so zusammenfassen?

**Zeuge O ■■■ S ■■■■**: Ja, zum einen das, zum anderen aber auch, indem zum Beispiel in den verschiedenen Telefongesprächen mit meinem weisungsgebenden Referat mir das auch immer wieder so mitgeteilt wurde, dass ich auch teilweise bei Mailwechseln zu dieser Initiative einfach auch natürlich gesehen habe, dass entsprechend Personen aus der Hausleitung involviert waren, mit entsprechenden - - also, informationshalber wie auch dann teilweise mit entsprechenden Anmerkungen inhaltlicher Natur.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Haben Sie in dem hier maßgeblichen Zeitraum, also vom Abschluss des Doha-Abkommens bis zu Ihrem Ausscheiden aus dieser Funktion, jemals persönlich teilgenommen an einem Briefing oder einer Unterrichtung des Bundesaußenministers?

**Zeuge O ■■■ S ■■■■**: Nein, das habe ich nicht.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Wie muss ich mir die Vorbereitung auf die NATO-Außenministertreffen vorstellen? Also, ich habe gesehen, dass am 23. März 2021 beispielsweise der Außenminister nach Brüssel gereist ist zum



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Außenministertreffen der NATO und unter anderem auch den NATO-Generalsekretär, Herrn Stoltenberg, getroffen hat. Wird ein solches Treffen auch von Ihnen inhaltlich vorbereitet?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Bevor ich auf diese Antwort eingehe, noch mal kurz eine Rückfrage, nur um ganz sauber auch zu antworten auf Ihre vorhergegangene Frage mit Blick auf die Unterrichtung des Ministers: Wo wir natürlich schon - - Oder: Wo ich natürlich schon dran teilgenommen habe, war zum Beispiel im Rahmen eines solchen Außenministertreffens, wenn ich protokolliert habe, zum Beispiel eine Sitzung, bei der unser Außenminister eben auch dann teilgenommen hat, zu Resolute Support, wo dann im großen Gesamtkreis der NATO sämtliche Alliierte unterrichtet wurden zu den jüngsten Entwicklungen, bei denen dann zum Beispiel eben der Generalsekretär oder der Oberkommandierende der Resolute-Support-Mission berichtet hat.

Wenn Sie das auch als ein Briefing des Ministers verstehen, dann müsste ich meine Antwort auf diese Frage noch mal konkretisieren bzw. abändern. Ich entnehme aber Ihrer Reaktion, dass Sie vermutlich ein Briefing im kleineren Kreis gemeint haben, weswegen meine Antwort - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Keine zufällige Anwesenheit im gleichen Raum, -

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Genau, richtig, ja.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - sondern ein vorbereitetes Treffen, -

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Dann in der Tat ist die Antwort, die ich gegeben habe - -

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** - Strategiegespräche, oder wie auch immer man das nennen will.

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Genau, bleibe ich bei der Antwort, die ich darauf gegeben habe. - Jetzt noch mal bitte ganz kurz die zweite Frage.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Die zweite Frage war jetzt: Vorbereitung von Außenministertreffen der NATO und Treffen mit NATO-Generalsekretär, zum Beispiel im März 2021. Inwieweit wurden Sie in die Vorbereitung, inhaltliche Vorbereitung solcher Treffen eingebunden? Was haben Sie dazu beigetragen?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Wir haben im Vorfeld zu diesen Treffen natürlich beigetragen, indem wir zum derzeitigen Stand der Diskussion zum Untersuchungsgegenstand in der Allianz berichtet haben, aus den verschiedenen Komiteesitzungen, aus den NATO-Räten, die einem solchen Außenministertreffen vorgeschaltet sind, die diese ja auch inhaltlich vorbereiten und vorstrukturieren. Ja, das war im Prinzip der Umfang, bei dem ich in erster Linie involviert war bei der Vorbereitung dieser Außenministertreffen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Noch einmal nachgefragt: Also, eine anlassbezogene, auf den konkreten Besuch bezogene Vorbereitung hat es unter Ihrer Mitwirkung zumindest - - Also, Sie haben an einer solchen Vorbereitung nicht mitgewirkt, sondern Sie haben sich eben bezogen auf laufende Unterrichtungen. Oder hat es anlassbezogene Vorbereitung - - So kenne ich das, dass - - Wenn ein Minister kommt und einen Besuch macht, dann kriegt er eine Vorbereitung für den Termin, und zwar bezogen auf den Termin, hier: Treffen mit dem Generalsekretär, hier: Treffen mit den Außenministern. Eine solche anlassbezogene Vorbereitung haben Sie nicht gefertigt.

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Bei der Erstellung dieser Gesprächsunterlagen für solche Gespräche auf Ministerebene im Rahmen der NATO war ich nicht involviert. Nein.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Umgekehrt gefragt: Sie haben ja fortlaufend berichtet und meinen auch ausweislich dieser Mail, dass das Thema die Aufmerksamkeit der Leitung hat; das ist Ihnen transportiert worden. Ist Ihnen zu irgendeinem Zeitpunkt eine inhaltliche Vorstellung des Außenministers, eine Erwartungshaltung im Hinblick auf beispielsweise das Treffen der Außenminister mitgeteilt worden? Also,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gab es ein politisches Briefing durch die Politische Abteilung oder im Auftrag des Ministers?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Ich habe vor den Sitzungen des Außenministertreffens zur Kenntnis erhalten die Linie, auf der sich der Außenminister zu diesem Thema einzulassen gedachte. Das war sozusagen der eine Anhaltspunkt. Darüber hinaus, konkret auf die Sitzungen, eigentlich nur, falls im Umfeld aus der Zentrale entsprechende Informationen meinem weisungsgebenden Referat vorlagen, die in irgendeiner Form dann eben die Begleitung der Sitzung und der Berichterstattung für mich auch entsprechend erleichtert hatten.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Okay, vielen Dank. - Dann würde ich Ihnen gerne noch mal vorlegen, was Sie schon mal hatten, aber woraus ich noch mal eben was herleiten wollte, nämlich dieses MAT A AA-8.285, Blatt 5. Das ist noch mal diese Mail vom 5. März 2020, die Sie an das Referat 201 schicken, wo es um die Irritationen und Klärungsbedarf zum Inhalt des Doha-Abkommens geht. Haben Sie es schon vorliegen?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Ja, habe ich vorliegen. Vielen Dank.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Okay. - Da schreiben Sie in dem ersten Punkt - - Das ist das - - nicht der erste Punkt, sondern:

US-Kollege verwundert, dass wir von konkreten Zusagen einer Nullreduzierung auch für die Allianz überrascht worden seien.

Dann heißt es wörtlich weiter:

Eindruck war, dass dies über separate Gespräche auf nicht-NATO Kanälen hätte klar werden können.

Dahinter ist in Klammern eine Anmerkung. Da steht „Verf.“; ich vermute, das soll „Verfasser“ heißen und meint Sie.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Korrekt.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: „nicht nach Kenntnis Verf.“. Können Sie das noch mal kurz erläutern, was dieser Hinweis soll?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Mit diesem Hinweis habe ich mich darauf bezogen, dass die Information, die hier mir übermittelt worden war, nämlich dass Inhalte in separaten Gesprächen zu diesem zentralen Punkt auf anderen Kanälen kommuniziert wurden, mir zumindest nicht vorlagen, Informationen dazu, dass das der Fall gewesen sei bzw. welche Informationen hier entsprechend kommuniziert worden wären.

Das war einfach nur der Hinweis in diesem Zusammenhang an das weisungsgebende Referat, dass diese Aussage für mich neu war und überraschend.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Das heißt, Sie selber hatten keine Kenntnis über - Zitat - „separate Gespräche auf nicht-NATO Kanälen“. Ist das richtig?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Doch. Grundsätzlich waren wir im Rahmen der Berichterstattung unserer Auslandsvertretungen und anderen Gesprächspartner im Referat AP 05 und anderen Akteuren, die halt in diesem Zeitraum mit der US-Seite zu tun hatten, immer wieder über Gesprächsinhalte informiert worden. Ich habe mich mit der Anmerkung hier auf diesen spezifischen Punkt bezogen, zu dem ich hier Stellung genommen habe.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU)**: Haben Sie versucht, diese Frage, woher diese vermeintliche Vorabinformation oder wie man das auch immer nennen will - - woher die eigentlich stammen kann? Oder haben Sie von Ihrem weisungsgebenden Referat noch eine Antwort darauf bekommen, ob es jemals - - Also, können Sie es verifizieren, dass es solche Nicht-NATO-Informationen gegeben habe?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Das kann ich nicht verifizieren. Das wurde mir zumindest so nicht bestätigt, dass zu diesem Punkt bereits auf irgendeiner anderen Schiene kommuniziert wurde. Dazu habe ich keine Rückmeldungen mehr erhalten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Haben Sie diesbezüglich selbst noch Nachforschungen angestellt?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Die Ausschrift dieses - - Beziehungsweise die Berichterstattung zu diesem Gespräch war für mich sozusagen der Hinweis darauf, dass ich hierzu einen Klärungsbedarf hatte, und diese Frage wurde mir entsprechend nicht mehr beantwortet. Dementsprechend bin ich davon ausgegangen, dass es hierzu auch keine weiterführenden Erkenntnisse gab, die man mir mitteilen würde oder wollte oder konnte, besser gesagt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Entschuldigen Sie, dass ich da noch mal ein bisschen, für mich einfach gedacht, nachforsche. Also, Sie erfahren aus einem Gespräch, dass jemand überrascht ist über die Überraschung und sagt: Das ist doch auf Nicht-NATO-Kanälen schon kommuniziert worden. - So sinngemäß. Und Sie wussten nichts davon, in so einer entscheidenden Frage. Das treibt einen doch um. Also, warum haben Sie das nicht zum Anlass genommen, noch mal nachzufragen: „Was sind das für Informationen, und wo sind die gegeben worden?“?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Doch, diese Frage ist gestellt worden, zum einen mit der Anmerkung hier verankert in diesem Text und eben dann auch danach. Aber ich habe eben nie eine Antwort darauf erhalten. Dementsprechend gehe ich davon aus, dass das nicht so erfolgt ist, sondern dass es sich hierbei um eine Information gehandelt haben muss, die vielleicht auch einfach eine Fehlinformation war aufseiten meines Gesprächspartners.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Haben Sie das in dem Gespräch mit dem Gesprächspartner danach noch mal zum Thema gemacht?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Daran kann ich mich jetzt nicht erinnern. Das weiß ich nicht mehr.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Nur zum Verständnis: Mit diesen Nicht-NATO-Kanälen, nach Ihrer Wertung, kann damit auch die deutsche Botschaft in Washington gemeint gewesen sein?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Da müsste ich jetzt spekulieren. Das ist mit Sicherheit einer der Nicht-NATO-Kanäle, mit denen wir natürlich mit den USA in Verbindung stehen, aber nur einer unter vielen.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Haben Sie von der deutschen Botschaft in Washington in Bezug auf diesen Umstand, also Abzugsplanungen der Amerikaner im Zusammenhang mit dem Doha-Abkommen, zu irgendeiner Zeit eine Unterrichtung oder eine Information bekommen?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Also, über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg haben wir immer wieder mal Berichte bekommen aus Washington zu Gesprächsinhalten oder zu entsprechenden Austauschen, die sich auch mit der Umsetzung des US-Taliban-Abkommens in dem einen oder anderen Aspekt befasst haben. Welche die jetzt - - Welche das jetzt im konkreten Fall zu welchem Zeitpunkt waren, das kann ich leider nicht mehr genau rekonstruieren. Dafür bräuchte ich die entsprechende Vorlage der Berichte.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. Ich würde dann weitergeben an den Kollegen Zippelius.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Danke schön. - Herr S [REDACTED], ich halte Ihnen vor MAT A AA-8.285, Blatt 84; das können wir, glaube ich, auch gerne Ihnen zur Verfügung stellen. Darin ist eine Mail von Ihnen, in der darüber gesprochen wird, dass der US-Wahlzyklus die Situation verkompliziert. Und Sie schreiben:

M. habe Eindruck, dass verschiedene Alliierte aktuell eine „hedging strategy“ verfolgten ...

Können Sie die „hedging strategy“ noch mal genauer erklären?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Wenn ich das Dokument noch nicht vorliegen haben sollte, wäre ich dankbar, falls Sie mir das vorlegen könnten.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Wir liefern es Ihnen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge O** ■■■■ **S** ■■■■: Vielen Dank. - Ich habe die Stelle gefunden. Sekunde, bitte.

(Der Zeuge liest weiter in  
den ihm vorgelegten  
Unterlagen)

Wie ich hier geschrieben habe, scheint sich Herr M. darauf bezogen zu haben, dass eben verschiedene Alliierte die Erwartung hatten, dass unter einer eventuellen Nachfolgeadministration Biden die US-Position zu Afghanistan entsprechend ändern könnte und vor diesem Hintergrund dann eben diese hier referenzierte „hedging strategy“ verfolgt. Mit „hedging strategy“, vermute ich, hat Herr M. sich darauf bezogen, dass wir halt eben entsprechend, so wie wir das ja auch versucht haben umzusetzen - - eine Verbindung der Abzugsschritte mit entsprechenden Fortschritten im politischen Prozess zu verknüpfen, um halt eben am Ende gemeinsam darüber entscheiden zu können im Lichte der entsprechenden Lageentwicklung, welche Anpassungen in welcher Geschwindigkeit zu welchem Zeitpunkt vorgenommen werden sollten.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Okay. - In der gleichen Mail, direkt darunter, steht dann:

Berlin müsse aber klar sein, dass US-Abzugsdynamik letztlich nicht mehr zu ändern sei ... Zumindest im NATO-Rahmen sei es hierfür zu spät.

In welchem anderen Rahmen wäre es denn dafür nicht zu spät?

**Zeuge O** ■■■■ **S** ■■■■: Nun, die hier wiedergegebene Einschätzung ist die von Herrn M.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge O** ■■■■ **S** ■■■■: Die habe ich zu dem damaligen Zeitpunkt und haben wir auch zu dem damaligen Zeitpunkt nicht geteilt. Das hat er so

uns entsprechend wiedergegeben. Dementsprechend haben wir das auch faktisch so berichtet, über den Inhalt. Das war letztlich der Hintergrund der hier aufgeführten Aussage in diesem Bericht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Ich fürchte, Herr Zippelius, die Zeit ist vorbei.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Alles klar. Danke Ihnen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Und wir wechseln wieder zu Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Kollege Wagener.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Und jetzt habe ich mir auch gerade wieder einen Durchblick verschafft, sodass genau der richtige Zeitpunkt dafür ist, hier weiterzumachen.

Ich würde gerne noch mal ansetzen an dem Bericht, also dem DKOR, über die Sitzung vom 25.03.2020 - das haben Sie auch noch vorliegen -, wo Sie berichtet hatten, dass über die - - also, wenn es darum geht, dass man den Schritt „alles über A ‚light‘ hinaus“ von Bedingungen abhängig machen will, dass über die und deren Erfüllung politisch zu entscheiden ist. - Was meinten Sie mit „politisch entscheiden“ an der Stelle? Also, an welcher Stelle? Und wer hätte politisch entscheiden müssen?

**Zeuge O** ■■■■ **S** ■■■■: Mit politischen Entscheidungen im NATO-Rat wird immer - - oder im NATO-Kontext ist immer gemeint der NATO-Rat in entsprechender Konfiguration, entweder der Botschafter oder der Minister oder dann eben auch in letzter Konsequenz eines NATO-Gipfels. Aber die politische Entscheidung bedeutet in diesem Zusammenhang eben die Entscheidung der politischen Ebene der NATO im Rahmen des NATO-Rates.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Vielen Dank. - Jetzt haben wir schon ein paarmal über Abstimmungsprozesse gesprochen und dass irgendwie auch gemeinsam Schritte abgestimmt werden sollten. Und das lief offenbar



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht so gut. Und ich würde gern auf einen weiteren Schlüsselmoment eingehen, in dem das Ganze mit den US-Alleingängen weitergeht.

Das US-Taliban-Abkommen ist ja schon alleine von den USA ausgehandelt worden, ohne NATO-Partner. Jetzt haben wir im Herbst 2020 ein weiteres Vorgehen. Auf dem virtuellen Herbsttreffen der NATO-Verteidigungsminister/-innen am 22. und 23. Oktober 20 hat Verteidigungsminister Esper damals bestätigt, dass man die Alliierten hinsichtlich weiterer konditionsbasierter Truppenreduzierungen konsultieren würde. Weniger als einen Monat später, am 17. November 20, hat allerdings der dann Acting US-Verteidigungsminister Miller eine weitere Truppenreduzierung von 8 600 auf 2 500 zum 15.01.21 angekündigt, und das ohne vorherige Konsultation der Alliierten und ohne weitere substanzielle Fortschritte im innerafghanischen Verhandlungsprozess.

Bundeskanzlerin Merkel hat in der Folge eine Afghanistan-Besprechung angesetzt und dafür Sachstände im Auswärtigen Amt angefordert. Im Sachstand „NATO Mission Resolute Support“ wird die US-Ankündigung wie folgt bewertet - und da zitiere ich aus MAT A AA-8.285, Blatt 289 -:

USA handeln mit unilateraler Reduktionsankündigung erneut entgegen bisheriger Zusagen und NATO-Beschlusslage ...

[REDACTED]

[REDACTED]

**LR I Andreas Gloßer (AA):** Auch das ist ein Punkt, wo ich sagen würde, dass aus vertraulichen Gesprächen sozusagen zitiert wird, und ich einfach drum bitten würde, dass wir das in nicht-öffentlicher Sitzung tun. Auch da müssen sich natürlich die Gesprächspartner darauf verlassen können, dass das später nicht verwertet wird in der Öffentlichkeit.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ist das aus einem nichtöffentlichen - -

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das Dokument ist VS-NfD eingestuft. Das ist ja der Sachstand, der ganz normale Sachstand, der angefertigt wurde dafür. - Aber gut, dann zitiere ich nicht weiter daraus. Also, jedenfalls stellt sich irgendwie heraus, dass es da eine Zusage gab und die nicht eingehalten wurde. Das kann man ja zumindest schon mal so sagen.

Und dann gab es am 22. November 2020 von einem Ihrer Kollegen eine E-Mail mit abgestimmten Sprechpunkten für die Ansprache von Partnern der Resolute Support Mission, in der man darauf reagieren wollte. Und da wird der deutsche Frust über diese Alleingänge relativ deutlich.

Und ich würde da einzelne Sätze aus den Sprechpunkten zitieren, die vorgesehen sind. Die sind ja vorgesehen für ein Gespräch. Die sind ja noch nicht Ergebnis eines Gesprächs und zitieren auch keinen Gesprächspartner, sondern sind ausschließlich deutsche Haltung. Das ist MAT A AA-4.28, Blatt 12. Und vorgesehen ist da, wie folgt sich einzulassen:

- In our view, the **conditions for further troop reductions in Afghanistan have not yet been met** ...
- This decision by the US will likely deprive us in the short term of much-needed leverage in the Afghanistan peace process.
- But need to be realistic. Have to live with it and manage the situation proactively ...
- Need to avoid further unilateral decisions and count on your continued support which we value very much ...
- Further adjustments to the mission will be taken together. For NATO the conditions-based approach continues to apply.

Die Frage: Wenn man da sagt, die NATO hat weiter diesen „condition-based approach“, gab es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

den zu irgendeiner Zeit jemals als gemeinsamen Ansatz der NATO?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■ : Ja.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wann und in welcher Form und mit welchem gemeinsamen Verständnis von „condition-based“?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■ : Dazu würde ich mich gerne einmal kurz mit dem Beauftragten rückbesprechen, weil das eine Querverbindung aufweist zu Geheim eingestuft NATO-Dokumenten, die meines Wissens nicht freigegeben sind.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte schön.

(Der Zeuge berät sich mit  
LR I Andreas Gloßner (AA))

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■ : Vielen Dank für die Wartezeit. - Wie ich bereits ausgeführt habe, ja, gab es einen „conditions-based approach“. Mit Blick auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Doha-Abkommens muss man hier ein Stück weit differenzieren. Die Präsenz in Afghanistan im Rahmen der Resolute-Support-Mission basierte auf einem Operationsplan für diese Mission. Ich bitte um Verständnis, dass ich zu Details dieses Operationsplans hier im Rahmen dieser Sitzung keine Ausführungen machen kann.

Gleichwohl: Ich denke, auf einem angemessenen Abstraktionsniveau, um Ihre Frage zumindest beantworten zu können, ist es so, dass natürlich in diesem Operationsplan für die verschiedenen Phasen der Mission Ziele verankert waren, die man eben gesetzt hat, um die Mission im Rahmen einer bestimmten Phase dann eben entsprechend auch die - - den Erfolg der Mission oder die Umsetzung dieser Ziele dann auch nachprüfen zu können. Das sind letztlich Bedingungen gewesen, die im Kern im Rahmen des Operationsplans den „conditions-based approach“ schon allein in diesem Kontext vordefiniert hatten.

Mit Blick auf den Zeitpunkt nach der Veröffentlichung des US-Taliban-Abkommens haben sich natürlich die Vorzeichen für die weiteren Ent-

wicklungen in Afghanistan grundsätzlich verändert. Zu dem Zeitpunkt vor dem Abkommen war sozusagen der einzig vorhandene Ansatz im Raum der, dass man eben versucht hat, im Rahmen dieser militärischen Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte zu einem Standpunkt zu kommen, in dem diese auf sich allein gestellt in der Lage sind, halt für Sicherheit und Stabilität im eigenen Land zu sorgen. Dementsprechend war das dann der Referenzpunkt für diesen „conditions-based approach“.

Mit der Veröffentlichung des Abkommens und mit dem Abschluss des Doha-Abkommens gab es ja zum ersten Mal die theoretische Möglichkeit, eben nicht nur über diesen militärischen Pfad zu einer Befriedung des Landes oder zu einer Stabilisierung des Landes zu kommen, sondern eben auch über einen politischen Prozess. Dementsprechend war ab diesem Zeitpunkt in der Tat die Frage, welche Bedingungen, welche Konditionen im Rahmen dieses politischen Prozesses eben auch dazu führen könnten, dass das Ziel eines stabilen, eines befriedeten, eines nachhaltig nicht von militärischen Konflikten geprägten Afghanistans erreichbar ist. Und zu dieser Frage bestand eben Unklarheit mit Blick auf die Formulierungen des US-Doha-Abkommens, sodass wir genau vor diesem Hintergrund eben versucht haben, diese Kriterien in einer Form zu spezifizieren und zu operationalisieren, die es uns ermöglicht hätten, in einer verantwortungsvollen Art und Weise die Truppenpräsenz danach auszurichten.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das habe ich jetzt für den Teil vor dem Abkommen durchaus verstanden. Für danach habe ich noch nicht verstanden, ob das ein übereinstimmender Ansatz war, der da war. Ich habe es bislang so verstanden, dass im Grunde die Bedingungen, die die Amerikaner hatten, nicht so besonders detaillierte Bedingungen, sage ich mal, waren, die man auch relativ leicht hätte erfüllen können, ohne dass damit irgendwas erreicht worden wäre, und die Vorstellungen der Bundesregierung deutlich tiefergehender waren.

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■ : Die Bedingungen für die Amerikaner leiten sich in der Tat aus dem Doha-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Abkommen, aus dem Text des Doha-Abkommens, ab bzw. sind der Text des Doha-Abkommens. Die Vorstellungen, die wir dazu entwickeln oder entwickelt haben, haben das natürlich als Ausgangspunkt genommen, aber eben entsprechend versucht, so zu spezifizieren und zu operationalisieren, dass wir - ja, wie soll ich sagen? - aus diesen schwammig formulierten, unklaren Textabschnitten aus dem Abkommen, in die eben entsprechend ein gewisser Interpretationsspielraum natürlich möglich ist, ob diese jetzt erfüllt sind oder nicht erfüllt waren - - die halt nachvollziehbar so zu gestalten, dass man eben gemeinsam als Allianz sich darauf einigen konnte: Folgende Entwicklung bei der Gewaltreduzierung ist eben für uns eine Schwelle, die sozusagen so weit zufriedenstellend ist, dass man darauf aufbauend dann eine entsprechende Schlussfolgerung für die Präsenz vor Ort hätte durchführen können, oder eben ein entsprechender Fortschritt in den intraafghanischen Verhandlungen, eine Einigung zu bestimmten Themen hätten, also zu definieren, zu konsentieren, bei denen man eben auch im Allianzrahmen nachvollziehbar hätte sagen können: Hier ist jetzt tatsächlich ein Punkt erreicht, bei dem eben entsprechend ein Fortschritt auch zu verzeichnen ist, der nicht einer offenen Interpretation halt weiter ausgeliefert ist, bei der man halt eben am Ende zu unterschiedlichen Auslegungen kommen kann.

Und das war eben leider Gottes aus unserer Sicht mit Blick auf den Text des Doha-Abkommens so, dass man zu ganz zentralen Punkten, bei der Gewaltreduzierung, beim politischen Prozess, eben nicht klar definiert hatte, ab welchem Punkt eigentlich ein so substanzieller Fortschritt erreicht war, dass man darauf aufbauend dann eben entsprechend auch Schlussfolgerungen für die Präsenz hätte ziehen sollen.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Dann haben Sie gerade gesagt, Sie haben versucht, das zu konkretisieren und auf der Basis weiterzuarbeiten. Das ist das, was die Bundesregierung versucht hat. Gab es jemals einen Konsens zu einem nach dem US-Taliban-Abkommen liegenden Zeitpunkt darüber, wie diese nähere

Ausgestaltung sein sollte, also einen Konsens mit den Amerikanern?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Nein, das haben wir in letzter Konsequenz nicht erreichen können.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Und dann gerade noch die Frage zu dem Vorgang von eben, zu diesen Truppenreduzierungen, die dann unabgestimmt erfolgt sind: Können Sie uns sagen, wie Sie bzw. wie Deutschland darauf reagiert hat und wie andere NATO-Partner darauf reagiert haben? Gab es auch andere, die diese Entscheidung kritisiert haben? Wobei: Damit würde ich auch schon implizieren, dass Deutschland das getan hat. Also: Wie hat Deutschland reagiert, und wie haben andere reagiert?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Können Sie mir noch mal ganz kurz sagen, auf welchen Punkt Sie sich genau beziehen? Auf die - -

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Den Truppenabzug - ich muss gerade gucken, welches Datum das dann war -, wo ich gerade gesagt habe, wo die große Frustration drüber war. Das war die Ankündigung 17. November 20, die Truppenreduzierung zum 15.01.21 von 8 600 auf 2 500.

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Ja, wir haben unsere Frustration dazu zum Ausdruck gebracht und eine Reihe anderer Alliiertes auch.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Ich weiß nicht: Habe ich noch Zeit, oder bin ich schon durch? Ich weiß gerade gar nicht genau.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Jetzt ist die Zeit zu Ende.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, super. Dann freue ich mich auf die nächste Runde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Damit Sie wissen, dass die Welt sich auch außerhalb dieses Sitzungssaals weiterdreht und wo das Raunen drin



## Nur zur dienstlichen Verwendung

lag: Die britische Premierministerin ist zurückgetreten. Das war der Hinweis sozusagen.

Ansonsten bewegt sich der Bundestag immer noch in den von uns prognostizierten Bahnen, sodass die Abstimmung in etwa einer Stunde dort vorgesehen ist.

Das Fragerecht geht jetzt zu Herrn Keuter.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr S [REDACTED], Sie sandten am 19. Mai 2020 einen Entwurf für ein Non-Paper an Ihren Brüsseler Kollegen E [REDACTED]. Daraufhin entwickelte sich ein Mailwechsel zwischen Ihnen beiden. Sie schrieben in diesem Zusammenhang an E [REDACTED] folgende Worte - ich zitiere aus MAT A AA-4.27, Blatt 105 f. -:

RSM

- also NATO-Mission Resolute Support -

mit seinem TAA-Ansatz ist in  
AFG

- also Afghanistan -

ehrlicher Weise nicht der große  
*game-changer* mit Blick auf die  
Sicherheitslage. TLB

- also Taliban -

... v. a. ... Kampfeinsatz.

Zitat Ende. - Warum brachte in Ihren Augen Resolute Support keine signifikante Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Wenn ich erneut um Vorlage des Dokuments bitten dürfte.

**Stefan Keuter (AfD):** Kommt.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Danke schön. Vielen Dank. Das macht die Sache leichter.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

- Vielen Dank für die Vorlage. - In der Tat: In diesem Kontext muss man sich noch mal genau anschauen, auf was sich diese Aussage bezieht, nämlich auf die Sicherheitslage. Selbstverständlich hat die Resolute-Support-Mission, wie ja bereits dargelegt, den Auftrag gehabt, die afghanischen Sicherheitskräfte dahin gehend zu befähigen, dass diese eben selbst in der Lage wären, perspektivisch für Sicherheit und Stabilität im Land zu sorgen. Wie ich ja auch bereits ausgeführt hatte, war das in Teilen gelungen, mit Blick auf einige Teilstreitkräfte.

Mit Blick auf andere Teilstreitkräfte war aber eben zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung weiterhin noch sehr viel zu tun und eben dieses Ziel der Ausbildungsmission noch nicht erreicht. Dementsprechend habe ich in meiner Einschätzung hier den Effekt dieser Mission in einen direkten Bezug gestellt zu der ja auch gleichzeitig in Afghanistan präsenten Counterterrorism-Mission der USA. Das ist etwas, das in dem Kontext auch wichtig ist mitzudenken.

Die USA waren ja sozusagen zum einen beteiligt an der NATO-Mission RSM, zum anderen aber eben auch mit der eigenen Counterterrorism-Mission Operation Freedom's Sentinel in Afghanistan präsent. Und diese Mission hat sich in einem sehr zentralen Punkt unterschieden vom Auftrag der Mission Resolute Support, nämlich dass Operation Freedom's Sentinel durchaus kinetisch gewirkt hat, sprich: auch Kampfeinsätze geflogen ist und entsprechend einen solchen militärischen Druck auf die Taliban auch ausgeübt hat.

Dieser Druck war sehr deutlich und auch sehr - - hat einen sehr großen Effekt erzielt, was man unter anderem auch daher ableiten konnte, vor allem auch im Vergleich, dass mit Abschluss des Doha-Abkommens diese laufenden Militäreinsätze der USA gegen die Taliban ja eingestellt wurden. Die Ausbildungsmission oder der Ausbildungsauftrag von Resolute Support lief parallel dazu weiter und hat natürlich auch eben entsprechend neben den Bereichen, bei denen sie bereits Erfolge erzielt hat, sich eben auch weiter versucht in den Bereichen, sozusagen die ANDSF



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zu befähigen, in denen noch eben entsprechende Aufgaben umgesetzt werden mussten.

Gleichzeitig konnte man anhand der Sicherheitslage ablesen, dass in dieser neuen Konstellation, bei der der kinetische Druck durch die USA nicht mehr in der Form vor Ort stattfand wie vor dem Abkommen, die Taliban zunehmend Geländegewinne und Kontrolle über den Raum in Afghanistan gewinnen konnten. Das war der Kontext, aus dem ich diese Einschätzung her abgeleitet habe.

**Stefan Keuter (AfD):** Was haben Sie gemacht, damit diese Informationen bei Ihren Vorgesetzten ankommen bzw. um sicherzustellen, dass diese Informationen auch auf politischer Ebene in Berlin ankommen und vor allen Dingen auch, dass die Ergebnisse oder die gewünschten Ergebnisse von Resolute Support so noch nicht komplett umgesetzt waren? Oder gar nichts gemacht, weil Sie davon ausgegangen sind, dass dieses Common Sense ist, also allgemein bekannt ist in Berlin?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Es war Common Sense, ja, sowieso, also dass die Mission sozusagen weiterhin noch ihren Auftrag nicht abschließend erfüllt hatte. Dementsprechend war man ja eben auch noch in Phase A, in dieser Anfangsphase der Mission.

Darüber, dass eben entsprechende Aufgaben noch zur Erfüllung anstanden und der Missionsauftrag noch nicht komplett abgeschlossen war, wurde regelmäßig berichtet und auch in einer operativen Schlussfolgerung zur Fortsetzung der Mission festgehalten in den von mir bereits benannten periodischen Missionsüberprüfungen im Rahmen der NATO, bei denen wir ja auch eben mitgewirkt haben und denen wir ja auch eben zustimmen mussten auf politischer Ebene im NATO-Rat. Das waren Prozesse, bei denen über den gesamten Zeitraum der Verhandlungen dieser Produkte hinweg die Zentrale des Auswärtigen Amtes involviert war im Rahmen der Weisungsgebung und dementsprechend dann auch diese Einschätzung in der Konstellation halt dabei mit eingeflossen ist. Und diese Mail hier war

ja auch eine Mail an meinen direkten Vorgesetzten, dem ich damit dann eben entsprechend auch dazu meine Meinung noch mal in diesem Zusammenhang schriftlich kundgetan habe. Die war ihm aber auch ansonsten bekannt, weil wir uns regelmäßig vor Ort auch ausgetauscht haben in verschiedensten Gesprächen zu meiner Einschätzung.

**Stefan Keuter (AfD):** Haben Sie dazu mal ein Feedback bekommen? Und, wenn ja, welches?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Ja. Das Feedback, das ich dazu bekommen habe, ist, dass das nachvollzogen werden kann, diese Einschätzung. Ich meine, genau vor diesem Hintergrund haben wir uns ja eben auch eingesetzt für die Fortsetzung der Mission, solange wir eben nicht den Eindruck hatten, dass die Ziele einer Stabilisierung Afghanistans durch friedliche Mittel, durch eine politische Lösung, durch die im Doha-Abkommen grundsätzlich angelegten Prozesse erreicht werden konnten. Das war genau der Hintergrund dafür, dass wir eben halt dann auch die Fortsetzung der Mission für sinnvoll und notwendig erachtet haben.

**Stefan Keuter (AfD):** Vielen Dank. - Ich habe zwar noch eine halbe Minute, aber jetzt die nächste Frage aufzumachen, lohnt sich nicht. Wir machen in der nächsten Runde weiter.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann geht das Fragerecht zu dem Kollegen Müller von der FDP.

**Alexander Müller (FDP):** Vielen Dank. - Herr S [REDACTED], ich habe Sie eben so verstanden, als es drum ging - - um die Lageeinschätzung, die militärische Lageeinschätzung in Afghanistan, dass Sie dieses Szenario eines „Emirats 2.0“ nicht direkt, nicht generell geteilt haben, sondern nur bei einem militärischen Sieg der Taliban.

Wie war denn generell damals die Einschätzung der Lage oder der Entwicklung in der deutschen Botschaft bei der NATO? Wie hat man sich die Zukunft dort vorgestellt? Können Sie sich daran noch erinnern?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Die Lagebewertung an der deutschen Vertretung bei der NATO, die ja durch eine Reihe von Berichten und Einlassungen gespeist wurde, zum einen durch unsere Auslandsvertretung in Afghanistan, in Doha, aber auch durch verschiedene Berichterstattungen im NATO-Kontext, durch Briefings des Oberbefehlshabers der NATO-Mission, durch Berichterstattung des obersten zivilen Repräsentanten des Generalsekretärs, war leider die, dass die Taliban eben entgegen der Stoßrichtung dieses US-Doha-Abkommens, dem Geist dieses Abkommens eben nicht daran interessiert zu sein schienen, eine politische Lösung herbeizuführen, sondern eben genau diesen militärischen Druck kontinuierlich weiter nicht nur aufrechterhalten, sondern auch gesteigert haben, um eben auf militärische Art und Weise halt Fakten zu schaffen und die Kontrolle im Land zu übernehmen, eben genau mit der letzten Konsequenz, die ich ja auch gerade dargestellt hatte.

**Alexander Müller** (FDP): Das heißt, Sie sind davon ausgegangen: Wenn die Taliban militärisch erfolgreich sind, werden sie so ein „Emirat 2.0“, also wirklich einen Gottesstaat in ihrem Sinne, dort aufbauen, ohne groß Rücksicht auf demokratische Prozesse oder eine Einigung mit demokratischen Kräften hinzubekommen.

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Das „Emirat 2.0“ war ein Szenario unter mehreren. Natürlich hatten wir oder war es mein Eindruck, dass - - oder nicht „mein Eindruck“ - - Meine Hoffnung war es natürlich, dass der politische Prozess, der im US-Doha-Abkommen veranlagt war, natürlich schon in irgendeiner Form vielleicht dazu führen könnte, dass eben nicht eine militärische Machtübernahme und damit eine vollständige Umsetzung dieses Szenarios „Emirat 2.0“ erfolgen würde.

Allein, die Fakten in Afghanistan und die militärische Lage sprachen halt eine andere Sprache und haben deutlich gezeigt, dass die Taliban eben leider nicht daran interessiert waren, sich genuin mit dem Ziel einer politischen Befriedung, einer politischen Einigung mit der afghanischen Regierung einzulassen auf einen politi-

schen Prozess, der tatsächlich dann zu einer konsensuellen, anders gearteten Zukunft für Afghanistan geführt hätte.

Genau das ist ja auch der Grund, warum wir die Abzugsgeschwindigkeit immer wieder auch infrage gestellt haben, weil wir halt nicht gesehen haben, dass vor Ort tatsächlich eine Lage sich entwickelt, die uns zu diesem Endpunkt hinführt, sondern halt leider zu einer Situation, in der die Taliban militärisch die Kontrolle übernehmen könnten perspektivisch und man natürlich dann eben entsprechend auch damit rechnen musste, dass sie ihre Ziele so umsetzen würden, wie wir das jetzt momentan sehen.

**Alexander Müller** (FDP): Wenn Sie damit gerechnet haben, dass die Taliban versuchen werden, militärisch die Kontrolle zu übernehmen: Wie war denn damals Ihre Einschätzung, wie stark die militärische Stärke der Taliban ist, also wie lange es dauern würde in etwa? Hatten Sie darüber gesprochen miteinander? Gab es da Einschätzungen, wie lange so ein Prozess dauern würde, bis die Taliban die Macht komplett übernehmen?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Wir haben uns immer wieder dazu ausgetauscht, also intern, wie lange das dauern könnte. Letztlich war es für uns nach der damaligen Lage nicht so, dass wir konkrete Zeitlinien davon für uns intern ableiten konnten. Insofern kann ich Ihnen da jetzt keine konkrete Antwort darauf geben.

Der Ansatz war ja letztlich, genau das am Ende auch in irgendeiner Form verhindern zu können. Und insofern haben wir natürlich immer damit rechnen müssen, dass es dazu kommt. Aber die Intention unserer - - der Ausrichtung der NATO-Präsenz in Afghanistan war ja genau, das dann letztlich auch in irgendeiner Form verhindern zu können. Und dementsprechend kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, dass es konkrete Zeitlinien gab intern in der Diskussion, bei der jetzt irgendwie zum Beispiel gesagt wurde, dass innerhalb von soundso viel Monaten dieser Kipppunkt dann irgendwie erreicht wäre, sondern das waren eher grundsätzliche Überlegungen dazu, in welche Richtung sich die Lage entwickelt, aber ohne



## Nur zur dienstlichen Verwendung

diese ganz konkreten Zeitpunkte oder Zeithorizonte.

**Alexander Müller (FDP):** Sie haben ja eben schon eine Mail vorgelegt bekommen von sich von damals, in der diese 14-Monatsfrist thematisiert wurde, mit dem Abzug. Wie kamen Sie auf die 14 Monate? Können Sie sich noch erinnern, was so die Berechnungsgrundlage oder die Grundlage für die Annahme war? Und bezogen sich diese 14 Monate rein auf unsere Truppen, auf die Bundeswehr, oder insgesamt auf das deutsche Engagement in Afghanistan, also inklusive Entwicklungshilfe, inklusive gegebenenfalls Vertretung in Masar-i-Scharif, Botschaft? Was war unter Abzug genau gemeint mit diesen 14 Monaten?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Die 14 Monate leiten sich ab aus dem Text des US-Doha-Abkommens, in dem das Abzugsdatum für die internationale Präsenz mit dem - - ab dem 1. Mai terminiert ist. Das heißt, im US-Doha-Abkommen steht, dass zum 1. Mai hin die internationale Militärpräsenz in Afghanistan abgezogen sein soll. Wenn man das rechnet von dem Datum der Veröffentlichung des US-Doha-Abkommens, kommt man halt auf diese 14-Monatsfrist, und daher hat sich diese 14-Monatsfrist abgeleitet.

Sie spielte im Rahmen der NATO natürlich insofern eine Rolle, als die Eventualfallplanungen auf diesen Zeithorizont ausgelegt waren, dass, falls ein solcher Abzug tatsächlich auf dieser Zeitschiene stattfinden sollte, man eben dann darauf planerisch vorbereitet war, die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten, um dem dann auch nachzukommen.

**Alexander Müller (FDP):** Als es eben in der ersten Runde drum ging, um diese Weisung mit der Brechstange, da hatten Sie ja auch dieses MAT-Blatt bekommen. Und da hatten Sie darauf gesagt: Nee, nee, es geht jetzt nur drum, um Ihre eigene Meinung, dass Sie gesagt hatten, diese Mail entspricht möglicherweise nicht Ihrer eigenen Meinung, obwohl sie von Ihnen geschrieben wurde. - Wessen Meinung könnte das denn gewesen sein? Hatten Sie Mitarbeiter, die in Ihrem Namen Mails geschrieben hatten, oder könnte es sein, dass diese Anspielung von Ihnen, dass es

vielleicht nicht Ihre Meinung war - - dass Sie die Meinung des Botschafters oder Ihres Vorgesetzten wiedergegeben hatten? Das hatte ich noch nicht ganz verstanden. Einfach, um das zu verstehen.

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Vielen Dank für die Rückfrage. Ich bitte um Nachsicht, falls ich mich da unklar ausgedrückt haben sollte. Mir ging es um die Formulierung. Ich konnte nicht mehr nachvollziehen im Verlauf dieser Weisung, die ja diverse Schreibtische - - also, die von diversen Personen im Zuge der Weisungsentwicklung bearbeitet wurde, von wem diese Formulierung letztlich stammte.

In der Interpretation dieser Formulierung, dass mit dem Ansatz oder mit dieser Formulierung gemeint war der kalenderbasierte Ansatz, rein mit Blick auf Zeithorizonte den Abzug durchzuführen und eben nicht unter Berücksichtigung der politischen Lageentwicklung und der Fortschritte im Prozess, teile ich diese Einschätzung schon.

**Alexander Müller (FDP):** Dann habe ich Sie eben so verstanden, dass man vonseiten des Auswärtigen Amtes damals die Hoffnung hatte, dass man eine Konditionierung hinbekommt. Sie hatten ja von dem kalenderbasierten Ansatz gesprochen, und man hat ja drauf hingearbeitet, dass man vielleicht irgendwie noch eine Konditionalität reinbekommen kann. Wie hat man sich denn das vorgestellt? Das war ja zu einem Zeitpunkt, wo es schon ein bedingungsloses Abkommen gab, was nicht konditioniert war. Wie hat man sich die Hoffnung damals vorgestellt, dass man da noch irgendwie Bedingungen hineinbekommen kann, wie so was passieren könnte?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Also, ich teile die Auffassung nicht, dass keine Bedingungen im Doha-Abkommen veranlagt sind. Der entscheidende Punkt war, dass diese Bedingungen nicht in einer Form ausbuchstabiert waren nach unserer Lesart, die eben eine verantwortungsvolle Grundlage dafür darstellten, weitere Truppenanpassungen vorzunehmen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben auch nicht versucht, neue Bedingungen zusätzlich zu den Elementen des Doha-Abkommens hineinzuverhandeln, sondern letztlich vor allem den Versuch gestartet, dass die grundsätzlichen Bezugselemente im Doha-Abkommen, insbesondere eine Gewaltreduzierung und Fortschritte im Verhandlungsprozess, dass wir die in eine so konkrete Form als Konsens im NATO-Rahmen etablieren konnten, dass man darauf aufbauend sagen konnte, wann ist tatsächlich ein - - wann ein Punkt erreicht war bei der Gewaltreduzierung, bei dem politischen Prozess und den anderen Bereichen, dass man sagen konnte, hier ist ein tatsächlicher Fortschritt zu verzeichnen, und nicht uns darauf beziehen mussten, dass im Text halt diese schwammigen Formulierungen vorhanden waren, bei denen man eben diesen Interpretationsspielraum hatte, der es dann ermöglicht hat, die Sache auf unterschiedliche Arten und Weisen auszulegen, sondern wirklich versucht, eine konkrete Bezugsbasis abzuleiten vom Text des Doha-Abkommens für uns NATO-intern, um darauf aufbauend dann entsprechende Schritte für die Präsenz vor Ort aufzubauen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht ist zu Ende. Bevor ich der Frau Kollegin Büniger als Letzter in dieser Runde das Wort erteile, würde ich mit Blick auf die weitere Verhandlung die Obleute bitten, sich darüber Gedanken zu machen: Wir haben zwei Möglichkeiten, zu verfahren. Entweder wir schließen jetzt eine Runde an, der noch weitere folgen. Wir werden dann ja eine Pause von etwa einer Stunde nachher machen, in etwa 40 Minuten. - Variante eins.

Variante zwei. Falls es unterschiedlich viel Fragebedarf gibt, wäre es auch denkbar, so zu verfahren, wie wir jetzt schon ein paarmal verfahren sind: noch eine weitere Runde mit etwas mehr Großzügigkeit je nach Fragebedarf - dazu wäre ich bereit, sozusagen in Dehnung unserer Geschäftsordnungsvereinbarung - und dann die Pause zu machen. Wenn das ein akzeptiertes Verfahren sein könnte, hätten wir eventuell das Vergnügen, dann nach der Pause den zweiten Zeugen anzuhören. Das müsste ich nur wissen. Wenn das so wäre, dann würden wir es so mal versuchen.

Und jetzt haben Sie das Wort, Frau Kollegin Büniger.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Wir sind jetzt eigentlich am Ende der zweiten Frageunde; aber sie wird jetzt noch ein bisschen ausgedehnt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die dritte dehnen wir. Aber bei Ihnen - -

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Entschuldigung. Ja, ich bin mit Dehnen natürlich einverstanden. - Wir haben jetzt ganz viel darüber gesprochen, dass der „condition-based approach“, wie wir auch wissen, nicht erfolgreich war, Sie aber versucht haben, da immer noch drauf hinzuwirken. Und jetzt steht doch eigentlich die zugespitzte Frage im Raum: Haben die USA die Erwartungen der übrigen NATO-Partner nicht erfüllt, oder haben die NATO-Partner, aber auch Deutschland bzw. das Auswärtige Amt von Beginn an falsche Erwartungen an die USA gehabt?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Ich habe jetzt keine Frage rausgehört. Wenn Sie vielleicht mir noch kurz sagen könnten, auf welchen Punkt Sie konkret hinauswollen.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Also, es ist offensichtlich, auch durch das Lesen der Dokumente, dass der „condition approach“ niemals von den USA verfolgt wurde. Waren dann die Erwartungen an die USA von Anfang an falsch, von den NATO-Partnern und vom Auswärtigen Amt insbesondere und auch von anderen, also natürlich auch von anderen Staaten?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Nein, die Erwartung war mit Sicherheit nicht falsch, weil sie - - zumindest nicht nach meinem Dafürhalten; denn sie wäre, wenn wir dazu einen Konsens hätten erreichen können, eine aus meiner Sicht tragfähigere und tragfähige Grundlage gewesen, um die weiteren Prozesse für die Truppenpräsenz vor Ort tatsächlich zu koppeln an nachvollziehbare Schritte im politischen Prozess und bei der Gewaltreduzierung und den anderen Verpflichtungen des US-Taliban-Abkommens. Insofern waren diese Er-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wartungen sicherlich nicht falsch. In dem spezifischen politischen Kontext, in dem wir versucht haben, uns mit dieser Position durchzusetzen, ist es nicht gelungen, das letztlich zu verankern, sondern die Entscheidungen, die am Ende eben gefällt wurden, waren dann halt doch andere.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Und wann war Ihnen persönlich dann klar geworden, dass die USA ihre eigenen Pläne zum Komplettabzug komplett durchziehen würden?

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** In dem Moment, in dem sie uns das mitgeteilt haben. Das war meiner Erinnerung nach um den 14. April des Jahres 2021 herum.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Weil Sie sagten ja selber, dass Sie seit dem 29. Februar damit schon gerechnet haben. Aber die Dokumente zeigen ja, dass Sie eigentlich mit einem weiteren Verbleib geplant haben. Das geht ja irgendwie nicht zusammen.

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Dann möchte ich das noch mal etwas ausdifferenzieren bzw. richtigstellen, falls dieser Eindruck entstanden sein sollte.

Wir haben in dem US-Doha-Abkommen ein fest verankertes Abzugsdatum vorgefunden. Dementsprechend musste damit gerechnet werden, dass das eben entsprechend auch so umgesetzt werden würde. Wir haben schon während der gesamten Zeit immer wieder eben auch im Glauben, uns damit vielleicht irgendwann durchsetzen zu können, den Anspruch verfolgt und uns entsprechend auch regelmäßig eingesetzt, von diesem kalenderbasierten Ansatz wegzukommen, hin zu einem genuin und substanziell konditionsbasierten Ansatz.

Mit Blick auf die Phase im Jahr 2021 muss man noch einen wichtigen Faktor mit hinzunehmen, nämlich dass wir zu diesem Zeitpunkt natürlich in Gesprächen waren mit einer neuen US-Administration, die uns ja auch gegenüber mitgeteilt hat, dass sie selber in einem Review-Prozess, in einem Überprüfungsprozess sich befand zu den Inhalten und der Umsetzung dieses Abkommens,

und uns ja dazu auch konsultiert hat im NATO-Rahmen und uns gebeten hat, unsere Sichtweise darauf kundzutun, was wir getan haben, und zwar nicht nur wir, sondern eben auch viele andere Alliierte in einer ähnlichen Form. Insofern war das sozusagen auch in dieser Phase weiterhin etwas, bei dem wir eine Chance gesehen haben, eben entsprechend zu einer neuen Grundlage zu kommen.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Okay. - Ich glaube, meine Fragezeit ist um.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich gebe Ihnen noch eine Frage in dieser Runde, und dann öffnen wir die nächste.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Okay. Dann würde ich gerne noch eine weitere Frage aus einem - - Ich zitiere aus MAT A AA-2.36, Blatt 25. Das ist eine Mail von Axel Zeidler vom 8. Februar 2021. Sie stehen dort im cc. Betreff ist: „aus den Runden“. Unter dem Punkt „Sicherheit“ wird dort ausgeführt - und ich zitiere -:

Obleich weiterhin keine Entscheidung seitens NATO über **Zukunft der RS Mission** getroffen wurde, zeigt sich auf Arbeitsebene, dass die bisherige Arbeitshypothese eines Abzugs bis zum 30.4. bereits umgedreht wurde und alle Akteure im Sicherheitsbereich derzeit mit einer fortgesetzten RS Präsenz in Kabul rechnen (alleine weil ein geordneter Abzug inzwischen logistisch ein Ding der Unmöglichkeit wäre). Genaue Zeitlinien und Zusammensetzung der künftigen RS Präsenz bleiben ungewiss bis in Brüssel weitere Entscheidungen getroffen werden (explizit, bzw. durch Nichtentscheiden implizit).

Zitat Ende. - Ist es nicht ein Problem, dass in Brüssel keine Entscheidungen getroffen wurden? Wie würden Sie das aus Ihrer Perspektive beurteilen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Wir haben uns in der Phase, um die es hier geht, in der wir uns ja zu bewegt haben auf das Ende dieser Zeitschiene aus dem US-Doha-Abkommen, dafür eingesetzt, relativ zügig eine entsprechende Entscheidung auch herbeizuführen zu einem Verbleib über den 30.04. hinaus, der ja im Kontext des US-Abkommens, des US-Taliban-Abkommens, des Doha-Abkommens, sorry, den Ablauf dieser 14-Monatsfrist markiert hat.

Die USA haben zu diesem Zeitpunkt, wie gesagt, den Überprüfungsprozess durchgeführt für das Abkommen und waren zu dem Zeitpunkt, zu dem diese Mail hier entstand, anscheinend noch nicht an dem Punkt, dazu eine Aussage treffen zu können. Entsprechend haben wir in Brüssel in diesem Kontext halt intern Überlegungen angestellt, in welcher Form ein Fortbestehen der NATO-Präsenz eben auch über dieses Datum hinaus möglich wäre. Diese Überlegungen haben stattgefunden und sind entsprechend auch verantwortlich begleitet worden durch die verschiedenen Stränge innerhalb der NATO.

**Clara Bünger (DIE LINKE)**: Vielen Dank. - Ich glaube, mein Fragezeitraum ist begrenzt. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Ja, das Fragerecht für diese Runde ist jetzt erst mal erschöpft, Ankündigungen des Deutschen Bundestages auch, weil wir jetzt doch eine andere Situation haben. Die eine Abstimmung findet offenbar dann doch früher statt, sodass wir jetzt tatsächlich die Sitzung unterbrechen müssten. Es ist eine andere, eine zusätzliche. Es gibt eine zusätzliche Abstimmung jetzt. Dem folgen aber zwei Wahlen und eine weitere Abstimmung, wo es nicht lohnt, zwischendrin zurückzukehren, jedenfalls nicht, wenn wir Sie nicht zu Schnellläufern machen wollen.

Das heißt, wir müssen jetzt tatsächlich die Sitzung unterbrechen, ehrlich gesagt, bis 16.30 Uhr. 16.30 Uhr ist sozusagen der früheste Zeitpunkt, wo wir fortfahren können. Es hilft nichts. Es kann auch 16.35 Uhr werden. Also, das ist die Lage der Dinge. Tut mir leid. Ich habe die Plannungen nicht gemacht.

Ich unterbreche die Sitzung, und wir fahren fort um 16.30 Uhr frühestens, möglicherweise 16.35 Uhr.

(Unterbrechung von  
15.09 bis 16.37 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Wir hatten hinreichend Zeit, uns zu erholen. Ich muss mich dafür entschuldigen, dass die Anfangseinschätzung, wann die Abstimmung losgeht, nicht so der Realität entsprochen hat. Wir hätten das doch noch schaffen können. Aber wir sind hier zur Eile ermahnt worden, und wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Also insofern ist das so. Wir würden trotzdem beim miteinander angesprochenen Verfahren bleiben, dass wir versuchen, jetzt eine letzte Runde zu machen, wo wir ein bisschen großzügiger mit den Fragezeiten nach oben wie nach unten sind - so füge ich das mal hinzu: also weder Fragepflicht noch Marathon; aber ein bisschen das flexibilisieren -, und würden dann damit die letzte Runde einleiten.

Wenn Sie einverstanden sind und wenn es ansonsten keine Anmerkungen mehr gibt, würde ich dann das Fragerecht der SPD-Fraktion geben. Bitte schön.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, wenn ich das richtig verstanden habe rein akustisch vorhin, ist von Ihnen die Aussage gemacht worden, dass auf der Arbeitsebene eine Übereinstimmung zwischen den Häusern bestanden hat, dass ein geordneter Rückzug zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr möglich sein würde. Können Sie den Zeitpunkt bitte noch einmal konkretisieren, wann diese Einschätzung getroffen wurde?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Wenn ich den Kontext der vorherigen Frage, auf die ich in dieser Form geantwortet habe, richtig herleite, dann hatten wir eine Diskussion relativ nah am Zeitpunkt zum 30.04. Der 30.04. war im Doha-Abkommen eben entsprechend als der Zeitpunkt vorgesehen gewesen, zu dem sämtliche Truppen Afghanistan verlassen haben sollten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Der Zeitpunkt, zu dem ich diese Einschätzung getroffen habe, war so nah an diesem 30.04. dran, dass diese Zeit, dass die Zeithorizonte, die in der militärischen Planung, zumindest die, die mir bekannt war - - eben nicht mehr eingehalten werden konnten. Ich müsste jetzt noch mal den genauen Mailverlauf heraussuchen. Ich meine, das sei ein Wechsel in - - um den - - irgendwann im Januar des Jahres 2021 gewesen, aus dem sich das herleitet. Aber das war auf jeden Fall - - Also, der Zeitpunkt war sozusagen so nah dran, dass die sechs Monate, die wir intern dafür eingeplant hatten, eben nicht mehr hätten eingehalten werden können.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Das betrifft dann - Nachfrage - den Zeitraum zwischen der Zeit der Feststellung und dem geplanten Abzugsdatum Ende April. Verstehe ich Sie da richtig?

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Ja. Das - - also, genau, wenn ich Sie wiederum richtig verstehe, dass sozusagen meine Aussage, dass diese - - oder mir auch mitgeteilt wurde, mich entsprechend einzulassen, dass jetzt sozusagen nicht mehr genügend Zeit sei, um diesen geordneten Abzug mit den Zeitlinien, die wir intern für die Planung hatten, getätigt wurde, dann ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Haben Sie diese Einschätzung weitergeleitet an wen, und erfolgte darauf eine Reaktion?

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Wie gesagt, ich müsste mir das Dokument noch mal sonst raussuchen. Aber das war ja eine Weisung, die ich erhalten hatte, die ich entsprechend in einer Abstimmung in der NATO oder einem Gespräch in der NATO mit meinen Gesprächspartnern mit einbringen sollte, und das habe ich auch getan. Und das wurde auch zur Kenntnis genommen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Gut. - Dann darf ich an der Stelle an die Kollegin abgeben, die weitere Fragen zu dem Zeitpunkt nach der US-Wahl stellen wird.

**Gülstan Yüksel (SPD):** Vielen Dank auch von meiner Seite. Herzlich willkommen in dieser

Runde und auch Danke, dass Sie sich unseren Fragen stellen.

Ich würde gerne wissen - - Also, im November 2020, als Joe Biden die US-Präsidentschaftswahlen gewonnen hat - - Und am 20. Januar trat er ja sein Amt an und wurde ja auch vereidigt. Und in der Folge gab es einen Review-Prozess der amerikanischen Afghanistanpolitik. Haben Sie am Ende 2020/Anfang 2021 damit gerechnet, dass die USA nochmals das Doha-Abkommen aufschnüren und ihren Abzug doch noch mit Fortschritten im Friedensprozess wie beispielsweise einem Friedensabkommen koppeln? Gab es solche Erwartungen bei den anderen NATO-Partnern auch? - Vielleicht diese zwei Fragen erst mal.

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Ja, in der Tat haben wir mit dem Wechsel zur Biden-Administration ein neues Zeitfenster für uns gesehen, nochmals unseren Vorschlag für den konditionierten Abzug, wie er uns eben als sinnvoll erschien, einzubringen und auch mit der US-amerikanischen Administration unter dieser demokratischen Führung da nochmals erneut zu thematisieren. Die USA haben uns dazu ja sogar eingeladen, unsere Meinung zu diesem laufenden Review-Prozess im NATO-Rahmen auch kundzutun. Das ist erfolgt im Rahmen eines NATO-Rates am 5. Februar, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, bei dem wir einen von mehreren Austausch hatten mit der US-Administration im NATO-Rahmen, bei dem es eben genau darum ging, unsere Sichtweise auf die Lage in Afghanistan, das Doha-Abkommen und den weiteren Prozess einzubringen.

Und das haben wir genutzt als einen Zeitpunkt unter vielen auf sehr prominenter Ebene, nämlich auf Botschaferebene im NATO-Rat, noch einmal unsere Vorstellungen zur Verknüpfung der weiteren Abzugsdynamik mit einem substanziellen, an Kriterien verorteten Prozess vorzustellen. Das wurde auch entsprechend entgegengenommen, und uns wurde auch halt gesagt, dass das in die Überlegungen mit einfließen sollte für den Review-Prozess.

Unsere Einschätzung, ja, haben wir dementsprechend in diesem Zusammenhang dann noch mal,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vor allem dann auch eben zu dem Zeitpunkt noch mal, auf dieser relativ hohen Ebene entsprechend einbringen können im NATO-Rat, und davor aber auch schon, also seit dem Wechsel zur Biden-Administration, noch mal sehr intensiv auch auf allen unterschiedlichen Ebenen, also in den Komitees, in informellen Gesprächen, auf Gesandtenebene bis halt eben zu diesem sehr formellen und hochrangigen NATO-Rat.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Dann würde ich noch mal an den 14. April anknüpfen. Da hat US-Präsident Biden angekündigt, dass die US-Truppen bis zum 11. September 21 Afghanistan ja verlassen sollen oder werden. Spätestens dann war ja eigentlich klar, dass der Abzug nicht mehr an wesentliche Fortschritte der innerafghanischen Friedensverhandlungen gekoppelt sein wird. Waren damit eigentlich dann alle diplomatischen Bemühungen für solch eine Koppelung beendet?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** In der Tat war das der Zeitpunkt, an dem wir die Entscheidung der US-Administration unter Präsident Biden in der Form dann eben als den Rahmen akzeptieren mussten, in dem eben vollkommen klar war, dass dieser Abzug nun auch unter Ägide der neuen US-Administration durchgeführt werden sollte. Der Zeitpunkt war sehr klar.

Und mit Blick auf die verbleibende Zeit waren wir spätestens zu dem Zeitpunkt auch an dem Punkt, an dem es nicht mehr darum ging, diese Grundsatzentscheidung zu hinterfragen. Wir haben das im Vorfeld, wie gesagt, immer wieder und auf unterschiedlichsten Ebenen sehr nachdrücklich getan.

Das war der Punkt, an dem die Entscheidung final von US-Seite gefällt wurde, dass es bei dem Abzug bleiben sollte, nicht mehr zum 30.04. selbstverständlich, sondern entsprechend mit dem Vorlauf, der dann dafür notwendig war, einen geordneten Rückzug, ausgehend von der Präsenz, die zu dem Zeitpunkt noch in Afghanistan war, durchzuführen.

Und daraufhin haben sich dann eben entsprechend auch die Prozesse in der NATO konzentriert, zum einen halt diesen Abzug in einer

geordneten Art und Weise umzusetzen und zum anderen über die Zeit nach einem Abzug - - darüber nachzudenken, in welcher Form die Beziehungen der NATO zu Afghanistan halt in angepasster Form fortgesetzt werden könnten, um eben nach Möglichkeit die Errungenschaften der 20 Jahre, die im Vorfeld erzielt wurden, zu wahren, soweit dies eben möglich war.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Nachdem klar war, dass die internationalen Truppen das Land verlassen werden, wie ging die Arbeit der NATO eigentlich dann weiter? Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Ja, wie ich gerade bereits versucht hatte darzustellen, konzentrierte sich die Arbeit dann vor allem also darauf, über die nach RSM folgende Periode eben nachzudenken, inwiefern die NATO sich halt aufstellen könnte, um die Beziehungen zu Afghanistan eben weiter zu pflegen. Dabei spielten für uns unter anderem eben die Frage der - - Also, wir hatten ja zugesagt, dass eben keine militärische Präsenz mehr im Land aufrechterhalten werden sollte; aber wir haben ja bereits zu Zeiten von Resolute Support zum Beispiel eine politische Partnerschaft mit Afghanistan gehabt, auch NATO-seitig, also keine formelle Partnerschaft wie mit anderen Staaten, aber eben auf einem politischen Niveau, die sogenannte Enduring Partnership.

In dem Zusammenhang wurde zum Beispiel - - also, haben wir angefangen, konzeptionell sozusagen eine Folgepräsenz in Afghanistan in ziviler Art und Weise zu konzipieren, aufbauend auf dem Büro des höchsten zivilen Repräsentanten in Afghanistan des Generalsekretärs, dem sogenannten Senior Civilian Representative. Da ging es eben darum, inwiefern wir diese zivile Präsenz dafür nutzen könnten, diese Partnerschaft mit Afghanistan weiter zu pflegen, im Gespräch zu bleiben, diese diplomatischen Kontakte zu pflegen.

Darüber hinaus stellte sich eine sehr zentrale Frage in dem Zusammenhang, dass natürlich die Resolute-Support-Mission einige Teile der kritischen Infrastruktur insbesondere in Kabul aufrechterhalten hatte, unter anderem den Hauptstadtflughafen. Und dieser Hauptstadtflughafen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

war essenziell wichtig, um eben auch nach Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan ein Fortbestehen der diplomatischen und internationalen Präsenz in Kabul, der zivilen Präsenz, überhaupt zu ermöglichen.

Dementsprechend war auch darauf ein Fokus der NATO ausgerichtet, zu sehen, wie man eben die - wie soll ich sagen? - technische Aufrechterhaltung dieses Flughafens ermöglichen könnte. Das war natürlich eben nicht mehr möglich durch die entsprechenden eigenen militärischen Kräfte, die noch zu Resolute-Support-Zeiten vor Ort waren. Allerdings war es so, dass die NATO eben neben der Resolute-Support-Mission auch noch andere Stränge der Zusammenarbeit mit Afghanistan hatte, unter anderem den sogenannten Afghan National Army Trust Fund, bei dem ja auch die Bundesregierung einen sehr großen Beitrag gezahlt hat - wir waren größter Beitragszahler bilateral mit 80 Millionen Euro pro Jahr -, und man eben vor diesem Hintergrund überlegt hat, wie man sozusagen diese Mittel eben nutzen kann, um Teile dieser Infrastruktur aufrechtzuerhalten, wie man eben weiterhin schauen kann, dass man die afghanischen Sicherheitskräfte auch weiterhin sozusagen finanziell unterstützt.

Das waren alles Dinge, die man abseits von einer - - von dieser traditionellen, militärisch geführten Operation ja weiter nutzen konnte, um die afghanische Seite zu unterstützen. Und daraufhin haben sich dann eben entsprechend auch die Anstrengungen innerhalb der NATO konzentriert, diese Prozesse schnell auf den Weg zu bringen in der verbleibenden Zeit, um sozusagen noch während des laufenden Abzuges die Bedingungen zu schaffen, dann eben möglichst nahtlos daran anknüpfen zu können.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Herzlichen Dank. - Wenn wir noch Zeit haben, würde ich gerne zur Sicherheitslage noch eine Frage stellen wollen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja. - Und zwar zur - - Wie beschreiben Sie die Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan im Frühjahr 2021? Können Sie dazu vielleicht was sagen?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Nach allen Informationen, die uns vorlagen, als sehr instabil, als eine Sicherheitslage, die dadurch geprägt war, dass die Taliban zwei Drittel des Territoriums unter ihrer Kontrolle hatten, sozusagen - - also damit einen großen Teil des Geländes kontrollierten, nicht unbedingt der Bevölkerung Afghanistans, die ja vor allem in den Städten sich befand, eine Situation, in der die Taliban zunehmend auch die wesentlichen Verbindungswege und logistischen Unterstützungslinien in Afghanistan kontrollierten, Provinzhauptstädte zunehmend belagerten und vor allem eben auch die afghanischen Sicherheitskräfte zunehmend unter Druck setzten, auch diejenigen Teile der Sicherheitskräfte, die unter anderem aufgrund der Ausbildungsleistung von Resolute Support eigentlich einen relativ professionellen und schlagkräftigen Status zu diesem Zeitpunkt hatten, wie zum Beispiel die afghanische Luftwaffe, die zum Frühjahr 21 auch zunehmend eben in Abwehr- - in Abwehrbemühungen gegen die Taliban halt abgenutzt wurde.

Und das war halt alles in allem eine Situation, die weiterhin eben in die falsche Richtung sich zuspitzte, nämlich in Richtung einer perspektivischen militärischen Übernahme durch die Taliban.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Woher haben Sie diese Informationen? Können Sie da auch noch mal vielleicht drauf eingehen?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Ja, gerne. - Diese Informationen hatten wir unter anderem aus BND-Berichten. Die hatten wir aus den Berichterstattungen unserer Auslandsvertretungen in Masar-i-Scharif, in Kabul. Wir hatten sie aber auch NATO-seitig durch Berichterstattungen im Rahmen der NATO-Ratssitzungen unter anderem durch den Oberbefehlshaber der Mission Resolute Support, durch Berichterstattungen des Senior Civilian Representatives, also aus unterschiedlichen Quellen, immer mit unterschiedlichen Einzeldetails, aber in der sozusagen Gesamtbewertung eigentlich immer zu einem ähnlichen Schluss kommend.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Herzlichen Dank. - Dann würde ich gern noch mal auf eine Mail, und zwar



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vom 21. April 2021 - MAT A AA-8.12 VS-NfD, Blatt 282 - eingehen. In dieser Mail berichtet B [REDACTED] R [REDACTED] in Vertretung von Ihnen über die Bitte Frankreichs um Unterstützung bei der Evakuierung von 150 französischen Entwicklungshelfern und dem gesamten französischen Botschaftspersonal. Er schreibt:

FRA habe eine düstere Prognose für die unmittelbare Zukunft AFG. Es bestünden u.a. erhebliche Zweifel an der Durchhaltefähigkeit der ANDSF nach Abzug der int. mil. Präsenz.

Weiter heißt es:

Grundsätzlich erwartet FRA jetzt von allen an RSM beteiligten Nationen, einen Reputationsschaden von der Allianz abzuwenden. Ziel müsse es sein, den Abzug ordentlich durchzuführen.

Wie haben Sie diese Bitte von Frankreich eingeschätzt?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Nun, diese Bitte, einen geordneten Abzug durchzuführen, war ja auch in unserem Sinne. Also, letztlich spiegelte diese Bitte, einen geordneten Abzug, der einen Reputationsschaden der NATO verhindert - - Konsens in der NATO. Und es ist ja auch genau das, was sozusagen ab dem frühesten Zeitpunkt, nämlich kurz nach der Veröffentlichung des Doha-Abkommens, im Rahmen einer Eventualfallplanung geplant wurde.

Also, die Militärbehörden der NATO und die militärischen Strukturen haben uns sehr, sehr früh darauf hingewiesen, dass man dieses Abzugsdatum sehr ernst nehmen im Sinne einer Vorbereitung. Das war losgelöst von den politischen Diskussionen, die wir natürlich geführt haben. Aber wir wussten, dass diese Eventualfallplanungen stattfanden mit Blick auf dieses Datum. Wir haben uns - - Also, wir haben das auch grundsätzlich in diesem Kontext der Eventualfallplanung für gut befunden, dass man sich zumin-

dest auf dieses Szenario auch entsprechend verantwortungsbewusst vorbereitet. In dieser Situation waren wir zu diesem Zeitpunkt.

Und darüber hinausgehend möchte ich noch eine Sache hinzufügen, nämlich dass die - - Zu Beginn des Jahres 2021, noch bevor die USA also die letzte Entscheidung gefällt hatten, tatsächlich dann auch abziehen, als eben noch unklar war, wie die USA sich letztlich positionieren würden, hat NATO-intern ein Prozess begonnen, in dem die Allianz sich sehr intensiv und ernsthaft darüber ausgetauscht hat, wie man mit Blick auf diesen 30.04., auf das im Abzug festgehaltene Abzugsdatum, umgehen wolle.

Und der Konsens bestand darin, sich darauf vorzubereiten, über diesen Zeitpunkt hinaus vor Ort zu bleiben, eine entsprechende Risikoanalyse durchzuführen und das dann auch durch entsprechende Maßnahmen zu begleiten, also insgesamt schon mit Blick auf die erwartbaren Risikozuwächse nach diesem Datum; denn allen war klar, dass die Taliban sich eben entsprechend auch nicht mehr unbedingt gebunden fühlen würden an den zugesicherten Gewaltverzicht gegenüber internationalen Truppen. Darauf wurde sich NATO-intern vorbereitet. Dementsprechend spiegelt diese Erwartungshaltung Frankreichs durchaus das wider, was auch die Erwartungshaltung der übrigen Alliierten war. Und mein Eindruck damals ist gewesen und auch heute, dass wir auf dieses Szenario mit Blick auf einen geordneten Abzug vorbereitet waren.

**Gülistan Yüksel (SPD)**: Okay. - Dann würde ich noch eine letzte Frage stellen, und zwar: Am 11. Juni kommentierten Sie in einer Mail die Nachricht - ich zitiere aus der MAT A AA-8.12 VS-NfD, Blatt 273 bis 275 -, dass die Taliban auf Grundlage des Doha-Abkommens auch den Abzug der türkischen Truppen fordert, per Mail mit den drei Worten nur: „Gar nicht gut.“

Welchen Eindruck der Sicherheitslage hatten Sie zu diesem Zeitpunkt, und für wie wahrscheinlich hielten Sie es, dass die Taliban kurzfristig die Macht über das ganze Land übernehmen werden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Da wäre ich dankbar für Vorlage des Dokuments.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

- Vielen Dank für die Vorlage. - Soweit ich das aus dem hiesigen Kontext rekonstruieren kann, bezog sich meine Einschätzung „Gar nicht gut“, die einfach eine sehr knappe Einordnung meinerseits zu dieser Meldung war - - dass sich hiermit eben eine der Befürchtungen zu konkretisieren schien, nämlich dass die US- - dass die Taliban, nachdem wir zu diesem Zeitpunkt das Abzugsdatum, das im Doha-Abkommen festgelegt war, überschritten hatten, sich nun auch gezielt gegen NATO-Alliierte in Afghanistan auch mit entsprechenden Gewalttaten wenden könnten, dass dies ein mögliches Signal sein könnte, dass wir nun eben im Rahmen dieses Abzuges mit entsprechenden Angriffen zu rechnen hätten.

Zum damaligen Zeitpunkt war ich nicht überzeugt davon, dass es notwendigerweise dazu kommen müsste, dass die Taliban in kürzester Zeit die Macht militärisch an sich reißen könnten. Wir haben intern in der NATO ja auch entsprechend geplant, zu versuchen, weiter die afghanische Seite nach einem Abzug zu unterstützen, dem entsprechend entgegenzutreten, auch wenn die Sicherheitslage in der Tat - und stimme ich - - das habe ich auch damals so eingeschätzt - natürlich sich in die falsche Richtung bewegt hat.

**Gülistan Yüksel (SPD)**: Ja, vielen Dank von meiner Seite. Mein Kollege Herr Nürnberger hat noch mal eine Nachfrage.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, haben Sie im April, nein, im Dezember die Einschätzung getroffen, dass aufgrund der Entwicklung ein geordneter Rückzug nicht mehr möglich sei. Und Sie haben jetzt ausgeführt, dass im April des Folgejahres - bitte klären Sie den Widerspruch auf, wenn Sie ihn für nicht existent halten - - Und im April dieses Jahres haben Sie im Zusammenhang - bzw. Ihr Kollege - mit den französischen Freunden und Partnern aufgeführt, man würde sich für

einen geordneten Rückzug auch dieser französischen - - oder Mitnahme dieser französischen Kräfte einsetzen. Gibt es diesen Widerspruch, oder ist es nicht so?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Beides muss ich richtigstellen. Französische Kräfte im Rahmen der Resolute-Support-Mission waren in Afghanistan nicht präsent.

Die Einschätzung, auf die ich mich vorhin bezogen hatte, war, dass wir intern mit bestimmten Zeiträumen geplant haben oder die Bundeswehr intern geplant hat mit bestimmten Zeiträumen für einen geordneten Abzug, und mit Blick auf den 30.04. dieser Zeitraum - - oder zum Zeitpunkt meiner damaligen Aussage diese Zeithorizonte nicht mehr hätten gehalten werden können. Darauf bezog sich diese Einschätzung, dass das eben nicht mehr ausreichen würde für einen geordneten Abzug.

Der Abzug selbst erfolgte ja aber nicht bis zum 30.04., sondern eben entsprechend dann zeitversetzt nach hinten hinaus. Und die Planung - - also, unter dieser neuen Situation, dass man eben nicht zum 30.04. den Abzug vollenden wollte, sondern eben das nach hinten hinaus ausgedehnt hat, war es dann eben wieder möglich, diese Zeiträume einzuhalten, allerdings, wie gesagt, nicht mit Blick auf dieses im Abkommen gehaltene Datum vom 30.04. Nur um das noch mal zu verdeutlichen. Ich bin mir nicht sicher, ob das in der Zwischenzeit klar geworden ist, worauf sich meine ursprüngliche Aussage mit dem Einhalten dieser Zeiträume bezog, und - - ja.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Ihre Aussage ist uns inzwischen völlig klar. - Es stellt sich nur die Frage der Vollständigkeit halber: Mit welchem aktuellen Abzugsdatum haben Sie denn dann gerechnet?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Zu welchem Zeitpunkt?

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Zu dem Zeitpunkt April, von dem Sie ausgegangen sind, dass jetzt auch noch die Mitnahme dieses französischen Personals zumindest diskutiert werden kann, und zu diesem Zeitpunkt - - die These im Raum steht,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass da noch ein geordneter Abzug möglich gewesen wäre. Und der muss ja dann auch einen Anfangszeitpunkt haben und einen Endzeitpunkt. Vielleicht können Sie darauf näher eingehen.

**Zeuge O ■■■ S ■■■■**: Der Zeitpunkt, der uns kommuniziert wurde, war, dass bis zum 11. September der Abzug der USA erfolgen sollte. Das war der Zeitpunkt im April, von dem dort gesprochen wurde.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Nur eine Feststellung: Es sind weniger als sechs Monate.

**Zeuge O ■■■ S ■■■■**: Ja, das stimmt. Allerdings ist es möglich - - Also, diese sechs Monate sind auch nicht unbedingt immer in Stein gemeißelt gewesen, sondern innerhalb dieser sechs Monate gab es noch Unterkategorien und Unterzeiträume für bestimmte Umsetzungen des Abzuges. Also, letztlich sind diese sechs Monate, die zum Zeitpunkt meiner Aussage in dem Mailkontext getätigt wurden, ein Zeitraum gewesen, der damals für uns einschlägig war.

Zu diesem Zeitpunkt war es auch möglich, den Abzug in einer kürzeren Zeit durchzuführen. Das waren - - Der Zeitraum, der hier einschlägig war, waren vier Monate.

**Jörg Nürnberger (SPD)**: Vielen Dank. - Und Kollege Stegner hat auch noch eine Frage.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Eine Abschlussfrage sozusagen, die sich mehr jetzt auf den Wortlaut bezieht. Da sind wir ja bei einer der Schlüsselfragen dieses Untersuchungsausschusses. Sie hatten sich auf den Text bezogen, den Frau Bün-ger vorgetragen hat, und - - die Fragen von Herrn Nürnberger auch. Wenn die Formulierung richtig war: „auf Arbeitsebene war man sich einig“ - so erinnere ich das -, „auf Arbeitsebene war man sich einig, dass ein geordneter Rückzug nicht mehr möglich ist - - Jetzt will ich mal den Begriff „Arbeitsebene“ nicht problematisieren; der ist ja merkwürdig eigentlich; aber er bezeichnet in diesem Fall - - oder Dinge impliziert, die eigenartig sind. Aber er bezeichnet ja die - - nicht politische

Entscheidungsebene, sondern die Ebene, die die Entscheidung vorbereitet.

Wenn die Ebene, die die Entscheidung vorbereitet und die die Analysen vornimmt, sagt, dass man sich einig gewesen sei - das war ja die Formulierung -, dass ein geordneter Rückzug nicht möglich ist - - Dann haben Sie vorhin was dazu gesagt in dem Zusammenhang mit einem Weisungsschreiben. Das habe ich nur teilweise verstanden. Aber was mich interessieren würde, ist: Wenn das so ist, ist das der politischen Führung so mitgeteilt worden, und hat die politische Führung diese Einschätzung geteilt? Weil das wird ja eine der Fragen sein, die wir am Ende werden beantworten müssen. Es ist ja ein interessanter Zeitpunkt, zu dem diese Feststellung erfolgt ist.

Also, war das zutreffend? Ist das der politischen Führung mitgeteilt worden? Und hat die diese Einschätzung geteilt?

**Zeuge O ■■■ S ■■■■**: Noch mal, nur um das deutlich zu machen - ich müsste mir den Vorgang sonst noch mal auch raussuchen -: Die Einschätzung war, dass ein geordneter Rückzug bis zum 30.04. - - Also zu dem Zeitpunkt, als diese Aussage gefällt wurde, war klar, dass ein geordneter Rückzug bis zum 30.04., dem Datum im US-Taliban-Abkommen, nicht mehr möglich gewesen wäre unter logistischen Gesichtspunkten. Die Planungen für einen geordneten Abzug waren aber durchgeführt. Sie hatten halt andere Zeiträume. Und zu dem Zeitpunkt, als ich dazu Stellung genommen habe, war das mit Blick auf das Datum, auf das konkrete Datum 30.04. nicht mehr möglich.

Nun ist die NATO ja aber nicht am 30.04. abgezogen, sondern zu einem späteren Zeitpunkt. Und die Planungszeithorizonte, die für einen geordneten Abzug intern identifiziert wurden, konnten mit Blick auf den zu einem späteren Zeitpunkt dann letztlich durchgeführten Abzug normal regulär umgesetzt werden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Aber ich verstehe es doch richtig, dass es keinen geordneten Abzug gegeben hat. Oder habe ich das missverstanden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Doch, aus militärischer Sicht hat es einen geordneten Abzug gegeben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Okay.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Die NATO-Präsenz ist nach Plan innerhalb der dafür vorgesehenen Zeiträume und, soweit ich mich erinnern kann, ohne Opfer auf NATO-Seite oder entsprechenden Verlusten aus rein militärisch-planerischer Sicht ganz sauber nach Plan umgesetzt worden in den Zeiträumen, die dafür vorgesehen waren.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Ich will das nicht überziehen. Aber das heißt, Sie würden auch sagen: Der Abzug mit all dem, was am Flughafen in Kabul gewesen ist, das kann man „geordneter Rückzug“ nennen?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Das ist eine - - Die Situation in Kabul am Flughafen - - Da vermengen sich ja zwei verschiedene Punkte: Der NATO-Abzug selber, also der Abzug der - - oder der Abbau der Resolute-Support-Mission, wurde bereits vor den Entwicklungen am Flughafen in Kabul abgeschlossen und ist dementsprechend im Vorfeld bereits nach Plan abgelaufen. Die Entwicklungen, die sich danach entwickelt haben, hatten nichts mehr - - also, waren natürlich eine Konsequenz des Abzuges, auf die wir auch - - vor denen wir ja gewarnt hatten und weswegen wir ja eben auch versucht hatten, das unter andere Vorzeichen zu stellen im NATO-Prozess. Aber die Entwicklung am Flughafen in Kabul fand nicht mehr unter NATO-Präsenz in Afghanistan statt. Das ist ein wichtiger Punkt, den man, glaube ich, feststellen muss: dass zu dem Zeitpunkt die Mission Resolute Support nicht mehr in Afghanistan war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Gut. - Jetzt wechselt das Fragerecht an die Union. Und ich habe verstanden, dass der Kollege Zippelius die Fragen stellt.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU)**: Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Herr S [REDACTED], NATO-Botschafter Lucas mahnt in einer Mail vom Mai 2020 - das ist MAT A AA-4.26, Blatt 32 bis 35, hier aber genau Blatt 32 - Ihnen gegenüber mehr Engagement für ein Assessment an. Ich zitiere:

Ich lese immer nur von GBR internen Überlegungen zu möglichen Kriterien eines assesment. Eigentlich müssten wir als Urheber der Idee substanziell dazu beitragen, das Assessment zu konkretisieren und zu operationalisieren. Gibt es dazu Überlegungen?

War diese Kritik Ihrer Meinung nach berechtigt, dass Deutschland nach dem Vorstoß konkrete Vorschläge für das Assessment schuldig blieb?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Entschuldigung, den letzten Teil Ihrer Frage habe ich akustisch nicht ganz verstehen können.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU)**: War diese Kritik berechtigt, dass Deutschland Vorschläge schuldig blieb?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Die Kritik bezog sich, glaube ich, nicht so sehr darauf, dass wir Vorschläge schuldig geblieben sind. Wir haben uns genau über diese Vorschläge Gedanken gemacht. Wir haben uns in der Zeit allerdings auch versucht auszutauschen mit zentralen Partnern innerhalb der NATO, unter anderem eben den Briten, dazu, wie dortige Vorstellungen für eine solche Konditionierung eben aussehen konnten; dazu habe ich berichtet. Und ich glaube, dem Botschafter ging es zu diesem Zeitpunkt darum auch unsere Gedanken, die wir zu diesem Zeitpunkt auch bereits uns ja gemacht hatten, in einer Form zu operationalisieren, um eben dann entsprechend auch in der NATO, in den Komitees, in den politischen Gremien und Strukturen unsere Vorstellungen einzuspeisen und dann eben auch entsprechend darauf aufbauend einen Prozess zu erzeugen.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU)**: Aber er spricht ja in seiner Mail von „substanziell“. Also, wieso hat dann das Auswärtige Amt nicht zeitnah auch substanziell etwas vorgelegt?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]**: Na ja, wir haben substanziell etwas vorgelegt. Also, ich kann mir - - Ich würde mir gerne das Dokument sonst auch noch mal vorzeigen lassen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Ja, in der Tat, zu diesem Zeitpunkt war ich bereits auch in Gesprächen mit meinem weisungsgebenden Referat in der Zentrale und auch mit der Abteilung für Afghanistan und Pakistan dazu, wie eben ein entsprechender konditionierter Ansatz aus unserer Sicht aussehen sollte.

Noch mal: Zu diesem Zeitpunkt ging es uns eben auch darum, gleichzeitig vor Ort in der NATO abzufragen, wie andere wichtige Bezugspartner für uns in diese Richtung denken, welche Vorstellungen eben dort bestanden, bevor wir dann eben auf dieser Grundlage einen entsprechenden Entwurf selber auch so innerhalb der NATO vorbringen wollten, dass wir darauf einen Prozess aufbauen konnten. Das haben wir ja getan. Also, das war dieses deutsche Food-for-Thought-Papier oder Gedankenpapier, auf das ich mich vorhin auch bezog. Das war letztlich dann das Ergebnis dieser internen Überlegung.

Zudem haben wir diese Vorstellung, die wir in diesem Papier dann vorgelegt haben, verbunden mit einem Prozess zur Überprüfung der - oder nicht zur Überprüfung - - zu einem Prozess, der von militärischer Seite aus nach Ablauf dieser 135 Tage, dieser ersten Reduzierung nach dem Doha-Abkommen erfolgt ist, bei der die NATO-Militärbehörden dem NATO-Rat vorlegen wollten einen entsprechenden Statusbericht zur Lage der Resolute-Support-Mission und sozusagen zum Sachstand dieser ersten Reduzierung. Wir haben dann letztlich mit unserem Gedankenpapier oder in Orientierung an dieses Gedankenpapier uns intern damit durchsetzen können, dass wir dieses 135-Tage-Assessment der NATO-Militärs dann eben auch genutzt haben, um darauf aufbauend einen politisch-militärischen Ratschlag vorzulegen, der diesen Gedanken einer gemeinsamen Lageanalyse anhand dieser Kriterien, die hier eben entsprechend auch noch mal nachgefragt wurden, wie denn der Stand dann eben sei, dann vorlegen und dann einbringen kann.

Also, das ist ein Zwischenstand in diesem Prozess, bei dem Herr Lucas sich darüber informiert hat sozusagen, wo wir sind, und noch mal ange mahnt hat, dass wir da eben dranbleiben und das eben jetzt auch zügig umsetzen. Das war - - Da waren wir sozusagen schon dabei, das zu erarbeiten, und - genau - haben dann entsprechend eben auch auf dieser Grundlage den Prozess dann so umgesetzt, wie ich es gerade erläutert habe.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Können Sie mir noch mal genau sagen, wer im Auswärtigen Amt dafür zuständig war, also welches Referat?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Für die Erarbeitung der Kriterien, für den kriterienbasierten Ansatz? - Insbesondere das weisungsgebende Referat 201, also Grundsatz- - für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, aber insbesondere auch, also, gleich- - im Prinzip gleichberechtigt das Referat für Afghanistan und Pakistan.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Okay. - Es geht mir hier noch um eine weitere Mail vom 19. Mai 2020 - das ist MAT A AA-4.27, Blatt 105 bis 107 - - in dem - - Da schreiben Sie Ihrem Kollegen E■■■, und da geht es um den Entwurf eines Non-Papers. Das Zitat - - Ich zitiere:

RSM mit seinem TAA-Ansatz ist in AFG ehrlicher Weise nicht der große *game-changer* mit Blick auf die Sicherheitslage. TLB interessiert v. a. US-Kampfeinsatz.

Jetzt meine Frage: Hätte aus Ihrer Sicht damals nur ein weiterer Kampfeinsatz die Taliban zum Einlenken bewegt?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Nein, das ist nicht meine Einschätzung gewesen damals. Mir ging es grundsätzlich hier darum, die Feststellung zu treffen, wie ich es ja auch vorhin bereits gegenüber dem Kollegen von der AfD erläutert hatte, dass nach Analyse der Lageentwicklung in Afghanistan, wenn wir uns angeschaut haben, was eben passiert ist, nachdem durch das Doha-Abkommen die USA ihrerseits Angriffe gegen die Taliban eingestellt haben, sich eben zeigte, dass dieser kinetische Druck, der durch die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Counterterrorism-Mission der USA Operation Freedom's Sentinel ausgeübt wurde, anscheinend schon der entscheidendere Faktor war.

Wir haben natürlich im Rahmen der Resolute-Support-Mission weiterhin auch die afghanischen Sicherheitskräfte ausgebildet und unterstützt darin, selber, aus eigener Kraft heraus dem militärischen Druck der Taliban standzuhalten. Es hat sich aber - - Anhand der Lageanalyse war klar, dass in dem Moment, in dem eben der kinetische Druck durch die USA wegfiel, es zu einer Verschiebung kam hin zugunsten der Taliban und eben der militärischen Kontrolle durch die Taliban. Insofern unterstreicht das vor allem noch mal den Punkt, dass die Arbeit der Resolute-Support-Mission zu diesem Zeitpunkt noch nicht aus militärischer Sicht und in Zielerfüllung des Auftrages aus dem Operationsplan abgeschlossen war und die afghanischen Sicherheitskräfte zu diesem Zeitpunkt nicht den gleichen Druck auf die Taliban ausüben konnten wie eben die Operation Freedom's Sentinel der US-Amerikaner.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Gab es - - War das damals einhellige Meinung innerhalb der NATO-Staaten, oder gab es da auch unterschiedliche Ansichten dazu?

**Zeuge O** **S**: Auch dazu, wie ich bereits im Vorfeld erläutert hatte - - Wir haben im Rahmen der periodischen Missionsüberprüfungen für die Mission Resolute Support, in der ja auch regelmäßig überprüft wurde, wie in einem Zeitraum, also wie in den vergangenen sechs Monaten, die Mission eben die selbst gesetzten Ziele und Unterziele der verschiedenen Ansatzpunkte beim Train, Advise and Assist umgesetzt haben - - war schon die Feststellung immer da, dass da sozusagen immer einfach noch in bestimmten Bereichen der afghanischen Sicherheitskräfte weiterhin diese Unterstützungsleistung notwendig ist, um sie in die Lage zu versetzen, selbstständig die, ja, militärische Lage in Afghanistan stabil zu halten oder selber für Sicherheit zu sorgen in Afghanistan.

**Nicolas Zippelius** (CDU/CSU): Wenn wir noch eine andere Mail anschauen, und zwar vom

19. Mai 2020 - das MAT A AA-4.27, Blatt 105 bis 107 -, da geht es ja darum - - In dieser Mail wird unter anderem über das Thema Glaubwürdigkeit gesprochen, also mit Ihrem Kollegen E. Da geht es darum - Zitat -:

Wir müssten mit der Glaubwürdigkeits-Keule in der Hand dann auch erklären können, warum wir uns z.B. mittel- bis langfristig einer kinetischen post-RSM Präsenz verschließen (bzw. schon jetzt nicht anbieten, mögliche entstehende Lücken bei *critical enablers* selbst zu schließen).

Zitat Ende.

Jetzt mal bezüglich dieses Glaubwürdigkeitszitats oder - - „Glaubwürdigkeits-Keule“, weil wir jetzt auch schon besprochen hatten, Sie ausführlich erklärt haben, wie damals die Meinung innerhalb der NATO-Staaten war. Aber meine Frage, die sich daraus ergibt: War es - - Also, einerseits wurde gesagt, der Truppenabzug wurde an Bedingungen geknüpft, und gleichzeitig ein weiterer Militäreinsatz ausgeschlossen. War das überhaupt - - Also, war es aus Ihrer Sicht unglaublich, wie gesagt, den Truppenabzug an Bedingungen zu knüpfen, aber gleichzeitig den Militäreinsatz auszuschließen? Also, passt es überhaupt zusammen Ihrer Meinung nach, oder hat es zusammengepasst?

**Zeuge O** **S**: Die Bindung an Bedingungen bezog sich für uns ja vor allem darauf, eine Reduzierung der Resolute-Support-Mission eben entsprechend zu verknüpfen mit solchen Bedingungen. Das heißt, dieser „conditions-based approach“ kam ja vor allem da, also in der Phase zum Tragen - - in dem auch noch die Resolute-Support-Mission weiter existierte. Und die Idee dahinter war, dass man eben nur in dem Umfang diese Mission vor Ort in ihrer Ausprägung und ihrer Ausdehnung anpassen sollte, in dem sich eben auch entsprechend auf der anderen Seite tragfähige Fortschritte im politischen und - - also, in den drei zentralen Bereichen des Talibanabkommens entwickelten, nämlich dem politischen Prozess, also insbesondere den intraafghanischen Verhandlungen hin zu einer für beide



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Seiten tragbaren konstitutionellen Ordnung des afghanischen Staates, zum Zweiten bei der Gewaltreduzierung und zum Dritten dem Punkt, bei dem sich die USA ja eben auch besonders stark drauf konzentriert haben, den Zusagen der Taliban - - eben dafür zu sorgen, dass Afghanistan in Zukunft kein Rückzugsraum für Terroristen würde erneut, die sich halt in ihrem Agieren gegen die USA oder ihre Verbündeten drehen konnten. Das war der Bezugspunkt für diesen konditionierten Ansatz: Anpassung, Rück- - bzw. eine mögliche Reduzierung der Präsenz nur in quantifizierbarer, zufriedenstellender Gegenleistung in diesen Bereichen.

Die Frage der Glaubwürdigkeit hier ist in einem sehr spezifischen Kontext zu lesen, nämlich bei der - - Also, hier ging es - - In diesem Austausch, der ja auch sehr zugespitzt formuliert war, in einem sehr direkten Verhältnis mit meinem Vorgesetzten ging es um die Frage, welche Argumentationslinie - - und hier eigentlich schon, in welcher Nuance wir bestimmte Elemente in unsere Argumentationslinie in unserem Gedankenpapier verorten wollten. Dieses Gedankenpapier war ja dafür gedacht, dass wir im NATO-Rahmen, innerhalb der Diskussion im NATO-Rat, einen Bezugspunkt zur Verfügung stellen konnten, um zu sagen: Aus diesen Gründen ist es wichtig, diesen Ansatz, wie wir ihn vorschlagen, zu verfolgen.

Und die Diskussion hier, im Kontext dieses spezifischen Mail-Austausches, bezog sich eben unter anderem auf die Frage, inwiefern das weitere Vorgehen und die Notwendigkeit mit der Glaubwürdigkeit der Allianz verknüpft werden sollte.

Und die Punkte, die ich hier in diesem Zusammenhang angeführt habe, habe ich deswegen angeführt, weil uns natürlich klar sein musste, dass in dem Moment, in dem wir dieses Gedankenpapier als Referenz zirkulieren und entsprechend andere Nationen sich dazu positionieren, wir schauen müssen, dass wir auf der einen Seite unseren Punkt sehr deutlich rüberbringen, aber auf der anderen Seite natürlich weiter eine Balance wahren, die den Zusammenhalt der Allianz und eine mögliche positive Aufnahme unserer Punkte ja auch nicht komplett verbauen. Deswegen ging es mir darum, hier die Risiken zu minimieren bei

den Formulierungen, bei der entsprechenden, ja, Tragweite und Deutlichkeit, mit der wir bestimmte Punkte in diesem Papier anbringen wollten.

Und da erschien es mir eben, dass die Art und Weise, wie zu diesem Zeitpunkt des Papiers, das mir übrigens auch jetzt hier nicht vorliegt - - Das war ein Zwischenstand am 19. Mai - lese ich aus diesem Kontext hervor -, dass ich eben den Eindruck hatte, dass wir diesen Punkt der Glaubwürdigkeit, der grundsätzlich wichtig war und der auch weiter in dem Papier auftaucht, am Ende ein Stück weit zu stark und zu überspitzt auf eine zu breite Wirkung hin untergebracht hatten. Und darum ging es mir, das sozusagen anzumerken und darauf hinzuweisen, dass wir hier die Balance ein wenig anders wählen sollten, was wir, glaube ich, dann am Ende eben auch getan haben.

**Nicolas Zippelius (CDU/GSU):** Okay, also Sie sagen, das war quasi zugespitzt in diesem vertrauensvollen Verhältnis, in dem dieser Austausch dann stattgefunden hatte. So ist es zu verstehen. - Also, weil ich hatte mich jetzt gefragt, wenn ich das lese - - Im Vorfeld war bei mir so der Gedanke angesichts der Überlegung, die Sie äußern, wenn man das objektiv liest, ohne quasi die - ich weiß nicht; von diesem persönlichen Verhältnis kann man ja nicht rauslesen - - Deswegen war für mich der Gedanke, ob dieser - - ob das, was Sie in dieser Mail skizzieren, der Ansatz einer Konditionierung des Truppenabzugs, ob das - - wie Sie das grundsätzlich eigentlich gesehen haben - - weil das lässt natürlich, wenn man das so liest - - findet dann schon die Erwägung statt, dass Sie Zweifel daran gehabt haben könnten.

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Nein, überhaupt nicht. Ich glaube, dass die Verbindung mit einem konditionierten Ansatz der einzig sinnvolle Weg war, in irgendeiner Form zu einem verantwortungsvollen Abzug zu gelangen, der in Abhängigkeit von substanziellen Schritten in den Bereichen erfolgen musste, die eben wichtig waren, um nach einem Abzug Afghanistan nicht wieder in einen Zustand verfallen zu sehen wie vor der Präsenz.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Noch mal: Mir ging es in diesem Mailwechsel darum, die Argumentationslinie unseres Gedankenpapiers, das ja genau dazu dienen sollte, einen Konsens zu schaffen und ein positives Momentum dafür zu erzeugen, dass auch andere Alliierte sich unserer Argumentationslinie anschließen konnten - - bestimmte Elemente in einer Art und Weise darzulegen und in Abhängigkeit zu bringen zu diesem konditionierten Ansatz, die eben auch tragfähig und konsensfähig waren.

Wenn ich mich richtig entsinne, war die Frage zu der Glaubwürdigkeit die, dass wir am Anfang dieses Gedankenpapiers unter anderem den Punkt setzen wollten und es eben auch entsprechend getan haben, dass die Art und Weise, wie wir unsere Präsenz in Afghanistan gestalten und handhaben, eben auch einen fundamentalen Rückbezug darauf hat, auf die Glaubwürdigkeit der Allianz. Und das ist natürlich im Kern erst einmal richtig.

Zu dem damaligen Zeitpunkt, um den es in diesem Mailaustausch ging, war das allerdings noch nach meinem Dafürhalten ein wenig zu zugespitzt formuliert gewesen, sodass wir hier gegebenenfalls das Problem gehabt hätten, wenn wir diese - also, ich habe, wie gesagt, die damalige Version des Schreibens nicht vor- - auf die ich mich hiermit bezogen habe - - sodass wir da nach meinem Dafürhalten uns vielleicht keinen Gefallen damit getan hätten, das Gedankenpapier in dieser Form vorzustellen, sondern speziell diesen Querverweis auf die Glaubwürdigkeit der Allianz ein wenig anpassen sollten, um halt stärker zu fokussieren auf die Glaubwürdigkeit mit Blick auf die Krisenoperation und die Art und Weise, wie die NATO eben solche Krisenoperationen durchführt und perspektivisch eben auch zu einem Ende bringen will; denn solche Krisenoperationen sind ja eigentlich nicht darauf ausgelegt, für immer zu laufen.

Und mir erschien es hier in diesem - - also in der Iteration des Papiers, die hier noch maßgeblich war, so, als wenn wir diesen Glaubwürdigkeitsgedanken über diesen Missionsrahmen hinaus, über die Frage des Krisenmanagements im Rahmen der NATO hinaus aufgeladen hatten, was

mir ein Stück zu weit ging. Und da wolle ich einfach vor warnen. Das war auch Teil meiner Aufgabe, das eben in diesem Zusammenhang zu tun, darauf hinzuweisen, wenn aus meiner Sicht wir an bestimmten Punkten in unserer Argumentation vielleicht Angriffsfläche bieten könnten gegenüber Dritten, die vielleicht das dann als Gelegenheit nehmen wollen würden, um uns zu hinterfragen, darauf hinzuweisen. Das habe ich hier eben in dieser entsprechend zugespitzten Form versucht zu tun.

**Nicolas Zippelius (CDU/CSU):** Ich bedanke mich. - Und wenn jemand von meinen Kollegen noch eine Frage hat, gebe ich weiter. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich danke Ihnen. - Dann geht das Fragerecht an die Grünen, zu Herrn Kollegen Wagener.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Thema NATO-Folgemission. Unter Trump gab es immer unangekündigte Alleingänge. Außenminister Blinken hat dann immer Heiko Maas immerhin zwei Tage vor der öffentlichen Ankündigung darüber informiert, dass der US-Truppenabzug tatsächlich passieren soll, nämlich zum 11. September, wie hier vorhin auch schon mal angesprochen war.

Kurz nachdem diese Information gelaufen ist, war NATO-Rat, und am 19.05.21 gab es eine breite Unterstützung für eine Fortsetzung des NATO-Engagements in Afghanistan. Ich lese das mal vor, was da zusammengefasst wurde dazu in MAT A AA.4-48, Blatt 31. Das ist einfach das DKOR über die Sitzung.

Unter dem Eindruck einer sich weiter verschlechternden Sicherheitslage sowie eines festgefahrenen Friedensprozesses ... verdeutlichte der Austausch eine breite Unterstützung für ein fortgesetztes NATO-Engagement in und mit Afghanistan - aufbauend auf den drei Pfeilern (1) zivile Präsenz, (2) Finanzierung kritischer Infrastruktur in Kabul sowie (3) Training und Fortbildung afghanischer Sicherheitskräfte außerhalb



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Afghanistans. Wortnehmende Nationen unterstrichen dabei Notwendigkeit, auf diese Weise ein politisches Signal der anhaltenden Unterstützung Afghanistans zu setzen sowie bisherige Errungenschaften nach Möglichkeit zu wahren.

Also, in dem DKOR ist ja schon festgehalten: sich immer weiter verschlechternde Sicherheitslage in Afghanistan. Die Taliban hatten ja auch bereits etliche Distrikte hinzugewinnen können. Der Druck auf die Provinzhauptstädte stieg zu dem Zeitpunkt.

Und jetzt einfach nur mal, um das zu verstehen, was da der Diskussionspunkt war: Unter welchen Umständen, unter welchen Sicherheitsumständen oder welchen Entwicklungsumständen in Afghanistan hätte sich die Bundesregierung ein solches weiteres NATO-Engagement vorstellen können in Afghanistan, so wie es beschrieben war? Ist man damals tatsächlich davon ausgegangen, dass es noch zu dem Szenario inklusive Regierung kommen könnte, wo man dann das Szenario gemacht hätte? Oder war das tatsächlich NATO-Präsenz auch unter Talibanherrschaft, wie es in dem Szenario geschildert war?

Und das Letzte, einfach nur um dieses Szenario mal wirklich zu beschreiben, dass ich es einfach nur klar habe: Habe ich es richtig verstanden, dass diese Mission ohne NATO-Soldaten in Afghanistan durchgeführt werden sollte, die da beschrieben ist? Und wie war da die Vorstellung, nachdem es vorher ja schon die Schwierigkeiten mit NATO-Soldaten in Afghanistan gab, jetzt eine Verschlechterung der Sicherheitslage und dann eine Planung für eine Mission ohne NATO-Soldaten? Das verstehe ich nicht.

**Zeuge O** ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■ : Vielleicht fange ich mit dem letzten Punkt mal an. Eine NATO-Mission wurde nicht geplant.

(Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Engagement“, hieß es!)

- Ein Engagement, genau. Das ist aber ein wichtiger Unterschied. Verzeihung!

Wir hatten bereits während der Präsenz von Resolute Support in Afghanistan - - hatte die NATO bereits vor Ort das sogenannte Büro des Senior Civilian Representatives, wie gesagt, des höchsten zivilen Vertreters des Generalsekretärs in Afghanistan. Und einer der Stränge, die wir eben auch nach einer Beendigung von Resolute Support als einen sinnvollen Ansatzpunkt identifiziert hatten, um die Beziehungen zu Afghanistan insbesondere auf diplomatischer Ebene und auch die politische Zusammenarbeit mit Afghanistan, die ja zwischen der NATO und Afghanistan auch parallel zu Resolute Support existierte, fortzusetzen, war eben, die Präsenz dieses Senior-Civilian-Representative-Büros dahin gehend auszubauen, aufzubauen, um halt da noch mal mit einem stärkeren rein zivilen Footprint die bilateralen Beziehungen der NATO mit Afghanistan in dieser Dimension zu pflegen. - Also das vielleicht nur zu dieser Frage Präsenz ohne NATO-Soldaten.

Das ist korrekt. Das sollte eben keine militärisch - - also eine Präsenz sein ohne militärische Komponente, rein zivil eben entsprechend, um dann in dem Bereich mit der afghanischen Regierung weiterarbeiten zu können, die aus Sicht der NATO und aus Sicht der afghanischen Regierung eben notwendig war.

Sie haben ein ganzes Paket von Fragen gestellt. Vielleicht könnten Sie mir die anderen noch einmal kurz wiederholen.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Unter welchen Umständen hätte sich die Bundesregierung dieses Engagement vorstellen können, und war das eine Planung, die davon ausging: inklusive Regierungsszenario in Afghanistan oder Talibanherrschaft?

**Zeuge O** ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■ : Das Szenario, unter dem wir innerhalb der NATO - - unter dem die NATO dieses Szenario geplant hat, war das, in dem die afghanischen Regierungskräfte in der Form existierten, in der wir sie halt eben auch zu diesem Zeitpunkt noch als unsere Ansprechpartner in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Afghanistan vorgefunden haben. Auf dieses Szenario war diese Planung auch ausgelegt.

Inwiefern diese Präsenz sich im Falle einer politischen Einigung der Taliban mit der afghanische Regierung - - wie gesagt, wie wir aus heutiger Sicht wissen, ein theoretisches Konstrukt, aber damals eben zumindest theoretisch in irgendeiner Form noch denkbar, weil der politische Prozess noch nicht vollkommen zum Erliegen geraten war zu diesem Zeitpunkt - - wäre mit Sicherheit ein Punkt gewesen, den man dann, wenn sich eine solche Entwicklung ergeben hätte, noch einmal neu hätte prüfen müssen. Das ist von vornherein eingepreist und ist in dieser Form - - halt aber hat sich diese Frage nicht gestellt, weil unser Ansprechpartner zu dem damaligen Zeitpunkt die afghanischen Regierungsstellen waren, mit denen wir auch unter Resolute Support zusammengearbeitet haben. Und dementsprechend war das auch die Grundlage für die Ausplanung des Post-RSM-Engagements in der Form, wie es in diesem DKOR dargestellt war.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Kannten Sie denn zu dem Zeitpunkt die Wahrscheinlichkeitsszenariobetrachtungen, die auch im BMVg zum Beispiel angestellt wurden und vom BND über die Entwicklung in Afghanistan und wie wahrscheinlich welches Szenario ist inklusive Regierung, Bürgerkrieg, Talibanherrschaft?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Ich kann mich nicht genau daran erinnern, ob ich dieses Szenario mit diesen Wahrscheinlichkeitsrechnungen zu dem Zeitpunkt vorliegen hatte; aber es war grundsätzlich klar, dass die Lage in Afghanistan sich in verschiedene Richtungen fortentwickeln könnte. Und das war ja eben auch einer der Beweggründe, warum wir nach Abzug der internationalen Militärpräsenz eben einen solchen Wert darauf gelegt haben, zu versuchen, im Rahmen der verbleibenden Mittel zu einer Stabilisierung und Unterstützung der afghanischen Regierung weiterhin beizutragen, auch im NATO-Rahmen, soweit das eben möglich war.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Eine kurze Frage dazu noch, und dann gleich

noch ein anderer kleiner Komplex. - Die kurze Frage nur: Wenn Sie eben über Abzugspläne und solche Dinge gesprochen haben, meinen Sie aber immer den militärischen Abzug aus Afghanistan? Die NATO-Betrachtungen umfassen nicht etwaiges irgendwie ziviles Personal, was auch von NATO-Mitgliedstaaten eingesetzt ist, oder? Ortskräfte sind nicht Gegenstand der Betrachtungen. Oder sind die irgendwie mit drin?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Die Abzugsplanungen bezogen sich in der Tat auf den Abzug der militärischen Präsenz der Resolute-Support-Mission. Ja.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Und dann habe ich noch einen letzten Frageteil. Da geht es um die Abhängigkeit von US-Fähigkeiten beim Einsatz in Afghanistan.

Sie haben als Vorbereitung für den Botschafterwechsel im August 2020 an der Ständigen Vertretung aufgeschrieben - das ist MAT A AA-4.23, Blatt 24 -:

- NATO nicht Verhandlungspartner, hat Abkommen nie formell anerkannt. Wäre gleichwohl bei US-Abzug (insb. *critical enabler*) ebenfalls zum Abzug gezwungen.

Ähnliche Einschätzungen tauchen auch in verschiedenen anderen Papieren auf, in einem Sachstand vom November 2020 zum Beispiel - MAT A AA-8.285, Blatt 285 -:

**Eine seriöse Einschätzung auf die möglichen Auswirkungen der US-Truppenreduktion auf die DEU Präsenz** ist erst möglich, sobald Klarheit darüber besteht, welche US-Fähigkeiten beibehalten werden. ... Aus nationaler Sicht sind die Bereiche Intel/Lagebild, taktischer Lufttransport und in-extremis support kritische Bereiche, die auch nur ansatzweise militärisch nicht kompensiert werden können.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Können Sie noch mal kurz erläutern, was genau dann mit den Critical Enablern da gemeint ist, was die Faktoren sind, die nicht ausgeglichen werden können?

Und nur einmal noch zur Klarstellung: Verstehe ich das richtig, dass eine Weiterführung des NATO-Einsatzes tatsächlich ohne die USA nicht möglich gewesen wäre nach der Einschätzung und das vielleicht auch dazu geführt hat, dass die Amerikaner bilateral alles machen konnten, was sie gemacht haben, weil es schlicht ausschließlich auf sie ankam dafür?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Bei den kritischen Fähigkeiten - Sie hatten bereits einige angesprochen - geht es in der Tat um spezifische Fähigkeiten, die insbesondere durch die USA vor Ort zur Verfügung gestellt und umgesetzt wurden. „Kritische Fähigkeiten“ umfasst eine Reihe von Elementen, in der Tat das, was Sie gerade genannt hatten. Es geht um medizinische Notfall-evakuierung. Es geht um den Lufttransport innerhalb Afghanistans. Es geht um die Frage einer In-extremis-Luftnahunterstützung, militärnachrichtendienstliche Aufklärung, Luftaufklärung usw. usf.

Das waren Bereiche, bei denen die USA in der Tat Fähigkeiten gestellt haben, die so nicht ohne Weiteres nach meinem Kenntnisstand durch andere Alliierte hätten kompensiert werden können, sodass wir in diesem Punkt natürlich abhängig davon waren, in welchem Umfang die USA diese Fähigkeiten zur Verfügung stellen konnten, um eben auch das Agieren, die Präsenz und das Agieren im Raum und den Schutz der Kräfte der NATO-Alliierten sicherzustellen.

Genau aus diesem Grund richtete sich unser Blick mit, mit - - also zu den Zeitpunkten, bei denen dann die USA uns ja zu unterschiedlichen Zeitpunkten darüber informierten, erneut die eigene Präsenz vor Ort zu reduzieren, immer auch sehr schnell auf die Frage: Sind diese kritischen Fähigkeiten in einem Umfang weiter gegeben, um die sichere Durchführung der Mission weiter zu ermöglichen? Das wurde uns zugesichert durch den Oberbefehlshaber der Resolute-Support-Mission, der zugleich Oberbefehlshaber

der national geführten US-amerikanischen Counterterrorism-Mission war in Personalunion, dass das möglich war auch mit der zuletzt dann auf 2 500 US-Soldaten reduzierten Präsenz in Afghanistan, natürlich dann eben in angepasster Form, sodass das eben auch Auswirkungen hatte darauf, auf den Umfang, in dem zum Beispiel der „Train, Advise and Assist“-Einsatz dann noch umgesetzt werden konnte, aber im Grundsatz so, dass die Präsenz der Mission weiter in diesem Speichenmodell, wenn auch auf minimaler Ebene, fortgesetzt werden konnte.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gerade noch mal die Nachfrage, weil Sie eben gesagt haben: konnte nicht ohne Weiteres ausgeglichen werden. - In dem Dokument hier steht drin: kann nicht ansatzweise militärisch kompensiert werden.

Also, wäre es irgendwie möglich gewesen, das militärisch zu kompensieren, oder ist tatsächlich hundertprozentige Abhängigkeit von diesen Critical Enablern?

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Dazu müsste ich mir das Dokument noch einmal vorzeigen lassen. Wenn ich darum bitten dürfte. - Danke.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge O** ■ ■ ■ ■ **S** ■ ■ ■ ■: Vielen Dank für die Vorlage. - Ich sehe, dass das ein Sachstandsdokument ist - das schließe ich aus der Formatierung -, nicht durch mich selbst erstellt wurde. Das heißt, ich war im Zweifelsfall Empfänger dieses Sachstandsdokumentes. Hier scheint die Information - ich bin mir nicht sicher, aus welcher Quelle das genau gezogen wurde für diesen Sachstand - in der Tat zu der Einschätzung zu kommen, die Sie gerade dargestellt haben, dass das eben nicht auch nur ansatzweise militärisch kompensiert werden könnte. Ich selbst bin in meiner Funktion im Rahmen der Politischen Abteilung der NATO bis ins letzte Detail zu diesen Punkten nicht involviert gewesen. Dazu kann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen im Zweifelsfall ein Experte aus dem Verteidigungsministerium vermutlich gezielter Auskunft geben, inwiefern wir zum Beispiel in der Lage gewesen wären, in einzelnen Aspekten hier vielleicht bestimmte Kompensierungen durchzuführen oder nicht.

Hier in diesem Sachstand - in der Tat - lese ich das auch so, wie Sie es gerade vorgetragen haben, dass man zu dem Schluss gekommen zu sein scheint, dass es eben nicht ansatzweise kompensierbar war.

Unabhängig davon kann ich aber bestätigen, dass in der Tat die Abhängigkeit und die Wechselwirkungen des Umfangs der US-seitig gestellten Critical-Enabler-Fähigkeiten ein entscheidender Faktor für die Bewertung waren, inwiefern Resolute Support weiter umgesetzt werden könnte.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Und dann zuletzt noch die Frage, weil Sie gerade angesprochen haben, dass Sie in der Politischen Abteilung eben tätig waren. Das betrifft die politischen Diskussionen, die geführt wurden im Kontext der NATO. Hatten Sie den Eindruck, dass die zumindest extrem weitgehende Abhängigkeit - je nachdem, zu welcher Bewertung man da kommt - Auswirkungen auf die Überzeugungskraft hatte, die Amerikaner zu anderen als den einseitigen Vorgehensweisen zu bewegen innerhalb der NATO? Also, gab es schlicht eine Motivation, sich darauf einzulassen, mit den Bündnispartnern die Abstimmung zu suchen, oder hatte es Auswirkungen auf das US-Verhandlungsverhalten, dass sie diejenigen waren, die die Fähigkeiten hatten?

**Zeuge O ■■■ S ■■■■:** Ich versuche gerade noch, für mich zu identifizieren, wie genau diese Frage gemeint ist. - Also die - - Dass die Abhängigkeit bestand, war in der NATO und in den Diskussionen im NATO-Rat allen klar. Dass es im Umkehr- - Dass es auch so ist, dass man im Rahmen dieser Allianz letztlich davon abhängig ist, diese Entscheidung in einem Konsens gemeinsam zu fällen, war auch klar. Es gibt keine Zwangsmechanismen, eben in irgendeiner Form einen einzelnen Alliierten dazu zu bringen, eine solche Fähigkeit zu stellen oder nicht zu stellen gegen

den Willen. Das ist auch nicht so ausgelegt logischerweise.

Entsprechend folgte daraus natürlich die Situation, dass in dem Moment, in dem es in diesem Bereich zu, über eine kritische Schwelle hinaus, einer Abschmelzung gekommen wäre, was es ja nicht ist - das muss man auch noch mal klarstellen -, natürlich Fakten geschaffen worden wären, die dann eben entsprechend nur dadurch aufge- - also kompensiert werden hätten können, indem man - - indem jemand anders gefunden worden wäre, der diese Fähigkeiten dann gestellt hätte.

Ja, aber das hat nicht dazu geführt, dass, also zumindest nicht nach meiner Wahrnehmung in der Zeit, in irgendeiner Form die Dynamik abgeschwächt wäre oder worden wäre, in der man versucht hat, eben entsprechend zu einem Konsens innerhalb der Allianz zu gelangen, zu einem kriterienabhängigen Ansatz zu kommen und sich wegzubewegen von diesem lageabhängigen\* Ansatz. Es war ein Faktor, den man bedenken musste, und der vor allem eben eine - wie soll ich sagen? - - dem Zeitpunkt - - oder die einen kritischen Bezugspunkt setzte für die Frage, wie lange grundsätzlich die Mission noch in der Form, in der sie damals existierte, weitergeführt werden konnte. Aber sie hat sich nicht übertragen nach meiner Einschätzung und nach meiner Erfahrung damals in ein Abschwächen der Forderung danach, zu einem konditionierten Einsatz zurückzukehren, auf den man sich gemeinsam einigt.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Aber das verstehe ich jetzt insofern nicht, weil Sie gesagt haben, es hat nicht die Dynamik abgeschwächt, zu einem konditionierten Ansatz gemeinsam zu kommen in der Diskussion. Aber vorhin, aus den bisherigen Ausführungen habe ich entnommen, dass diese Dynamik vielleicht bei anderen Partnern insgesamt da war - und bei der Bundesregierung -, aber diese Dynamik bei den USA eigentlich gar nicht da war. Habe ich das richtig verstanden? Dass es bei den anderen sich vielleicht nicht abgeschwächt hat, aber jedenfalls auch bei den USA nicht zu irgendeiner Form von Dynamik geführt hat, sondern - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge O** [REDACTED] **S** [REDACTED]: Das ist korrekt.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Danke. - Dann wechselt das Fragerecht zur AfD-Fraktion.

**Hannes Gnauck** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr S [REDACTED], Sie erhielten am 9. September 2020 eine eher kritische Rückmeldung auf einen von Ihnen verfassten Drahtbericht zum Treffen der RSM-Partner im Nordatlantikrat. Absender der Rückmeldung war Herr Jan van Thiel, damals noch politischer Berater des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam. Herr van Thiel versuchte offenbar, so ein bisschen - ich würde mal sagen - zwischen den Zeilen Ihres Berichts zu lesen. Als Schwachstelle der NATO-Erwägungen und hier wahrscheinlich insbesondere der deutschen Position notierte er, dass die politische Behauptung, man wolle durch bleibende Truppenpräsenz den militärischen Hebel in Afghanistan in der Hand behalten, sich von der tatsächlichen militärischen Lage ja - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Entschuldigung, Herr Abgeordneter. Sie waren nicht zugegen, als ich drum gebeten habe, dass zu Beginn festgestellt wird, aus welchem Dokument zitiert wird.

**Hannes Gnauck** (AfD): Kommt noch. Das ist ja noch die Feststellung. Das ist ja noch gar nicht das Zitat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner**: Gut.

**Hannes Gnauck** (AfD): Van Thiel schrieb Ihnen wörtlich - Zitat MAT A AA-4.27;

(Heiterkeit)

man braucht bloß die richtige Führung; Blatt 153; Zitat -:

Das mil. Engagement scheint mir rein instrumentell in Unterstützung des Verhandlungsansatzes gedacht zu werden („mil. Hebel in der Hand behalten“) und dabei

völlig losgelöst von der tatsächlichen Wirksamkeit im Feld (wir wirken doch direkt und indirekt kaum mehr und gegenwärtig immer weniger) betrachtet und entsprechend

- und jetzt kommt es -

gnadenlos überschätzt zu werden.

Nun haben wir in den Dokumenten leider keine Antwort von Ihnen gefunden. Und deswegen die Frage: Können Sie sich noch erinnern, was Sie Herrn Thiel oder ob Sie Herrn Thiel geantwortet haben?

**Zeuge O** [REDACTED] **S** [REDACTED]: Vielen Dank. - Ich hatte dazu eine kurze Rücksprache mit meinem weisungsgebenden Referat, das, wenn ich mich richtig erinnere, auch in Kopie beteiligt war bei diesem Mailwechsel. Ich - - Bevor ich mir das Dokument jetzt deswegen vorlegen lasse, vertraue ich darauf, wenn Sie mir sagen, dass 201 auch in Kopie beteiligt war, das entsprechend zu bestätigen.

**Hannes Gnauck** (AfD): Nein.

**Zeuge O** [REDACTED] **S** [REDACTED]: Dann habe ich das im Nachgang weitergeleitet an den Kollegen und mit ihm darüber gesprochen. Der Kollege aus dem Referat 201 hatte mir gesagt, dass er das mit Herrn van Thiel aufnehmen wollte. Und dabei haben wir es dann auch belassen. Er hat sich dann mit Herrn van Thiel dazu in Verbindung gesetzt, wurde mir gesagt.

**Hannes Gnauck** (AfD): Zur grundsätzlichen Lageeinschätzung von Herrn van Thiel: Also, hätten Sie ihm damals zugestimmt oder grundsätzlich anders gesehen?

**Zeuge O** [REDACTED] **S** [REDACTED]: In diesem Zusammenhang müsste ich mir dann das Dokument doch noch mal vorlegen lassen, da der Text ja ein wenig umfangreicher war. - Vielen Dank.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dass der Konnex dazu bestand, dass wir natürlich das militärische Engagement in Unterstützung des Verhandlungsansatzes gedacht haben, hatte ich ja in Beantwortung zahlreicher Fragen bereits herausgestellt. Das ist ja genau der Punkt, den wir versucht haben auch durch diesen kriterienbasierten „conditions-based approach“, eine Rückführung auf einen substanziierten „conditions-based approach“ zu erreichen, dass wir die NATO-Präsenz oder die Präsenz der internationalen Militär- - oder die internationale Militärpräsenz - so ist es richtig; Entschuldigung - - Die Aufgabe derselben war ja, dass das Kernziel der Taliban und auch sozusagen, dass das Hauptzugeständnis, wenn Sie so wollen, aus diesem Doha-Abkommen, das bis - - innerhalb dieses Zeitraumes, der dort festgelegt worden war - - die internationale Präsenz aus Afghanistan zurückgezogen werden sollte.

Unser Argument war es von Anfang an, dass dies nur erfolgen dürfe, wenn eben im Gegenzug - und so wird es ja hier auch dargestellt - der Verhandlungsansatz, der ebenfalls in diesem Doha-Abkommen festgelegt war, substantielle Fortschritte erzielen würde. Das war genau das, wofür wir uns eingesetzt haben.

Insofern ist diese Querverbindung grundsätzlich richtig, dass wir gesagt haben: Anpassung dieser Militärpräsenz nur in Verbindung mit Fortschritten in diesen substantiellen politischen Bereichen, beim Counterterrorism und bei einer Gewaltreduzierung, den drei Bereichen des US-Taliban-Abkommens, die sozusagen diesem Abzugsgedanken gegenüberstanden.

Und in dieser Form ist es durchaus richtig gesehen. Ich sehe aber trotzdem, dass - - also, ich würde mich in dieser Schärfe und letztlich in dieser Wirkung oder dieser Schlussfolgerung in der letzten Konsequenz - - schließe ich mich dem - - habe ich mich auch damals nicht angeschlossen.

Selbstverständlich - und das habe ich ja auch bereits dargestellt - hatte die Resolute-Support-Mission in ihrer Unterstützung der afghanischen Kräfte ihren Auftrag noch nicht vollständig er-

füllt. Wie aus unterschiedlichen Missionsüberprüfungen im Rahmen der NATO ja auch hervorgeht, gab es weiterhin Bereiche, in denen die Unterstützung der afghanischen Kräfte durch Resolute Support angezeigt und als notwendig erachtet wurde.

Insofern kann man durchaus zu dem Schluss kommen, dass die Schlagkraft der ANDSF zu dem Zeitpunkt nicht so war, wie vielleicht als Zielpunkt angedacht. Aber mir erscheint die Einschätzung hier doch sehr überspitzt, und ich hätte sie vermutlich nicht in dieser Art und Weise so formuliert.

**Hannes Gnauck (AfD):** Mhm. - Also, ich sage mal: Wenn man sich vor Augen führt, dass zu diesem Zeitpunkt ja gar keine Ausbildung mehr außerhalb des Camps erfolgt und auch Bewegungsfreiheit ja im Raum sehr eingeschränkt war und man sich ja eigentlich nur noch mit irgendwelchen Leihmaschinen von Camp zu Camp bewegt hat, mit Helikoptern, und Patrouillen eigentlich nur noch von belgischen Kräften oder US-amerikanischen Kräften durchgeführt wurden und nicht mehr von deutschen Soldaten, dann kann ich zumindest diese Aussage verstehen.

Inwieweit flossen denn auf der politischen Ebene bei Ihnen jetzt in Brüssel und bei der Bundesregierung auch - ich sage mal - die Erkenntnisse der Soldaten vor Ort in Entscheidungen ein? Denn wir sprachen ja eben - die Frage kam, glaube ich, von der Fraktion der Grünen - auch vom Fähigkeitsprofil der Amerikaner und wie das deutsche Kräfte vielleicht hätten kompensieren können. Wenn ich da mal an Luftnahunterstützung denke, Gunship, also irgendwelche asymmetrischen Kräfte treten an auf ein Lager: Das kann ja im Prinzip nur durch Luftnahunterstützung verhindert werden oder eingedämmt werden. Diese Fähigkeiten haben die Deutschen ja gar nicht gehabt.

Wenn wir ein anderes Beispiel nehmen: Drohnen. Drei amerikanische Drohnen leuchten nach „MeS“ rein und nach Kabul, und hinzu kommt natürlich eine deutsche unbewaffnete Drohne. Zu diesem Zeitpunkt war es ja gar nicht möglich, deutsche Drohnen überhaupt zu bewaffnen. Also



## Nur zur dienstlichen Verwendung

deswegen glaube ich schon, dass eigentlich die Fähigkeiten der Amerikaner gar nicht hätten aufgefangen werden können durch Deutsche, durch deutsche Kräfte oder durch deutsches Material, durch deutsche - - ja, durch deutsches Engagement.

Inwieweit - jetzt noch mal die Frage -, inwieweit flossen - - oder: Wie fließen denn - - Wie fließt denn das generierte Wissen der Soldaten vor Ort in den Entscheidungsprozess der Bundesregierung ein?

**Zeuge O** **S**: Also, wie ich ja auch gerade in der Beantwortung der letzten Frage dargestellt habe, ist eines der Beispiele, wie eine entsprechende Einschätzung an uns herangetragen wird, zum Beispiel die im Rahmen einer Vorbereitung von solchen Gesprächen mit solchen Sachstandselementen wie das, was mir gerade vorgelegt wurde. Da ist ja eben entsprechend auch eine entsprechende Bewertung mit einbezogen worden.

Für die Bewertung oder für die Operationalisierung der Resolute-Support-Mission gab es, wie gesagt, vorgefertigte Strukturen und Mechanismen im Rahmen der NATO. Dazu gab es regelmäßige Berichtsstrukturen, die von der taktischen Ebene im Feld ihren Ausgang genommen haben mit einem entsprechenden Textentwurf, in dem die Lage vor Ort dargestellt und entsprechend in Abgleich der im Operationsplan festgelegten Ziele bewertet wurde. Dieses Dokument wurde dann an das Joint Forces Command in Brunssum, das eben taktisch zuständig war für die Leitung oder für die Führung der Mission, unter anderem eben Resolute Support, weitergegeben, wurde dort mit einem entsprechenden Chapeau versehen. Dieses Dokument wurde dann wiederum weitergegeben an das Hauptquartier in Mons von SHAPE, entsprechend auch noch mal weiterverarbeitet und ergänzt, und floss dann als Gesamtprodukt in die militärische Komiteearbeit der NATO mit ein, wo das dann als Erstes von den militärischen Vertretern der deutschen militärischen Vertretung mit ihren Counterparts in den übrigen Ständigen Vertretungen innerhalb der NATO mit einem militärischen Ratschlag versehen wurde. Das heißt, die Gesamtheit dieser

Information wurde dann eben ergänzt durch die militärischen Überlegungen und Schlussfolgerungen des militärischen Komitees der NATO, die dann entsprechend dort verhandelt und konsentiert wurden.

Als letzter Abschnitt dieser militärischen Überlegungen, also dieses militärischen Ratschlages, standen dann Schlussfolgerungen und Empfehlungen an den NATO-Rat, wie vor diesem Hintergrund die Mission angepasst werden sollte. Das Ganze wurde danach übergeben an das Komitee für Operationspolitik, das heißt auf der politischen Seite der NATO, und wurde dann mit einem zusätzlichen politischen Ratschlag für die politische Ausrichtung dieser Mission versehen.

In dieser Gesamtheit, in der dann am Ende dieser politisch-militärische Ratschlag, aufbauend auf all den darunterliegenden, bereits konsentierten Dokumenten, verhandelt wurde, kam am Ende ein Produkt heraus, bei dem eben auf Grundlage all dieser Informationen Schlussfolgerungen gezogen wurden für die Weiterentwicklung der Mission, für die Ausprägung der Mission, für Aktionen, die dem NATO-Rat zur politischen Billigung vorgelegt wurden. Das wurde dann im Rahmen eines Verschweigeverfahrens durch verschiedene Instanzen halt dann entsprechend so eingesteuert, dass der NATO-Rat am Ende, darauf aufbauend, wenn er denn eben zustimmen wollte auf Botschaferebene, das dann auch tat.

Bei diesem Abstimmungsprozess sind zu diversen Zeitpunkten immer wieder die Rückkopplungen auch gestellt zu den verschiedenen Entscheidungsträgern in Berlin und in den verschiedenen Ressorts, die dann bei den Verhandlungen, bei der Konsentierung dieser Schlussfolgerungen, aber auch bei der Zusteuerung von eigenen Informationen und dem eigenen Lagebild in die Diskussion halt involviert und engstens beteiligt sind.

**Hannes Gnauck (AfD)**: Man bekommt immer so den Eindruck, wenn man halt mit Soldaten spricht oder mit damals handelnden Militärs - ich überspitze ein bisschen -: Jeder wusste es, wie es läuft, aber die politische Führung handelt eben nicht nach diesen Ratschlägen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Noch mal zu einer Nachfrage des Vorsitzenden vorhin, und zwar nach dem grundsätzlichen Abzug. Wir haben ja über die Szenen am Kabuler Flughafen gesprochen, und Sie meinten, dass natürlich das dann nichts mehr mit einem militärisch geordneten Rückzug oder mit der militärischen Operation zu tun hatte; denn da waren ja NATO-Truppen gar nicht mehr in Afghanistan stationiert, und das könne man quasi aus militärischer Sicht eigentlich gar nicht bewerten bzw. als militärische Operation sehen, da diese unhaltbaren Zustände da in diesem Flughafen entstanden sind.

Danach sagten Sie aber noch, dass der grundsätzliche Rückzug aus Afghanistan schon militärisch geordnet verlief. Das habe ich richtig verstanden?

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Ja, und ich möchte auch richtigstellen, dass die Ausführungen gerade - - dass ich die so nicht getätigt habe. Worauf ich hinauswollte oder die Aussage, auf die ich - - auf die Sie sich anscheinend beziehen und die ich hiermit richtigstellen möchte nur, falls da in irgendeiner Form ein falscher Eindruck entstanden sein sollte, ist, dass der NATO-Abzug, der auf entsprechenden Abzugsplänen basierte, geordnet durchgeführt wurde. Er war allerdings zeitlich vor den Ereignissen der Machtübernahme der Taliban in Kabul und dann entsprechend auch in der Konsequenz den Ereignissen am Kabuler Flughafen, die dann eben entsprechend auch in den Medien den Niederschlag gefunden haben, abgeschlossen.

Das ist das, worum es mir geht. Die NATO hat sich mit ihren Abzugsplänen darauf konzentriert, die Mission und damit die militärischen Strukturen der Resolute-Support-Mission, für die sie verantwortlich war, eben entsprechend geordnet auch aus Afghanistan abzuziehen. Und dieser Abzug war vollendet, bevor die Taliban die Macht in Kabul übernommen hatten. Darum geht es mir. Also, das war - - dass es zeitlich entkoppelt ist.

**Hannes Gnauck (AfD):** Genau.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Der Abzug der NATO-Truppen erfolgte in einer geordneten Art und

Weise. In Konsequenz dieses - - Oder zeitlich nachgeordnet zu dem beendeten Abzug erfolgte dann aber eine weitere Lageentwicklung, bei der die NATO allerdings nicht mehr vor Ort in Afghanistan militärisch präsent war.

**Hannes Gnauck (AfD):** Aber Sie können schon die Kritik verstehen, wenn man in den Medien sieht, dass militärisches Material vor Ort gelassen wurde, dass Infrastruktur vor Ort gelassen wurde, was ja innerhalb kürzester Zeit dann auch wieder von den - ich sage mal - Talibankräften übernommen wurde, dass das nicht wirklich den Eindruck eines geordneten Rückzugs darstellt, sondern dass da eben auch, ich sage mal, Kritik aufgenommen kann, wenn man da sieht: Okay, wir lassen hier Munition zurück, wir lassen Fahrzeuge zurück, wir lassen Luftfahrzeuge zurück, wir lassen Material und Infrastruktur zurück.

Den Eindruck kann man doch als, ich sage mal, Mensch, der da unten jetzt nicht war, oder als jemand, der das aus den Medien nur dargelegt bekommt, schon - - kann da doch schon erweckt werden.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Ich kann nur das wiederholen, was ich gerade bereits versucht habe darzustellen. Die Abzugsplanungen der NATO für das Verbringen der militärischen Präsenz raus aus Afghanistan sind im Rahmen der NATO über einen langen Zeitraum sauber ausgeplant worden und wurden entsprechend dieser Pläne auch in Afghanistan dann beim Abzug umgesetzt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Zeuge, Sie sind nicht verpflichtet, Aussagen zu wiederholen, sondern Sie können durchaus auch auf die vorherige Antwort verweisen, wenn Sie es nicht wiederholen möchten. Das spart uns Zeit.

**Zeuge O [REDACTED] S [REDACTED]:** Danke.

**Hannes Gnauck (AfD):** Ich komme zum nächsten Fragenkomplex. - Uns liegt - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind großzügig gewesen mit den Fragezeiten.

**Hannes Gnauck (AfD):** Ist schon durch, ja?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Prozentual haben wir deutlich überzogen. Bei Ihnen ist es jetzt fast das Doppelte.

**Hannes Gnauck (AfD):** Es fiel mir gar nicht auf.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte?

**Hannes Gnauck (AfD):** Es fiel mir gar nicht auf.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann wechselt das Fragerecht jetzt zu den Liberalen. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ja, vielen Dank. - Herr S██████, ich würde gerne noch mal zum einen auf das Thema eingehen Fortsetzung der zivilen Präsenz und dann nachher noch mal zu dem Thema Redeployment.

Lassen Sie mich noch kurz mal einige Punkte aufzählen, die ich mir bisher notiert habe. Die NATO war sich ja einig, dass die afghanischen Streitkräfte noch nicht für sich allein bestehen können. Das Zweite ist: Mit der Einstellung der US-Angriffe auf die Taliban fiel ein wesentlicher Faktor weg, der die Taliban in Schach gehalten hätte oder hat. Und Sie sind weiterhin davon ausgegangen, dass die Taliban als Hauptziel einen militärischen Sieg verfolgten.

Wieso wurde dann trotz dieser Umstände weiter davon ausgegangen, dass man später nach einem westlichen Abzug weiterhin mit der afghanischen Republik zusammenarbeiten würde? Oder sind Sie optional auch davon ausgegangen, zivil mit den Taliban dann zusammenzuarbeiten? - Das wäre die erste Frage, die ich hätte. Danke.

**Zeuge O██████ S██████:** Nein, wir sind nicht davon ausgegangen, zivil mit den Taliban zusammenzuarbeiten. Die Planungen für das nach Resolute Support folgende Engagement erfolgten im Lichte der Entwicklungen, wie sie stattgefunden haben, zu dem Zeitpunkt nach der Abzugsentscheidung am 14.04.

Diese Entwicklung ging in der Tat in eine Richtung, die nicht den Eindruck erweckte, dass es

dort zu einer - - also, dass es in Afghanistan relativ bald zu einer Stabilisierung kommen würde. Sie war zu dem Zeitpunkt aber auch nicht - - Also, ich hatte zu dem Zeitpunkt nicht den Eindruck, und ich hatte auch - - erinnere mich, dass es auch bei anderen so war, dass ein möglicher Zusammenbruch der afghanischen Kräfte unmittelbar bevorstand, sondern uns war halt bewusst - -

Das Lagebild gab zum damaligen Zeitpunkt klar hervor, dass die Taliban die afghanischen Kräfte sehr stark unter Druck gesetzt hatten und dass definitiv eine weitere Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte in einer Art und Weise, wie sie uns eben dann noch möglich war, sinnvoll erschien. Und vor diesem Hintergrund wurden eben dann die entsprechenden Planungen für eine Unterstützung der afghanischen Regierung auch nach einem Abzug von Resolute Support durchgeführt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Was haben Sie also gedacht, mit wem Sie dann zivil zusammenarbeiten würden? Wer würde sozusagen am anderen Ende der Leitung dann sitzen, nachdem die internationalen Truppen dann gegangen sein würden?

**Zeuge O██████ S██████:** Zu dem Zeitpunkt, nach dem Abzug der internationalen Truppen, war das immer noch die afghanische Regierung. Und das war auch die Grundlage der Planungen, dass das unser Ansprechpartner auf afghanischer Seite eben sein würde für das Nachfolgeengagement der NATO in Afghanistan nach Beendigung Resolute Support Mission.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Auch vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses und der Legitimationsprobleme, die die afghanische Regierung zu dem Zeitpunkt schon hatte?

**Zeuge O██████ S██████:** Das sind innenpolitische Entwicklungen in Afghanistan gewesen, die wir selbstverständlich zur Kenntnis genommen haben, die auch durchaus kritisch bewertet wurden. Gleichwohl gab es für uns über diesen gesamten Zeitraum hinweg auf Seite der afghanischen Re-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gierung eben eine stabile Regierung trotz aller inneren Streitigkeiten und Zwistigkeiten, die man sicherlich dort verzeichnen musste, mit der die NATO in einer normal geordneten Art und Weise zusammenarbeiten konnte. Also diese innenpolitischen Streitigkeiten hatten nach meiner Erinnerung keine Auswirkungen darauf, wie die NATO mit der afghanischen Seite mit Blick auf die Umsetzung der Resolute Support Mission sich positioniert und diese Mission weiterentwickeln konnte. Und auch für das Engagement nach Beendigung der Resolute Support Mission haben wir als Ansprechpartner ganz klar die afghanischen Institutionen gesehen, die zu dem damaligen Zeitpunkt ja auch noch in Verantwortung und in Afghanistan präsent und in Regierungsverantwortung waren.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Gab es denn ein Szenario „Zivile Zusammenarbeit mit einer Talibanregierung“?

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Nein.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke. - Dann gehe ich jetzt weiter zum Thema „Redeployments“. Sie haben sich vorhin eingelassen, dass ein Abzugsszenario oder die Vorbereitungen ungefähr sechs Monate dauern würden, aber dass es auch kürzer möglich sei. Darauf würde ich gerne noch mal eingehen. Aber in MAT A AA-8.285, Blatt 26 und 27 haben Sie in einer Mail vom 9. April 2020 geschrieben, dass ein geordneter Redeployment-Prozess der deutschen Streitkräfte wohl etwa zwölf Monate in Anspruch nehmen würde. Könnten Sie das vielleicht mal alles so ein bisschen sagen? Was denn nun: zwölf Monate, sechs Monate, weniger, oder von was war das nur abhängig?

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Vielen Dank. - In der Tat eine Frage, die ich mir zum damaligen Zeitpunkt auch gestellt habe. Die Abzugszeiten, die uns mitgeteilt wurden, die für die Bundeswehr ausschlaggebend waren, haben sich im Laufe der Zeit - und das sind Informationen, die wir ja nicht - - die wir selber erhalten haben aus dem BMVg - - Diese Zeiträume haben sich im Zeitverlauf verkürzt. Die erste Information, die wir

erhalten haben, oder eine der ersten Informationen war die, die Sie gerade vorgetragen hatten, dass man mit einem Abzugszeitraum von zwölf Monaten rechnet. Letztlich war allerdings die - - haben wir zu einem späteren Zeitpunkt dann auch andere Zeiträume genannt bekommen, unter anderem halt den Sechs-Monats-Zeitraum, über den wir ja im Vorfeld schon bereits gesprochen haben, oder vier Monate, die zum Schluss dann noch für uns handlungsleitend waren. Das sind unterschiedliche Bewertungen, bei denen dem BMVg - - Dazu kann ich leider nur als Empfänger aus meiner Sicht etwas sagen. Ich bin - - Bei den Prozessen, die letztlich zu der Identifizierung dieser Zeiträume geführt haben, war ich nicht involviert. Insofern kann ich auch keine Auskunft dazu geben, was der Hintergrund dieser Änderung war. Aber in der Tat: In diesen anderthalb Jahren seit der Veröffentlichung des Doha-Abkommens bis zum letztendlichen Abzug haben sich diese Zeiträume durchaus verändert und wurden uns dann eben auch entsprechend zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedlich benannt.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Dann die letzte Frage von meiner Seite oder letzter Fragekomplex: Inwieweit hat denn dieses Warten auf diesen Review-Prozess Ihrer Ansicht nach dazu geführt, dass man mit Vorbereitungen gewartet hat? Ich halte Ihnen hier vor: MAT A AA-4.27 VS-NfD, Blatt 96. In einer E-Mail an Sie schreibt eine Kollegin von Ihnen über eine Doha-Reise Ihres Kollegen Krüger, dass die afghanische Regierung wie der Rest der Welt die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe, dass unter einer Biden-Administration alles besser werde und dass diese Hoffnung zu Prokrastination verführe. Sehen Sie das auch so, oder wie war das denn? Hat man da gewartet und gedacht, man könnte da jetzt - -

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Es tut mir leid. Dazu müssten Sie den Kollegen Krüger befragen, der in diesem Punkt mit der afghanischen Seite anscheinend gesprochen hat und der zu dieser Schlussfolgerung gekommen zu sein scheint oder zumindest das so wiedergegeben hat. Ich kann nur für den NATO-Kontext sagen, dass relativ früh im Jahr 2021, noch bevor wir den Austausch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mit der US-amerikanischen neuen Administration zum Review-Prozess hatten, bereits intern sehr ernst genommen haben die Frage, wie umzugehen ist mit einem möglichen Verbleib über den 30. April hinaus, und dazu entsprechend auch intern Vorbereitungen getroffen haben, wie man mit einem solchen Szenario eben umgehen würde, durchaus die Risiken und Abwägungen halt mit einbeziehend, die damit einhergehen könnten. Parallel dazu liefen natürlich weiterhin die Eventualfallplanungen für einen möglichen Abzug. Das heißt, wir waren letztlich - - NATO-intern wurde zum damaligen Zeitpunkt für beide Szenarien sehr ernsthaft überlegt, wie man damit umgehen würde.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Genau. Da würde ich das letzte Wort auch noch mal aufnehmen: überlegt. Welche Handlungen oder - - Was war Ihre Wahrnehmung in Bezug auf Handlungen zu dem Zeitpunkt? Hat man gewartet? Hat man gesagt: „Okay, jetzt gucken wir erst mal, was in diesem Review-Prozess rauskommt“? Oder sind diese Handlungsströme trotzdem weitergelaufen? - Handlungen, nicht Überlegungen.

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Der Review-Prozess war für uns natürlich aus politischer Perspektive eine ganz entscheidende Phase, die bei uns auch noch mal sozusagen zum Schluss hin aus unserer Sicht ein erneutes Zeitfenster geboten hat, für unseren Ansatz zu werben. In dieser Zeit haben wir uns also schon auch darauf vorbereiten müssen, wie ein möglicher Verbleib über den 30.04. hinaus zu bewerkstelligen sein würde. Dafür gab es entsprechend innerhalb der NATO Vorbereitungen und Überlegungen, die angesichts der dann zunehmenden Risiken, die zu erwarten waren - - da die Taliban ab dem 30.04., ab dem 1. Mai letztlich darauf hätten verweisen können, dass die USA und die internationalen Truppen sich nicht an die Vorgaben des Abkommens gehalten hatten und man eben damit rechnen musste, dass die Taliban dann eben vielleicht auch verstärkt wieder gegen internationale Truppen vorgehen würden. Darauf hat die NATO sich intern mit den entsprechenden Vorbereitungsprozessen sehr ernsthaft vorbereitet.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Darf ich noch eine Anschlussfrage stellen, Herr Vorsitzender?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Selbstverständlich.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie haben dem Ausschuss schon die Freude gemacht, dieses wunderbare Wort „Prokrastination“ ins Protokoll zu bringen, was sehr selten ist.

(Heiterkeit)

Also haben Sie gerne noch eine Abschlussfrage.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke. - Jetzt habe ich sie vergessen.

(Heiterkeit)

Nein, jetzt habe ich sie nicht vergessen. - Sie haben jetzt gerade gesagt, Sie wollten dann noch mal, als jetzt die neue Administration gewählt wurde, für den deutschen Ansatz werben. Hatten Sie denn den Eindruck, dass die amerikanische Seite offener sei gegenüber dem Ansatz, wie Sie es genannt haben, und dass es da ein Fenster, ein Window of Opportunity, gab?

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Nun, da es sich um eine US-Administration handelte, war das inhärent der Fall. Und da die USA uns gebeten hatten mit Blick auf diesen Review-Prozess, unsere Gedanken mitzuteilen und unsere Sichtweise auf die weitere Präsenz in Afghanistan und das Doha-Abkommen zu schildern, haben wir das selbstverständlich auch so gesehen, dass wir in diesem Zusammenhang noch einmal die Chance hatten, diesen Ansatz, den ich ja jetzt mehrfach auch bereits erläutert hatte, noch einmal vorzutragen in der Annahme, dass eben auch in der neuen Administration sich das noch einmal unter diesen neuen politischen Konstellationen angeschaut und entsprechend bewertet würde.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also ich halte fest, Sie haben zu einem Zeitpunkt, wo sich die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sicherheitslage in Afghanistan dramatisch verschlechtert hat, noch mal für diesen Ansatz gewonnen.

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Ja, eben um genau angesichts dieser sich verschlechternden Lage, die ja ein Ausdruck dafür war, dass das Abkommen eben sein Ziel bislang noch nicht erreicht hatte, nämlich zu einer nachhaltigen Befriedung Afghanistans durch einen politischen Prozess zu führen, diesen Prozess nicht dadurch abrupt zu beenden, die internationale Militärpräsenz, die ja dafür ein ganz entscheidender Faktor war, den Rahmen für eine solche politische Verhandlungslösung aufrechtzuerhalten, zu früh und überhastet abzuziehen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und wie immer, last, but not least, Frau Kollegin Büniger.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte hier eigentlich gleich anschließen an die Fragen von Frau Dr. Jurisch und das, was Herr Nürnberger und auch Sie, Herr Vorsitzender, gefragt haben. Es geht um den Zeitpunkt des Abzugs der US-Truppen. Herr S■■■■, wann haben die USA denn gesagt, dass sie bis Ende September abziehen?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Am 14. April, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Und uns bilateral angedeutet einen Tag oder zwei Tage vorher. Das müsste ich in den Unterlagen noch mal nachschauen. Auf jeden Fall in diesem Zeitraum.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Und wann haben sie sicher gesagt, dass sie über den 30.04. hinaus bleiben? War das dann der gleiche Zeitpunkt?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Das ergab sich inhärent daraus, weil natürlich zum Zeitpunkt Mitte April ein Abzug bis zum 30. April rein aus logistischen Gründen schon nicht mehr möglich war.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Okay. Weil wir haben jetzt ja - Wir haben vorhin schon über das Schreiben vom Februar gesprochen. Das wurde Ihnen, glaube ich, auch schon zwei Mal vorgelegt. Da wurde ja zit- - Da ging es ja auch um die

Frage: Wie viel Zeit braucht man, um die Truppen abzuziehen? Da wurde erst gesagt: sechs Monate. Dann haben Sie gesagt, es waren auch kürzere Monate möglich. Dann haben wir vorhin auch darüber gesprochen, was der Tweet von Trump ausgelöst hat, also welche Verunsicherung. Deshalb, wenn wir jetzt noch mal in die Mail vom Feb- - also darauf noch mal Bezug nehmen: Da wird ja auch deutlich, dass es noch keine sichere Entscheidung gab, dass am 30.04. abgezogen würde. Da muss ja die Frage lauten: Wäre Deutschland in der Lage gewesen zum Zeit- - Wir nehmen den Zeitpunkt Februar. Wäre Deutschland in der Lage gewesen, bis zum 30.04. abzuziehen?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Das kommt darauf an, wann dieser Zeitpunkt oder wann der Beginn dieses Abzugs eingeleitet worden wäre. Das lässt sich pauschal so nicht - -

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Ja, wir nehmen den Zeithorizont Februar. Wäre es möglich gewesen bis zum 30.04.? Weil da haben wir ja noch keine politische Entscheidung. Es heißt, es ist eine unsichere Lage. Sie müssen sich eigentlich darauf einstellen: 30.04. ist letzter Tag.

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Nicht zwingend, weil wir ja eben noch keine Entscheidung vorliegen hatten seitens der US-Administration zu diesem Zeitpunkt. Dementsprechend hat die NATO intern ja auch Vorbereitungen getroffen, über den 30.04. hinaus in Afghanistan zu verbleiben.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Ja, aber die Anzeichen waren ja mehr dafür, dass am 30.04. Ende ist, als dass es weitergehen würde, oder?

**Zeuge O■■■■ S■■■■:** Nein. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt einen laufenden Evaluierungsprozess auf der US-Seite, der ergebnisoffen - so wurde uns das zumindest kommuniziert - sich noch einmal das Doha-Abkommen und die damit in Verbindung stehenden Prozesse intern angeschaut hat. Und genau vor diesem Hintergrund war es eben nicht klar, in welche Richtung sich die USA am Ende - zumindest zu dem Zeitpunkt nicht klar - entscheiden würden. Da wir weiter



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für unseren Ansatz geworben haben, war natürlich klar, dass wir es politisch weiterhin für die einzig verantwortungsvolle Vorgehensweise erachtet haben, vorerst in Afghanistan mit Resolute Support zu verbleiben, solange nicht entsprechende Fortschritte im Friedensprozess zu verzeichnen waren. Aber die Vorbe-

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Aber Sie hätten ja trotzdem das einbeziehen müssen. Haben Sie das einbezogen in die Erwägung, dass am 30.04. Sie auch abziehen müssen, auch vor dem Hintergrund, dass man ohne die US-Truppen - das haben wir ja gerade auch gehört; das haben Sie auch bestätigt - nicht hätte bleiben können?

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Die USA haben - und das war auch einer der Grundsätze, in der alle Diskussionen über diese gesamte Zeit geführt wurden - uns immer wieder zugesichert, dass ein Abzug aus Afghanistan gemeinsam erfolgen würde. Das schlug sich nieder in diesem relativ häufig referenzierten Satz, dass wir gemeinsam nach Afghanistan gegangen sind, dass die Anpassungen in Afghanistan gemeinsam vorgenommen wurden und auch der Abzug aus Afghanistan gemeinsam erfolgen würde. Insofern war für uns zu dem Zeitpunkt diese Zusage der USA, einen solchen Abzug gemeinsam dann auch verantwortungsvoll umzusetzen, schon als verlässlich zu werten, sodass eben für uns die Konsequenz in der Bewertung war, dass, wenn noch keine Abzugsentscheidung zu diesem Zeitpunkt vorlag, für den Fall, dass dann irgendwann eine Abzugsentscheidung vorliegen würde, entsprechend auch ein Zeitraum eingeräumt würde, diesen Abzug dann auch in geordneter Weise durchzuführen. Und so ist es dann ja auch gekommen.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Also hatten Sie keine konkreten Pläne, bis zum 30.04. abzuziehen?

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Zu diesem Zeitpunkt hatte sich diese Frage, wie gesagt, nicht gestellt. Es gab Abzugsplanungen mit entsprechenden Zeithorizonten, die auch dann zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt wurden. Aber die NATO hatte zu dem Zeitpunkt, auf den Sie sich jetzt

beziehen, von der US-Seite noch keine abschließende Entscheidung vorliegen, ob die USA über den 30.04. hinaus verbleiben würde.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Ich frage nur, weil man hat ja auch eine Verantwortung. Es hätte ja auch sein können, dass die Entscheidung anders ausfällt, auch wenn Sie sagen, dass Sie das vermutet haben. Aber die Entscheidung hätte ja auch anders ausfallen können. Man trägt ja eine Verantwortung. Sie haben gesagt: Es geht ja auch darum, dass man Leib und Leben gefährdet, wenn man Dinge hinterlässt. - Dann muss ja trotzdem das irgendwie einbezogen werden.

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Genau. - Und dementsprechend beziehe ich mich noch mal auf die Zusage der USA, dass ein Abzug in einer gemeinsamen Art und Weise erfolgen würde, der eben dafür sorgt, dass dieser Abzug geordnet stattfinden würde, und nicht in einer überhasteten Art und Weise, der diese Risiken halt dann eben entsprechend mit sich gebracht hätte. Und entsprechend wurden auch im Rahmen der NATO beide Szenarien geplant.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Noch ganz letzte Frage: Und würden Sie nicht die Szenarien in Kabul am Flughafen und die vorhergehenden Tage auch als chaotisch und unorganisiert bezeichnen?

**LR I Andreas Gloßner (AA):** Herr Vorsitzender, das ist eine Suggestivfrage oder zumindest eine Frage, die ich jetzt nicht unmittelbar als gedeckt von der Aussagegenehmigung betrachten würde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich darf darauf hinweisen, dass die Frage vorhin schon mal gestellt worden ist, nämlich von mir, und beantwortet worden ist von dem Zeugen. Also, insofern sollten wir uns nicht auf den Inhalt beziehen, sondern darauf, dass sie wiederholt wird. Und das muss der Zeuge in der Tat nicht ein zweites Mal beantworten, wenn er nicht möchte. Noch funktioniert das Kurzzeitgedächtnis gut.

**Zeuge O ■■■ S ■■■:** Vielen Dank. In der Tat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Frau Bünger?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Nein.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. - Dann haben wir diese Runde auch beendet.

Ich darf mich bei allen Beteiligten für die große Geduld bedanken. Es ist aber so, dass, wenn wir die Befragung für heute beenden, Ihre Vernehmung im Rechtssinne noch nicht abgeschlossen ist, Herr Zeuge, sondern Ihnen wird das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt.

**Hannes Gnauck (AfD):** Herr Vorsitzender, also wir hätten noch eine ganze Reihe an Fragen. Vielleicht schaffen wir noch irgendwie eine Runde.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Herr Kollege, Sie waren vorhin nicht anwesend, -

**Hannes Gnauck (AfD):** Ja, das stimmt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** - als wir uns vereinbart haben, dass wir eine letzte Runde machen und dafür großzügig mit der Redezeit umgehen. Ich habe Ihre verdoppelt. Und das war die Vereinbarung zwischen den Fraktionen. Die hat Ihr Kollege mitgetragen. Insofern würden wir gerne die Fragen jetzt so schließen.

Dann kehre ich zurück zu dem, was ich dem Zeugen gerade noch sagen wollte: dass Ihre Vernehmung nicht abgeschlossen ist. Sie bekommen vielmehr noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt und haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Dann darf ich mich herzlich bei Ihnen bedanken, wünsche Ihnen einen guten Tag und unterbreche die Sitzung für zehn Minuten. Dann setzen wir das mit dem nächsten Zeugen fort.

(Unterbrechung von  
18.19 bis 18.38 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben die Pause ein bisschen verlängert, weil wir einen kleinen Konjunkturimpuls für die Firma Dussmann geben wollten und die Schlangen hinreichend lang waren, dass sich das lohnte. Wir haben - nur dass Sie nicht irritiert sind - den Presseleuten erlaubt, noch mal Bilder zu machen, weil die das für die ARD verwenden und auch Bilder mit der richtigen Beleuchtung haben wollten. Daran sieht man, dass wir lange arbeiten. Insofern war das in unserem Interesse, und wir haben das zugelassen.

Stand der Dinge übrigens, was die namentliche Abstimmung angeht, die uns noch erwartet, ist, dass das um 23.55 Uhr stattfindet. Wir haben also möglicherweise noch Aussichten, die Sitzung nicht unterbrechen zu müssen, sondern vielleicht schon beendet zu haben. Aber das liegt an uns gemeinsam. Das soll Sie nicht beeinflussen. Ich wollte Ihnen das nur mitteilen, damit Sie wissen, wie die Sachlage ist.

### Vernehmung des Zeugen Andreas Krüger

Unser zweiter Zeuge, Herr Krüger, hat bereits Platz genommen.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Krüger, Sie haben den Erhalt der Ladung am 27. September und den Erhalt der Umladung am 17. Oktober 2022 bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen, und bedanke mich auch für Ihr Verständnis, dass wir Sie ein zweites Mal einladen mussten, aber freuen uns umso mehr - Vorfremde ist ja die größte Freude -, dass Sie hier sind.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie

müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, das der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekanntgeworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen, Herr Zeuge?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Sie verstehen, dass ich Sie belehren muss. Das geht nicht nur Ihnen so.

Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig - und ich wiederhole das hier noch mal, weil wir das heute ein paar Mal haben wiederholen müssen -, dass Sie Ihr Mikrofon bitte einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen und sich in der Nähe des Mikrofons aufhalten, sodass man Sie gut verstehen kann, auch die Gäste auf der Tribüne. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Ich betone aber ausdrücklich, dass es sich hier um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt, dass der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen einen Verfassungsrang hat und in Artikel 44 des Grundgesetzes geregelt ist. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Und ich füge hinzu: Der Ausschuss ist es, der das feststellt und beschließt.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Der Zeuge schüttelt den Kopf, sage ich für den Protokollanten, also nein.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen komme ich zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen in eingeübter Weise nach der Berliner Stunde, die hier alle Beteiligten kennen.

Weitere Fragen oder Anmerkungen dazu?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen dienstlichen Anschrift vorzustellen. Bitte sehr.

**Zeuge Andreas Krüger:** Sehr geehrter Herr Vorgesetzter - - Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Mein Name ist Andreas Krüger. Ich war bis zum Sommer dieses Jahres Referatsleiter AP 05 im Auswärtigen Amt, zuständig für Afghanistan und Pakistan, bin jetzt Leiter der Kultur- und Wissenschaftsabteilung an der Botschaft in Rom. Ich bin am [REDACTED] geboren, das heißt, ich bin jetzt 57 Jahre alt. Und meine Adresse ist noch in Berlin die [REDACTED].

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Das mit der Anrede haben wir korrigiert, damit die Kollegen auf der hinteren Bank nicht nervös werden müssen. Ich bedanke mich dafür. Könnten Sie uns noch die ladungsfähige dienstliche Anschrift mitteilen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Auswärtiges Amt, Werderscher Markt 1.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das klappt doch bestens. Wir machen hier Werbung für das Auswärtige Amt. Herzlichen Dank.

Die Mitglieder des Ausschusses - zunächst ich als Vorsitzender und dann die anderen - haben nunmehr die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen die Fragestellerin oder der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Wir haben miteinander vereinbart, dass die jeweilige MAT-Nummer zu Beginn vorgelesen wird, sodass alle es schnell finden und wir keine Verzögerung im Ablauf haben.

Ich verzichte auf die erste Frage und gebe das Fragerecht an die SPD-Fraktion.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herzlich willkommen, Herr Krüger, und danke, dass Sie uns als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich würde gerne ganz kurz zu Ihrer Funktion im Untersuchungszeitraum sprechen, und zwar geht aus den uns vorliegenden Unterlagen her-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vor, dass Sie über den gesamten Untersuchungszeitraum, das heißt also vom 29. Februar 2020 bis zum 30. September 2021, Leiter des Referats AP 05 im Auswärtigen - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, Frau Kollegin. Ich habe die Antwort noch nicht bekommen. Der Zeuge muss erst sagen, ob er im Zusammenhang vortragen möchte oder nicht. Das hat er noch nicht zum Ausdruck gebracht.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ach so.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Und ich will Ihnen nicht die Möglichkeit nehmen, wenn Sie das wünschen. Verzeihung. Wir waren ein bisschen zu schnell. Deswegen haben Sie natürlich, wenn Sie möchten, zunächst das Recht, im Zusammenhang vorzutragen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich verzichte.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Gut. Danke schön. - Dann haben wir es. Tut mir leid, Frau Kollegin, war mein Fehler.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Macht nichts, macht nichts. - Dann fange ich noch mal mit der Frage an. Aus den uns vorliegenden Unterlagen ergeht, dass Sie über den gesamten Untersuchungszeitraum, also vom 29. Februar 2020 bis zum 30. September 2021, Leiter des Referats AP 05 im Auswärtigen Amt gewesen sind. Ist das so zutreffend?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank. - Sie müssen die nächste Frage, die ich jetzt stelle, nicht beantworten, aber es wäre schön, wenn Sie möchten. Vielleicht können Sie uns das kurz erläutern, in welcher Funktion Sie vor Ihrer Zeit als Referatsleiter im AP 05 gewesen sind und welche Funktion Sie heute ausführen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, das kann ich, glaube ich, gerne tun. Ich war, bevor ich im - -

**Gülistan Yüksel (SPD):** Das habe ich nicht verstanden.

**Zeuge Andreas Krüger:** Das kann ich gerne tun. Ich war - - Bevor ich Referatsleiter AP 05 wurde, war ich ein Jahr bei der SWP. Und davor war ich vier Jahre Referatsleiter für Syrien, Libanon und Irak und den Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“. Ich glaube, die weiteren Posten davor sind, glaube ich, jetzt hier nicht relevant. Und wie gesagt, eben schon kurz erwähnt, seit 16. August bin ich in Rom Leiter „Kultur und Wissenschaft“ bei der bilateralen Botschaft.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Vielen Dank. Das hatten Sie eben gesagt. Das ist an mir eben kurz vorbeigegangen. Vielen Dank noch mal, dass Sie das gemacht haben.

Dann würde ich gerne auf ein Dokument - MAT A AA-5.01, Blatt 706 - verweisen, und zwar: Laut Geschäftsverteilungsplan ist das Referat AP 05 zuständig für „Bilaterale und EU-Beziehungen zu Afghanistan, Pakistan“. Zu Ihren Aufgaben gehörten:

- Grundsatzfragen
- Koordinierung AFG-Politik im AA und mit Ressorts
- Hochrangige Kontakte in AFG und PAK, internationalen Institutionen, Bundestag
- Vertretung des Beauftragten der BReg für AFG und PAK
- Personal

Können Sie vielleicht näher erläutern, was Ihre tägliche Arbeit ausgemacht hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, sehr gerne. Also, die Tätigkeitsbeschreibung haben Sie eben schon vorgelesen. Ich glaube, Afghanistan ist ein klassisches Länderreferat. Anders als früher, wo es ja mal einen richtigen Arbeitsstab zu Afghanistan im Auswärtigen Amt gab, ist es sozusagen ein Länderreferat jetzt in den letzten Jahren gewesen. Das heißt, es ging vor allen Dingen natürlich um die Koordinierung der Afghanistan-Politik der Bundesregierung und den Versuch sozusagen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Kohäsion der Afghanistan-Politik zu befördern.

Dann kam noch dazu, dass ich ja auch noch sozusagen den Posten des Stellvertreters des Afghanistan-Beauftragten hatte, und in dieser Eigenschaft war ich ja dann auch in die Verhandlungen in Doha eingebunden. Das heißt, gerade in dem Zeitraum, mit dem sich der Untersuchungsausschuss beschäftigt, war meine Arbeit auch sehr stark davon geprägt, von der Begleitung bzw. Unterstützung der Verhandlungen in Doha. Ich glaube, das waren die Schwerpunkte.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Herzlichen Dank. - Können Sie vielleicht noch mal kurz sagen, welche Ressorts für welchen Bereich federführend waren?

**Zeuge Andreas Krüger:** Sie meinen die Ressorts der Bundesregierung?

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja, in Bezug auf Afghanistan.

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, es gab ja den ressortgemeinsamen Ansatz, und in dem Rahmen war natürlich das BMVg federführend für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, das BMI federführend für die Ausbildung der Polizei, aber natürlich auch für die Frage der Rückführungen von Afghanen nach Afghanistan, und später natürlich oder insgesamt auch für die Aufnahme von Afghanen in Deutschland, was natürlich dann gegen Ende des hier betrachteten Zeitraums immer wichtiger wurde; das BMZ klassischerweise für die Entwicklungszusammenarbeit oder Entwicklungspolitik in Afghanistan und das Auswärtige Amt zum einen eben für die bilaterale EU- und sonstige Politik gegenüber Afghanistan und natürlich auch die internationale Abstimmung dazu.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ich habe jetzt nicht verstanden, glaube ich - das haben Sie auch noch nicht gesagt -: Welches Ressort hatte eigentlich die Federführung für die Ortskräfteverfahren?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das BMI.

**Gülistan Yüksel (SPD):** BMI. Vielen Dank. - Dann noch mal eine Frage. Sie waren ja auch Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan. Sie waren auch lange Zeit - - Eine lange Zeit war das ja Herr Markus Potzel. Wie kann man sich die Zusammenarbeit mit ihm vorstellen? Wie haben Sie mit ihm zusammengearbeitet?

**Zeuge Andreas Krüger:** Täglich.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja. Wie haben Sie sich ausgetauscht zu den Themen? Regelmäßig? Wie ist das vonstattengegangen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Per Mail, per Telefonat, per direktem Gespräch. Also ich glaube, wir standen wirklich täglich in Kontakt. Der Afghanistan-Beauftragte der Bundesregierung war ja sozusagen gleichzeitig auch Beauftragter in der Abteilung AP, das heißt, er war auch mein direkter Vorgesetzter. Insofern waren wir praktisch - nicht nur praktisch -, faktisch täglich im Gespräch, sowohl was die Zeit anging, wo Markus Potzel diese Aufgabe bekleidet hat, als auch später Jasper Wieck.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Gab es denn auch bei diesen Treffen, Gesprächen auch mal zu den Themen inhaltliche Differenzen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich glaube, wenn man vier Jahre zusammengearbeitet und immer einer Meinung ist: Ich glaube, das gibt es im menschlichen Leben nicht. Aber ich würde wirklich sagen, wir haben sehr gut zusammengearbeitet, sowohl mit Herrn Potzel als auch mit Herrn Wieck.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Zur Bewertung und Reaktion auf das Doha-Abkommen: Ich würde gerne noch mal ein paar Fragen zum Doha-Abkommen stellen, und zwar: Am 29. Februar 2020 schlossen ja die USA und die Taliban bilateral das sogenannte Doha-Abkommen ab. Weder die afghanische Regierung noch die anderen NATO-Partner wurden ja Teil des Abkommens. Können Sie uns vielleicht berichten, welche Rolle Deutschland während der Verhandlungen zu diesem Abkommen spielte?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Deutschland wurde ja bekanntermaßen sehr spät erst über den Inhalt des Abkommens unterrichtet, nämlich praktisch, wenn ich das richtig erinnere, konnten deutsche Vertreter einen Tag vor der Unterzeichnung das Abkommen einsehen. Das war natürlich nicht die Zusammenarbeit, die wir uns eigentlich vorgestellt hatten als Bundesregierung. Und ich glaube, es war allen offenkundig - und das war ja dann auch die Analyse im Auswärtigen Amt oder in der Bundesregierung insgesamt, würde ich sagen -, dass dieses Abkommen gravierende Probleme hatte. Eines war natürlich die Nichteinbindung der afghanischen Regierung, aber darüber hinaus natürlich auch eine ganze Reihe von weiteren inhaltlichen strukturellen Problemen, die wir ja auch klar benannt haben.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Können Sie vielleicht auch kurz Ihre Rolle und die Deutschlands bzw. des Auswärtigen Amtes im Rahmen dieser Gespräche beschreiben und vielleicht auch noch, ob Sie während der Verhandlungen selbst in Doha anwesend waren? Vielleicht können Sie die beiden Fragen - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Sie meinen, bis zu dem Abkommen oder nach dem Abkommen?

**Gülistan Yüksel (SPD):** Bis zum Abkommen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, bis zum Abkommen waren wir nicht eingebunden in die Verhandlungen, sondern wurden sozusagen vor vollendete Tatsachen gestellt und mussten uns dann überlegen, wie wir uns dazu verhalten würden.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Aber Sie waren selbst nicht während der Verhandlungen in Doha anwesend?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein. Also Verhandlungen, die zu dem Abkommen geführt haben, oder?

**Gülistan Yüksel (SPD):** Ja.

**Zeuge Andreas Krüger:** Genau. Nein, sondern erst später im Rahmen der Verhandlungen zwi-

schen der Delegation der Republik und den Taliban. Aber das ist ja dann sozusagen Folge des Abkommens gewesen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Dann vielleicht noch eine Frage: Hatten Sie auch Kontakt zu den Verhandlung- -

**Zeuge Andreas Krüger:** Entschuldigung, ich muss noch eins ergänzen. Es betrifft zwar nicht den Untersuchungszeitraum, aber ist ja auch öffentlich bekannt und ist vielleicht auch wichtig, nicht dass hier ein falscher Eindruck entsteht. Ich war in Doha gewesen im Rahmen des sogenannten intraafghanischen Dialogs im Juli 2019. Aber das ist sozusagen - - Aber das war nicht Teil der Verhandlungen, die dann zu dem Abkommen geführt haben. Insofern wollte ich das noch klarstellen.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Danke schön. - Dann vielleicht noch mal: Hatten Sie auch Kontakt zu den Verhandlungsdelegationen der USA und der Taliban?

**Zeuge Andreas Krüger:** Vor dem Abkommen? Also erstens: Das betrifft ja jetzt nicht ganz den Zeitraum des Untersuchungsausschusses, weil, ich glaube, der beginnt am 29. Februar 2020.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Mhm.

**Zeuge Andreas Krüger:** Aber wir hatten natürlich Kontakt zu den amerikanischen Afghanistan-Kollegen/-Kolleginnen; aber wir waren nicht eingebunden in diese Verhandlungen mit den Taliban.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Mhm. - Ich hatte das eben zwar verstanden; aber ich frage noch mal: Ab welchem Zeitpunkt war Ihnen das Verhandlungsergebnis bekannt? Wie weit vor dem 29. Februar wussten Sie, was vereinbart worden war?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht - - Bitte nageln Sie mich nicht genau auf den Tag fest, aber in meiner Erinnerung müsste es ja der Tag vor der Unterzeichnung des Abkommens gewesen sein, also sprich: der 28. Februar. Wir hatten ja beschlossen - das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

geht ja aus den Akten hervor -, dass es uns wichtig war, nicht nur vergleichsweise niedrigrangig in Doha präsent zu sein - das war dann Herr Potzel; also nicht auf der politischen Ebene so wie manche andere, sondern eben auf Beamtenebene nur in Doha präsent zu sein -, sondern es war uns auch wichtig, dass ein Vertreter der Bundesregierung auch in Kabul zeitgleich präsent sein sollte - und das war dann ich -, weil da ja diese Erklärung zwischen den Amerikanern und der afghanischen Regierung praktisch parallel zu dem Doha-Abkommen unterzeichnet wurde. Und uns war es wichtig, da auch zu zeigen, dass wir sozusagen auch die Gespräche bzw. die Einbindung der afghanischen Regierung - - dass uns das sehr wichtig war. Deswegen wurde ich sozusagen Ende Februar dann nach Kabul geschickt.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Mhm. - Meine letzte Frage wäre: Gab es Punkte, die Sie nach der Veröffentlichung des Abkommens überrascht haben? Der Zeuge S [REDACTED] berichtete zuvor - also, er hat eben berichtet -, dass er über den Inhalt des Doha-Abkommens etwas überrascht gewesen sei und auch, dass er nicht mit einer Truppenreduzierung auf null gerechnet hat. Hat Sie das auch überrascht?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich - - Wir hatten, glaube ich, alle gehofft, dass das Abkommen besser verhandelt worden wäre, als es offensichtlich dann verhandelt worden ist. Insofern war das schon überraschend. Ja.

**Gülistan Yüksel (SPD):** Dann von meiner Seite herzlichen Dank. - Mein Kollege Jörg Nürnberger macht weiter.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich möchte anknüpfen an den Zeitpunkt der Unterzeichnung des Doha-Abkommens. Nachdem Sie vom Inhalt tatsächlich erst relativ spät erfahren haben: Wie war die Reaktion darauf? Haben Sie das für sich im Auswärtigen Amt behalten, diese Information, oder haben Sie die gleich mit Ihren Ressortkollegen aus der Gruppe, die Sie vorhin bei der Frage nach dem vernetzten Ansatz geschildert haben, besprochen? Wie ging das dann weiter in der Berichterstattung, in dem Berichtswesen innerhalb der Regierung?

**Zeuge Andreas Krüger:** Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, gab es ja dann sehr zeitnah - geschätzt 1. März, 2. März, irgendwie so was um den Dreh rum; es kann auch der 3. März gewesen sein - einen Bericht aus Doha, der an alle einschlägigen Ressorts ging, der sowohl über die - - Und es gab praktisch parallel einen Bericht aus Kabul über die Gespräche, die ich geführt habe, und die Zeremonie dort. Und dort wurden auch schon die wesentlichen Inhalte des Abkommens umrissen und auch schon eine erste politische Einordnung vorgenommen inklusive der Schwachpunkte.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich schließe auch an die Vernehmung des Zeugen S [REDACTED] an. Wir haben dort die Frage diskutiert - das ist wieder so ein bisschen ein sensibler Bereich -, ab wann Kenntnis herrschte über den Inhalt der vier Annexe zu diesem Vertrag. Können Sie für sich den Tag festlegen, wann Sie zum ersten Mal Kenntnis vom Inhalt dieser Annexe hatten? Und hatten Sie die, oder haben Sie die?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das kann ich, wenn ich ehrlich bin, zeitlich nicht mehr ganz genau sagen. Ich bilde mir ein, mich zu erinnern, dass es auch Unterschiede gab zwischen den Annexen, wann die uns bekannt wurden, also dem Auswärtigen Amt und der Bundesregierung insgesamt. Insofern, da müsste ich jetzt wirklich noch mal nachschauen - ich möchte auch nichts Falsches sagen -, an welchem Tag das genau war. Sie spielten aber letztlich für die Bewertung der Grundzüge und der Grundprobleme des Abkommens nicht eine so entscheidende Rolle, wie wir vielleicht noch am 29. Februar angenommen haben, weil sich dann eben herausstellte, dass diese Annexe weniger beinhalteten, als wir auch da vielleicht gehofft hätten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Im Übrigen habe ich vollstes Verständnis, dass man sich an manche Sachen nicht mehr so intensiv erinnern kann. Mag auch daran liegen, dass wir ungefähr der gleiche Jahrgang sind.

Der Zeuge S [REDACTED] hat beschrieben, dass er von seinem US-Counterpart in einen gesicherten Raum gebeten wurde und dort die Einsichtnahme



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vornehmen konnte. Kann es sein, dass diese Information über die NATO an Sie weitergeleitet wurde, oder hatten Sie die eigene Möglichkeit, die Einsicht vorzunehmen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein. Der Kollege S■■■■■■■■■■, also unsere Vertretung in Brüssel, hat dann ans Auswärtige Amt berichtet und natürlich auch an die anderen entscheidenden Ressorts. Gerade in Brüssel sind die ja sozusagen mit integriert.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Nachdem Sie selber bereits erwähnt haben, dass Sie am 29. Februar im Rahmen der Aufgabenteilung in Kabul vor Ort waren und dort dann auch an den Zeremonien der Unterzeichnung dieses Vertrages beteiligt waren: Wie würden Sie die Stimmung beschreiben, die dort bei den afghanischen Regierungskreisen geherrscht hat? Wie haben die dieses Abkommen aufgenommen? Weil sie waren ja nach Ihren Ausführungen und den allgemein bekannten Tatsachen nicht Verhandlungspartei.

**Zeuge Andreas Krüger:** Genau. Also, ich glaube, das war sehr schwierig - und zwar auch aus sehr nachvollziehbaren Gründen nach unserer Analyse damals sehr schwierig - für alle afghanischen Gesprächspartner, mit denen ich dann dort gesprochen habe. Es gab sozusagen ein bisschen Hoffnung insbesondere darauf, dass dieses Abkommen dann eine Waffenruhe oder zumindest eine wirklich fühlbare Gewaltreduktion, wie das dann genannt wurde, nach sich ziehen würde. Das war, glaube ich, die größte Hoffnung, die wichtigste Hoffnung sehr nachvollziehbarerweise angesichts des großen Leides der Zivilbevölkerung in ganz Afghanistan. Und es gab auch die Hoffnung, dass es dann doch einen zügigen Einstieg in einen politischen Prozess geben würde. Es gab aber auch eben große Skepsis, zum einen, weil natürlich die bis dahin durchgesickerten, bekannt gewordenen Inhalte nicht besonders - wie soll ich sagen? - ermutigend waren, und zweitens, weil natürlich die Tatsache quasi, sich delegitimiert zu fühlen aufgrund der Nichteinbindung, sehr deutliche Spuren hinterlassen hat oder hinterließ bei allen afghanischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können wir das etwas präzisieren? Und zwar beziehe ich mich auf ein Dokument - MAT A AA-8.626, Blatt 6 und 7 -, in dem Sie berichten - und zwar auch dann in einer Mail - zu dem Gespräch mit dem NATO-Generalsekretär, der ebenfalls anwesend war bei dieser Zeremonie. Und daraus darf ich zitieren:

Nach der Veröffentlichung des US-TLB Agreements würde sich AFG Öffentlichkeit, aber auch die Öffentlichkeit in NATO-MS fragen,

- und das ist genau der Punkt, den Sie gerade angesprochen haben -

was „conditions based“ eigentlich bedeute;

- soll das -

nicht nur für die ersten 135 Tage, sondern auch für die Phase danach ...

... gelten. „Gelten“ ist von mir, eine Einfügung.

Bei AFG dürfte es Sorge geben, ab Mitte nächsten Jahres

- das wäre ja dann Juni/Juli 2021 -

„allein gelassen“ zu werden.

Was haben Sie persönlich - - Wie haben Sie das verstanden, was unter dem Begriff „conditions-based“ zu verstehen sein soll?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich erinnere mich ganz gut an die E-Mail. Ich würde sie trotzdem ganz gern noch mal sehen, wenn ich darf.

**Jörg Nürnberger (SPD):** 626 ist bitte die MAT-Nummer am Ende.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt – Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also in der Tat. Wir - also hier ich, aber ich glaube, das traf insgesamt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf das Auswärtige Amt zu oder auf die Bundesregierung, kann man da, glaube ich, wirklich sagen - sahen zwar sozusagen - wie soll ich sagen? - so leichte Anzeichen von „conditions-based approach“, die aber ja nicht sehr - wie soll ich sagen? - stark verankert waren, nicht sehr greifbar. Und diese Sorge habe ich da schon eben in diesem Kreis - das war mir damals wichtig und uns damals wichtig - versucht zum Ausdruck zu bringen, ebendiese Fragen zu stellen, insbesondere natürlich auch gegenüber der US-Vertreterin, die natürlich das Abkommen positiv darstellte - das ist ihr Beruf -, und habe versucht, gerade auch aus den Gesprächen, die ich ja schon am Tag zuvor, wenn ich das noch richtig im Kopf habe, mit Afghaninnen und Afghanen geführt hatte, gerade diese Sorge auch in dieses Gespräch schon einzubringen. Und diese Sorgen haben wir ja geteilt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Zeit ist jetzt aber abgelaufen. - Und wir müssten das Frage-recht zur Union geben. Der Kollege Röwekamp hat das Wort.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Sie müssen nicht nur, sondern Sie machen es natürlich auch gerne.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Aber mit dem allergrößten Vergnügen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Herr Krüger, ganz kurz noch mal zurück zur Organisation. Da ergeben sich aus meiner Sicht noch ein, zwei Fragen zum Verständnis sozusagen des Aufbaus des Referats. Wir haben dem Organigramm entnehmen können, dass es eine ziemlich einmalige Situation gab, weil es neben dem Referat noch das sogenannte Inlandsteam gegeben hat. Das hat hier in der Vergangenheit für ein bisschen Verwirrung gesorgt. Wir kennen die Vorlage zur Einrichtung dieses Inlandsteams - das ist MAT A AA-8.563, Blatt 78 ff. vom 17. Juli 2017 - und wissen daher, dass es eine Reaktion auf den Anschlag oder die Betroffenheit der Botschaft in Kabul von dem Anschlag gewesen ist und dazu diente, einen Teil der Aufgaben der Botschaft in Zukunft in diesem Referat wahrzunehmen. Können Sie uns noch

mal kurz schildern, wie sozusagen die Aufgabenteilung zwischen Ihrem Referat, diesem Team und der Botschaft zum Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens, also im Februar 2020, gewesen ist?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, das kann ich gerne tun. Da brauche ich auch die Unterlage, glaube ich, nicht für; hoffe ich zumindest. - Also, ich glaube, das muss man auch noch mal so ein bisschen in der Genese betrachten. Zur Zeit des Anschlages oder unmittelbar nach dem Anschlag spielte das KIT in Berlin natürlich eine sehr große Rolle. Zu der Zeit, wo ich die Aufgabe des Referatsleiters übernahm und dann eben insbesondere jetzt zu dem Zeitpunkt, den Sie angesprochen haben, waren die Aufgaben des KIT in Berlin im Prinzip vor allen Dingen Rechts- und Konsularfragen. Und die Kolleginnen - also erst Kollege und dann Kolleginnen -, die da gearbeitet haben, haben Rechts- und Konsularfragen bearbeitet, die sozusagen sich vor allen Dingen auch auf die Fragen Familienzusammenführung, Visaverfahren, ähnliche Geschichten, Remonstrationen vor deutschen Gerichten und so - - auf diesen Aufgabenbereich konzentrierten. Das heißt, wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, die politische Berichterstattung, die politische Bewertung des Abkommens und die Kontakte auch mit afghanischen Gesprächspartnerinnen und afghanischen Gesprächspartnern fanden, soweit die Botschaft betroffen war, dann schon wieder in Kabul statt. Also, in dem Zeitraum, den Sie ansprachen, war ja sozusagen die Botschaft insofern wiederhergestellt eben in der Containerbauweise, dass sozusagen ein Rumpfteam, das politische Team eben in - - vor allen Dingen dann von Kabul aus arbeitete. Es kam immer wieder vor, dass dann auch Kollegen/Kolleginnen im Zuge der relativen Raumknappheit in Kabul auch mal für eine gewisse Zeit dann eben aus Berlin arbeiteten, sozusagen vom Laptop aus. Aber die eigentliche politische Berichterstattung und die Kontakte mit den politischen Gesprächspartnern fanden dann zu der Zeit, die Sie ansprachen, schon wieder in Kabul statt.

Insofern hatte das KIT vor allen Dingen faktisch die Rolle einer ausgelagerten RK-Abteilung oder eines RK-Teiles, wobei es aber eben wichtig im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kopf zu behalten ist - aber das wissen Sie auch -, dass es ja keine Visaabteilung an der Botschaft in Kabul gab aus den bekannten Sicherheitsgründen. Aber es gab ja trotzdem andere Rechts- und Konsularangelegenheiten, die bearbeitet werden mussten. Und da wurde eben entschieden: Okay, das können wir auch von Berlin aus machen. - Auslandsbeamte/-beamtinnen sind ja teuer, insbesondere in Kabul. Das ist ein großer finanzieller und Sicherheitsaufwand. Und deswegen wurde halt alles, was sozusagen theoretisch auch in Berlin hätte stattfinden können, dann halt nach Berlin verlagert.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Herr Krüger, ich will gern noch mal nachfragen, weil wir haben Ihren Kollegen Herrn Bledjian so ein bisschen mit der Feststellung überrascht, dass er selber diesem Team angehörte nach dem Organisationsplan, der uns vorlag, und er selber nichts davon wusste und auch sagte, er hätte überhaupt nie richtig Kontakt. Er wusste, dass es dieses Team gab, aber so richtig Kontakt hätte er dazu nicht gehabt. Können Sie sich das erklären? Also, ist das nicht mal überarbeitet worden dann, nachdem das Kernteam - so verstehe ich das jetzt mal - wieder in der Botschaft war? Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage ist: Aus dieser Vorlage, die ich eben zitiert habe - also MAT A AA-8.563, Blatt 79 -, da wird im Einzelnen ausgeführt - ich zitiere -:

... Das Kernteam in Kabul

Das Kernteam soll seine Aufgaben vor Ort in einem Rotationsmodell (ein Mitarbeiter verlässt Kabul, der Vertreter fliegt nahtlos ein) wahrnehmen.

Und:

Es müssen folgende sieben Funktionen abgebildet werden: Leiter, Vorzimmer Leiter, Kanzler, THM, Pol/Wi-Referent, FM/ Rk/ Pol-Referent ... und Wz-Referent.

Das ist sozusagen die Vorlage. - Herr Bledjian hat hier gesagt, er ist rotiert. Aber immer wenn er

ausgeflogen ist, ist er nicht ins KIT, so wie ich mir das jetzt vorgestellt hatte, eingekehrt, sondern hat Urlaub gehabt und Überstunden abgummelt. Deswegen meine Frage noch mal nach dieser Konstruktion. Also, Sie sagen jetzt: „Wir waren wieder in der Botschaft mit diesen wesentlichen Funktionen vertreten“ - so steht es hier ja auch drin - „die sollten aber rotieren“. Ich habe das so verstanden: Immer diejenigen, die nicht vor Ort sind, nehmen ihre Funktion dann im KIT wahr. Habe ich das falsch verstanden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich kann natürlich nichts dazu sagen, was mein Kollege Gregory Bledjian Ihnen gesagt hat, weil das kenne ich nachvollziehbarerweise nicht.

Aber, also erstens. Ich füge vielleicht noch hinzu, dass ich ja mal - das ist schon sehr lange her - selber in einer ähnlichen Rolle war, als ich stellvertretender Botschafter in Bagdad war - das war ja so ein ähnliches Modell -, 2007/2008. Also, nach meiner Erinnerung - ich glaube, das muss ich dann schon sagen - haben weder Herr Bledjian noch der Botschafter oder die anderen Kollegen in der Zeit, wo sie nicht in Kabul waren, sozusagen - wie soll ich sagen? - nur Urlaub gemacht - wobei Urlaubsanspruch auch wichtig ist, gerade in so einer intensiven Situation, auch mit der entsprechenden Sicherheitsbelastung usw. und der Trennung von Familien und Freunden -, sondern haben dann auch praktisch vom Laptop aus gearbeitet, haben natürlich auch Gespräche dann im Auswärtigen Amt geführt usw. - also, insofern war das sozusagen ein fließender Übergang - und standen natürlich auch jederzeit für Fragen zur Verfügung. Das ist völlig selbstverständlich. Also, ich glaube - - Insofern würde ich dem Eindruck ein bisschen entgegenreten wollen, dass die Kollegen, die nicht gerade in Kabul waren, dann überhaupt nicht gearbeitet haben. Und ich glaube, das trifft - also nach meinen Erinnerungen - ganz hundertprozentig auch auf Herrn Bledjian zu, aber auch auf die anderen Kolleginnen und Kollegen, die alle sehr engagiert gearbeitet haben. Das würde ich aber noch ein bisschen trennen von dem, was ich gerade beschrieben habe, von den KIT-Kollegen, die sozusagen permanent in Berlin waren, die sozusagen diese



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rechts- und Konsularfragen wahrgenommen haben.

Das ist dann sozusagen ja auch eine Frage der Pragmatik. Es war natürlich für mich als Referatsleiter AP 05 viel leichter, auch dort sozusagen bei den Kolleginnen und Kollegen - wie soll ich sagen? - vorbeizuschauen, mit denen zu sprechen, zu gucken: „Sind die Arbeitsbedingungen okay? Was brauchen die noch an Unterstützung? Wie sieht das mit dem aus, was Kolleginnen und Kollegen brauchen?“ und die sozusagen vor Ort zu unterstützen, einfach weil die Wege natürlich viel näher waren. Insofern war das einfach eine sehr pragmatische Arbeitsteilung, die, glaube ich, in der Praxis nach meinem Gefühl nicht zu irgendwelchen Kommunikationsverlusten geführt hat.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielleicht erlauben Sie mir zwischendurch den Hinweis - das wird das Wortprotokoll ja auch wiedergeben -: Herr Bledjian hat hier tatsächlich auch geäußert, dass er zwar im Urlaub war, aber per Computer die Dinge verfolgt hat, sich regelmäßig gemeldet hat und die Kommunikation dauerhaft ... (akustisch unverständlich). Das wollte ich nur sagen, weil der Zeuge das hier auch vorgetragen hat, damit wir nicht Widersprüche haben.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Genau. Nein, nein, ich wollte auch gar nicht den Eindruck erwecken, als ob die Menschen nicht gearbeitet hätten, sondern ich versuche einfach nur, eine Anbindung zu klären.

Können Sie mir dann - - Also, Sie haben - - Das ergibt sich ja aus dieser Vorlage. Die Zuständigkeit für die Visaerteilung wurde Ende Juni an andere Auslandsvertretungen abgegeben. Wir haben dieses Kernteam vor Ort, was sozusagen den diplomatischen Dienst, sage ich jetzt mal, im engeren Sinne wahrgenommen hat, also nicht den konsularischen Dienst. Was hat die KIT denn eigentlich gemacht im Alltag?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wie gesagt, ich glaube, die Kollegen, die sozusagen permanent in Berlin waren, haben sich vor allen Dingen um Remonstrationsverfahren im Zusammenhang mit

Familienzusammenführungen und Ähnlichem, Kontakt auch mit deutschen Gerichten etc. gekümmert. Da gab es auch eine ganze Reihe von, sprich: klassischem Rechts- und Konsulargeschäft, das teilweise auch noch überhängig war aus der Zeit von vor 2017. Sie wissen, manche Gerichtsverfahren, auch im Familienrecht etc., ziehen sich ja über manche Jahre hin. Und das war natürlich insofern einfach eine wichtige Aufgabe, die erledigt werden musste, die aber faktisch genauso gut von Berlin aus gemacht werden konnte. Es konnten auch natürlich manche Kontakte mit internationalen Partnern dann weitergeführt werden durch die Kollegen, die rein- und rausrotiert sind. Insofern: Auch das fand dann teilweise durch die rotierenden Kollegen statt.

Also, insofern - wie soll ich sagen? -, aus meiner Erinnerung heraus hatten wir sehr viele schwierige Herausforderungen, Probleme. Manche haben wir gut gelöst, manche vielleicht auch nicht so gut. Diese Struktur des KIT ist in meiner Erinnerung nicht ein Problem gewesen, das - wie soll ich sagen? - besonderer Klärung oder so bedurft hätte, weil es eigentlich ganz gut funktionierte.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Können Sie sagen, wie viel Menschen so insgesamt im KIT gearbeitet haben, also mit Ausnahme der Rotierenden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wenn ich das richtig in Erinnerung habe - - Also, die Nichtrotierenden - ich könnte mir jetzt die Vorlage noch mal anschauen -, aber das waren zwei oder drei. Das waren wirklich wenige Kollegen. Teilweise auch nur eine, je nachdem. Und das war auch ausreichend für die Situation, in der wir sozusagen vor dem Zusammenbruch der Republik gearbeitet haben.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** „Ausreichend“ ist das richtige Stichwort. Aus meiner Sicht jetzt die Frage: Diese Konstruktion mit rotierendem Botschaftspersonal in Kabul und KIT hier ist ja nicht gewünscht, sondern aus dieser Situation heraus geboren. Nach dem Abkommen von Doha - ist meine Frage -, hat es da noch mal eine Neubewertung dieser Aufgabenteilung gegeben? Und sind Sie der Auffassung, dass wir unter den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

besonderen Herausforderungen der Folgen des Doha-Abkommens, insbesondere des in Aussicht genommenen Truppenabzugs und der damit in Zusammenhang stehenden Fragen, mit der Botschaft in Kabul personell ausreichend aufgestellt gewesen sind?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, natürlich wünscht man sich - ich glaube, das geht wahrscheinlich allen Referatsleiterinnen/Referatsleitern im Auswärtigen Amt so - mehr Personal. Das ist, glaube ich, fast naturgegeben. Und natürlich spielte die Erfahrung - - Ich glaube, es ist ja sehr untypisch, eine sehr untypische Erfahrung, die wir da in Afghanistan hatten, dass beide Auslandsvertretungen, sowohl die in Masar als auch die in Kabul, ja tatsächlich schwer getroffen worden sind von Anschlägen. Das ist auch noch mal ein Unterschied zum Beispiel zu der Auslandsvertretung, an der ich gearbeitet habe, in Bagdad. Und ich glaube, insofern war natürlich der Wunsch und auch die Fürsorgepflicht des Auswärtigen Amtes stark, die Exposure-, eine gewisse Risikominimierung vorzunehmen und zu schauen: Wen brauchen wir denn tatsächlich wirklich unbedingt in Kabul oder in Masar, und welche Aufgaben kann man eben auch von Berlin aus wahrnehmen?

Gleichzeitig liefen ja auch die Baumaßnahmen, die insbesondere, glaube ich, auch für die Kollegen in Kabul, insbesondere auch für den Leiter und Kanzler und die jeweiligen Vertreter, eine sehr anspruchsvolle und auch zeitintensive Aufgabe waren mit vielen schwierigen Entscheidungen. Und es bestand ja die Prämisse aufgrund der entsprechenden Sicherheitseinschätzung und der entsprechenden Analysen, auf die wir, nehme ich stark an, ja noch kommen werden, dass wir ja auch über den Zeitraum des Abzuges, also des militärischen Abzuges hinaus zivil in Kabul präsent sein würden. Und insofern gab es zumindest zu dem Zeitraum bis in den Frühsommer 2021 nach meiner Einschätzung, also aus der damaligen Einschätzung, keine Notwendigkeit, diese Struktur grundsätzlich infrage zu stellen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Daran anschließend möchte ich auf das Thema Ortskräfte zu sprechen kommen. Sie haben am 26.03. eine Ministervorlage - das ist MAT A AA-

8.351, Blatt 131 bis 135 - zur Zukunft des Generalkonsulats Masar-i-Scharif vorbereitet. Empfohlen wurde, das Generalkonsulat, das im Bundeswehrcamp Marmal lag, parallel mit dem Truppenabzug aufzugeben, weil ohne die Bundeswehr keine gesicherte Infrastruktur mehr vorhanden sei. Und wir finden allerdings in unseren Unterlagen kein von der Leitungsebene gezeichnetes Exemplar. Also, es gibt eine Ministervorlage, aber es gibt nirgendwo die Bestätigung darüber, dass diese Vorlage den Minister erreicht hat. Wir wissen allerdings aus einer Mail vom 29. April 2020 - das ist MAT A AA-8.351, Blatt 119 -, dass diese Vorlage über die Staatssekretärebene nicht hinausgegangen ist. Können Sie uns zu diesem Vorgang etwas sagen? Was war der Anlass dieser gefertigten Vorlage? Und warum wurde sie dem Minister nicht zugeleitet?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, zu dem ersten Teil kann ich antworten. Zu dem zweiten, glaube ich, werde ich Sie enttäuschen müssen. Also, es ist ja völlig klar: Die Schließung einer Auslandsvertretung, insbesondere einer doch so wichtigen wie Masar-i-Scharif mit dieser engen Anbindung vor allen Dingen dann auch nach dem Anschlag an die Bundeswehr, die ja den Kollegen, Kolleginnen nach dem verheerenden Anschlag - wie soll ich sagen? - sehr selbstlos und ausgesprochen kollegial ja auch geholfen hat und dann eben es ermöglicht hat, dass das Generalkonsulat auf dem Gelände der Bundeswehr seine Arbeit fortsetzen kann - - Dass die Schließung einer Auslandsvertretung irgendwie von der Leitung gebilligt werden muss und alles, was sozusagen damit zu tun hat, ist, würde ich sagen, glaube ich, allen evident. Das haben wir versucht mit dieser Vorlage - - Oder: Das haben wir mit dieser Vorlage gemacht.

Ich bin, ehrlich gesagt, jetzt überrascht, dass es da kein ministergebilligtes Exemplar gibt. Denn aus unserer damaligen Arbeitssicht war völlig klar, dass das sozusagen leitungsgebilligt war, dass sozusagen entschieden worden ist - das hatten wir ja auch so vorgeschlagen; dazu muss ich die Vorlage nicht sehen -, dass eine Fortführung des GK über den Zeitraum des Abzuges hinaus nicht sinnvoll wäre und auch praktisch schwierig geworden wäre und das ja offensichtlich auch die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Billigung der Leitung fand. Warum da jetzt keine Ministerparaphe dran ist, da müssen Sie die entsprechenden Kolleginnen und Kollegen fragen, die dort gearbeitet haben. Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Da ich Ihnen eine halbe Minute durch meine Zwischenbemerkung vorhin geklaut habe, haben Sie noch eine Nachfrage, wenn Sie wünschen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Das ist aber sehr nett.

**Zeuge Andreas Krüger:** Aber vielleicht kann ich noch eine Sache hinzufügen.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nee, dann klauen Sie mir ja meine Zeit.

(Heiterkeit)

**Zeuge Andreas Krüger:** Okay. Nee, das will ich auf gar keinen Fall. Entschuldigung.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Aber Sie dürfen es gleich antworten. Da können wir Sie ja nicht unterbrechen. - Aber noch mal ganz kurz die Nachfrage: Also, Sie haben keine Kenntnisse über das Schicksal dieser Vorlage oder davon, dass es den Minister nicht erreicht hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Wir wussten ja, dass die Vorlage von der Leitung gebilligt wurde, also sprich: Wir hatten ja das Feedback der Leitung. Wie uns das damals erreicht hat, das kann ich Ihnen beim besten Willen nicht mehr sagen. Aber ich kann mir - - Wie soll ich sagen? In meiner Zeit - und die ist ja doch schon relativ lange im Auswärtigen Amt - ist es nicht vorgekommen, dass der Staatssekretär oder die Staatssekretärin uns sozusagen das Signal gibt: „Diese Vorlage ist gebilligt“, und der Minister oder die Ministerin, in dem Fall der Minister, weiß davon nichts. Insofern, glaube ich, ist die Kommunikation auf dem zweiten Stock im Auswärtigen Amt schon ganz gut, dass wir davon ausgehen konnten: „Die Vorlage ist gebilligt“, -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank.

**Zeuge Andreas Krüger:** - selbst wenn möglicherweise in der Hitze des täglichen Betriebes irgendwo mal eine Paraphe nicht dran war. Aber auch da würde ich sagen: Wir hatten keinerlei Zweifel daran, dass das eine gebilligte Vorlage war.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege Robin Wagener.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Hallo, Herr Krüger! Ich knüpfe an an die Entstehung des US-Taliban-Abkommens, wo Sie auch gerade erläutert haben, dass Sie es erst einen Tag vor der Unterzeichnung gesehen haben und auch etwas überrascht waren von der Reduzierung der Truppenstärke auf null; so habe ich es jedenfalls eben Ihren Ausführungen entnommen.

Jetzt finde ich eine Anlage zu einem Sachstand: US-Taliban-Abkommen und US-afghanische Regierungserklärung zu einer Bundesminister-vorlage vom 04.03.2020. Das ist MAT A AA 8.452, Blatt 20 bis 21. Und da findet sich folgender Passus drin:

Bis auf die 14 Monatsfrist für den Abzug und den Abschnitt zum Gefangenaustausch entspricht das US-TLB Abkommen der Fassung, die Bo Khalilzad vergangenen August in Berlin vorgelegt hat.

So ist das Zitat direkt daraus. - Gab es also doch vorher eine inhaltliche Einbeziehung oder Information über das, was im Abkommen sein wird, an die Bundesrepublik Deutschland?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich das noch mal sehen?

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Klar.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein. Es ist zwar richtig, dass Botschafter Khalilzad uns seine Ideen geschildert hat, aber Sie finden ja in der gleichen - es ist ja keine Vorlage - - in dem gleichen Sachstand ja auch noch mal Bezug auf zum Beispiel die Aussage von Außenminister Pompeo, dass der Abzug conditions-based sei. Insofern war natürlich die starke Annahme, Hoffnung - ich glaube, bei allen, insbesondere den Afghaninnen und Afghanen, aber auch, glaube ich, bei wichtigen NATO-Partnern, nicht nur Deutschland -, dass es dann in dem fertigen Abkommen, in dessen Verhandlungen wir nicht eingebunden waren - Khalilzad hat uns mal seine Vorstellungen erläutert; aber wir waren nicht eingebunden in die Verhandlungen, wir wurden nicht zurate gezogen etc. - - dass sozusagen sich dort deutlich stärkere Elemente eines „conditions-based approach“ finden würden, und die fanden wir dann zu unserer Enttäuschung nicht wieder.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das kann ich nachvollziehen. Da komme ich auch gerne gleich noch mal drauf, auf diese Dinge.

Aber jetzt nur noch mal zum Nachfragen: Sie haben gerade gesagt, dass Herr Khalilzad Ihnen seine Vorstellung erläutert hat. Im Sachstand lese ich, dass es der Fassung entspricht, die er in Berlin vorgelegt hat. Das ist ja noch ein bisschen mehr als „Vorstellung erläutern“; das klingt ja so, als ob er ein Dokument vorgelegt hat, also im Grunde genau eine Fassung eines Vertrages, wo dann ja offensichtlich hier die Frist noch verändert wurde dadrin. Aber eine Fassung vorlegen ist ja was anderes als „Vorstellung erläutern“. Können Sie das noch mal näher ausführen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich müsste jetzt wirklich noch mal im Gedächtnis kramen, ob er uns sozusagen einen schriftlichen Text vorgelegt hat oder uns seine Überlegungen vorgestellt hat; das weiß ich schlicht und einfach nicht mehr. Es ist ja auch nicht in den Akten drin, die ich jetzt angeschaut habe zur Vorbereitung auf den Ausschuss, weil es sozusagen einen anderen Zeitraum betrifft. Das weiß ich nicht mehr.

Aber, wie gesagt, der entscheidende Punkt für uns war ja, dass dazwischen 14 Monate lagen intensiver US-Taliban-Verhandlungen und wir doch sehr stark gehofft hatten - und insbesondere die Afghaninnen und Afghanen sehr stark gehofft hatten und auch andere wichtige NATO-Partner sehr stark gehofft hatten und die NATO selber auch in Brüssel -, dass sozusagen „conditions-based“ doch deutlich mehr bedeuten würde als das, was sich in dem Abkommen dann wieder fand.

Aber, wie gesagt: Einbindung in Verhandlungen ist etwas sehr anderes als das, was da stattgefunden hat. Ich habe ja schon erwähnt, ich war Referatsleiter für Syrien etc. Da waren die wechselseitigen Abstimmungen doch von einer ganz anderen Qualität als das, was ich bei Afghanistan erlebt habe.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, das klingt für mich auch so, als ob das nicht wirkliche Einbeziehung in Verhandlungen ist, und in die Bewertung können wir auch gerne mal einsteigen. Dazu würde ich auch gerne gleich noch mal nachfragen. Aber wenn Sie gerade sagten, Sie müssten Ihr Gedächtnis anstrengen, um darauf zu kommen, ob er einen Text vorgelegt hat oder es nur erzählt hat, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihr Gedächtnis anstrengen würden, weil in dieser Ministervorlage haben Sie es jedenfalls textlich geschrieben. Da steht: „Fassung vorgelegt“. Insofern wäre ich sehr dankbar, wenn Sie da noch mal tatsächlich jetzt das tun würden, was Sie gesagt haben, das Sie tun könnten.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, wie gesagt, das müsste ich noch mal nachschauen. Das kann ich jetzt in der Situation einfach nicht so machen, dass ich den Worten des Vorsitzenden Folge leiste, weder etwas wegzulassen noch etwas hinzuzufügen. Da bitte ich um Ihr Verständnis.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Meine Fürsorgepflicht für den Zeugen würde mich dazu bringen, Ihnen allen zu bestätigen: Er kommt ja möglicherweise noch mal wieder.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist ja auch in Ordnung. Also, wenn das Gedächtnis nichts hergibt an der Stelle, dann kann man nichts dran machen. Ich wollte nur das Angebot aufgreifen, das Gedächtnis anzustrengen; und das ist ja das, was man tun kann im Maximum hier.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja. Auf alle Fälle.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Dann haben Sie gesagt, das war nicht wirklich eine Einbeziehung, also kann man nicht so bezeichnen. Würde ich Ihnen auch zustimmen bei der Sache. Wir haben Sie das damals bewertet?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wie gesagt, ich glaube, für alle in der Bundesregierung - ich kann natürlich jetzt nur für mich sprechen und für das, was ich damals geschrieben habe oder verantwortet habe, aber ich glaube, das war eine weitverbreitete Meinung - - Wir alle hatten andere Erwartungen an Einbeziehung, auch insbesondere angesichts des großen Engagements sowohl militärisch, Entwicklungszusammenarbeit, politisch etc., humanitär, bei Afghanistan. Wir dürfen nicht vergessen: Das war natürlich die Zeit einer sehr spezifischen amerikanischen Regierung; das spielte sicherlich möglicherweise auch eine Rolle. Und nun fanden wir uns - wie soll ich sagen? - entgegen unseren Zielen in einer Situation wieder, wo es sozusagen dieses Abkommen gab und wir uns dann eben überlegen mussten, wie wir damit umgehen würden. Und dann war die Empfehlung, die mein Referat dem Minister gegeben hat, eben trotz der gravierenden Probleme, die sich aus dem Abkommen ergaben, trotzdem den politischen Prozess, der zumindest im Ansatz als Möglichkeit in dem Abkommen beinhaltet war, zu versuchen zu unterstützen, um aus einer sehr schlechten Situation dann vielleicht doch noch etwas halbwegs Brauchbares zu machen.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind wahrscheinlich die Empfehlungen, die Sie meinen, die Sie am 04.03. in der Vorlage für die Hausleitung hochgegeben haben, die der Minister auch hatte, am 12.03. jedenfalls in Grün

abgezeichnet mit einem Zeichen, das man als „H. M.“ deuten könnte; weiß ich nicht genau, aber es ist in Grün jedenfalls. Können Sie darlegen, welche Handlungsempfehlungen Sie gegeben haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Könnte ich wahrscheinlich - Ich würde es trotzdem gern noch mal sehen, einfach um mein Gedächtnis wirklich - - mir ein bisschen auf die Sprünge zu helfen.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine völlig nachvollziehbare Idee.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** In Grün zeichnet nur der Minister.

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nehme ich auch an, genau. Deswegen gehe ich davon aus, dass das „H. M.“ bedeutet.

(Der Vorsitzende berät sich  
mit dem  
Ausschusssekretariats)

Ah ja, sicher. Es ist natürlich richtig dann. Der Verpflichtung will ich nachkommen, auf jeden Fall die MAT-Nummer zu nennen. Die haben wir hier: MAT A AA-8.455, Blatt 4 bis 7 ist das. Ich wollte es ja gar nicht zitieren; darum habe ich ja noch gar keine MAT-Nummer genannt.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja. Also erst noch mal vielen Dank. - Ich glaube - das wurde ja teilweise schon angesprochen -, wir haben zum einen dann eben auch die Probleme in dem Abkommen versucht zu benennen; und dann, glaube ich, ging es uns um primär - als Wichtigstes zumindest - drei bis vier Punkte. Das eine war - das klang ja schon mehrfach an - Einforderung von mehr Transparenz; das Zweite - und da waren wir nicht alleine -, zu versuchen, eben trotz dieses Abkommens, das eben eine so starke Koppelung von Fortschritten im Friedensprozess mit weiteren Truppenreduktionen nicht vorsah, das, was in dem Abkommen drin war, möglichst so zu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nutzen, dass es dann doch eine gewisse Konditionierung geben würde; drittens dann eben zu schauen, ob es möglich wäre, auf der Basis dieses Abkommens einen inklusiven afghanischen Friedensprozess zu unterstützen.

Denn wir wollten nicht - und das steht ja auch hier sehr deutlich drin - - Wir sahen uns dann nicht in der Lage, aufgrund eben auch der gravierenden Probleme dieses Abkommens, zu sagen: Okay, wir nehmen das, und wir gehen jetzt sozusagen nach vorne und sagen: Wir - - Deutschland würde vorschlagen, diesen politischen Prozess federführend irgendwie zu übernehmen, einzuladen etc. - das steht ja auch hier sehr deutlich drin -; denn wir hatten eben doch erhebliche Bauchschmerzen mit diesem Abkommen. Und das war dann quasi eine Abwägung. Wir wollten auf der Seite auch deutlich machen, dass wir das Abkommen unzureichend fanden, und deswegen sahen wir uns da nicht in der initiativen Rolle bei der Umsetzung dieser Elemente; aber auf der anderen Seite wollten wir natürlich die Afghaninnen und Afghanen auch nicht alleine lassen. Und insofern war dann - und das ist der vierte Punkt - für uns sehr wichtig, mit anderen Partnern, insbesondere Norwegen, aber auch anderen, zu versuchen, einen Verhandlungsprozess zu unterstützen, um zumindest zu versuchen, eine politische Lösung in diesem Zeitraum noch auf den Weg zu bringen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich fürchte, Herr Kollege Wagener, wir müssen den Wechsel auf den Weg bringen, und das geschieht zur AfD.

**Stefan Keuter (AfD):** Das machen wir sehr gerne. -Herr Krüger, grüße Sie. - Uns liegt ein interner Vermerk von Herrn M██████ K██████ vor - der saß im Grundsatzreferat für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik bzw. NATO im Auswärtigen Amt - über eine im Februar 2021 stattgefundenen Talkrunde der Deutschen Atlantischen Gesellschaft zum Thema Afghanistan. Im Vermerk wurde die Einlassung des Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Herrn Oberst Wüstner, mit folgenden Worten wiedergegeben - Fundstelle: MAT A AA-8.287, Blatt 70; Zitat -:

Bundesregierung habe nie ehrliche Evaluation des Afghanistan-Einsatzes unternommen (aus „Feigheit“), oder auch darüber, inwieweit Stabilisierung tatsächlich funktioniert.

Zitat Ende. - Haben Sie sich eigentlich einmal während des Untersuchungszeitraums gefragt, ob die Vertreter des Auswärtigen Amtes die Erfahrungen der Soldaten entsprechend angemessen in ihre Evaluation und Planungen einbeziehen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Dieser Vermerk ist mir jetzt nicht in Erinnerung. Es ist aber auch, glaube ich, jetzt nicht so entscheidend, weil die Frage geht ja darüber hinaus. Ich kann nur sagen: Wir hatten ja, also sowohl ich als Einzelperson als auch das Auswärtige Amt, mit den fachlich zuständigen Kolleginnen und Kollegen im BMVg einen quasi täglichen Austausch und auch einen sehr vertrauensvollen Austausch, der mir sehr - wie soll ich sagen? -, auch menschlich wirklich sehr positiv in Erinnerung ist, sowohl im Bandlerblock als auch manchmal dann im Einsatzkommando Führungskräfte [sic!], genauso - das ist jetzt ein bisschen außerhalb meiner Zuständigkeit; aber das ist zumindest mein starker Eindruck gewesen - natürlich am GK Masar, wo wir ja quasi, also wo die Kolleginnen und Kollegen Tür an Tür arbeiten, -

**Stefan Keuter (AfD):** Herr Krüger, ich unterbreche Sie sehr ungern, aber wir haben pro Frageunde nur sieben Minuten.

**Zeuge Andreas Krüger:** - als auch in Kabul.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, trotzdem sollten Sie den Zeugen ausreden lassen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, die Frage ist - - Insofern: Ja, wir haben täglich oder wöchentlich gemeinsam mit den Kollegen/Kolleginnen aus dem BMVg uns ausgetauscht, um die richtigen Antworten auf diese schwierige Situation - - versucht, die richtigen Antworten zu finden.

**Stefan Keuter (AfD):** Der Herr Oberst Wüstner war ja nicht irgendjemand; er ist ja quasi qua Funktion Sprachrohr der Soldaten. Können Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

seine Äußerung verstehen, oder ist das aus Ihrer Sicht völlig aus dem Himmel gegriffen gewesen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich würde diese Einschätzung so nicht teilen, with all due respect.

**Stefan Keuter (AfD):** Fanden Sie es als Beamter im Auswärtigen Dienst, der jahrelang die Geschichte der deutschen Afghanistan-Politik mitbestimmt hat, nicht irgendwie beschämend, wenn ein Vertreter der deutschen Soldaten der Bundesregierung etwa 19 Jahre nach Beginn des Einsatzes solche Vorhaltungen macht?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, das ist - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Das ist eine politische Bewertung, die mir nicht zusteht.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Genau, absolut. - Der Kollege ... (akustisch unverständlich) ist ja sehr klar.

**Stefan Keuter (AfD):** Wir wissen aus einer Zeugenbefragung vom 29.09. hier im Untersuchungsausschuss, dass im Januar 2020 unter der Leitung des Bundeskanzleramtes und Beteiligung mehrerer Ressorts Diskussionen stattgefunden haben und es um einen Zwist um eine Lagebewertung ging. Aus den Akten geht dann - MAT A BMVG-3.166, Blatt 540 - hervor, dass dieser Zwist behoben worden wäre. Da interessiert uns: Wie ist dieser Zwist behoben worden? Wissen Sie das?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich die Unterlage bitte sehen?

**Stefan Keuter (AfD):** Ja, gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Während Sie das lesen, würde ich gerne daran erinnern, dass wir so Grundvereinbarungen mitteleuropäischer Höflichkeitsformen haben. Es wäre ganz schön, wenn wir uns alle an die halten, dass wir Zeugen ausreden lassen, dass wir höflich fragen. Und ich

finde, es wäre angemessen, wenn das alle Beteiligten einhalten könnten.

**Zeuge Andreas Krüger:** Entschuldigung, ich muss erst eine Verständnisfrage stellen. Vielleicht habe ich Ihnen auch nicht aufmerksam genug zugehört; dafür möchte ich mich gleich entschuldigen. Aus dem Blatt, das mir jetzt vorliegt, geht nicht hervor, wer das geschrieben hat, oder? - Ach, doch, da, okay: Herr G [REDACTED].

(Der Zeuge liest in den ihm  
vorgelegten Unterlagen)

Also, wenn ich ehrlich bin, Herr Abgeordneter: Ich kann dazu wenig sagen. Wenn ich das richtig verstehe - ich habe es jetzt natürlich nur überflogen und bitte um Nachsicht -, war das eine Diskussion zwischen dem BND und dem BMVG. Ich sehe hier im Moment nicht - zumindest kann ich es auf der - - ich will ja Ihre Zeit auch nicht übermäßig in Anspruch nehmen - - nicht erkennen, dass das Auswärtige Amt in diese spezifische Diskussion einbezogen worden ist oder war. Insofern kann ich dazu beim besten Willen nichts sagen.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Wenn ich daraus mal weiter zitiere: In diesem Zusammenhang soll es bei einigen der beteiligten Fachleute zu erheblichen „Frustrationen“ gekommen sein. Uns würde dann schon interessieren, in welche Richtung das Bundeskanzleramt da eingegriffen hat. Waren Sie bei dieser Besprechung im Januar 2020 selber anwesend?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich war zuweilen - nicht immer, aber manchmal - bei den Staatssekretärs-/Staatssekretärinnenrunden zu Afghanistan/Mali mit dabei. Mir ist aus diesen Gründen - da müsste ich jetzt wirklich lügen, wenn ich sagen könnte, die eine war am 17. Januar und die nächste war am 23. März oder so - - Aber ich glaube nicht - so wie ich das hier verstehe -, dass sich das auf eine dieser Runden bezieht. Mir ist eine solche Diskussion aus diesen Gründen nicht in Erinnerung. Im Gegenteil: Da waren eigentlich die Lageanalysen immer sehr kompatibel. Insofern bin ich da wirklich überfragt. Ich glaube, da



## Nur zur dienstlichen Verwendung

war ich als Person auf jeden Fall nicht eingebunden.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Wer war damals Ihr zuständiger Staatssekretär oder die Staatssekretärin? Berger oder Leendertse?

**Zeuge Andreas Krüger:** Berger.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Hatten Sie mit Ihrem - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ihre Zeit ist abgelaufen.

**Stefan Keuter (AfD):** Ich hatte die Uhr angehalten, -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir auch.

**Stefan Keuter (AfD):** - aber, Herr Vorsitzender, ich bin bei sechs Minuten.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ja, und Ihre Zeit ist abgelaufen. Das Fragerecht geht an die FDP. Herr Kollege Müller.

**Alexander Müller (FDP):** Vielen Dank. - Ich setze noch mal da an, wo das Auswärtige Amt die Hoffnung hatte, dass man vielleicht doch condition-based am Ende rauskommt. Wir hatten ja bei den Verhandlungen einen Entwurf der US-Seite, und das Abkommen entsprach ja fast diesem Entwurf. Da heißt, obwohl man 14 Monate verhandelt hat, ist da nie über condition-based - - war nie absehbar, und die Taliban hatten natürlich auch überhaupt kein Interesse, dass das Ganze condition-based wird. Wo kam denn die Hoffnung her seitens des Auswärtigen Amtes, dass das man irgendwie im Nachgang doch noch hinbekommen könnte?

**Zeuge Andreas Krüger:** Zum einen, wie gesagt, gab es ja schon im Vorhinein zu dem Abkommen - das wird ja auch zitiert; da muss ich kurz mal hier ein bisschen kramen - eben zum Beispiel in dem Vermerk oder in dem Sachstand vom 2. März die Aussage - immerhin! - von Außenminister Pompeo, dass der Abzug „condi-

tions-based“ sei. Insofern war es ja nicht eine vermessene Annahme, zumindest zu vermuten, dass sich dann in dem Abkommen auch Conditions finden würden, die vielleicht ein bisschen mehr wären als das, was wir dann dort gefunden haben.

Und dann gab es ja - jetzt müsste ich mir das Abkommen noch mal ganz genau angucken - aber diese eine Frist, ich glaube, 135 Tage, wenn ich es richtig im Kopf habe - jetzt muss ich gleich noch mal nachschauen, wo wir zumindest vermuteten - - oder nein, nicht vermuteten, wo wir zumindest sahen, dass es so eine Art Review geben sollte nach quasi drei Monaten. Und das war eine der Benchmarks oder eine der Wegmarken - ist ein besserer Begriff -, wo wir ebenso wie andere Partner versucht haben, dieses Abkommen quasi beim Wort zu nehmen und zu sagen: Aus unserer Sicht haben die Taliban das Abkommen nicht so umgesetzt, wie das zumindest dem Geist des Abkommens entspricht. Ja.

**Alexander Müller (FDP):** Ich hatte damals den Eindruck und würde gern von Ihnen wissen, ob Sie den teilen, dass Khalilzad in einer Zwickmühle war, weil er von seinem Präsidenten den Auftrag hatte: „Du musst auf jeden Fall da raus, koste es, was es wolle; setze es um“, und die Taliban zumindest mal eine Ahnung davon hatten, dass sie sehr gute Karten hatten und am längeren Hebel saßen. War das nicht auch Ihr Eindruck?

**Zeuge Andreas Krüger:** Jetzt muss ich hier mal ganz kurz sowohl den Vorsitzenden als auch meinen Kollegen vom Auswärtigen Amt fragen, ob Aussagen über die Entscheidungssituation oder unsere damalige Interpretation der Entscheidungssituation von Bündnispartnern in einer öffentlichen Sitzung besprochen werden dürfen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Mein Vorschlag wäre, dass Sie das eben mal diskret und außerhalb des Mikrofons mit dem Auswärtigen Amt erörtern, und dafür unterbreche ich einen Moment.

(Der Zeuge berät sich mit  
LR I Andreas Gloßner (AA))

Bitte schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Herr Abgeordneter, also, ganz offensichtlich stand natürlich die gesamte amerikanische - - Ich will jetzt nicht auf einzelne Personen eingehen, aber ich glaube, es war ganz klar. Das Ziel des amerikanischen Präsidenten war ja allen bekannt; aber - und das ist ja auch das Gute in demokratischen Systemen - es gibt ja auch Checks and Balances sozusagen in so einem System. Da gibt es das Pentagon, da gibt es das State Department usw. usf., da gibt es den Kongress. Und dort gab es ja auch erhebliche andere Stimmen zu diesen Fragen, auch innerhalb der Republikanischen Partei zum Beispiel. Insofern gab es, glaube ich, durchaus Anknüpfungspunkte, wo man sagen konnte: Okay, das Abkommen ist, wie es ist, aber wir sehen zumindest die Möglichkeit, hier doch auf stärkere Einhaltung des Geistes des Abkommens zu setzen oder zu drängen. - Das zum einen.

Zum Zweiten. Ich glaube, unabhängig - - Natürlich befanden sich alle Akteure in Zwickmühlen. Das ist, glaube ich, das normale Geschäft. Das geht Abgeordneten, wenn ich das so sagen darf, ja auch - - Alle müssen zwischen verschiedenen Gütern abwägen. Aber am Ende des Tages ist es halt so, dass das Abkommen in seiner Struktur so problematisch war, wie es war, und vor allen Dingen dann die Amerikaner als Gesamtheit es nicht vermocht haben, die schwachen Konditionen, die in dem Abkommen angelegt waren, dann auch gegenüber den Taliban durchzusetzen. Ich glaube, das ist das Problem gewesen, unabhängig davon, in welcher Zwickmühle sich der eine oder andere Akteur möglicherweise subjektiv oder objektiv befand.

**Alexander Müller (FDP):** Ja, Checks and Balances - richtig. Sie haben ja auch Pompeo zitiert, der ja auch offensichtlich eine andere Meinung als sein Präsident hatte. Aber war es nicht so, dass Khalilzad berichtspflichtig und abhängig war direkt vom Präsidenten und im Grunde wirklich seine Vorgaben ausüben musste - egal was jetzt Pentagon, Senat und wer auch immer gesagt hat -, dass Khalilzad einfach im Auftrag von Trump praktisch verhandelt hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Formal war er der Sonder- - Wie gesagt: Wie die Entscheidungsfindung

auf amerikanischer Seite tatsächlich lief, ist in gewisser Weise für uns dann auch eine Blackbox. Wir wissen natürlich nicht, welche Telefonate welcher amerikanische Handelnde zu einem Zeitpunkt X mit wem auch immer dann geführt hat; aber ich glaube, dass am Ende des Tages eben entscheidend war, wie die Amerikaner als Gesamtheit aufgetreten sind, und da gab es eben die benannten Probleme.

**Alexander Müller (FDP):** Wie war Ihr Eindruck damals: Welche Art Taliban haben in Doha verhandelt? War das eine eher homogene Gruppe? War das eine heterogene Gruppe? Wie waren die Taliban insgesamt nach Ihrer Erfahrung, nach Ihrem Wissen damals aufgestellt? Haben die eher die Radikaleren nach Doha geschickt oder eher die Diplomatischeren? Haben Sie da noch eine Erinnerung dran?

**Zeuge Andreas Krüger:** Die Taliban haben großen Wert darauf gelegt - - Also, ein Satz vorgeschoben: Eine der wirklich bemerkenswerten Stärken in gewisser Weise der Taliban ist es ja - oder war es und ist es eigentlich bis zum heutigen Zeitpunkt -, trotz aller Umstände eine erstaunlich hohe Kohäsion insgesamt als Bewegung aufrechterhalten zu haben. Und ich glaube, das war allen Analysten immer sehr klar: Diese innere Kohäsion zu bewahren, war für die Taliban absolut essenziell, was ja unter den gegebenen Umständen - hoher Verfolgungsdruck, immer wieder Ausschaltung von bestimmten Personen durch - - da gibt es viele verschiedene Orte, an denen sich entscheidende Akteure aufhielten, etc. etc. - und der auch durchaus unterschiedlichen Hintergründe, aus denen die verschiedenen zentralen Persönlichkeiten kamen - - durchaus sehr bemerkenswert.

Die Taliban haben nach Doha sozusagen eine - wie soll ich sagen? - repräsentative Gruppe entsandt; da waren Vertreter der verschiedenen Strömungen dabei. Da waren jetzt sozusagen Vertreter des Haqqani-Netzwerkes genauso wie aus allen anderen Strömungen vertreten. Insofern, glaube ich, kann man nicht sagen - so interpretiere ich jetzt mal Ihre Frage, wenn ich darf -, dass in Doha sozusagen nur die - relativ gesehen, sehr relativ gesehen - „moderaten“ - das setze ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gleich in drei Anführungsstriche - Talibandiplomaten waren, während die Hardliner woanders saßen. Ich glaube, dass die Taliban gerade auch aufgrund dieses Kohäsionsgedankens großen Wert darauf legten, Vertreter aller wichtigen Strömungen in Doha mit dabeizuhaben und die sozusagen dann auch dort einzubinden.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Lieber Herr Kollege Müller, das Fragerecht wechselt und geht zu Frau Bünger. Bitte schön.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Krüger, ich würde jetzt einen kleinen Themenwechsel vornehmen. Sie haben vorhin eingangs erläutert, dass Sie für die Lageberichte auch zuständig waren. Können Sie uns vielleicht kurz erläutern, einen zeitlichen und technischen Überblick, wie die Asyllageberichte erstellt wurden? Wie genau lief das ab, und welche Stellen und welche Personen waren alles bei der Erstellung der Lageberichte beteiligt? Wie war die Botschaft in Kabul eingebunden, und wie war Ihr Referat, also AP 05, eingebunden?

Dann eine ganz konkrete Frage: Wann wurde mit der Erstellung des Berichtes für das Jahr 2020 begonnen? Und dann auch gleich noch die Frage: Wann wurde mit der Erstellung des Berichtes für das Jahr 2021 begonnen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Der Asyllagebericht wurde im Entwurf gefertigt, wenn ich das richtig erinnere, durch die Auslandsvertretung, ging dann ans Auswärtige Amt, wurde dort überarbeitet oder ergänzt. Da flossen sozusagen alle Erkenntnisse ein, die wir hatten, Gespräche mit NGOs, und zwar sozusagen die ganze Phalanx von - wie soll ich sagen? - eher afghanischen NGOs bis eben zu den großen international bekannten Menschenrechtsorganisationen, also Human Rights Watch, Amnesty International etc. etc., natürlich auch die Erkenntnisse unserer Dienste, also praktisch das gesamte Spektrum an Informationen, so wie es sich für uns dargestellt hat.

Dann - meine Stärke sind nicht Verfahrens-abläufe; das werden Sie merken - ging es an die Abteilung 5, und von dort - - Es wurden natürlich

auch die anderen Ressorts der Bundesregierung eingebunden. Und dann wurde der Bericht fertiggestellt. Ich müsste jetzt wirklich das noch mal nachschauen - das wissen Sie wahrscheinlich, weil Sie die Akte im Zweifelsfalle vorliegen haben aktuell und ich nicht -, wann genau wir den Bericht 2020 geschrieben haben und den 21. Das weiß ich nicht mehr. Ich erinnere mich rein aus meinem Gedächtnis heraus, dass es uns dann - -

Also, es war für uns völlig klar, dass dann - - Wir haben ja dann im Herbst 21 sozusagen so eine Art - ich weiß gar nicht mehr genau, wie wir das genannt haben -, so eine Kurzfassung geschrieben, weil natürlich klar war, dass der alte Bericht aus dem - - veraltet war durch die Machtübernahme der Taliban, und insofern es uns natürlich wichtig war, auch das dann sozusagen darzustellen - bei allen Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, weil, als wir den geschrieben haben - nach meinem Gedächtnis ungefähr im Oktober 21 -, natürlich die Faktenlage noch sehr fluid war, also Interimsregierung usw. usf., auch viele der klassischen Ansprechpartner nicht mehr vor Ort und insofern man auch einfach - wie soll ich sagen? - sich die Frage stellen musste: Auf welcher Basis verfassen wir diesen Bericht? Wir hatten ja keine eigenen Augen und Ohren mehr „on the ground“. Aber das ist halt auch ein Dilemma, was man nicht auflösen kann. Also, es war uns völlig klar: Es braucht einen neuen Bericht, der alte ist nicht mehr brauchbar. - Und dann haben wir eben versucht, auf dieser Basis eine aktualisierte Kurzfassung zu verfassen - genau, ich bilde mir ein, im Oktober; aber Sie haben das im Zweifelsfalle präziser als ich.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Da ich die geringste Zeit habe und ich jetzt leider nicht mehr - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Fragerecht ist leider - -

**Clara Bünger (DIE LINKE):** - - wollte ich nur ganz kurz fragen: 2020, können Sie nicht sagen, wann Sie den erstellt haben, und 2021, im Herbst, den Kurzbericht?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nicht aus dem Kopf.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Okay, danke. Dann mache ich später weiter.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Wir eröffnen die zweite Runde, und der Kollege Nürnberger von der SPD hat das Wort.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Bitte verzeihen Sie die Zeitsprünge. Ich möchte anknüpfen an einen DKOR-Bericht vom 2. März 2020, also unmittelbar nach dem Abschluss des Vertrages. Die MAT-Nummer ist - ich habe mir extra die Buchstaben dieses Mal groß aufgeschrieben und die Zahlen -: MAT A AA-8.453, Blatt 4 bis 7. Am Ende dieses Berichts heißt es wörtlich: „Lag AP05-RL vor.“ Sie waren zu diesem Zeitpunkt der Leiter des Referats AP 05. Was bedeutet das eigentlich, dass es Ihnen vorgelegen hat? Haben Sie ihn schlicht von einem anderen Adressaten zum Durchlesen bekommen? Haben Sie noch Änderungswünsche gehabt, und sind die dann auch gegebenenfalls eingearbeitet worden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das bezog sich auf meine Reise nach Kabul, von der vorhin schon die Rede war, und nach meinem Gedächtnis - ich erinnere mich, glaube ich, auch noch an die Hauptautorin des Berichtes - - Ich kann beim besten Willen nicht mehr genau sagen, wie viele - - Ob ich da Adjektive, Kommata, vielleicht hier noch mal einen Halbsatz dazu oder so verändert habe, das weiß ich nicht mehr. Aber ich glaube, das waren keine großen inhaltlichen Punkte, weil ich sowohl mit dem Kollegen C [REDACTED] P [REDACTED], der damals ja der Stellvertreter in Kabul war, als ich dahin kam, als auch mit den Kolleginnen und Kollegen, die mich begleitet haben, wir doch in der Grundanalyse - wie soll ich sagen? - wirklich völlig „on the same page“ waren.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Warum - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Aber natürlich - das ist ja normal, wenn man dann Gespräche führt -: Manche Punkte sind einem vielleicht auch noch mal besonders wichtig aus der - - die man vielleicht noch mal - - wo man sagt: Diesen Satz, dieses Zitat dieses Gesprächspartners, bringt das doch noch rein, oder so. Aber das waren keine inhaltlichen Unterschiede.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Um die grammatikalischen Sachen wäre es mir ohnehin nicht gegangen. - In diesem DKOR wird Folgendes festgehalten - zur deutschen Rolle insbesondere zwei Aspekte -:

- 1) RS-Mandat: Noch ist unklar, wie der vollständige Truppenabzug mit einer fortgesetzten CT-

- Counterterrorism -

Komponente zusammengehen soll. Das Abkommen beinhaltet auch Zusagen im Namen von RS, derzufolge innerhalb von 14 Monaten jegliches

- und jetzt kommt die ganze Aufzählung -

nicht-diplomatische zivile Personal, private Sicherheitsdienstleister, Trainer und Berater abgezogen werden sollen. Dies hätte dann auch mglw. Konsequenzen für unser Polizeiprojekt GPPT. Anscheinend will zumindest ...

- jetzt wird Bezug genommen auf einen amerikanischen Militär -

langfristig aber auch Basen wie MeS

- Masar-i-Scharif -

erhalten (in deutlich kleinerer Form).

Im Gespräch u. a. mit dem NATO-GS wurde deutlich, dass die NATO noch nicht auf einen Abzug vorbereitet ist u. die Planungen bislang weitestgehend US-intern erfolgen. Wir sollten von Washington mehr Transparenz und Einbeziehung einfordern.

In Nummer 2 geht es um den Friedensprozess. Dort steht:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Friedensprozess: Karzai-Lager und Rahimi haben sich zu Gesprächen über den Friedensprozess getroffen u. waren sich dabei in dem Wunsch nach stärkerer DEU Rolle einig. ...

■ trug zudem erneut die Bitte nach DEU Unterstützung bei Etablierung eines diskreten, kleinen Formats zum inoffiziellen Austausch zwischen TLB und AFG Regierung vor.

Die Fragen, die sich daran anschließen für mich, sind in Bezug auf diesen Auszug aus dem DKOR-Bericht: Wissen Sie, ob diese Handlungsempfehlungen, diese Vorschläge tatsächlich dann am Ende umgesetzt worden sind oder zumindest an die Amerikaner herangetragen worden sind und wie die Amerikaner letztendlich darauf reagiert haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich bin mir doch sehr sicher, dass sowohl in Washington - unsere Botschaft dort - als auch natürlich in persönlichen Gesprächen der politischen Leitung des Auswärtigen Amtes als auch natürlich auf der Ebene der Sonderbeauftragten als auch in Brüssel bei der NATO immer wieder genau diese Punkte gemacht wurden.

Ein Punkt, der uns ja dann sehr umtrieb, als wir das dann lasen, war ja auch - je nachdem, wie das zu interpretieren war, dieser Passus, den Sie da gerade zitiert haben -: Was ist zum Beispiel auch mit dem Personal, das sozusagen die Sicherung der Botschaft übernimmt? Die laufen ja auch nicht unbewaffnet rum, aus nachvollziehbaren Gründen. Wären die dann auch davon betroffen? Insofern gab es doch da erheblichen Klärungsbedarf, und das ist eben eine dieser vielen sehr interpretierbaren Formulierungen in dem Abkommen, die uns dann eben Kopfzerbrechen bereiteten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Der Auszug stellt ja dar, dass der Abzug jeglichen militärischen und zivilen Personals Teil des Abkommens ist. Der Zeitrahmen wurde mit 14 Monaten zunächst definiert, und es trifft ja ziemlich - - Die tatsächliche Situation hat sich dann halt um drei

Monate verlängert. Wie hat sich Deutschland in Kenntnis auf diesen Abzugszeitpunkt in Bezug auf den Abzug vorbereitet aus der Sicht des AA?

**Zeuge Andreas Krüger:** Wie gesagt: Zum einen haben wir versucht, eine stärkere Koppelung des militärischen und des politischen Prozesses zu erreichen. Damit - ich glaube, das kann man ganz offen sagen - waren wir nicht besonders erfolgreich, genauso wenig wie andere NATO-Partner auch oder auch die afghanische Regierung, die das natürlich auch immer wieder versuchte.

Zum Zweiten begann ja - also spätestens zu dem Zeitpunkt; aber das ist eine Sache, die natürlich dann federführend die entsprechenden Kolleginnen und Kollegen kompetenter beantworten können - die Vorbereitung, die Planung seitens des BMVg.

Drittens war unsere Analyse zum damaligen Zeitpunkt, dass auch über den Moment des Truppenabzuges hinaus ein ziviles Engagement in Afghanistan notwendig sein würde und auch möglich sein würde. Insofern haben uns natürlich auch - das haben Sie sicherlich in den Akten ja gesehen - dann in den vielen Monaten sehr stark bemüht, uns auch auf dieses Szenario einzustellen, also: Was passiert sozusagen an ziviler Unterstützung über den Zeitraum des Abzuges hinaus?

Vierter und letzter Punkt natürlich, dann zu schauen: Okay, das Abkommen ist nicht gut, aber lasst uns trotzdem die Afghanen jetzt nicht im Stich lassen, sondern ihre Bitte ernst nehmen, einen politischen Prozess zu unterstützen. - Unser Benchmark - - oder unser Kompass war ja immer: Wir unterstützen den politischen Prozess so lange, solange uns die Afghaninnen und Afghanen - damit meine ich jetzt nicht die Taliban, sondern die Zivilgesellschaft, die afghanische Regierung und die anderen entscheidenden politischen Akteure - bitten, diesen politischen Prozess zu unterstützen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn ich Ihre letzten Ausführungen dann in Bezug setzen darf zu der zweiten Hälfte des Zitates, das ich Ihnen vor-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gelesen habe, dass sich die afghanische Regierung eben eine erhöhte Unterstützung tatsächlich gewünscht hat, stellt sich die Frage: Inwieweit und auf welche Art und Weise sind Sie diesen Wünschen nachgekommen, und gab es eine Grenze, die Sie nicht überschreiten wollten, wo die Hilfe nicht geleistet werden konnte?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, das haben Sie ja sicherlich auch in den Akten gesehen. Es gab immer wieder die Wünsche verschiedener wichtiger afghanischer Akteure: Holt doch diese Verhandlungen nach Deutschland. - Das haben wir immer wieder überlegt - ist das eine sinnvolle Idee? -, haben wir auch aktiv geprüft, sind aber am Ende des Tages immer dabei rausgekommen, zu sagen: Es ist nicht sinnvoll. Es ist zum einen nicht sinnvoll, weil wir damit ein Abkommen - wie soll ich sagen? - unterstützt hätten, womit wir doch erhebliche Bauchschmerzen hatten und das eigentlich schwere strukturelle Geburtsfehler hatte zulasten der Afghaninnen und Afghanen vor allen Dingen; und zweitens in dem Moment, wo dann sozusagen bei allen Problemen, die damit verbunden waren, die Verhandlungen in Katar begonnen haben, es uns auch gerade unter diesem Problem - 14 Monate, die Uhr läuft, und die amerikanische Administration, die wir haben - dann trotz intensiver Prüfungen und auch immer wieder Abwägen sinnvoller erschien, den Prozess in Doha bei allen Problemen zu unterstützen, als sozusagen eine große Disruption und Zeitverzögerung in Kauf zu nehmen, um diesen Prozess möglicherweise nach Deutschland zu holen oder woandershin.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie noch präziser darstellen, wie sich diese Unterstützung tatsächlich auch realisiert hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, wir haben jetzt zu Anfang - so Zwischenkapitel - - Es gab ja durchaus erst mal Überlegungen der Norweger, Gastgeber dieses Prozesses zu sein. Und wir haben dann sehr intensiv, sehr partnerschaftlich mit den Norwegerinnen und Norwegern zusammengearbeitet, die das auch aktiv wollten, um zu schauen: Okay, wie kann man so einen Prozess aufsetzen? Was sind die Strukturen? Was für Möglichkeiten? Wie kann man das so machen,

dass da möglicherweise auch etwas Gescheites bei rauskommt? - Es hat sich dann eben rausgestellt, dass der Prozess nicht in Norwegen stattfinden würde, sondern dann später in Doha, in Katar. Dort sahen wir unsere Aufgabe vor allen Dingen darin, die Delegation der Republik zu unterstützen, zu beraten.

Wir haben dann auch ein Gremium oder einen Gesprächskreis, kann man vielleicht besser sagen, eingerichtet, um insbesondere die weiblichen Mitglieder der Verhandlungsdelegation zu unterstützen und zu beraten, die ja - wie soll ich sagen? - einen besonders schweren Stand hatten, und haben natürlich auch dort mit den Taliban regelmäßig gesprochen, um auch dort sozusagen für eine politische Lösung zu werben und zu schauen: Okay, wo gibt es möglicherweise Kompromissmöglichkeiten und Möglichkeiten, den Prozess, der sich ja durchaus schleppend hinzog, zu beschleunigen? - Also, es war sozusagen eine Beratungsleistung, immer mit der Idee, eine an sich sehr unwahrscheinliche politische Lösung ein klein wenig weniger unwahrscheinlich zu machen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich liebe die diplomatische Ausdrucksweise. - Kleiner Exkurs: Ungefähr zur gleichen Zeit, am 3. März, gab es ausweislich der Akten - MAT A AA-8.626, Blatt 12 bis 13 - eine E-Mail-Korrespondenz zwischen Ihnen und Herrn Bledjian. In dieser Korrespondenz geht es insbesondere um die versprochene Gewaltreduktion; wir können es auch gerne vorlegen. Herr Bledjian schreibt, er hält die Aussage, dass es „ausfransen“ könnte, noch für ein bisschen früh, auch weil die Zahlen weiterhin im Norden reduziert sind. Sie antworten Folgendes:

Wahrscheinlich gibt es dazu einmal die „wahrgenommene/politische“ Wirklichkeit & einmal die „militärische“ ...

Sie haben das auch vorhin ein bisschen schon angedeutet in Teilen Ihrer Aussage. Können Sie uns erklären, wie Sie das gemeint haben, und kommt es häufiger vor, dass es so Differenzen zwischen wahrgenommener politischer und wahrgenommener militärischer Wirklichkeit in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

verschiedenen Teilen der Bundesregierung geben kann?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich das noch mal kurz sehen, bitte?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Also, wenn ich das noch richtig - - Das ist ja sozusagen jetzt ein Ausschnitt aus einer längeren E-Mail-Korrespondenz, die ja vorher schon begann und wahrscheinlich dann auch noch weiterging. Insofern müsste ich noch mal gucken, was sozusagen davor und danach passierte. Aber wenn ich das hier richtig sehe: Das Problem war ja, dass nach dem 29. sich die erhoffte Gewaltreduktion, was sowieso ein schwieriger Begriff ist, nicht so darstellte, wie es sich die Afghaninnen und Afghanen insbesondere erhofft haben. Insofern gab es wahrscheinlich - so würde ich das interpretieren; da müsste man jetzt noch mal sich die einzelnen Pressemeldungen, auf die da Bezug genommen wird - - müsste ich mir noch mal genau anschauen. Aber ich würde mal aus meinem Gedächtnis heraus sagen: Es gab sozusagen gerade vor dem 29. das Gefühl: „Okay, es geht doch deutlich nach unten“; und nur wenige Tage später oder wenige Stunden später ging es dann schon wieder sehr deutlich nach oben. Da sehen Sie ja auch schon, dass da unheimlich mit Statistiken getrickst wurde, um es mal so auszudrücken, etwas vielleicht unwissenschaftlich. „Gewaltniveau bei ca. 50/60 % der ‚üblichen‘ Gewalt“, das ist ja schon mal ein bemerkenswerter Benchmark. Was ist „übliche Gewalt“?

**Jörg Nürnberger (SPD):** Darf ich Sie an der Stelle nur zwischenfragen, wer diese Statistiken getrickst hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Wie gesagt, da müsste ich jetzt mal gucken, auf wen sich dieser Tweet der „New York Times“ bezieht. Aber ich gehe mal davon aus, dass das amerikanische Meldungen waren. Also, getrickst nicht im Sinne von „unwahr“, aber im Sinne von „auf eine bestimmte Weise dargestellt“. Das kommt überall im politischen Geschäft vor; aber das macht die Sache ja

nicht besser. Und das Entscheidende ist, dass dieser Anstieg der Gewalt quasi praktisch direkt nach Unterzeichnung des Abkommens natürlich eine enorme Belastung für den politischen Prozess war. Und es ist ja auch aufgrund der Art und Weise, wie das Abkommen eben formuliert war, nie gelungen, sozusagen dauerhaft ein deutlich niedrigeres Gewaltniveau durchzusetzen gegenüber den Taliban.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die Nachfrage, die sich an dieser Stelle anbietet, ist die: Sie haben nach wie vor nicht dargestellt, worin Sie den Unterschied sehen zwischen einer militärischen Wahrnehmung und einer politischen Wahrnehmung des gleichen Sachverhalts.

**Zeuge Andreas Krüger:** Die militärische Wahrnehmung ist: Es finden soundso viele Anschläge, soundso viele Angriffe zu einem Zeitpunkt oder einem Zeitraum statt. Die politische Wahrnehmung ist: Ist das viel, oder ist das wenig? Das ist der Unterschied. Ich würde sagen: Es waren auf jeden Fall deutlich zu viele.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Aus Sicht jedes Beobachters ist, glaube ich, jeder Anschlag immer einer zu viel. Ich glaube, an der Stelle kann ich es bei dem Thema bewenden lassen, je nachdem, wie viel Zeit noch ist.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Eine knappe Minute.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann verzichte ich auf die eine Minute. Vielleicht hilft es uns am Ende des Tages.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist ganz bestimmt so. - Wir geben das Fragerecht weiter an die Union. Der Kollege Röwekamp freut sich schon und hat das Wort.

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Krüger, ich muss Sie noch mal auf die Vorlage vom 26. März ansprechen; da ging es um die Schließung des Generalkonsulats. Da haben Sie darauf hingewiesen, dass Sie davon ausgehen, dass der Minister diese Vor-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

lage gesehen hätte, auch wenn Sie keinen Rücklauf gehabt hätten; so habe ich das sinngemäß verstanden. Nun beschäftigt sich diese Vorlage - noch mal: das ist MAT A AA-8.351, Blatt 135 f. - ja nicht nur mit der Schließung des Generalkonsulats, sondern auch mit der Frage: Was passiert eigentlich mit den Ortskräften? Dazu schreiben Sie als Verfasser in dieser Vorlage:

Darüber hinaus ist mit Beendigung des DEU militärischen Engagements in MeS, aber auch ... in Gesamt-AFG mit einer Welle von Anträgen AFG lokal Beschäftigter und ihren Familienangehörigen zu rechnen, die über das Verfahren für gefährdete LBs (aktive und ehemalige der deutschen Institutionen in AFG) nach DEU migrieren möchten. Derzeit arbeiten circa 1.900 AFG LBs direkt oder indirekt für die verschiedenen Ressorts.

Dann schreiben Sie weiter:

Die für Antragsteller ... aus AFG zuständigen Visastellen in Islamabad und Neu Delhi

- hatten Sie vorhin gesagt: ist ausgegliedert worden -

sind bereits überlastet und die Räumlichkeiten (Büros und Schalter) fast vollständig ausgeschöpft; so beträgt die Wartezeit bei der regulären AFG-FZ rechnerisch derzeit 18 Monate, Tendenz weiter steigend. Einem weiteren Personalaufwuchs in Islamabad für die AFG-Antragsbearbeitung steht das PAK AM bisher ablehnend gegenüber.

Ich zitiere weiter:

Zur Entlastung von Islamabad und Neu Delhi käme nach Abflauen der Corona-Krise im Iran die Botschaft Teheran in Frage. Die Ende 2019 fertiggestellte neue Visastelle

bietet ausreichend Schalter und Büroraum ...

Dann schreiben Sie weiter:

Es wird vorgeschlagen, auf Grundlage dieser Linie eine Ressortabstimmung durchzuführen (informelle Signale aus der Arbeitsebene der beiden am meisten betroffenen Häuser (BMVg, BMZ) zur Schließungsperspektive waren positiv).

Deswegen frage ich noch mal: Welche Erkenntnisse hatten Sie eigentlich zu dem Hintergrund des voraussichtlichen Anstiegs der zusätzlichen entsprechenden Verfahren für gefährdete LBs zu diesem Zeitpunkt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich die Vorlage noch mal sehen?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Gerne, legen wir vor.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Das war Seite 5.

**Zeuge Andreas Krüger:** Es war ja, wie sich im Nachhinein herausstellte, zu Unrecht nicht unsere Annahme, dass mit dem Abzug der Bundeswehr sozusagen auch das zivile Engagement beendet sein müsste oder sollte oder würde. Insofern sahen wir durchaus eine Kontinuität, insbesondere für die lokal beschäftigten Afghaninnen und Afghanen im zivilen Bereich. Gleichzeitig war klar, dass insbesondere natürlich auch für diejenigen, die im militärischen Bereich engagiert waren, sich zum einen mögliche Bedrohungsszenarien ergeben würden, aber natürlich auch die materielle Grundlage ihres bisherigen Lebens sich ja rapide verändern würde. Insofern war es aus unserer damaligen Sicht eine realistische Annahme, dass doch die Zahlen von Afghaninnen und Afghanen, die sagen: „Wir würden gerne nach Deutschland kommen im Rahmen des



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ortskräfteverfahrens“, sich deutlich steigern würden. Wie stark, konnten wir nicht präzise voraussagen; dazu trifft diese Vorlage ja auch keine konkrete Voraussage. Sie benennt sozusagen die theoretische Größenordnung, um das Problem in aller Klarheit auch der Leitung deutlich zu machen, aber es sagt nicht: Davon werden nach unserer Schätzung soundso viele kommen oder einen Antrag stellen oder irgendetwas Ähnliches.

Und wir hatten tatsächlich das Problem, wie gesagt: keine Visastelle in Kabul aus den bekannten Gründen, absehbare Abwicklung sowohl des Bundeswehrengagements wie auch des zivilen Engagements, also GK Masar-i-Scharif, und eben die beiden Auslandsvertretungen. Wir wussten - und dafür war ich auch zuständig; insofern kannte ich die Situation ja auch durch diverse Besuche in Islamabad ziemlich gut -, dass die pakistanischen Behörden nicht besonders begeistert über den weiteren Ausbau dieser Kapazitäten waren; ich sage das hier mal so in diesem Rahmen in dieser Abstraktheit.

In Teheran stellte sich die Lage etwas besser dar. Aber es war uns eigentlich klar, dass wir uns auch auf Szenarien einstellen sollten, die auch mit einem deutlichen Anstieg umgehen könnten, und dazu gab es ja dann auch - wann ist das geschrieben? das ist im März - schon im April und Mai eine ganze Reihe von Ressortbesprechungen zum Ortskraftverfahren, also quasi Umsetzung. Es ist aber nicht allein diese Vorlage - das wäre jetzt vermessen zu behaupten -, die sozusagen zu diesem Abstimmungsprozess geführt hat; aber es war ein Baustein, wo wir sehr klar gesagt haben: Wir müssen uns hier auch darüber Gedanken machen: Wie können wir das Ortskraftverfahren beschleunigen? Was kann man tun, damit diejenigen, die sich gefährdet sehen, dann auch Aufnahme in Deutschland in einem absehbaren Zeitraum finden können?

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Da das eine Leitungsvorlage ist und es sich um einen Vorschlag von Ihnen handelt: Wie hat der Minister darauf reagiert?

**Zeuge Andreas Krüger:** Sie haben ja schon mal darauf hingewiesen, dass Sie keine Paraphe gefunden - - zumindest nicht in den Akten, die Ihnen vorliegen -, keine Paraphe gibt; aber, wie gesagt, der Punkt wurde ja umgesetzt. Es gab ja dann im April doch eine dichte Anzahl von Ressortabstimmungen zum Ortskraftverfahren auf allen möglichen Ebenen, von den Staatssekretären bis sozusagen zur Arbeitsebene, um eben auch zu sehen: Okay, was kann man verändern? Wie kann man es beschleunigen? Et cetera. Insofern wurde das umgesetzt.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Genau. Darf ich konkret nachfragen: Sie sagen, es wurde umgesetzt. Also wurde die Visastelle Teheran mit zwei zusätzlichen Entsandten und zwei LBs verstärkt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das weiß ich nicht mehr. Es wurden Verstärkungen vorgenommen. Wann die genau stattfinden, das kann ich beim besten Willen jetzt nicht mehr sagen; tut mir leid.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Entschuldigung, ich muss Ihnen leider noch einen weiteren Vorhalt machen. Es gibt hier - das ist MAT A AA-8.351, Blatt 182 - eine Mail aus einem anderen Referat, von Herrn S [REDACTED]. Da geht es um eine Nachfolgevorlage zu dieser Vorlage, und da steht:

Ich habe mit Herrn T [REDACTED] (AP05) telefoniert;

- das ist ja Ihr Referat -

er begrüßt unser Vorhaben ...

- zu dieser neuen Vorlage; nur so zum Hintergrund: Da ging es dann noch mal um Teheran. - Und er schreibt dann hier weiter:

Ich habe ... weiter rumtelefoniert; Frau H [REDACTED] Ref. 201-2, ist zuständig.

- Also Grundsatzabteilung! -

Ich habe ihr im Telefonat erläutert, worum es geht. Das Gespräch war sehr aufschlussreich; sie kündigte Widerstand an. Es sei das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

falsche politische Signal, sich auf Konsequenzen eines möglichen Abzugs der BW vorzubereiten. Sie wisse, dass die Ressorts sich dies wünschten, insbesondere die Bundeswehr, 201 sei aber dagegen, da 201 sich für den Verbleib der BW einsetze, da könne man sich nicht gleichzeitig auf die Konsequenzen eines Abzugs vorbereiten; daher

- jetzt kommt es -

habe 201 auch die Vorlage zur Zukunft des GK blockiert ... Ich erklärte ihr, dass wir Vorlauf benötigen ... wir sollten dennoch es versuchen, einzubringen.

- Die Vorlage! - Dann heißt es weiter auf Blatt 175:

... gut, dass Sie telefoniert haben.

Schreibt Herr Soos dann an Herrn S [REDACTED].

Die StS'n ist ehemalige D2. Bei ihr dürften wir auf Granit beißen. Ohne LB-Verfahren ist das Vorhaben jedoch nicht mehr dringlich genug, um TEHE zu übertrumpfen, zumal es auch AP nicht so wichtig zu nehmen scheint. ME haben wir keine andere Wahl als es mit der Vorlage in der jetzigen Fassung vorzugehen, aber erst nachdem der Abzug der BW beschlossene Sache ist. Geht halt nicht früher.

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich das mal kurz sehen, bitte?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Ja. Da müssen wir mein Exemplar hier nehmen, glaube ich.

**Zeuge Andreas Krüger:** Soll ich es holen?

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Nein, nein, wir kommen zu Ihnen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben jetzt einen der sportlicheren Zeugen hier in der Geschichte dieses Ausschusses.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):** Meine Frage dazu - die habe ich ja noch nicht gestellt -: Mich interessiert nicht so sehr die Graniteigenschaft der Staatssekretärin, sondern eher die Frage: Dieser E-Mail-Verkehr legt ja nahe, dass Ihre Vorlage vom 26. März gar nicht den Minister erreicht hat und dass offensichtlich das Referat 201, also die Politische Abteilung, der Auffassung war, dass es nicht der richtige Zeitpunkt sei, um sich um die Ortskräfte zu kümmern. Teilen Sie diese Einschätzung? Wurde die Ihnen gegenüber vermittelt?

(Es ertönt eine  
Lautsprecherdurchsage)

Hatten Sie davon Kenntnis? Teilen Sie die Einschätzung der Politischen Abteilung, und erklärt das vielleicht auch, dass die Vorlagen den Minister nie erreicht haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich habe insofern einen Fehler gemacht, als dass ich zwei Vorlagen verwechselt habe, in der Tat. Es gibt eine Vorlage aus dem Frühjahr 2020 - das ist der Entwurf, den Sie zitiert haben -, und es gibt eine vom Frühjahr 21 sozusagen; und ich hätte richtig schauen müssen und hätte dann festgestellt: Sie beziehen sich auf die Vorlage vom Frühjahr 2020. In der Tat - das ist mir auch noch gut in Erinnerung -, diese Vorlage wurde angehalten, weil man eben nicht das Signal geben wollte: Wir sehen den Abzug aus Masar-i-Scharif zu dem Zeitpunkt 2020 schon als beschlossene Sache. Uns ging es ja damals - das war sozusagen der Hauptgrund dieser Vorlage, dieses Entwurfes von 2020 - darum, klar zu sagen: Okay, wollen wir ein GK in Masar-i-Scharif fortführen, oder wollen wir das nicht? Unser Vorschlag war, dass das aus unserer Sicht keine sinnvolle Option wäre. Um nicht das Signal zu geben: „Für uns ist der Abzug auf null schon eine beschlossene Sache“, wurde dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

entschieden, zu sagen: Nö, wir machen dazu zu dem Zeitpunkt Frühjahr 2020 noch keine Vorlage. Das Ergebnis war ja sozusagen das gleiche, denn es war ja klar: In dem Moment, wo man keine Investitionen in die Hand nahm, um ein neues Generalkonsulat in der Stadt zu errichten, war auch schon deutlich: Wir werden hier sozusagen kein Generalkonsulat über den Zeitpunkt des Abzugs hinaus in Masar halten können oder halten wollen. Insofern kam es vom Ergebnis der reinen Existenz des Generalkonsulats auf das selbe hinaus.

Wie gesagt, in der Annahme, dass - da bitte ich einfach um Entschuldigung - es sich auf den Zeitraum 21 bezog: In dem Moment gab es ja dann tatsächlich im Frühjahr 21 eine dichte Folge von Besprechungen zum Ortskraftverfahren etc. etc.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Ich bitte nur kurz um - - Wir reden über 2020?

**Zeuge Andreas Krüger:** Genau.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Also, diese Vorlage ist nicht entschieden worden. Das habe ich richtig verstanden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, da haben Sie recht, und, wie gesagt, da bitte ich um Entschuldigung und korrigiere mich.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Hatten Sie jemals Gelegenheit, mit dem Minister selbst über die Frage zu sprechen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein.

**Thomas Röwekamp** (CDU/CSU): Okay. - Dann gebe ich jetzt weiter an den Kollegen Erndl.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Krüger, ich möchte Ihnen die Ministervorlage vom 4. März 2020 vorhalten, MAT A AA-8.455, Blatt 4 bis 7. Da geht es um die Bewertung und Einordnung des Doha-Abkommens, wo Sie ja auch darstellen, dass Einblick im Prinzip erst mit Unterzeichnung gewährt wurde - wir haben ja vorher auch darüber gesprochen -, und dann ging

es noch mal um die Frage der Annexe. Ist es richtig, dass es danach noch Wochen gedauert hat, bis wir Einblick in diese bekommen haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das hatte ich ja vorhin schon einmal gesagt: Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, zu welchem Zeitpunkt wir Einblick in die Annexe bekommen haben, also, ob es jetzt zehn Tage waren, zwei Wochen oder drei Wochen, aber nicht unmittelbar.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Dort waren auch Informationen enthalten, die für unseren Rückzug sozusagen und Abzug auch relevant waren?

**Zeuge Andreas Krüger:** Als enger Partner der Mission Resolute Support selbstverständlich.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Wurde - ich meine, das war insgesamt ein wenig partnerschaftliches Vorgehen der Amerikaner - nach dem Doha-Abkommen der Austausch wieder besser? Das heißt, waren wir auch in alle weiteren wesentlichen Schritte dann auch besser eingebunden?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nach meiner damaligen Wahrnehmung war das nicht auf dem Level - und zwar, ich würde sagen, sowohl aus meiner unmittelbaren Erfahrung, aber auch dem, wie ich es von Kollegen vermittelt bekommen habe -, den wir eigentlich erwartet hätten.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Okay. Wir haben ja sozusagen weiter auf eine Konditionierung gedrängt. Mit welchen Mechanismen, war unsere Vorstellung, dass wir eine Konditionierung des Abzugs in den Prozess noch einbringen können?

**Zeuge Andreas Krüger:** Sowohl bei der NATO in Brüssel, also bei der Vertretung in den entsprechenden Abstimmungsgremien, als auch bilateral haben wir immer wieder versucht, darauf hinzuwirken, dass die entsprechenden Überprüfungshebel im Abkommen deutlich stärker genutzt werden sollten, als sie nach unserer Wahrnehmung von den Amerikanern genutzt wurden.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU): Gut, aber konkrete Konditionen waren ja letztendlich im Doha-Abkommen nicht enthalten. Das heißt, man hätte ja



## Nur zur dienstlichen Verwendung

irgendwo weitere Mechanismen gebraucht, um diese Konditionen dann auch festzuhalten, verknüpft mit konkreten Schritten.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, Moment, darf ich ganz kurz das Abkommen noch mal - - Ich schaue noch mal ganz kurz in das Abkommen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gerne.

(Der Zeuge liest in seinen  
Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** In dem Abkommen steht ja - also in Part Two, 1 -:

The United States will reduce the number of U.S. military forces ... will work with its allies and the Coalition to reduce proportionally the number of Coalition forces ... subject to the Taliban's fulfillment of its commitments under the U.S.- Taliban agreement.

Das haben wir versucht den Amerikanern zu verdeutlichen, dass es auch im amerikanischen Interesse sein müsste, diese 135 Tage ernst zu nehmen und den aus unserer Sicht doch sehr deutlichen eklatanten Verstoß der Taliban zumindest gegen den Geist des Abkommens, insbesondere was eben die fortgesetzten Angriffe anging, als echte Kondition sozusagen des Abkommens zu interpretieren. Dieser Interpretation haben sich die Amerikaner bekanntermaßen nicht angeschlossen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir sind am Ende der Fragezeit der Union. - Es geht weiter bei den Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, Kollege Robert - Robin Wagener; Robert ist der andere.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, Robert ist der andere; aber es gibt schlimmere Vergleiche, die eintreffen könnten. - Ich gehe mal wieder zurück auf das Dokument, das ich vorhin schon angesprochen habe, die Ministervorlage von Anfang März, in der verschiedene Vorschläge waren, was getan werden

kann. Sie haben ja eben auch schon einiges dazu vorgetragen, was gemacht werden sollte, wo Sie sozusagen aufgehört hatten, wo es dann weitergeht. Ich zitiere daraus mal:

Parallel dazu Rückfallplanungen für den Fall eines Abzugs innerhalb von 14 Monaten vorbereiten und Partner eng involviert halten.

Können Sie mal schildern, was für Rückfallplanungen das wären?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich die Vorlage noch mal kurz sehen?

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die haben Sie bestimmt noch.

**Zeuge Andreas Krüger:** Sekunde!

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben natürlich jetzt auch schon ganz schön viel gekriegt; aber Sie müssten das schon haben: MAT A AA-8.455, und das hier ist eine Ministervorlage, Betreff: „Afghanischer Friedensprozess - Einordnung US-Taliban-Abkommen und Konsequenzen für weiteres deutsches Engagement“.

**Zeuge Andreas Krüger:** Auf welche Passage haben Sie noch mal - -

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir haben hier unter 4.: „Was wollen wir jetzt tun?“, und dann im zweiten Spiegelstrich - da ist diese Koppelung an Fortschritte - der letzte Satz:

Parallel dazu Rückfallplanung für den Fall eines Abzugs innerhalb von 14 Monaten vorbereiten und Partner eng involviert ...

Was ist damit gemeint?

**Zeuge Andreas Krüger:** Damit ist gemeint, was ich eben schon mal ausgeführt habe: zum einen die Planungen der Bundeswehr, die ja schon dann logischerweise begonnen haben, sich auf einen möglichen Abzug einzustellen, und auf der anderen Seite eben die Überlegungen: Wie können wir über den Abzug hinaus die afghanische



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Zivilgesellschaft, die afghanische Republik weiter unterstützen, auch wenn es zu dem von uns ja nicht angestrebten Abzug zu dem Zeitpunkt kommen würde? Das war natürlich auch das Dilemma so ein bisschen in der Planung, was da eben auch schon mal anklang bei der angehaltenen Vorlage: Wie viel nimmt man vorweg hinsichtlich einer Entwicklung, die man ja eigentlich nicht durch eine Planung befördern will, die sich darauf einstellt, auf ein Ergebnis, das man nicht haben möchte?

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mir fällt dann auf derselben Seite weiter auf, wenn ich den vorletzten Spiegelstrich nehme: Es sind eine ganze Reihe konkrete Vorschläge, was an Handlungsvorschlägen gemacht werden soll. Dann kommt der Passus:

Je nach weiterer Entwicklung könnte sich die Zahl von AFG Beschäftigten, die eine Aufnahme in DEU im Rahmen des Ortskräfte-Verfahrens bedürfen und anstreben, deutlich erhöhen. Nicht auszuschließen sind auch steigende Flüchtlingszahlen aus AFG.

Mir fällt auf im methodischen Vergleich, sage ich mal, dessen, was da steht, dass es lauter Vorschläge sind, was man tun kann, und hier kommt ein Spiegelstrich mit einer Sachverhaltsdarstellung ohne Vorschlag. Woran liegt das? - Das ist der vorletzte.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, also, wenn Sie sich anschauen - - Ich glaube, das bezieht sich zum einen darauf, dass in der Wahrnehmung, die die Kolleginnen und Kollegen damals hatten, sich bis zum Frühjahr 21 das Ortskraftverfahren so, wie es damals konzipiert war, ja durchaus bewährt hatte. Also, wenn Sie sich anschauen - ich habe jetzt vor Kurzem noch mal irgendwie versucht, das zu vergegenwärtigen -: Also, ich glaube, ungefähr bis zum April - plus/minus - 21 hat das Ortskraftverfahren das erfüllt, was von ihm erwartet wurde. Insofern gab es da keinen unmittelbar operativen Bedarf.

Das Zweite ist eben, dass wir auch bislang - bis zu dem Zeitpunkt zumindest - nicht sehen konnten, dass aus Afghanistan in dem Zeitraum, der sich dann dem unmittelbar anschloss, es zu signifikant steigenden Flüchtlingszahlen kam. Also, die waren hoch, es hat wirklich einen Grund, warum; aber sie wurden sozusagen nicht stärker, und insofern sahen wir zu dem Zeitpunkt, in dem das geschrieben wurde, keine unmittelbare operative Veränderungsnotwendigkeit.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und warum steht das dann in dem Kapitel: „Was wollen wir jetzt tun?“, wo sonst lauter Handlungsvorschläge sind? Für mich liest es sich ein bisschen, als ob der Hintergrund ist, dass Sie einfach nicht wussten, welchen Handlungsvorschlag Sie an der Stelle machen sollten und was da sozusagen der gewünschte Handlungsvorschlag ist, auch in dem, was gerade hier schon diskutiert wurde. Das will ich Ihnen aber nicht unterstellen. Mir fällt nur auf, dass es methodisch genau an der Stelle fehlt und eigentlich nach dem, was Sie gerade vortragen, wenig sinnvoll ist in der Sortierung.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich glaube, aus unserer Sicht damals gehörte das einfach sozusagen auch noch mal dazu, das komplette Szenario deutlich zu machen, auch an möglichen Entwicklungen, auch wenn sich aus den Gründen, die ich eben genannt habe, noch keine unmittelbare Notwendigkeit ergab, zum Beispiel das Ortskraftverfahren zu dem Zeitpunkt Frühjahr '20 zu verändern.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Erschließt sich mir immer noch nicht, aber da komme ich nicht weiter in dieser Befragung jetzt, glaube ich, gerade an der Stelle. Aber es verändert sich ja dann auch irgendwann im Laufe der Zeit, was Sie da tun an der Stelle.

Wir haben gerade gehört, was mit der Vorlage ist, die nicht abgezeichnet wurde, wo nichts passierte. Aber dann gab es im Mai/Juni einen weiteren Fortgang, nämlich - das muss ich gerade selber raussuchen - MAT A AA-8.614, Blatt 6. Das ist ein E-Mail-Vorgang, wo es darum ging, dass das BMI einen Terminvorschlag geschickt hat für eine ressortübergreifende Besprechung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zum Ortskräfteverfahren, und Referent H [REDACTED] hat an Sie geschrieben. Grundtenor ist vereinfacht wohl - also, da ging es darum, wie sich das Auswärtige Amt einbringen soll -:

Keinerlei Planungen für ein Post-Reduzierungsszenario um keine schlafenden Hunde zu wecken.

Das ist aus dieser Mail vom 03.06.2020. Aber es ist nicht dabei geblieben, bei dieser Haltung; denn Sie wiederum schrieben zurück in der Antwort darauf am 11.06.2020:

Klar, muss bleiben, es sind - Planungen - für ein - mögliches - Szenario. Es kann auch anders kommen.

Zwischendurch gab es wohl die Festlegung, dass ein „prudent planning“ AA-intern durchaus als in Ordnung angesehen wird. - Können Sie den Vorgang mal schildern, welche Klärungsprozesse da im Amt stattgefunden haben und wie der Kollege erst zu der Auffassung kam, dass keine schlafenden Hunde geweckt werden sollten?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich die E-Mail noch mal kurz sehen?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Ja, also, es dreht sich ja um denselben Komplex wie eben schon mal bei der nicht weiterverfolgten Vorlage. Der Punkt war ja, zu sagen: Okay, wir wollen nicht das Signal geben: Wir gehen jetzt schon, also im Mai/Juni, in diesem Fall jetzt Juni 2020 - - Wir nehmen jetzt schon ein von uns nicht angestrebtes Ergebnis vorweg, indem wir sagen: Es wird auf jeden Fall zum Truppenabzug kommen. Wir dürfen ja nicht vergessen: dazwischen amerikanische Wahlen, möglicherweise neuer Präsident, Preview-Prozess usw., und deswegen eben die Sorge, die im Haus teilweise prononcierter war, zu sagen: Okay, wenn wir jetzt hier zugestarkt in die Planung einsteigen, dann nehmen wir sozusagen schon vorweg: Die Bundeswehr zieht auf jeden Fall ab, egal was

kommt, egal was die Taliban tun, usw., und dieses Signal wollten wir nicht geben.

Gleichzeitig schien es uns aber wichtig - das ist ja eben der Punkt, den ich dann auch am 11. Juni noch mal geschrieben habe -: Es ist ein mögliches Szenario, es kann auch anders kommen. Das war sozusagen die klare Idee, zu sagen: Okay, wir nehmen das Ergebnis nicht vorweg; aber wir sollten uns trotzdem darauf einstellen, dass es zu einer Entwicklung kommt, wo die Antragsteller/Antragstellerinnen im Ortskraftverfahren zu nehmen.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das war einfach nur so eine Eventualplanung, die dann durchgeführt wird für den Fall?

**Zeuge Andreas Krüger:** Genau.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das wurde dann auch leistungsmäßig abgestimmt, dass jetzt das Verfahren oder ein anderes Vorgehen gewählt wurde?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das sind jetzt erst mal Abstimmungen auf Arbeitsebene gewesen. Wir dürfen ja nicht vergessen: AP ist im Ortskraftverfahren sozusagen nicht federführend; das ist die Abteilung 5 innerhalb des Auswärtigen Amtes und das BMI innerhalb der Bundesregierung. Insofern: Unser Ansatz war ja, zu sagen: Okay, die Auslandsvertretungen, insbesondere die, für die wir zuständig sind, müssen sich auch auf Eventualplanungen in einem bestimmten, von uns nicht angestrebten Szenario einstellen können. Die eigentliche Entscheidungskette sozusagen lief federführend innerhalb des Auswärtigen Amtes in der Abteilung 5 und federführend innerhalb der Bundesregierung beim BMI.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, und dann hat ja auch die Besprechung tatsächlich stattgefunden, um die es da geht, für die das BMI auch den Termin abstimmen wollte und diese Dinge - das scheint Mitte Juni gewesen zu sein -, und in der Tat wohl beim Auswärtigen Amt auch die Überlegungen: Über wie viele Personen spricht man dann? Wie kann man diese Verfahren bearbeiten? Und da sind verschiedene



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Szenarien entwickelt worden. Können Sie sich noch erinnern, welche Szenarien entwickelt wurden, wie man mit dem Ortskräfteverfahren umgehen kann?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nicht aus dem Kopf.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Dann bräuchten wir jetzt MAT A AA-8.614, Blatt 15.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Können Sie mal vorstellen, welche Varianten das waren und was dagegensprach aus Sicht der verschiedenen Häuser?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wie gesagt, ich kann das nur noch mal betonen: Federführend für das Ortskraftverfahren ist innerhalb des Auswärtigen Amtes Abteilung 5 und innerhalb der Bundesregierung das BMI. Wir waren da einer von einer ganzen Reihe von Mitwirkenden in dem Fall. Ich kann Ihnen jetzt sozusagen die E-Mail des Kollegen noch mal zusammenfassen, also verschiedene Optionen, die dort geschildert wurden oder diskutiert wurden:

1. Keine Änderungen am bisherigen OKV ...

- Ortskraftverfahren -

2. Pauschalangebot eines Aufenthaltstitels an alle Ortskräfte unabhängig von ihrer Gefährdung mit Ende RS...

3. OKV

- Ortskraftverfahren; als Drittes -

wird mit Ende der Präsenz des jeweiligen Ressorts eingestellt

...

4. Nach Ende RS

- Resolute Support -

übernimmt BoKabul

- Botschaft Kabul -

das gesamte OKV ...

Genau, das waren die Optionen, die da diskutiert worden sind.

Dann steht ja auch, dass das federführende Ressort, also in dem Fall das BMI - - wird das sozusagen hausintern noch mal diskutieren und dann zeitnah auf die Ressorts zur weiteren Abstimmung zugehen. Und sozusagen - wie soll ich sagen? - das weitere Follow-up lag ja dann innerhalb des Auswärtigen Amtes in der Abteilung 5 und innerhalb der Bundesregierung beim BMI. Es wird, glaube ich, auch klar aus dem Vermerk, dass zum Beispiel die Option 3, die ich gerade genannt habe - Ortskraftverfahren „wird mit Ende der Präsenz des jeweiligen Ressorts eingestellt“ -, schon von vornherein als nicht zum Beispiel weiter verfolgungswürdig hier dargestellt wird - da werden ja nur negative Elemente aufgezeigt -, dass das auf keinen Fall geht. Insofern ging es dann sicherlich mehr um die anderen Elemente.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Redezeit ist jetzt -

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ach so. Ja, dann machen wir es gleich weiter.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** - leider abgelaufen. Und wir kommen zur AfD.

**Stefan Keuter (AfD):** Herr Krüger, Sie kommentierten einen Drahtbericht aus Washington im Februar 2021, mit - ich zitiere aus MAT A AA-4.39, Blatt 328 -:

Eine kohärente US-Strategie, die mit den Realitäten „on the ground & in the region“ in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen ist, wird aus all dem nicht erkennbar - ich fürchte fast, weil es sie nicht gibt; ebensowenig wie die Bereitschaft, ernsthaft mit den Partnern zusammen zu arbeiten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

So, das war Ihr Zitat. - Und dann möchte ich Ihnen noch ein anderes Zitat vorhalten aus dem Plenarprotokoll 19/215, Seite 27121:

Aktuell überprüft die neue amerikanische Regierung das Abkommen mit den Taliban und seine Umsetzung und spricht auch bereits mit denselben darüber. Wir stehen dazu mit dem State Department in einem engen und auch sehr konstruktiven Austausch - ganz anders, als das in den letzten vier Jahren der Fall gewesen ist.

Wissen Sie, von wem dieses zweite Zitat ist?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das ist, glaube ich, keine zulässige Frage. Entschuldigung.

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich die E-Mail sehen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Also, Plenarprotokollraten gehört nicht zu den - -

**Stefan Keuter (AfD):** Ich habe eine Frage gestellt, und es ist mein Fragerecht. Herr Vorsitzender, erklären Sie mir, wieso Sie glauben, dass dies keine zulässige Frage ist.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** „Können Sie sich vorstellen, von wem das Zitat ist aus dem Deutschen Bundestag, aus dem Plenarprotokoll?“ - bei aller Liebe, das ist keine zulässige Frage.

**Stefan Keuter (AfD):** Sagen Sie mir bitte, wogegen diese Frage verstoßen soll. Es gibt zulässige und nicht zulässige Fragen. Wogegen - - Ich habe das Untersuchungsausschussgesetz - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Den Konkretheitsgrad, der einem Zeugen ernsthaft gestellt werden kann. Zitateraten in tausendseitigen Plenarprotokollen finde ich - -

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** Das Zitat haben Sie jetzt nicht gegeben.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das war aus dem Plenarprotokoll. Das andere ist in den Akten.

(Dem Zeugen werden  
weitere Unterlagen  
vorgelegt - Er liest in diesen  
Unterlagen)

Wenn Sie gefragt hätten: „Kennen Sie das Zitat von Herrn Müller, Meier, Schulze?“, dann hätten wir das vielleicht zulassen können.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich kann das, glaube ich, jetzt hier auflösen, weil es fand ja im Deutschen Bundestag statt. Das ist eine Aussage des Ministers Herrn Maas. Insofern habe ich das nicht zu kommentieren. Da müssen Sie den Minister fragen. Ich glaube - - ich bin mir nicht sicher, ob er über die ganze Strecke, die sich dann an den 4. März 21 anschloss, die gleiche Aussage so getroffen hätte; aber da müssen Sie den Minister fragen.

**Stefan Keuter (AfD):** Herr Krüger, wenn ich diese beiden widersprüchlichen Aussagen so lese, dann kann ich nur zwei Rückschlüsse ziehen: Entweder Heiko Maas hat den Deutschen Bundestag im März 2021 getäuscht und wider besseren Wissens von der tollen Zusammenarbeit mit der Biden Administration geschwärmt, oder er war durch sein eigenes Haus schlecht informiert.

Glauben Sie, dass die Informationslage, die Sie hatten, und auch ihre Meinungen dazu - also „ihre“ jetzt mal kleingeschrieben - beim Minister angekommen sind?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich bin zuversichtlich, dass die Einschätzung der Arbeitsebene auch zu diesen Fragen beim Minister angekommen ist. Zu allem anderen müssten Sie den Minister fragen.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut. - Laut MAT A AA-8.06, Blatt 347 haben Sie am 16. August 2021 auf Bitte von 011, also Parlaments- und Kabinettsreferat des Auswärtigen Amtes, hin an der AG Außen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der CDU/CSU-Fraktion teilgenommen. Sie sollen dort offensichtlich zur Lage in Afghanistan bzw. zur Evakuierungsmission vorgetragen haben. Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Andreas Krüger:** Entschuldigung, wann war das?

**Stefan Keuter (AfD):** Das war am 16. August 2021.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Stefan Keuter (AfD):** Mit welchen Gefühlen sind Sie dort hingegangen?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Entschuldigung, auch das ist eine Frage, die wir beim besten Willen nicht - - Ich bitte sehr, Fragen zu stellen, die sich auf das Wissen beziehen, die sich auf konkrete Kenntnisse beziehen, und hier keine Fragen zu stellen, wo ich ständig eingreifen muss. Das ist doch gar nicht so schwierig.

**Stefan Keuter (AfD):** Herr Vorsitzender, laut PUAG steht mir diese Frage zu. Ich kann den Zeugen nach seinen Empfindungen, nach allen Sinnen befragen, und ich kann ihn auch fragen, welche Gefühle er dabei hatte - selbstverständlich! Das ist meiner Meinung nach - und das gebe ich so deutlich zu Protokoll - eine zulässige Frage.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Sie können das zu Protokoll geben, wie Sie möchten. Die Frage muss so gestellt werden, dass dem Zeugen zugemutet werden kann, das hier zu beantworten.

**Stefan Keuter (AfD):** Ich habe hier auch den Kommentar noch mal vorliegen, und da steht, dass - -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das geht auf Ihre Zeit, wenn Sie den Kommentar vorlesen.

**Stefan Keuter (AfD):** Ja, das ist richtig. Das gebe ich aber zu Protokoll, -

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Bitte.

**Stefan Keuter (AfD):** - weil Sie mehrfach in meine Befragung hier dazwischengrätschen, und ich glaube, dass diese Unterbrechungen nicht zulässig sind. Und wenn wir das auf dieser Ebene nicht kriegen und in den Griff kriegen, müssen wir dazu halt noch mal in eine Beratungssitzung gehen, wo dann dieser Ausschuss feststellen muss, ob das eine zulässige Frage ist.

Und hier steht es im Kommentar ganz klar drin, dass diese Fragen zulässig sind nach Fühlen, Schmecken, Empfinden etc.; Seite 349, Kommentar Butz Peters, Untersuchungsausschussrecht.

So, deshalb frage ich jetzt noch mal, Herr Zeuge: Mit welchen Gefühlen sind Sie dort hingegangen?

**LR I Andreas Gloßner (AA):** Herr Vorsitzender, wenn ich da ganz kurz ums Wort bitten darf?

**Zeuge Andreas Krüger:** Bitte sehr. Die Bundesregierung kann - -

**LR I Andreas Gloßner (AA):** Von der Aussagegenehmigung sind gedeckt Aussagen zu Tatsachen zum Untersuchungsgegenstand. Darauf möchte ich noch mal hinweisen.

**Stefan Keuter (AfD):** Herr Gloßner, können Sie mir erklären, warum das nicht untersuchungsgegenständlich sein soll?

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Also, Entschuldigung, die Bundesregierung wird hier nicht befragt. Also, ein Mindestmaß - - Also, Sie müssen sich schon selbst zum Vorsitzenden wählen lassen, wenn Sie das anders haben wollen. Ich fürchte nur, Sie kriegen dafür keine Mehrheit. Und insofern leite ich hier die Sitzung, und solche Fragen sind nicht zugelassen; sie sind nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt. Machen Sie damit, was Sie wollen. Und Ihre Zeit läuft ab, wenn Sie sie nicht nutzen für Fragen.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut, das klären wir dann später. - Wie kam es dazu, dass das Parlaments- und Kabinettsreferat des Auswärtigen Amtes, abgekürzt 011, Sie bat, zur AG Außen der Unionsfraktion zu gehen, um dort vorzutragen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Ist nicht die Unterrichtung des Parlaments durch die Ressorts eine der - wie soll ich sagen? - wichtigen Aufgaben, die die Ressorts haben?

**Stefan Keuter (AfD):** Ja, ich frage Sie: Wären Sie, wenn die AfD Sie angefordert hätte, auch dort hingekommen vom Parlamentsreferat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Selbstverständlich.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Welche Gründe hatte 011, Sie darum zu bitten, um 16 Uhr zur Union zu gehen, obwohl doch für 15 Uhr die Krisenstabsbesprechung angesetzt war? Da muss ja auch eine Priorisierung vorgenommen werden.

**Zeuge Andreas Krüger:** Wir reden über den 16. August 21, richtig?

**Stefan Keuter (AfD):** Korrekt.

**Zeuge Andreas Krüger:** Danke. - Also, ich glaube, das ist ja das Gute am Auswärtigen Amt - oder ich glaube, das gilt für jedes Ressort -, dass man die Last auch auf mehrere Schultern verteilen kann. Und ich glaube, gerade an so einem Tag wie dem 16. August ist es doch - wie soll ich sagen? - völlig selbstverständlich, dass Abgeordnete der Fraktionen oder bestimmter Ausschüsse - und das kam ja dann auch in den nächsten Tagen in sehr dichter Reihenfolge - einen erheblichen Gesprächs- und Fragebedarf hatten, dem wir natürlich versucht haben als Auswärtiges Amt im Sinne dann der Arbeitsteilung so gut, wie es uns sozusagen rein physisch möglich war, gerecht zu werden. Ist doch selbstverständlich, gerade an so einem Tag oder in so einer Woche.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut. - Vielen Dank. Für die Runde ist unsere Zeit abgelaufen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das Wort geht zur FDP.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde gerne noch mal eine Klammer sozusagen aufmachen zu dem Thema „Schließen des Konsulats in Masar-i-Scharif“. Das hat ja dann im April 2021 - - wurde

dann ja sozusagen da die Reißleine gezogen. Können Sie sich erinnern, ob Sie dazwischen - also zwischen dem Zeitpunkt, als da Ihre Vorlage gestoppt wurde oder zumindest nicht umgesetzt wurde und 21 - noch mal einen Anlauf genommen haben? Und haben Sie in dem Zusammenhang auch das Thema „Botschaft Kabul“ thematisiert? Beziehungsweise wann wurde die Sicherheit der Botschaft Kabul auch zum Thema? Das ist jetzt so eine kleine zeitliche Klammer. Ich bitte, das zu entschuldigen, aber weil wir zu viel auch darüber geredet haben.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wie gesagt, der Hauptzweck des ursprünglichen Vorlageentwurfes - wo ich noch mal um Nachsicht bitte, dass ich da die beiden Jahreszahlen verwechselt habe - war ja sozusagen, eine politische Entscheidung herbeizuführen oder zumindest vorzuschlagen, um es mal so auszudrücken, zu sagen: Mit dem Abzug der Bundeswehr zu einem Zeitpunkt XYZ würde auch das Generalkonsulat Masar-i-Scharif aufgelöst werden aufgrund auch der Sonderituation, dass es ja sozusagen - - Das Generalkonsulat befand sich ja auf dem Gelände der Bundeswehr. Hätte man gesagt: „Nee, wir wollen das Generalkonsulat weiter behalten“, hätte man ja schon sozusagen spätestens im Jahre 2020 erhebliche Investitionen und Planungen in die Hand nehmen müssen, um ein Gebäude in Masar anzumieten, in der Stadt zu härten, sicherheitstechnisch aufzurüsten usw. usf.

Insofern bestand, nachdem klar war sozusagen: „Wir gehen da nicht in die Planung, in der Stadt ein neues Generalkonsulat zu machen“, jetzt keine Notwendigkeit, irgendwann zwischen diesem ersten Vorlageentwurf und dem zweiten Vorlageentwurf oder der tatsächlich ja dann auch nach oben gegangenen Vorlage eine weitere Vorlage zu entwerfen. Insofern bestand diese Notwendigkeit nicht.

Für die Botschaft Kabul stellte sich die Situation ja anders dar. Wir gingen nach allen Informationen, die wir hatten und die wir ja praktisch mit allen Partnern auch teilten, davon aus, dass auch über den Abzug der Mission Resolute Support hinaus es möglich sein würde, weiter zivil präsent in Kabul zu sein. Die war ja in der grünen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Zone, sehr stark gehärtet, insbesondere nach den schrecklichen Erfahrungen des Anschlages. Insofern stellte sich da auch die Sicherheitssituation für die Botschaft Kabul zu dem Zeitpunkt anders dar als für Masar-i-Scharif.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Gut, danke. - Dann möchte ich einen Schwenk zu einem anderen Thema machen, so zur Frage Informationsgewinnung und auch Zusammenarbeit mit privaten Trägern konkret. Ich möchte Ihnen vorhalten MAT A AA-8.751, Blatt 48. Da wird in einem E-Mail-Verkehr mit Bezug auf eine Verlängerung eines Projekts namens „The Afghan Peace Project“ der Queen’s University Belfast auf Probleme bei Anträgen und Projektleitung verwiesen, welche sich aus der Coronapandemie ergeben hätten. Konkret geht es bei dem genannten Projekt um eins, welches laut Ihrer Aussage einen qualitativen Mehrwert bringe und das Verständnis für die Akteure - gemeint sind die Taliban - vertiefe und Kanäle schaffe, welche man sonst nicht hätte. - Das ist auf Blatt 45. - Können Sie die Gründe für Ihre damalige Einschätzung näher ausführen? Und was hat das Projekt geliefert, was das AA nicht schon hatte, aber dann gebraucht hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Da ich eben schon mal mich vertan habe in Jahreszahlen und Ähnlichem, würde ich das trotzdem gerne sehen noch mal -

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Mhm, gerne.

**Zeuge Andreas Krüger:** - und antworte dann gerne.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Während das Papier gleich zu Ihnen kommt, vielleicht auch noch sozusagen eine Frage, die ich dann auch noch stellen werde: Wie viele solche Projekte dieser Art hat das Auswärtige Amt mit Bezug auf Afghanistan sonst noch so gehabt?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, aus unserer Sicht damals oder aus meiner persönlichen Sicht war

es wichtig, zu schauen, dass wir Expertenstimmen, die sich seit teilweise ja Jahrzehnten intensiv mit Afghanistan beschäftigt haben und beschäftigen, einbinden in unsere Lageanalyse. Dazu gehörte eben das von Ihnen genannte Projekt. Wir haben sozusagen regelmäßig Analysen zu insbesondere auch der - - zu dem - wie soll ich sagen? - Kommunikation - - Diskursen, sagen wir es mal, innerhalb der Taliban von diesem Projekt analysiert bekommen. Das hat uns aus der damaligen Sicht - und die Sicht sehe ich heute immer noch so - sehr geholfen, ein deutlich differenzierteres Bild auch noch mal von Talibanakteuren zu bekommen. Und ich glaube, dass es ganz entscheidend ist, dass man sozusagen versucht, gerade als Bundesregierung nicht in so einen „Group Think“ zu kommen, wo man sich sozusagen zu sehr in so einer Echokammer bewegt, sondern eben auch Meinungen holt, die manchmal auch mit der eigenen Meinung konträr liegen, wo man auch sagt: „Nee, ihr seht das ganz falsch; eigentlich müsst ihr das so sehen“ oder: „Hier liegt ihr daneben.“ Und insofern war das einer der Versuche, so ein bisschen auch aus unserer Echokammer hinauszukommen und die Expertise von Leuten, die sich ja teilweise über Jahrzehnte mit den Taliban sehr intensiv beschäftigt haben, hier auch für die Analyse des Auswärtigen Amtes fruchtbar zu machen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Das Projekt hat ja auch eben - - Oder Sie haben aus dem Projekt auch eine Analyse des Doha-Abkommens mitbekommen sozusagen. Für wie belastbar haben Sie die gehalten? Haben Sie auch noch von anderen Projekten sich da informieren lassen? Wie haben Sie die Analyse gefunden? Und welche Erkenntnisse haben Sie daraus gewonnen? Können Sie sich noch daran erinnern?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, das ist natürlich jetzt eine sehr breite Frage, weil diese Beratungsleistung ging ja über viele - - über mehrere Jahre. Insofern - wie soll ich sagen? - sind es ja häufig dann gar nicht so die fundamentalen Dinge. Ich glaube, in der Bewertung des Doha-Abkommens lagen, glaube ich, alle Analysten relativ nah beieinander. Aber es sind natürlich dann auch Erfahrungen, tiefere Hintergründe zu bestimmten Akteuren, die in dem Rotationsprinzip hier nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nur beim Auswärtigen Amt, sondern auch in dem BMVg und anderen, wo, Sie wissen ja, die Zuständigkeiten alle paar Jahre immer wieder wechseln - - natürlich dann auch so ein tiefes Wissen zu bestimmten Akteuren so nicht vorhanden ist, weil man eben nicht sich schon seit 10, 15, 20, 30 Jahren mit einer bestimmten Bewegung zum Beispiel beschäftigt hat, darüber eine Doktorarbeit geschrieben hat, die Landessprachen fließend kann usw. usf. Insofern war das auch immer so ein Versuch, sozusagen ein Korrektiv zu haben. - Ja, ich glaube, so würde ich das beantworten.

Ich kann jetzt - - würde jetzt nicht sagen, es gäbe diesen einen Punkt, wo die uns korrigiert haben, und ab dem Moment sah ich bestimmte Dinge ganz anders oder so; sondern das war ein laufender Dialog, also eine laufende Beratungsleistung. Und ich würde sagen - - Das sind ja alles aus meiner Sicht vergleichsweise bescheidene Summen gewesen, mit denen wir solche Projekte, sozusagen die Beratungsleistung hier für uns nutzbar gemacht haben, im Vergleich zu vielen anderen Kosten, die in Afghanistan entstanden sind.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Sie haben in dem Kontext dieses Mail-Austauschs erwähnt, dass Sie mehrere Wochen in Doha gewesen seien. Können Sie uns was über den Aufenthalt da berichten? Was haben Sie da gemacht?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, das hatte ich ja vorhin schon mal gesagt: Unser Ziel war ja - - Also, noch mal: Wir waren in Doha, weil die Afghaninnen/Afghanen das wollten; also ich rede jetzt von der Republik insbesondere. Denen war natürlich sehr wichtig, in Doha Unterstützung zu bekommen, Beratung zu bekommen eines Akteurs, von dem sie sich erhofften - und ich glaube auch, hoffe auch, zu Recht -, dass uns sozusagen der Fortbestand der Republik und der Freiheiten und Errungenschaften, die in den Jahren entstanden sind, auch sehr wichtig war und für die wir ja auch sehr viel investiert haben. Also, mit „investiert“ meine ich jetzt gar nicht das Geld, sondern sozusagen an politischer Leistung, an militärischer Leistung usw. usf.

Wir haben dort sozusagen die Verhandlungen der Republik unterstützt, begleitet, zu sehen: Wo gibt es möglicherweise - - Wie können wir auch Druck auf die Taliban ausüben, wie können wir insbesondere die vier Frauen, die in der Delegation waren, noch mal spezifisch unterstützen? In dem wir zum Beispiel organisiert haben, dass sie sich mit Frauen ausgetauscht haben, die in anderen Friedensprozessen, in anderen Ländern, engagiert waren, usw. - - und einfach zu versuchen, diesen politischen Prozess, soweit es uns möglich war, zu begleiten und zu unterstützen durch permanente Gespräche, Beratungen? Und dazu war es natürlich erforderlich, vor Ort zu sein. Und deswegen haben sich Herr Potzel und ich in Doha jetzt nicht lückenlos, aber relativ regelmäßig abgewechselt.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank, die Zeit ist abgelaufen. - Bevor ich jetzt Frau Büniger das Wort gebe, würde ich gerne einen Verfahrensvorschlag machen. Ich würde nach Frau Büniger noch mal für fünf Minuten unterbrechen. Die nächste namentliche Abstimmung ist jetzt für 22.40 Uhr angekündigt. Ich bitte die Obleute, sich zu verständigen, ob wir entweder dann danach eine normale Runde machen und gegebenenfalls für die Wahl unterbrechen - der Zeuge wird ja ein weiteres Mal geladen, wie wir schon vereinbart haben - oder aber nach der Pause eine „extended“ Runde sozusagen machen, bevor es zur Abstimmung geht. Dann können die Obleute sich bitte drüber verständigen. Da gibt es beide Möglichkeiten. Ich würde jetzt für fünf Minuten unterbrechen.

(Es ertönt eine  
Lautsprecherdurchsage)

- Das ändert an meinem Verfahrensvorschlag nichts. 22.30 Uhr: namentliche Abstimmung. Wir machen jetzt fünf Minuten Pause. Ich bitte die Obleute, zu klären, ob wir Verfahren eins oder zwei wählen - bevor ich Frau Büniger das Wort gebe. Die kriegt das als Nächstes, ist klar. - Ihre vier Minuten, bitte schön.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Ich möchte noch mal auf die Asyllageberichte zu sprechen kommen. Sie wissen ja, dass die erstellt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

werden vom Auswärtigen Amt und dass die Gerichte in Deutschland die als Grundlage für ihre Entscheidungen nehmen auch in Bezug auf die Frage der Sicherheit, der Frage „sicheres Herkunftsland Afghanistan“. Und ich möchte einen Sachverständigen, den wir hier gehört haben im Rahmen des Ausschusses, Herrn Professor Dr. Conrad Schetter, zitieren. Dieser sagte in der Anhörung zu der Frage der sicheren Herkunftsregionen - ich zitiere -:

Aus der Wissenschaft haben wir mehrfach darauf hingewiesen, dass es sich dabei um einen Mythos, um eine Scheindiskussion handelt, eigentlich eine Territorialisierung des Politischen, für die in Afghanistan zum einen die Monitoringsysteme fehlen, weil sie in den meisten Regionen an sich gar nicht die Informationen haben, was dort an Gewalt geschieht.

Und weiter; ich zitiere weiter:

Das heißt, ich fände es sehr schön, wenn dieser Begriff der sogenannten sicheren Herkunftsregion mal aufgebrochen würde, um zu sehen, was dahintersteht, und frage mich, wie man zu dieser Einschätzung kam, dass es sichere Herkunftsregionen in Afghanistan gab. Ich kenne keine.

Zitat Ende. - Gab es aus Ihrer Perspektive im Jahr 2020 sichere Herkunftsregionen in Afghanistan?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht - korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege -, werden im Asyllagebericht 2020 keine sicheren Provinzen etc. genannt.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Ich frage Sie ja nach Ihrer Einschätzung.

**Zeuge Andreas Krüger:** Da ich ja mitverantwortlich war für diesen Bericht, war das auch meine damalige Einschätzung.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Also, können Sie das noch mal wiederholen, bitte? Gibt es sichere Regionen in Afghanistan, die Sie als sicher befinden zum Zeitpunkt 2020?

**Zeuge Andreas Krüger:** Die Frage ist ja immer: sicher für wen? Insofern, also ich glaube - - Ich war logischerweise nicht dabei, als Herr Schetter das gesagt hat. Nach unserer Einschätzung 2020 ist in der Tat die Frage nach: „Gibt es eine Provinz X oder eine Provinz oder eine Stadt Y, die per se sicher für alle oder unsicher für alle ist - - führt oder führte an der afghanischen Realität vorbei. Sondern Sie müssen sich anschauen: Ist es sozusagen zumutbar für einen Zurückzuführenden, nach Afghanistan zurückzukehren? Und aus der damaligen Lagebewertung gab es sozusagen keinen Grund, zu sagen: Ganz Afghanistan ist per se so unsicher, dass es unzumutbar ist für entsprechende Zurückzuführende, nach Afghanistan zurückzukehren.“

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Genau. Aber es gab ja unsichere Regionen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, aber, wie gesagt, die Gewalt in Afghanistan ist, wenn Sie jetzt mal absehen von sehr spezifischen Momenten, in der Regel ja sehr personenbezogen. Und insofern war unsere damalige Einschätzung - und die würde ich auch heute noch teilen -, dass es zumutbar war, Personen nach Kabul zurückzuführen. Und das wurde ja auch getan.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Aber Sie würden auch sagen, dass es eben halt Regionen und Personengruppen gab, für die die Situation unsicher ist. Und das haben Sie ja auch in Ihren Lageberichten so vermerkt.

**Zeuge Andreas Krüger:** Wie gesagt, das hängt dann halt immer von dem Einzelfall ab. Und deswegen haben wir dazu ja auch, soweit ich das erinnere, in dem Asyllagebericht 2020 keine pauschale Aussage getroffen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Zeit ist zu Ende.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Ja, dann mache ich da gleich weiter.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Ich unterbreche jetzt für fünf Minuten und bitte die Obleute, sich zu verständigen, und dann machen wir weiter.

(Unterbrechung von  
21.28 bis 21.35 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Obleute haben sich verständigt auf folgendes Verfahren - ich versuche, das so gut wie möglich zu beschreiben -: Wir wollen um 22.30 Uhr an der Abstimmung teilnehmen. Und es ist klar, dass der Zeuge ein zweites Mal geladen wird; ist ihm auch klar und allen anderen Beteiligten, dass das so kommen wird.

Vor diesem Hintergrund haben die Fraktionen ihr Kontingent, was sie einhalten können. Das darf bis maximal zum Doppelten gehen, weil der Kollege von der AfD festgestellt hat, dass er besonders viel Fragebedarf für die heutige Sitzung noch hat; das wäre das Maximum. Das funktioniert aber nur mit dem Abstimmen, wenn das nicht alle Fraktionen in Anspruch nehmen, sondern wenn die allernotwendigsten Fragen noch gestellt werden. Es würde uns davon entheben, hier unterbrechen zu müssen, nach der Abstimmung noch mal wieder zurückzukehren und die Sitzung für wenige Minuten fortzusetzen. Also, insofern ist es eine Frage der Disziplin. Und Sie erlauben, dass wir ein bisschen Hinweise geben. Wir rechnen hier immer zusammen, wo wir landen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, dann verfahren wir so. - Und das Wort geht an die SPD-Fraktion.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wir möchten natürlich in diesem zeitlichen Ablauf mit einem leuchtenden Vorbild vorangehen und werden unsere Fragen auf die notwendigen konzentrieren.

Das Referat AP 05, also Ihr Referat, hat zur Einordnung des US-Taliban-Abkommens und zu den

Konsequenzen für ein weiteres deutsches Engagement eine Ministervorlage erstellt - MAT A AA-8.514, Blatt 23 bis 28 -, die auf den 4. März datiert ist. Ich würde zu Beginn - - Wenn Sie sie brauchen, würden wir es Ihnen gerne vorlegen. - Sie haben das ja ohnehin.

Bitte erklären Sie noch mal zum Verständnis für alle, wie solche Ministervorlagen in Ihrem Referat erstellt werden. Sind diese Ministervorlagen eine Entscheidung, die bei Ihnen im Referat getroffen wird, sie vorlegen zu wollen? Oder gibt es manchmal auch Anforderungen aus anderen Stellen des Ministeriums oder des Ministers selber, dass eine solche Vorlage von Ihnen zu erstellen ist?

**Zeuge Andreas Krüger:** Beides. Ich glaube, in dem vorliegenden Fall, nehme ich an, bedurfte es einer extra Aufforderung nicht, weil, ich glaube, dazu ist man einfach im Auswärtigen Amt, um zu wissen: Da braucht es jetzt eine Ministervorlage. Sonst verfehlen wir unseren Beruf. Insofern kann ich nicht sagen: Gab es damals eine Aufforderung: „Macht mal eine Vorlage!“, oder haben wir die einfach sowieso geschrieben, weil es eh evident war? Das weiß ich einfach nicht mehr. Aber vom Ergebnis kommt es aufs Gleiche raus.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Egal ob auf Aufforderung oder en passant. - Gibt es andere Kommunikationswege, auf denen Sie den Minister persönlich informieren, auch über Entwicklungen in Afghanistan? Oder sind diese Ministervorlagen das Standardformat, die Standard-Procedure, wie Sie hier vorgehen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, der Sinn von Vorl- - Also, es gibt natürlich E-Mails, die man dann an das Ministerbüro, den Staatssekretär/die Staatssekretärin etc. schreiben kann und schreibt. Insbesondere hat die Bedeutung von E-Mail-Kommunikation dann auch im Zuge der Coronapandemie natürlich noch mal deutlich zugenommen. Also, vieles, was man sonst besprochen hätte, fand halt dann elektronisch statt. Aber der Sinn einer Vorlage ist ja nicht nur, dass man den Minister informiert, sondern sozusagen, dass der Minister weiß oder die Leitung insgesamt weiß - oder jetzt inzwischen die Ministerin -, das ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen das, wie das Auswärtige Amt - nicht nur irgendwie das eine Referat, sondern die anderen eingebundenen Referate, Abteilungen - diesen Sachverhalt sieht und was dieses Referat oder diese Arbeitseinheit oder insgesamt das Auswärtige Amt zu dem Sachverhalt vorschlägt. Insofern hat das einfach eine andere - wie soll ich das sagen? - Wertigkeit.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Wenn wir uns jetzt wieder fokussieren auf die von mir erwähnte Vorlage. Die wurde zwar in Ihrem Referat erstellt. Sie sind in der Kopfzeile als Referatsleiter genannt; Sie sind jedoch weder als der Verfasser aufgeführt noch haben Sie die Vorlage gezeichnet. Können Sie sich an die Vorlage erinnern? - Den Eindruck hatte ich.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Und waren Sie an der Erstellung der Vorlage beteiligt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Kann ich beides mit Ja beantworten.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Jetzt zum Inhalt der Vorlage. Gleich auf der ersten Seite, wenn Sie sich noch mal vergewissern, heißt es:

Das USA-TLB-Abkommen könnte ein Schritt zu einem innerafghanischen Friedensprozess sein, hat aber auch das Potential, diesen wieder in weite Ferne rücken zu lassen.

Und dann folgen eine sehr kritische Bewertung des Abkommens und am Ende Handlungsvorschläge, die der Minister mit seiner Zeichnung offensichtlich gebilligt hat. - Können Sie das so bestätigen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Daraus geht ja eine bestimmte Widersprüchlichkeit hervor, die Hoffnung auf der einen Seite, aber auch eine große Anzahl an Befürchtungen. Haben Sie Erkenntnis drüber, wie der Minister diese Ambivalenz aufgenommen hat?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein. Also, da überschätzen Sie, glaube ich, die Rolle eines Referatsleiters oder einer Referatsleiterin im Auswärtigen Amt. Wir sind nicht im ständigen persönlichen Austausch mit dem Minister oder der Ministerin. Ausnahmen - Reisen etc., Hausbesprechungen - gibt es natürlich immer. Aber in der Regel findet jetzt nicht so eine Dauerkommunikation mit dem Minister oder der Ministerin statt.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Die Frage, die sich anschließt - ich glaube, ich kann die Antwort schon errahnen -: Nachdem das vom Minister gebilligt worden ist, können Sie sich erinnern, ob diese Vorlage dann entweder im Kabinett oder tatsächlich auch ja in ressortübergreifenden Besprechungen weiter verwendet worden ist? Oder haben Sie darüber keine Kenntnisse?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das erinnere ich in der Tat jetzt nicht mehr, ob - - Also, ich möchte es fast annehmen; aber ich bin mir nicht sicher. Kann ich einfach nicht bestätigen, weder in die eine noch die andere Richtung, ob das im Kabinett besprochen worden ist. Da müssten Sie die entsprechenden zuständigen Kollegen - - und die entsprechenden Kabinettsprotokolle sich anschauen. Die habe ich aber nicht vorliegen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Der Hintergrund der Frage war: Wie war der Informationsfluss aus dem Referat über das Ministerium an andere Ressorts oder die Regierung als Ganzes?

Ein weiteres Papier, das wir in uns zur Verfügung gestellten Unterlagen gefunden haben - MAT A BKAm-3.38, Blatt 102 - trägt den Titel: „Gedankenpapier“ mit dem Untertitel „Elemente für eine gemeinsame Lageanalyse“. Gefunden - - Das Datum ist der 21. April 2020. Oben links sind als Verfasser das AA und das BMVg genannt. Kennen Sie dieses Dokument? Und waren Sie an der Erstellung dieses Dokumentes beteiligt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Können Sie es mir noch mal zeigen, bitte?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- Danke schön.

(Der Zeuge liest in diesen  
Unterlagen)

Ich muss zu meiner Schande gestehen: Ich kann mich nicht konkret daran erinnern, an diesem konkreten Papier beteiligt gewesen zu sein. Das kann aber auch einfach eine Erinnerungslücke sein. Aber der Geist ist ja durchaus einer, der vielem von dem entspricht, was ich schon gesagt habe und was ja auch der Vorlage entspricht.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Können Sie sich zumindest daran erinnern, zu welchem Zweck und warum dieses Dokument erstellt worden ist?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wie gesagt, da ich das konkrete Papier in dieser Version zumindest hier nicht erinnere, aber es wirklich auch an mir liegen kann - also, da bitte ich um Nachsicht -, muss ich da natürlich bis zu einem gewissen Grade spekulieren, was ich ja eigentlich nicht tun soll.

Wie gesagt, ich glaube, der Punkt ist ja genau der, auf den ich versucht habe schon ein paar Mal hinzuweisen: Wir haben versucht, zu sagen: Okay, wir können das Abkommen per se jetzt nicht infrage stellen, bzw. es wäre möglicherweise ja auch kontraproduktiv, sondern wir müssen versuchen, aus dieser sehr schwierigen Lage, aus diesem Abkommen, das wir so für nicht gut halten, noch das Beste draus zu machen. - Wenn Sie es ein bisschen überhöhen wollen - oder ich überhöhe es jetzt mal -, ein dialektischer Ansatz oder verantwortungsethischer Ansatz, zu sagen: Okay, das ist halt alles sehr schwierig und es hat enorme strukturelle Probleme; aber wir müssen versuchen, das Beste aus dieser schwierigen Situation zu machen. - Und das sind ja die Schritte, die ich zum großen Teil - also zumindest die ersten drei - ja auch schon versucht habe zu nennen.

Also, auf die „CT-Verpflichtungen“ war ich jetzt noch nicht eingegangen; aber auch das ist natürlich etwas, was auch wir sehr stark befürwortet haben, zu sagen: Wir können jetzt hier nicht sagen, es steht was anderes in dem Abkommen drin, als es ist; aber wir sollten das, was drin ist,

maximal auslegen, auch mit anderen NATO-Partnern zusammen, um zu versuchen, doch eine stärkere Konditionalisierung in den Prozess hineinzubekommen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich wollte auf eine weitere Fundstelle aus diesem Dokument hinaus. In dem Dokument heißt es, dass Bundesminister Maas bei der Videokonferenz der NATO-Außenminister am 2. April

... für eine gemeinsame Lageanalyse der Alliierten, um kritische Abzugsschritte an Fortschritte im politischen Prozess sowie an eine Verbesserung der Sicherheitslage zu binden ...

Und dieser Begriff, der da eingeführt wurde, heißt dann „Abzugsreview“. Der Vorschlag sei von vielen unterstützt worden. Ich würde Sie noch mal bitten, mir diesen Begriff, der ja offensichtlich eine Wortneuschöpfung ist, in seinem Inhalt und seinen Auswirkungen zu definieren.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wenn ich es korrekt erinnere, ging es ja um den Versuch, zu sagen: Die Partner bei der Mission Resolute Support sollten gemeinsam eine Analyse über die Erfüllung des Abkommens vornehmen und insofern eben auch gemeinsam dann über die nächsten Schritte entscheiden. - Das fand bei vielen Resolute-Support-Partnern und auch vielen NATO-Partnern Zustimmung oder wurde auch von ihnen sehr vehement unterstützt. Und ich bilde mir ein, mich zu erinnern, dass Minister Maas da im April eben auch sehr - wie soll ich sagen? - einer derjenigen war, die das am deutlichsten eingefordert haben, um zu versuchen, eben zu sagen: Nicht die Amerikaner alleine entscheiden über die Bewertung der Fortschritte in dem Prozess, sondern die Resolute-Support-Partner gemeinsam, auf Grundlage eben der ja zutreffenden Tatsache, dass wir ja auch gemeinsam in Afghanistan engagiert waren: Deutsche Soldaten, deutsche Soldatinnen, zivile Kolleginnen, Kollegen haben dort ihr Leben riskiert, um gemeinsam in Mission Resolute Support den Auftrag zu erfüllen. Und auf dieser Grundlage war eben der sehr, sehr starke Wunsch eben auch eine gemeinsame



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bewertung der Fortschritte aus diesem Abkommen.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Vielen Dank. - Sie haben jetzt dargestellt, wie mit den Partnern im Ausland eine Abstimmung erfolgte. Meine letzte Frage zu diesem Themenkomplex bezieht sich wieder auf MAT A BKAm-3.38, diesmal Blatt 31 und 32. Und da geht es mir um die innere Abstimmung. Da haben Sie an einer Staatssekretärsrunde zu Afghanistan teilgenommen, ausweislich dieses Protokolls. Und in diesem Protokoll ergibt sich, dass die beteiligten Ressorts in ihren jeweiligen Zuständigkeiten vorgetragen haben. Ist es richtig, dass am Ende ein gemeinsamer Informationsstand über die Lage in Afghanistan zu diesem Zeitpunkt zwischen allen Ressorts tatsächlich vorhanden war?

**Zeuge Andreas Krüger:** Könnte ich das Protokoll noch mal sehen? - Entschuldigung.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Ich kann Ihnen zumindest die Teilnehmerliste zeigen. Das Protokoll selber haben wir, glaube ich, im Moment nicht dabei.

**Zeuge Andreas Krüger:** Damit ich mich nie wieder in den Daten vertue.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Jörg Nürnberger (SPD):** Umformuliert ergibt sich aus der jetzt Ihnen vorgelegten Teilnehmerliste, dass sämtliche Ressorts, die an Afghanistan beteiligt waren, wirklich den gleichen Informationsstand hatten zu diesem Zeitpunkt.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, Sie können sich diese Staatssekretärsrunden ja so vorstellen, dass dann sozusagen BND, BMVg, AA, BMZ vortragen zu dem jeweiligen Sachstand, und am Ende stand nach meiner Erinnerung eine mehr oder weniger gemeinsame Lageeinschätzung oder zumindest ein Abgleich. Ich meine, ich kann mich zumindest nicht erinnern, dass es da starke Divergenzen im Lagebild gab. Ich meine, Nuancen ergeben sich immer aus den jeweiligen unterschiedlichen

Blickwinkeln und den jeweiligen Zuständigkeiten, aber kein stark auseinanderdivergierendes Lagebild. Das wäre mir zumindest jetzt so spontan nicht erinnerlich.

**Jörg Nürnberger (SPD):** Dann danke ich Ihnen an der Stelle für die Ausführungen und würde für den Rest der Fragezeit dem Vorsitzenden die Möglichkeit geben, das jemand anderem zu übertragen.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das mache ich in diesem Fall gern; das können wir schaffen. - Dann geht es weiter zur Union. Vielen Dank.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Ich bleibe ein bisschen in der Sphäre, und zwar noch mal Bezug auf die Ministervorlage vom 04.03.2020; MAT A AA-8.455, Blatt 4 bis 7. Hinten sind ja sozusagen diese ganzen Punkte aufgelistet, was wollen wir jetzt tun. Und da ist unter anderem auch dabei: „Entwicklung von entsprechenden Szenarienpapieren“.

Nun haben wir in einer der letzten Vernehmungen bereits von Vertretern des Militärischen Nachrichtenwesens erfahren, dass man dort in Analysen schon im März 2020 davon ausging, dass sozusagen ein „Emirat 2.0“ das wahrscheinliche oder ein wahrscheinliches Szenario ist. Hat das Auswärtige Amt dann aufgrund dieses Eintrags in dieser Aufgabenliste eigene Szenarien entwickelt, und welche Szenarien waren das? Und wie wurde das sozusagen entsprechend gewichtet von der Wahrscheinlichkeit her?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich bin mir nicht mehr sicher, ob wir tatsächlich dann eigene Szenarienpapiere, die sozusagen so umfangreich waren wie die seitens der Kollegen, die Sie gerade genannt haben, selber verfasst haben. Mit Wahrscheinlichkeitsrechnung ist es ja immer so eine Sache; aber ich glaube, auch da - - Ich erinnere mich ja auch an diverse Gespräche auch mit Abgeordneten, Fraktionen, Landesgruppen, und es war eigentlich allen immer klar, dass die Möglichkeit eines „Emirats 2.0“ eine durchaus realistische Perspektive ist. Wie sie das jetzt schattieren - sehr wahrscheinlich, wahrscheinlich, bedingt wahrscheinlich -, glaube ich, das mag dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

im Einzelfall so bisschen divergieren; aber dass das ein durchaus mögliches Szenario war, da gab es keine Divergenz innerhalb der Bundesregierung.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Das heißt, auch das Auswärtige Amt hat die Lageeinschätzung und die - sozusagen - Szenarienvorherschau des BMVg auch übernommen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja. Ich meine, wie gesagt, jedes Ressort guckt so ein bisschen anders auf die Ländersituation X oder Y. Für uns ergab sich ja jetzt unabhängig von der Frage: „Ist das zu 90 Prozent wahrscheinlich, zu 80 Prozent wahrscheinlich oder zu 70 Prozent Wahrscheinlichkeit?“, die Frage: „Was können wir tun, um eine politische Verhandlungslösung zu erreichen?“ Und ich würde sagen, unsere Überzeugung damals war - und ich würde diese Überzeugung auch heute noch teilen -: Es war auf jeden Fall unabhängig davon, ob die Wahrscheinlichkeit 10, 20, 30, 40 oder 50 Prozent war, richtig, zu versuchen, einen politischen Prozess zu unterstützen, selbst wenn die Wahrscheinlichkeit, dass dieser erfolgreich werden könnte, bei unter 50 Prozent lag.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Noch mal ganz einen Schritt zurück. Also, grundsätzlich lagen Ihnen und dem Referat die Lageeinschätzungsdokumente des BMVg vor?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich kann jetzt nicht zu jedem einzelnen Dokument sagen: „Das lag uns vor, das lag uns nicht vor, das lag mir persönlich vor, das lag mir nicht persönlich vor“, aber sozusagen die Grundeinschätzung. Eben war ja die Rede von den Staatssekretärsrunden, die ja regelmäßig stattfanden zu Afghanistan und Mali. Wir standen mit den Kollegen vom BMVg, wie ich vorhin schon gesagt habe, ja in ständigem Austausch. Wir haben uns sehr regelmäßig auch mit den Kollegen des Bundesnachrichtendienstes ausgetauscht. Also, insofern gab es da, glaube ich, keine Überraschungen, was sozusagen diese grundsätzliche Sorge, dass ein „Emirat 2.0“ eine durchaus realistische Möglichkeit wäre, anging. Aber wir sahen halt unseren Auftrag darin, zu versuchen, etwas anderes zu erreichen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Ja. - Sie hatten vorher auch angesprochen, dass man letztendlich auch davon ausgegangen ist, dass auch im weiteren Verlauf zivile Hilfe weiter möglich sein wird. Und sozusagen ein Szenario war ja auch immer: Man behält als Westen einen Fuß in der Tür. Auf was sozusagen hat diese Einschätzung basiert? Gab es da auch Informationen der Taliban, dass die gesagt haben: „Wir können uns das weiter vorstellen“? Oder was war die Grundlage für diese Annahme?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, also, zum einen, wie gesagt, gibt es ja noch mal einen Unterschied zwischen der Frage: „Ist die mittel- bis langfristige Entwicklung hin zu einem ‚Emirat 2.0‘ wahrscheinlich?“ - - noch was anderes, als zu sagen: Es tritt zu dem Zeitpunkt X ein. - Und ich glaube, da haben wir alle - also, ich kann nur sagen, erst mal ich persönlich; ich würde aber auch sagen, dass ich mich da leider in sehr guter Gesellschaft befand, nicht nur innerhalb der Bundesregierung, sondern auch zum Beispiel die regionalen Akteure - - die Geschwindigkeit, in der dieses Szenario eintrat, unterschätzt haben. Ich glaube, das ist evident.

Ich glaube, einer der Gründe, die dazu beigetragen haben, war, dass wir die Resilienz, den Widerstand der nichtpaschtunischen Kräfte in Afghanistan gegen ein solches Szenario deutlich überschätzt haben. Aber da ging es uns leider auch nicht besser als den Ländern in der Region, die genauso von dieser Entwicklung überrascht waren, die ja häufig einen viel besseren Einblick hatten in die entsprechenden Ethnien oder Gruppen. Und das Zweite war, dass wir sicherlich unterschätzt haben oder überschätzt haben die Möglichkeit der afghanischen Sicherheitskräfte, auch ohne sozusagen die enge Partnerschaft mit Mission Resolute Support und Freedom's Sentinel alleine den Widerstand gegen die Taliban fortführen zu können.

Und aufgrund dieser Annahme und dieser beiden Prämissen, die sich im Nachhinein als nicht zutreffend erwiesen haben, war unsere Annahme, dass es richtig sei, dass ziviles Engagement auch möglich wäre und auch verantwortlich, geradezu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zwingend war, das zivile Engagement in Afghanistan weiterzuführen.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Aber das passierte ja dann unter der Annahme, dass sozusagen durch entsprechenden Widerstand der afghanischen Sicherheitskräfte, also der der Republik, sichergestellt ist, dass sozusagen der republikanische Teil auch weiterhin einen gewissen Einfluss behält. Sozusagen in dem Szenario „Emirat“ war dann keine Annahme mehr, dass das sozusagen den Taliban auch klar ist, dass sie weiter westliche Unterstützung brauchen für Infrastruktur, Gesundheitswesen etc., und wir deshalb da auch einen Fuß in der Tür, sozusagen selbst im schlechtesten Szenario einen Fuß in der Tür haben können. Das ist aber sozusagen, so wie ich das damals auch wahrgenommen habe in der politischen Diskussion schon als wahrscheinlich auch benannt worden.

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, wir haben ja - das dürfte Ihnen ja auch vorliegen; das müsste ich ein bisschen überlegen -, ich glaube, also im Frühjahr auf jeden Fall 2019 und dann ja auch noch mal später sehr darauf hingewirkt, dass es die entsprechenden Ratschlussfolgerungen gab. Und in diesen Ratschlussfolgerungen der Europäischen Union haben wir sehr stark darauf gedrungen, dass sehr klare Maßstäbe dafür da hineinkamen, die sagen: Wir können uns eine Unterstützung Afghanistans, die über rein humanitäre Hilfe hinausgeht, nur vorstellen unter den folgenden Kriterien. - Dann wurden, wenn mein Gedächtnis nicht täuscht, glaube ich, fünf genannt. Insofern war das unser Kompass. Und es war uns wichtig, dass wir den mit allen anderen europäischen Partnern teilen, und es war uns auch sehr wichtig, den sozusagen ins Schaulaufen zu stellen und zu sagen: Das ist unsere Richtschnur, ob nun in einer Regierung mit Talibanbeteiligung, ohne Talibanbeteiligung etc. - Und insofern war das sozusagen immer unser Punkt, zu sagen: Bestimmte Kriterien müssen erfüllt sein, um eine Unterstützung Afghanistans über humanitäre Hilfe hinaus denkbar zu machen. Und das haben wir versucht eben auch ganz bewusst a) mit den europäischen Partnern abzustimmen, aber auch ganz bewusst gegenüber

den Taliban sehr deutlich zu machen, zu sagen: Hier, das ist unser Maßstab.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Ich springe noch mal in dieser Liste ein bisschen nach oben bis zum zweiten Spiegelstrich, den vorher die Kollegen der Grünen auch schon angesprochen haben. Da heißt es:

- Wir sollten uns in der NATO für eine möglichst starke Kopplung von Fortschritten im Friedensprozess ... einsetzen und dafür werben, die für alle RSM-Truppensteller relevanten Fähigkeiten ... so lange wie möglich zu erhalten, um den „point of no return“ erst spät (nach den US-Wahlen) zu erreichen.

War damit verbunden eine Hoffnung, dass eine andere US-Administration möglicherweise noch mal einen Kurswechsel vollzieht? Oder wieso war sozusagen der Hinweis oder die Überlegung, diesen Point of no Return nach den US-Wahlen zu erreichen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Wir befinden uns jetzt in einer offenen Sitzung; aber ich glaube, das spricht ja letzten Endes für sich. Über die Absicht des US-Präsidenten zum Zeitpunkt dieses Vermerks bestand ja in gewisser Weise völlige Transparenz. Ob und wie eine zukünftige US-Administration darauf reagieren würde, war zu dem Zeitpunkt dieses Vermerks noch nicht klar. Im Zuge des Wahlkampfes wurde das schon etwas sichtbar; aber das ist dann ja auch schon nach dem Zeitpunkt dieser Vorlage.

Insofern: Ich habe ja vorhin auch kurz erwähnt die Checks and Balances im amerikanischen System. Auch viele durchaus konservative amerikanische Gesprächspartner sahen ja das Abkommen als solches und die Art, wie es dann sozusagen umgesetzt wurde, auch sehr kritisch. Insofern schien uns das noch nicht in Stein gemeißelt, dass das alles so kommen würde, wie das das Abkommen vorsah.

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** War es dann auch ein plausibles Kalkül der afghanischen Regierung,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass man mit den Friedensverhandlungen ebenfalls sozusagen so zögerlich unterwegs ist, um auch mit einer geänderten US-Administration da sozusagen mehr Rückhalt zu haben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich kann natürlich über die inneren Beweggründe afghanischer Akteure nur spekulieren; aber das werden Sie auch in entsprechenden Unterlagen finden. Es drängte sich schon stark der Eindruck auf aus unserer Begleitungs Perspektive, dass das zumindest bei einigen afghanischen Akteuren sehr stark ein Motiv war, ja.

(Es ertönt eine  
Lautsprecherdurchsage)

**Thomas Erndl (CDU/CSU):** Gut. - Damit wäre jetzt sozusagen der Fragenblock bei mir abgeschlossen, und einen neuen mache ich dann nicht auf und gebe die Zeit zurück. Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wunderbar. Vielen Dank. - Und wir geben weiter zu den Grünen.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Ich komme zurück zu der E-Mail von Herrn H. unter anderem an Sie vom 16. Juni, die wir vorhin hatten - MAT A AA-8.614 -, wo die verschiedenen Szenarien zum Ortskräfteverfahren geschildert waren. Eins dieser Szenarien ist: Pauschalangebot eines Aufenthaltstitels an alle Ortskräfte unabhängig von ihrer Gefährdung. Und da findet sich als Hinweis drin, als Einschätzung aus dem BMI oder über das BMI:

**Pauschalaufnahme von großer Anzahl AFG StA im BMI wohl nicht durchsetzbar;** auch in Hinsicht auf Rückführungspraxis

Wie haben Sie diesen Hinweis verstanden? Und wie haben Sie das interpretiert, welche Grundhaltung dahintersteckt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich kann natürlich jetzt nicht fürs BMI sprechen.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe ja nach Ihrer Einschätzung gefragt.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, ja, ist schon klar. Aber ich wollte es nur noch mal sagen. Also, das ist jetzt auch eine Frage des - wie soll ich sagen? - Respekts gegenüber den Kollegen aus den anderen Ressorts. Also insofern - und ich glaube, wir reden ja jetzt über den 16. Juni 2020 -, würde ich sagen, war das eine realistische Annahme der Kollegen oder in diesem Fall des Kollegen, der diese E-Mail geschrieben hat, zu sagen - das war zu dem Zeitpunkt Juni 2020 im BMI - - da wüsste ich nicht, wer im BMI, weder auf der Arbeitsebene noch auf der Leitungsebene, einer solchen Pauschalaufnahme zu dem Zeitpunkt zugestimmt hätte.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und was heißt das dann mit dem Hinweis „auch im Hinblick auf Rückführungspraxis“?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, es ist ja klar: Also, in dem Moment, wo man sagt: „Wir nehmen alle Ortskräfte unabhängig von ihrer Gefährdung auf“, wird es natürlich problematisch zu sagen: Wir führen gleichzeitig Menschen nach Afghanistan zurück. - Wenn das BMI - wo sitzt es? - -

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nee, aber das wollen wir ja jetzt nicht befragen, sondern ich befrage ja Sie gerade. BMI befragen wir auch noch.

**Zeuge Andreas Krüger:** Wenn das BMI abgerückt wäre von dem Grundsatz der individuellen Gefährdungsanalyse, das ja damals noch im Ortskräfteverfahren festgeschrieben war, wäre es natürlich schwierig geworden, zu sagen: „Wir können aufgrund individueller Analyse diese und jene Personen, die ausreisepflichtig sind, nach Afghanistan zurückführen“; das war zumindest die Interpretation des Kollegen. Und ich würde sagen, die traf zu dem damaligen Zeitpunkt auch zu.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also als sehr wichtiger Entscheidungsfaktor im BMI? Weil das ist der einzige, der auch genannt wird: dass die Rückführungspraxis beibehalten werden könne.

**Zeuge Andreas Krüger:** Nee, da steht ja „auch“.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Aber keine anderen Faktoren. Darum frage ich nur, wie es gemeint war aus Ihrer Sicht, also wie Ihre Wahrnehmung der BMI-Motivationslage war. Weil das ist der einzige Faktor, der genannt war; kein anderer.

**Zeuge Andreas Krüger:** Das ist der einzige Faktor, der genannt wird. Aber ich möchte jetzt nicht - wie soll ich sagen? - spitzfindig werden, aber ich glaube, das „auch“ ist hier bewusst gesetzt. Ich glaube, dass selbst ohne die Rückführungspraxis - - Muss ich jetzt ganz präzise formulieren: Unsere Wahrnehmung bei AP 05 war zu dem damaligen Zeitpunkt, dass selbst ohne Rückführungspraxis, die ja sich in durchaus überschaubarem Rahmen hielt, die Pauschalaufnahme von einer großen Anzahl afghanischer Staatsangehöriger im BMI wahrscheinlich nicht durchsetzbar gewesen wäre - selbst ohne dieses Argument.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Oh, das ist ja interessant, dann die Mail so zu schreiben. Aber da werden wir näher drauf eingehen, wenn wir beim BMI weiter befragen. Dann können wir ja nähere Motivationslagen da ergründen.

Bleiben wir beim AA. Im Fazit schreibt Ihr Kollege in dieser Mail:

Da Option 1 nach meiner Einschätzung die wahrscheinlichste Option darstellt, sollte AA bereits frühzeitig Möglichkeiten identifizieren, wie mit diesem Anstieg an Visaanträgen umzugehen sein würde.

Was ist im Nachgang zu dieser Mail dann passiert, um das umzusetzen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Da würde ich dann noch mal auf die federführenden Referate hinweisen, die ja dann auch verantwortlich dafür waren, die entsprechende Ressourcen- und Mittelallokation umzusetzen, also sozusagen: „Wir bauen die Visastelle X aus“ usw. usf. Das war schlicht und einfach nicht unsere Zuständigkeit.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber die haben das ja gar nicht gekriegt. Also, das haben ja nur Sie gekriegt, und Herr Potzel, Frau Stemmler und Herr T■■■■. Haben Sie das weitergegeben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Wir haben es - - Sie dürfen ja nicht vergessen: Das war ja sozusagen der Vermerk anstelle einer mündlichen Wiedergabe für die entsprechenden Kollegen. Ich würde mal stark davon ausgehen, dass es zu dieser Ressortbesprechung - alles andere würde mich jetzt verwundern - auch noch einen entsprechenden offiziellen Vermerk des federführenden Ressorts oder des federführenden Referats im Auswärtigen Amt gab. Aber Sie dürfen ja nicht vergessen: 16. Juni 2020, wir reden von Coronazeiten. Das heißt, man hat nicht einfach ins Referat reingeguckt und hat gesagt: „Herr Krüger, so und so und so, und das sind die Punkte“, sondern man hat da halt sehr viel über E-Mail abgewickelt. Also, es ist sozusagen mehr eine schriftliche Unterrichtung anstelle einer mündlichen. Aber das ist nicht der offizielle Ressortbesprechungsvermerk.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Sie haben jedenfalls nichts weiter damit unternommen; so nehme ich das mal mit. - Ich glaube, es klingelt. Wir müssen wahrscheinlich unterbrechen oder so was. Weil sonst wären da noch ein paar weitere Fragen. Aber das kann man danach tun.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir haben leider zwei unterschiedliche Informationen, muss ich an der Stelle sagen. Die eine Information besagt, sie klingeln jetzt 15 Minuten vorher - dann könnten wir noch ein bisschen weitermachen - ; es gibt aber auch interne Hinweise, dass um 22.23 Uhr die Sitzung schon beendet sein soll. Also insofern ist das ein bisschen schwierig. Ich finde, wir müssen auf Nummer sicher gehen. Das hilft ja nichts. Ich muss die Sitzung unterbrechen, anders ist das nicht möglich.

(Gülistan Yüksel (SPD): Es wäre gut, wenn wir nicht warten würden! - Thomas Röwekamp (CDU/CSU):



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir können die Grünen ja noch zu Ende fragen lassen!)

- Bitte?

(Gülistan Yüksel (SPD): Ich habe gerade noch mal gefragt! Es wäre gut, wenn wir nicht warten würden!)

- Gut. Also, wir gehen lieber auf Nummer sicher. Wir fahren dann mit den Grünen fort.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist kein Problem. Das Weitere, was noch zu fragen ist, können wir dann auch nach der Geschichte machen. Also, das ist jetzt kein inhaltlicher Bruch oder so; das geht gut.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Wir unterbrechen jetzt die Sitzung bis 22.30 Uhr und kehren dann noch mal zurück. Tut mir leid, haben wir nicht geschafft; aber so ist das Leben. 22.30 Uhr sehen wir uns wieder.

(Unterbrechung von  
22.13 bis 22.36 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist 22.35 Uhr geworden, was auch ein bisschen daran liegt, dass ich eine Premiere eben hatte: Ich bin nämlich das erste Mal kontrolliert worden hier vorne am Eingang, als ich reingekommen bin. Das muss an der langen Sitzung liegen sozusagen, dass man nicht mehr erkannt wird.

(Robin Wagener (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Manche  
Leuten sehen  
verdächtig aus!)

Gut. Wir sind in der letzten Runde und das Wort war immer noch bei Bündnis 90/Die Grünen und dem Kollegen Wagener, der fortfahren kann.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Ich habe noch eine Frage. Die betrifft die Vorbereitung auf diese Sitzung. Mir ist einfach

aufgefallen, dass wir sehr viele Fragen hatten, bei denen es erforderlich war, Dokumente vorzulegen, auch wenn gar nicht ein konkreter Vorhalt gemacht wurde aus den Dokumenten. Deswegen wüsste ich gerne, inwieweit Sie sich im Rahmen der gesteigerten Vergewisserungspflicht nach § 24 PUA-Gesetz vorbereitet haben auf die heutige Sitzung? Also was haben Sie getan, um vorbereitet zu sein hierfür?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich habe die Akten, die dem Ausschuss vorliegen - also sicherlich nicht alle, das ist einfach, glaube ich, mir zumindest nicht möglich gewesen -, versucht mir noch mal vor Augen zu führen über mehrere Tage.

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Das reicht mir schon. Danke. - Und dann hatte die Kollegin Nanni noch eine Frage.

**Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die hat das schon wieder vergessen. Genau. - Sie haben vorhin angesprochen - - Herr Krüger, hallo auch erst mal von mir! Zu später Stunde das erste Hallo. - Sie hatten vorhin gesprochen zu den Partnern aus der Region, dass sozusagen deren Einschätzung über den Zeitstrahl - wann ist mit einem Negativszenario zu rechnen? - auch die Einschätzung gespiegelt hat, die Sie im Haus hatten, und haben dazu gesagt: Sie wissen es auch oft besser als wir. - Eine Frage, die wir uns auch schon bei einem anderen Zeugen gestellt haben, ist, inwiefern die Beurteilung dieser Lageeinschätzung von den Partnern vor Ort immer auch einer kritischen Prüfung unterzogen wurde in Bezug auf deren eigenen Interessen in der Region. Also, man kann ja auch eine Einschätzung strategisch vornehmen, um sozusagen im eigenen Interesse die Einschätzung der Bundesrepublik zu verändern. Ich glaube, dass wir da manchmal so ein bisschen ein, sage ich mal, „local analytical ownership“ übertragen, das mit etwas sehr viel Vorschussvertrauen auch in die Partner/-innen versehen ist. Wenn Sie dazu noch mal Ihre Einschätzung geben könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, da reden wir jetzt ja vor allem über den Sommer 21.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn ich da ganz kurz rein darf?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht unbedingt, nicht unbedingt über den Sommer 21. Also, die Szenarien, dass so ein „Emirat 2.0“ oder Ähnliches eine Folge sein kann mit einer entsprechend längeren Zeitlinie als das de facto dann der Fall war, lagen ja schon auch 2020 vor.

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, aber die Art, wie nach meinem Eindruck in diesem Zeitraum eigentlich alle agiert haben, spricht nicht dafür, dass das - wie soll ich sagen? - rein taktisch-strategische Aussagen oder Einschätzungen oder Spin waren. Wir haben ja dann auch im Sommer 21 gesehen, wie überrascht ganz offensichtlich auch die Akteure in der Region von dem raschen Kollaps der Republik waren. Insofern ist das, glaube ich, jetzt keine Frage, dass man sagt: „Die sind nicht interessengeleitet“ oder Ähnliches, sondern es ist ein bisschen auch eine Frage der - wie soll ich sagen? - Bescheidenheit, die uns, glaube ich, ganz gut zu Gesicht steht, dass wir nicht automatisch annehmen, dass wir in Deutschland irgendwie die Dinge klarer sehen als die Afghaninnen und Afghanen oder die entsprechenden Nachbarländer.

**Sara Nanni** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Danke. - Das wäre es sonst von mir.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht an die AfD.

**Stefan Keuter** (AfD): Ja, vielen Dank. Wir kommen auch in die letzte Runde. - Wir sind ja eben durch die Zeit unterbrochen worden. Der letzte Fragenkomplex war ja Ihr Einsatz bei der CDU. Dazu habe ich nur noch eine letzte Frage, bevor wir zu einem anderen Komplex kommen. Wurden Sie damals von einem hier heute auf der Regierungsseite anwesenden Herren gebeten, zu der Union zu gehen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das erinnere ich nicht mehr. Ganz ehrlich: Weiß ich nicht mehr, keine Ahnung. Also, Sie können sich vorstellen, dass

in den Wochen um den 15. August herum die - wie soll ich sagen? - Termine, die Taktung so intensiv waren.

**Stefan Keuter** (AfD): Gut.

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, es ist ja so: Eine Unterrichtung einer Fraktion oder eines Ausschusses oder so wird ja im Auswärtigen Amt immer abgestimmt mit dem Kabinettsreferat; das ist völlig klar. Aber wie das im Einzelnen damals lief und wer und was, -

**Stefan Keuter** (AfD): Das verschwimmt dann. Vielen Dank.

**Zeuge Andreas Krüger:** - da habe ich nicht den Hauch einer Erinnerung.

**Stefan Keuter** (AfD): Uns liegt ein Drahtbericht der deutschen Botschaft aus Kabul vom 2. März 2020 vor, der sich mit dem Doha-Abkommen und den US-amerikanischen/afghanischen Erklärungen vom 29.02.2020 auseinandersetzt; Fundstelle: MAT A AA-8.453, Blätter 4 bis 7. Hier wird festgehalten, dass AP 05-RL - das müssten Sie sein - in seiner Funktion als stellvertretender Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan für Gespräche rund um die gemeinsame Erklärung vom 29.02. in Kabul weilte. So, jetzt kommt es: Sie sollen sich mit dem Sohn des Kriegsfürstens Dostum getroffen haben; MAT A BMZ-3.51, Blatt 35. Dieser stand bekanntlich seit 2006 auf der Kriegsverbrecherliste von Human Rights Watch. Dostum junior hat ja im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Kriegsverbrechen seines Vaters geleugnet - siehe „FAZ“ vom 10.01.2018 - und gesagt, sein Vater könnte weder Tieren noch Pflanzen etwas zuleide tun und Dostum senior sei ein barmherziger und sanfter Mensch, und meint, in den westlichen Medien seien so viele Lügen über seinen Vater verbreitet worden. Zudem sagte er dem „FAZ“-Journalisten offenbar ganz im Ernst, man würde seinen Vater im Westen heimlich als Helden verehren. - Herr Krüger, haben Sie Herrn Dostum senior als Helden verehrt? Wie ist das Gespräch mit Dostum junior verlaufen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Andreas Krüger:** Uns ging es ja damals darum - mir, der Botschaft -, das Meinungsbild, die Auffassung wichtiger Akteure in Kabul oder in Afghanistan einzufangen zu dem Abkommen und zu der Erklärung. Und unabhängig von persönlicher Einschätzung und Sympathie gehörte natürlich auch Dostum zu einem wichtigen Akteur; er war ja auch eingebunden in die Regierung zu bestimmten Zeitpunkten immer wieder. Insofern: Das ist einfach - wie soll ich sagen? - die Aufgabe eines Diplomaten, dass man sich natürlich auch mit Menschen unterhält, deren Wertevorstellungen man nicht teilt - ob das nun Herr Dostum ist oder die Taliban oder wie in früheren Funktionen in Syrien mit ganz anderen Akteuren.

**Stefan Keuter (AfD):** Haben Sie Dostum junior für einen vertrauenswürdigen Menschen gehalten?

**Zeuge Andreas Krüger:** Diese Frage würde ich in offener Sitzung nicht beantworten, weil es eine persönliche Einschätzung zu einer Person ist. Und zweitens ist das nicht die entscheidende Frage aus meiner Sicht. Die entscheidende Frage ist: Ist er ein relevanter Akteur? Und, ich glaube, das kann man mit Ja beantworten, dass zu dem Zeitpunkt die Familie Dostum ein relevanter Akteur in Kabul, in Afghanistan war. Insofern ist es die Pflicht und die Aufgabe, sich auch mit relevanten Akteuren zu unterhalten, unabhängig von der persönlichen Einschätzung.

**Stefan Keuter (AfD):** Als Sie sich von Dostum verabschiedet haben, wie sind Sie verblieben?

**Zeuge Andreas Krüger:** Wir haben „Auf Wiedersehen“ gesagt?

**Stefan Keuter (AfD):** Haben Sie Folgegespräche vereinbart?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, nicht konkret. Also, es ist ja relativ selten, dass ein Referatsleiter oder stellvertretender Afghanistan-Beauftragter nach Afghanistan fährt. Das ist ja in der Regel die Aufgabe dann der Botschaft vor Ort. Das war ja ein besonderer Anlass, warum es der Zentrale wichtig war - und, ich glaube, auch zurecht wichtig war -, zu sagen: Wir schicken jemand extra aus Berlin zu diesem bestimmten

Zeitpunkt. Aber der Kontakt mit den Akteuren vor Ort ist ja in der Regel dann die Aufgabe der Botschaft. Insofern haben wir da, also nach meiner Erinnerung, kein konkretes Follow-up vereinbart, sondern es ging ja sehr stark eben um die Frage: Wie sehen relevante Akteure zu dem Zeitpunkt X das Abkommen?

**Stefan Keuter (AfD):** Was war das Ergebnis dieses Gespräches mit Dostum?

**Zeuge Andreas Krüger:** Da müsste ich mir jetzt noch mal den DKOR vor Augen führen.

**Stefan Keuter (AfD):** Oder unter einer anderen Kategorie: War das nur ein Höflichkeitsgespräch? Wollten Sie Informationen gewinnen? Wollten Sie ihn einschätzen können?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na, ich wollte vor allen Dingen die Einschätzung zum Abkommen hören. Und wie gesagt: Das müsste ich mir noch mal anschauen dann, den DKOR. Da steht das bestimmt genau drin.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Haben Sie mit Dostum auch über den Aufenthalt seines Vaters in den 2000er-Jahren in Deutschland gesprochen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein.

**Stefan Keuter (AfD):** Überhaupt gar nicht?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, -

**Stefan Keuter (AfD):** Hatte er das erwähnt?

**Zeuge Andreas Krüger:** - also zumindest nicht nach meinen Erinnerungen. Und wenn, dann war es auch nicht relevant in dem Moment. Also, ich kann mich nicht erinnern, ehrlich gesagt. Ich weiß es nicht.

**Stefan Keuter (AfD):** Aber ich könnte mir vorstellen, wenn man mit so einer Person ins Gespräch kommt, nutzt man erst mal Eisbrecher und redet über belanglosere Sachen, bevor man dann - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Ich glaube, so Gespräche laufen teilweise auch formaler ab, als Sie das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt annehmen. Wie gesagt, das ist kein Moment, wo man sich - wie soll ich sagen? - fraternisiert.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Aber der Bundesregierung war bekannt, dass Dostum in den 2000er-Jahren in dem Militärkrankenhaus von den USA in Deutschland war?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das weiß ich nicht mehr.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut. Wir sehen uns noch mal wieder. Vielleicht können Sie das ja bis dahin mal in Erfahrung bringen. - Was hat Sie während dieser Reise am meisten beunruhigt, und warum?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na, das steht ja im DKOR drin, ne? Also, am meisten hat uns sicherlich beunruhigt, dass dieses Abkommen - wie soll ich sagen? - die Legitimität der Afghanischen Republik untergraben hat und damit natürlich all dem, was - - bei allen Schwierigkeiten, die diese Republik hatte, - und - Sie haben ja schon auf eine hingewiesen, dass da Akteure eingebunden sind, die hochproblematisch waren und sind - ja auch vieles an Freiheiten und Entwicklungen ermöglicht hat. Und das hat uns natürlich sehr stark beunruhigt.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. Vielen Dank. - Lassen Sie uns noch mal auf den letzten Themenbereich kommen, worüber ich heute mit Ihnen reden will. In der Plenardebatte am 4. März 2020 im Deutschen Bundestag zur Verlängerung des Mandates für Resolute Support hat unter anderem ein Vertreter der Unionsfraktion - das war damals Henning Otte - bemerkt, dass es in Afghanistan durch den NATO-Einsatz zur - Zitat - „Zerschlagung der terroristischen Strukturen“ - Plenarprotokoll vom 04.03.2020, 19/148, Seite 18481 - gekommen sei.

Nur zwei Tage nach dieser markigen Beteuerung des Unionspolitiklers starben in Kabul während eines Anschlages des „Islamischen Staates“ 29 Personen. Selbst auf die am 8. März stattfindende Vereidigungszeremonie des Präsidenten Ghani konnte der IS dann sogar während der Rede Ghanis mitten in Kabul ebenfalls einen Anschlag verüben und offenbarte damit die

Machtlosigkeit der Republik, für Sicherheit zu sorgen. Die Täter wurden von dem Kollegen Nouripour im März 2020 im Bundestag als Dschihadisten bezeichnet.

Wir hatten hier auch einen Sachverständigen zu Beginn des Untersuchungsausschusses, den Dr. Kaim, und dieser hat im Untersuchungsausschuss erneut dargelegt, wie düster die Sicherheitslage in Afghanistan rund um das Doha-Abkommen tatsächlich aussah und wie sehr die terroristische Gefahr inzwischen zugenommen hatte.

War Ihnen damals eigentlich bewusst, wie stark die Terroristen des IS in Afghanistan zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens waren? Und hielten Sie die Inanspruchnahme der Taliban durch die Amerikaner zwecks Bannung des Terrorismusproblems in Afghanistan für eine im Grunde kluge Strategie Washingtons?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, dass der IS eine ernsthafte Gefahr in Afghanistan darstellte, ist - das haben Sie ja gerade ausgeführt -, glaube ich, evident. Nun gibt es ja leider eine ganze Reihe von Ländern, in denen der IS oder andere vergleichbare Organisationen ihr Unwesen treiben. Gleichzeitig war die Analyse, glaube ich, zu dem Zeitpunkt, dass es dem IS zwar gelingt, Anschläge und auch sehr schreckliche, schwere Anschläge immer wieder auszuüben, insbesondere auch gegen Hazara-Community, aber natürlich auch andere Ziele, dass aber es eher unwahrscheinlich war - und ich glaube, das hat sich auch bestätigt -, dass es dem IS gelingen würde, wie zum Beispiel zu früheren Zeitpunkten in Syrien, im Irak, größere Teile des Landes unter seine Territorialkontrolle zu bekommen. Insofern: Ja, eine ernsthafte terroristische Bedrohung, aber nicht eine andere Qualität - bei aller Schrecklichkeit, die uns ja auch immer wieder erschüttert hat, gerade diejenigen, die häufig in Afghanistan waren oder viel mit Afghaninnen und Afghanen zu tun hatten - - eine andere Qualität als eben Ausweitung auf bestimmte Teile, Regionen des Landes und dort sozusagen die faktische Territorialherrschaft zu übernehmen. Es war auch unsere Analyse, dass die Taliban per se das Konzept des IS eher als Konkurrenz und als



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schwierig betrachteten und insofern jetzt keine Freunde oder Förderer des IS waren und sind. Das ist dann auf der lokalen Ebene manchmal über Kennverhältnisse und so ein bisschen diffuser, aber im Großen und Ganzen traf das aus unserer Sicht sicherlich zu. Und insofern: Das war ja eine der wenigen konkreten Aussagen des Doha-Abkommens, an denen sich die Taliban ja auch messen lassen mussten und wo sie selber immer wieder betont haben, dass sie auch keinerlei Interesse daran hätten, dass, ähnlich wie das eben vor 9/11 der Fall war, Afghanistan sozusagen zum Trainingsgrund international agierender Terroristen würde. Punkt.

**Stefan Keuter (AfD):** Gut. - Letzte Frage heute: Wie erklären Sie sich, dass sich damals Regierungsvertreter zu der Aussage haben hinreißen lassen, dass der Terrorismus in Afghanistan besiegt sei?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das müssen Sie die entsprechenden politischen Vertreter fragen. Ich glaube, ich habe dazu alles gesagt, was aus unserer damaligen Sicht zu sagen war.

**Stefan Keuter (AfD):** Okay. - Ich frage noch mal anders: Von Ihrer Seite, also Seite Auswärtiges Amt, ist alles getan worden, um die Regierungsverantwortlichen über die Situation, auch die Terrorismuslage, vor Ort vollumfänglich zu informieren, richtig?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wenn Sie - - Ich glaube, jedem Menschen, wenn er anfängt, nachzudenken, dem fällt immer noch irgendwas ein, was man zu einem Zeitpunkt XY noch hätte besser machen können. Insofern möchte ich nicht behaupten, dass wir zu allen Zeitpunkten alles immer richtig gemacht haben - das wäre völlig vermessen -; aber ich glaube, wir haben uns sehr redlich und auch meistens erfolgreich bemüht, ein umfassendes Lagebild allen relevanten Akteuren zur Verfügung zu stellen, nach bestem Wissen und Gewissen und allen AP-Quellen, die uns zur Verfügung standen.

**Stefan Keuter (AfD):** Prima. Ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute als Zeuge zur Verfügung standen. - Von unserer Seite war es das für heute. Danke.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Die Redezeit war auch gerade abgelaufen. - Und das Rede- und Fragerecht geht an die FDP.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde gern noch mal an den Fragen anknüpfen, die ich Ihnen vorgestellt hatte. Das Erste war ja zur Gefährdungslage an der Botschaft. Wurden Sie denn von der Leitung des AA in dem Betrachtungszeitraum, den wir jetzt haben, aufgefordert, sich in Kenntnis setzen zu lassen, wie da die Lage aussieht oder ob es da eine besondere Gefährdungslage ist? Also, kam praktisch von oben an Sie der Auftrag: „Wie sieht es denn da jetzt eigentlich aus? Müssen wir uns Gedanken dazu machen?“?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, also, die Botschaft war ja per se immer im Krisenmodus. Und die Frage der Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen war sozusagen ständiges Thema. Die Frage spielt hier auch in dem ganzen Zeitraum eine Rolle bei der Wiederherstellung der Botschaft: Wie kann man die Botschaft sichern? Und ich erinnere mich ganz konkret auch daran, dass zum Beispiel bei den entsprechenden Besuchen des Ministers, Staatsminister etc., die sich sehr umfangreich haben briefen, unterrichten lassen über das Sicherheitskonzept, sich das vor Ort sehr genau angeschaut haben. Also, ich glaube, dass die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen wirklich oberste Richtschnur war und das auch hohes Leitungsinteresse immer hatte.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Hat die Leitung denn auch konkret nach Evakuierungsplänen gefragt? Und, wenn ja, wann?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, es gab ja ein Sicherheitskonzept, das ja auch der Leitung vorgelegt wurde - jetzt müsste ich wirklich nachschauen, wann genau das war -; das wurde ja von der Botschaft erstellt und dann den entsprechenden Referaten im Auswärtigen Amt, 107, 040 usw. - - Dann gab es ja im Frühjahr 2021 noch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mal eine Reise eines Teams, deren Analyse sich dann ja auch relativ schnell in einem deutschen - ich weiß gar nicht mehr in welchem - Medium wiederfand, zumindest in Teilen. Und insofern gab es ein Sicherheitskonzept, das ständig überprüft wurde, und es gab eben auch ganz bewusst da noch mal diese Reise dieses Teams im Frühjahr 2021, um zu schauen: Sind wir auf die möglichen Szenarien richtig eingestellt?

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke. - Dann weiter jetzt noch mal zum Thema Doha. Wir haben ja vorhin festgestellt: Sie waren ja einige Wochen in Doha. Wie lange waren Sie denn da und mit welchem Auftrag? Was haben Sie da gemacht?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich war ja mehrfach in Doha, immer wieder, im Wechsel, im Tandem quasi mit meinem Chef, mit Herrn Potzel. Und wie vorhin schon ausgeführt: Den Afghaninnen und Afghanen - ich rede jetzt von der Republik insbesondere -, denen war es wichtig, dass Akteure wie Deutschland, auch Norwegen diese Verhandlungen oder diese Gespräche eng begleiteten. Wir haben versucht, die Verhandlungsdelegation zu unterstützen durch Beratungsleistungen, Berghof-Stiftung und Ähnliches, um zu schauen: Wie kann man einen politischen Prozess trotz all der schon häufiger heute genannten Probleme so auf den Weg bringen, dass er möglicherweise auch zu einer politischen Lösung des Konflikts führen kann? Dazu gehörten Beratungsleistungen der Delegation, Gespräche mit einzelnen Mitgliedern der Delegation; dazu gehörte eben, wie schon genannt, die Einrichtung einer regelmäßigen Unterstützung insbesondere der weiblichen Mitglieder der Delegation der Republik; dazu gehörten natürlich auch Gespräche mit anderen Partnern, wo man sich dann auch gemeinsam beraten hat, insbesondere mit Norwegen, aber auch EU-Delegationen und anderen - wie können wir den Prozess am besten unterstützen? -; und dazu gehörten auch Gespräche mit den Talibanvertretern, um sie immer wieder zu drängen, sich auf diesen politischen Prozess einzulassen und ihn ernst zu nehmen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Können Sie da noch mal auf das Ziel - - Also, was war sozusagen

Ihr Auftrag? Welchen Auftrag haben Sie von der Leitung mitbekommen für diese Verhandlungen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na, das Ziel war eine politische Verhandlungslösung, einen politischen Verhandlungsprozess - - also dazu beizutragen, dass politische Verhandlungen beginnen, die den Namen auch verdienten.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und könnten Sie dann noch mal auf die Aufgabenverteilung zwischen Ihnen und dem Herrn Potzel eingehen und dann aber auch zwischen den anderen Akteuren? Vielleicht können Sie ja auch noch mal sagen, wer von deutscher Seite noch da war außer Ihnen, also jetzt nicht Namen, sondern funktional sozusagen.

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, also wie gesagt: Herr Potzel und ich wechselten uns aus rein pragmatischen Gründen ab. Wir hatten ja auch beide noch sozusagen andere Funktionen: Herr Potzel als Beauftragter, ich als Referatsleiter. So. Insofern war das quasi so eine Art Tandemlösung, wobei - - Ich meine, dass Herr Potzel noch mal eine deutlich tiefere Afghanistankenntnis hat als ich, ist, glaube ich, evident: Er spricht Pashtu, war lange im Land usw. usf. Aber die Aufgaben waren mehr oder weniger die gleichen, also wir beide haben diese Aufgaben wahrgenommen, die ich schon genannt hatte. Es war eben auch der Versuch, Verhandlungslösungen - - Politische Prozesse in so einer Kriegssituation hinzubekommen, sind ja - wie soll ich sagen? - bekanntermaßen schwierig; die meisten scheitern rein statistisch gesehen, nur sehr wenige führen zu Erfolg. Unter den Zeitvorgaben, unter denen dieser Prozess ablief, war der Erfolg auch nicht besonders wahrscheinlich. Uns erschien es trotzdem richtig - und das würde ich auch heute noch unterstreichen oder eben auch immer noch so sehen -, es zumindest zu versuchen, so einen politischen Prozess mit anderen in Gang zu bekommen.

Und es gab ja am Anfang auch ein paar Fortschritte: Man hat sich auf so ein paar Grundprinzipien geeinigt. Ich glaube, dass die Tatsache überhaupt, dass die Taliban und die Republikvertreterinnen und -vertreter dann doch relativ



## Nur zur dienstlichen Verwendung

intensiv immer wieder mal miteinander gesprochen haben, zumindest ein Teilerfolg war in diesem Prozess, der beiden Seiten ja durchaus schwerfiel. Aber ganz offensichtlicher Weise hat dieser Prozess halt viel zu spät eingesetzt und war von Anfang an durch die immer näher rückende Abzugsentscheidung so stark belastet, dass er da nicht mehr zum Erfolg führen konnte.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Danke. - Welche Akteure von deutscher Seite waren denn noch vertreten? Sie haben die Berghof-Stiftung genannt.

**Zeuge Andreas Krüger:** Mhm.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Welche staatlichen, nichtstaatlichen Akteure waren noch vertreten, und welche Rollen hatten die? Also, jetzt ganz konkret die Berghof-Stiftung, aber vielleicht auch noch andere Akteure außer dem Auswärtigen Amt.

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, also im Prinzip war das das Auswärtige Amt, in der Regel Herr Potzel und ich, manchmal unterstützt noch durch Kolleginnen und Kollegen. Also später, am relativen Ende des Prozesses bin ich dann nicht mehr nach Doha gereist, sondern wir hatten da einen anderen Kollegen, der das dann sozusagen vor Ort gemacht hat, der dorthin gesandt wurde für einen bestimmten Zwischenzeitraum, einfach weil auch klar wurde, dass dieses Dauerpendeln zwischen Berlin und Doha, noch dazu unter Coronabedingungen, ineffizient war. Man kann sich ins Gedächtnis noch rufen: Es war nicht immer leicht, weder für Herrn Potzel noch für mich noch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berghof-Stiftung, allein die Einreisegenehmigung nach Doha zu bekommen und schon gar nicht in diesem relativ strikten, häufigen Wechsel. Das war immer eine relativ - wie soll ich sagen? - zeitraubende Prozedur aufgrund eben der Coronaregime, die sich ja mit der Zeit auch immer wieder mal verändert haben; das war in Katar nicht anders als hier in Deutschland. Und insofern lag da der Gedanke nahe, doch einen Kollegen zu bitten, dort - für einige, ich glaube, Monate waren es dann - vor Ort dauerhaft diese

Verhandlungen zu unterstützen, der auch Afghanistan-Kenntnis hat. Aber die Funktion war sozusagen zwischen uns allen dreien jeweils die gleiche.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Und hat die afghanische Seite, also sowohl jetzt die Regierung als auch die Taliban - - Welche Wahrnehmung hatte die denn jetzt zum Beispiel von der Berghof-Stiftung, also welche Rolle die hätte? Oder wurde die als Regierungsakteur wahrgenommen? Oder was war die denn überhaupt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, wir haben immer wieder deutlich gemacht, dass die Berghof-Stiftung kein Regierungsakteur ist, und auch ganz bewusst immer wieder so eine gewisse Firewall eingezogen. Wir haben nicht an allem partizipiert, was die Berghof-Stiftung an Beratungsleistung gemacht hat, und die Berghof-Stiftung hat auch nicht an allen Gesprächen teilgenommen, die wir gemacht haben. Manchmal hat man sich einfach aus Pragmatismus unterstützt; denn, wie gesagt, unter den strengen Einreisebedingungen der Coronazeit war das auch manchmal nicht ganz leicht sozusagen, da irgendwie mit x Kollegen des Auswärtigen Amtes vor Ort zu sein. Insofern haben wir uns schon gegenseitig unterstützt, aber es gab schon eine Rollenaufteilung: Die Berghof-Stiftung hat vor allen Dingen auch Prozessberatung gemacht, während wir stärker sozusagen die politische Unterstützung in den Vordergrund gestellt haben für die Republikseite und natürlich auch klare politische Messages gegenüber den Taliban.

Wir hatten ja, wenn ich das noch kurz ergänzen darf, zum Beispiel die durchaus nicht ganz unproblematische Situation im Frühjahr 2021, als der Bundestag die Mandatsverlängerung beschlossen hatte und wir ja auf der internationalen Ebene quasi die Einzigen waren, die von den Taliban so verstanden wurden: Wir bleiben noch länger in Afghanistan. Weil das Mandat zog sich ja dann von 2021 auf 22. Und insofern war es dann zum Beispiel meine Aufgabe zunächst, und dann später auch noch mal von Herrn Potzel, den Taliban zu erklären, dass die Tatsache, dass der Bundestag das Mandat verlängert hat, nicht bedeutet, dass wir automatisch länger bleiben als



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Amerikaner zum Beispiel. Und da ging es natürlich auch um die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen. Das waren Aufgaben, die wir dann wahrgenommen haben.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ja. - Mit welcher Zielsetzung wurde denn die Berghof-Stiftung beauftragt?

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, die Berghof-Stiftung hat ja Expertise im Verhandlungs-

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Verhandlungsziel meine ich.

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, wie gesagt: zu versuchen, einen politischen Prozess zu unterstützen. Und es gab ja über die Jahre immer wieder umfangreiche Beratungsleistungen, wo dann geschaut wird: „Okay, so ist zum Beispiel der Verhandlungsprozess in Nepal aufgesetzt worden, so war er in bestimmten anderen Krisensituationen“, um sozusagen auch den Vertreterinnen und Vertretern insbesondere der Republikseite zu ermöglichen, so eine Art Toolbox zu haben: „Wie kann man überhaupt einen Friedensprozess strukturieren? Worauf müssen wir achten?“ usw. usf., zu versuchen, Lessons learned mitzunehmen aus anderen Verhandlungsprozessen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Also dass es einen Friedensprozess geben würde, war sozusagen Teil des Auftrags der Berghof-Stiftung?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das war das Ziel, ja.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Ja, okay. - Und ist diese Vermittlerrolle, die Deutschland da eingenommen hat, eingebettet gewesen in eine Gesamtstrategie der internationalen Partner, die dort waren?

**Zeuge Andreas Krüger:** Ja, wir gehörten ja gemeinsam mit den Norwegern und den Amerikanern zu den ganz wenigen, die überhaupt da eine aktive Rolle spielen konnten. Und es gab eben auch regelmäßige Abstimmungen dann zwischen den Vertretern aus Katar, USA, Norwegen, Deutschland, Indonesien, die versucht haben,

letzten Endes in jeweils unterschiedlichen Rollen, diesen politischen Prozess in Gang zu bekommen.

**Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):** Gut. - Damit belasse ich es dabei, und ich möchte mich bei Ihnen bedanken, und Ihnen auch noch nachträglich zum Geburtstag gratulieren.

**Zeuge Andreas Krüger:** Vielen Dank. Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Das machen wir doch alle. - Und ich gebe jetzt das Wort weiter an die Frau Kollegin Büniger.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Ja, vielen Dank. - Ich möchte noch einmal auf den Asyllagebericht 2020 zurückkommen. Und konkret gibt es dazu eine E-Mail aus dem Dezember 2020 von Herrn H. [REDACTED] aus Ihrem Referat, das bei uns unter MAT A AA-8.323, Blatt 99 ff. geführt wird. Ich würde Ihnen das auch vorlegen lassen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Zunächst einmal die Frage an Sie: Welche Funktion hat Herr H. [REDACTED] in Ihrem Referat? Dann würde ich aus der - -

**Zeuge Andreas Krüger:** Er ist Referent.

**Clara Büniger (DIE LINKE):** Okay. - Herr H. [REDACTED] schreibt an einen Herrn K. [REDACTED] aus 5.08 - ich zitiere -:

Lieber Herr K. [REDACTED],

Meldungen wie unten erreichen uns leider in den letzten Wochen mehrfach die Woche. Berichte über gezielte Tötungen von Menschenrechtlern/Journalistinnen etc. gehören traurigerweise inzwischen zum Tagesgeschäft im AFG-Kontext. Wir hielten es daher für angebracht, diesen Aspekt im derzeitigen ALB etwas deutlicher zu betonen. Jedoch halten wir eine Aktualisierung des gesamten Lage-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

berichts für unnötig, da die Gesamtschau weiterhin aktuell ist und es keine große Lageveränderung gibt.

Gibt es daher die Möglichkeit, nur einen Absatz zu aktualisieren und diesen entsprechend zu versenden?

Zitat Ende. - Wissen Sie noch, welche Meldung der Grund für die E-Mail von Herrn H██████ war?

**Zeuge Andreas Krüger:** Nein, das wüsste ich - - Also, hier ist ja eine angehängt, wenn ich das gerade richtige sehe. Aber das weiß ich jetzt nicht mehr. Aber es ist ja - wie soll ich sagen? - richtig, dass wir versuchen, die aktuellen Erkenntnisse, so weit das eben möglich ist, in einen Lagebericht noch einzufügen.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Es ging da um die Tötung des Chefs der Wahlbeobachtungsorganisation „Freies und Fairnes Wahlforum“ (FEFA), Jusuf Raschid; ist ein bekannter Bürgerrechtler meines Wissens nach. War es die Idee von Herrn H██████, den Lagebericht zu aktualisieren? Und haben Sie mal mit ihm darüber gesprochen?

**Zeuge Andreas Krüger:** Also, ich gehe davon aus, dass ich mit ihm darüber gesprochen habe, wobei - wie soll ich sagen? -: Ich glaube, Herr H██████, ein ganz hervorragender Kollege, ist auch von sich aus vollkommen in der Lage gewesen, aus solchen Meldungen die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Also, ich kann jetzt beim besten Willen nicht mehr sagen - das müsste ich wirklich nachschauen -: War ich am Mittwoch, den 23. Dezember, um 12.04 Uhr im Referat oder vielleicht war ich schon im Weihnachtsurlaub und meine Kollegin Simone Stemmler, meine Vertreterin, war in charge? Das müsste ich wirklich nachschauen, das weiß ich einfach nicht mehr.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Ja, das ist, glaube ich, besser.

**Zeuge Andreas Krüger:** Aber das ist, glaube ich, auch in dem Zusammenhang aus meiner Sicht

nicht entscheidend. Denn entscheidend ist doch, dass wir versuchen, solche Dinge dann noch in den Lagebericht hineinzubekommen, oder?

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Genau. Das wäre jetzt auch meine anschließende Frage. Haben Sie zu diesem Zeitpunkt, also von Sommer 2020 bis Ende September, auch schon mal daran gedacht, den Bericht zu aktualisieren? Wenn ja, in welchen Punkten?

**Zeuge Andreas Krüger:** Noch mal: In welchem Zeitraum?

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Sommer 2020 bis Dezember 2020. Zu Ihrer Kenntnis: Im Laufzettel steht, dass Sie im Juni den Bericht quasi vorgelegt haben. Deshalb wäre das der relevante Zeitraum.

**Zeuge Andreas Krüger:** Das weiß ich nicht mehr. Aber die grundlegenden Aussagen des Asyllageberichtes, würde ich sagen, zwischen Sommer 2020 und Dezember 2020 haben sich dann auch, glaube ich, nicht wirklich wesentlich verändert. Insofern: Dass so ein Lagebericht immer ein bestimmtes Bild zu einem bestimmten Zeitpunkt wiedergibt, liegt in der Natur der Sache. Aber ich würde nicht sagen, dass zwischen Sommer 2020 und Dezember 2020 das Lagebild sich so fundamental geändert hat, dass da ein völlig neuer Lagebericht zum Beispiel notwendig gewesen wäre oder etwas Ähnliches.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Daran schließt sich mir die Frage an, was die Kriterien für eine Aktualisierung sind.

**Zeuge Andreas Krüger:** Na ja, also ein Beispiel war natürlich dann der Sommer 21. Das ist ein, würde ich sagen, sehr eklatantes Beispiel, die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Taliban in praktisch ganz Afghanistan. Es war ja auch erst - jetzt müsste ich ein bisschen überlegen - - aber ich würde mal sagen, also bis noch weit in den Frühsommer, Juni/Juli, hinein; ich habe es mir sogar irgendwo notiert, aber ich habe es jetzt nicht mehr im Kopf - - wurde ja zum Beispiel keine Provinzhauptstadt von den Taliban



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eingenommen. Das ergab sich ja dann erst wirklich im Sommer 21. Und das ist zum Beispiel so ein Punkt, wo ich sagen würde: Okay. In dem Moment, wo Provinzhauptstädte von den Taliban übernommen werden, möglicherweise auch mehr als eine oder so, das ist dann noch mal ein ganz anderes Lagebild. Das war aber zum Beispiel eben bis zum Sommer 21 nicht der Fall. Insofern sahen wir da zu dem Zeitpunkt keinen Grund, den Asyllagebericht als Ganzes infrage zu stellen.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Okay. - Also verstehe ich Sie so, dass solche Einnahmen von großen Provinzhauptstädten durch die Taliban dann einen Anlass geben würden, den Lagebericht -

**Zeuge Andreas Krüger:** Genau. Das haben wir dann ja auch gemacht.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** - komplett zu überarbeiten. Was wäre die Grenze da so aus Ihrer Perspektive? Oder wo ziehen Sie da die Grenze?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das ist eine spekulative Frage. Aber es kommt auch ein bisschen auf die Provinzhauptstadt an. Aber wie gesagt: Das ist eine spekulative Frage. Es hat sich ja dann ergeben, dass es nicht bei einer Provinzhauptstadt aufhörte, sondern in einer sehr raschen Reihenfolge dann weitere folgten. Aber, wie gesagt, ich glaube, dass die grundsätzliche Übernahme weit anderer Teile des Landes als zu dem Zeitpunkt, in dem der Asyllagebericht verfasst wurde, dann schon noch mal Anlass gewesen wäre, den Asyllagebericht zu verändern. Aber das haben wir dann ja ohnehin gemacht.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Und meine letzte Frage wäre - ich glaube, eine letzte Frage habe ich noch -:

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** In der Tat.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** - Wie häufig ist es bei Ihnen vorgekommen, dass Sie Lageberichte zu Afghanistan aktualisieren mussten?

**Zeuge Andreas Krüger:** Das erinnere ich nicht mehr genau. Aber ich glaube, grundsätzlich

haben wir das, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, einmal im Jahr gemacht.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Mhm.

**Zeuge Andreas Krüger:** Und ich würde auch sagen, dass, wenn wir jetzt die Sondersituation 21 ausnehmen, das auch eine hinreichende Grundlage war.

**Clara Bünger (DIE LINKE):** Okay. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Ralf Stegner:** Vielen Dank. - Damit sind wir am Ende der Befragung für heute bei Ihnen angekommen. Das ist allerdings kein endgültiges Ende. Sie wissen, dass Sie einerseits das Protokoll zugesandt bekommen und 14 Tage Zeit haben, das zu korrigieren. Und zweitens ist Ihnen ja schon avisiert worden, dass wir uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen freuen und Sie noch mal einladen.

Erlauben Sie mir noch zwei Anmerkungen zum Schluss. Erstens. Im Abschlussbericht tauchen am Ende nicht die Fragen auf, sondern die Antworten; das hilft ja vielleicht in der einen oder anderen Weise. Und zweitens hat der Kollege Wagener vorhin noch ein Rätsel aufgegeben. Das haben wir nicht mehr gelöst. Dazu würde ich gerne beitragen. Er hat nämlich mit Blick auf die Akten die Farben angesprochen, die da in den Akten vorhanden sind. Und nicht jeder, der in der Verwaltung war, weiß das. Ich weiß das sehr genau, weil ich am 01.08.1989 als Referendar in Hamburg war und an meinem ersten Tag einen grünen Kugelschreiber mithatte und mein Referatsleiter mir gesagt hat: Hier schreibt ein Einziger im Ministerium mit Grün, und das sind nicht Sie, sondern der Senator. - Ich bin froh, dass ich später mit Grün schreiben durfte. Also: Das Grün steht hier definitiv für Ministerzeichnung - für alle, die das nicht wissen -; so ist das gut zuordenbar in den Akten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken: bei Ihnen, dass Sie gekommen sind, und bei Ihnen anderen, dass wir in der Kondition durchgehalten haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir sehen uns wieder zur nächsten öffentlichen  
Beweisnahmehesitzung am 10. November,  
12 Uhr. Ich schließe die Sitzung und wünsche  
Ihnen alles Gute.

(Schluss: 23.20 Uhr)

# Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen O■■■■ S■■■■

Berichtigungen zum Stenografischen Protokoll der 11. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der  
20. Wahlperiode bzgl. der Zeugenvernehmung von Hrn. O [REDACTED] S [REDACTED] am 20. Oktober 2022

S. 13, Spalte 1: „[...] der höheren Gremien des NATO-Rates, des gesamten Ausschusses, war das standardmäßig so [...]“

→ „des gesamten Ausschusses“ ersetzen durch „des Gesandtenausschusses“

S. 18, Spalte 2: „[...] des höchsten zivilen Repräsentanten, des Generalsekretärs, der ja auch in Kabul vor Ort war [...]“

→ „des höchsten zivilen Repräsentanten des Generalsekretärs“ ohne Komma

S. 67, Spalte 2: „[...] zu einem kriterienabhängigen Ansatz zu kommen und sich wegzubewegen von diesem lageabhängigen Ansatz.“

→ „lageabhängigen“ ersetzen durch „kalenderbasierten“